

Umwelt und Verkehrskoordination

Umweltschutz

Die Umweltschutzabteilung der Stadt Wien beschäftigt sich mit rechtlichen und technischen Angelegenheiten des Umweltschutzes. Eigene Fachabteilungen sind für die Bereiche Umweltrecht, Lärmschutz, Naturschutz, Umweltschutz & Stadtentwicklung, Luftreinhaltung und Abfallwirtschaft eingerichtet. Regelmäßig werden Betriebe und Unternehmen kontrolliert. Die Sachverständigen überprüfen, ob umweltrelevante Gesetze und Verordnungen eingehalten und vorgeschriebene Maßnahmen zum Schutz der Umwelt auch wirklich durchgeführt werden. Mit einem flächendeckenden Meßnetz wird die Qualität der Wiener Luft überwacht. Die Umweltschutzabteilung betreibt auch ein eigenes Labor, das zum Beispiel die Regeninhaltsstoffe oder die Belastung des Bodens mit Schwermetallen überprüft. Auch das KliP-Klimaschutzprogramm der Stadt Wien wird unter der Leitung der Umweltschutzabteilung durchgeführt. Darüber hinaus werden zahlreiche umweltbezogene Forschungs- bzw. Monitoringprojekte in Auftrag gegeben und betreut. Weitere Schwerpunkte sind Service, Information und Öffentlichkeitsarbeit, mit dem Ziel über die umweltrelevanten Aktivitäten zu informieren und die Öffentlichkeit für umweltspezifische Probleme und Themen zu sensibilisieren. Außerdem subventioniert die Umweltschutzabteilung Vereine und private Institutionen, deren Arbeit wesentlich zur Erhaltung einer intakten Umwelt beiträgt.

Insgesamt sind bei der Umweltschutzabteilung der Stadt Wien (MA 22 - Umweltschutz) 81 Mitarbeiter (Stichtag 31. Dezember 1997) beschäftigt.

Die Arbeitsbereiche der MA 22 - Umweltschutz

Rechtliche Angelegenheiten

Zu den Aufgaben im Bereich Umweltrecht zählt einerseits die Vollziehung der umweltrelevanten Gesetze und Verordnungen des Bundes (z.B.: Abfallwirtschaftsgesetz/AWG, Chemikaliengesetz, das Ozongesetz, das Smogalarmgesetz, das Umweltinformationsgesetz, das Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz und das Altlastensanierungsgesetz). Andererseits werden auch die Gesetze und Verordnungen des Landes Wien vollzogen wie zum Beispiel das Wiener Naturschutzgesetz, das Wiener Nationalparkgesetz, das Wiener Baumschutzgesetz oder das Wiener Umweltschutzgesetz. Im Rahmen der legislativen Tätigkeit werden die umweltrelevanten Gesetze und Verordnungen der Stadt Wien ausgearbeitet. Weiters wird in zahlreichen Begutachtungsverfahren zu Gesetzen und Verordnungen oder zu deren Entwürfen Stellung genommen. Mitgearbeitet wird auch in verschiedenen Länderarbeitskreisen auf dem Gebiet des Umweltrechtes. Weitere Aufgaben sind Schulung, Ausbildung und Prüfung z.B. von Naturwacheorganen, abfallrechtlichen Geschäftsführern, Abfallbeauftragten oder Umweltberatern; Vorträge, hauptsächlich zum Thema Abfallwirtschaft, die rechtliche Beratung bei der Erstellung von Abfallwirtschaftskonzepten; Kontrolle des Begleitscheinsystems oder die Anordnung und Durchführung von Überprüfungen nach dem § 33 des AWG, vor allem in Verbindung mit der Verpackungsverordnung.

Sachverständigentätigkeit und Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP)

Die Mitarbeiter fast aller Fachreferate der Umweltschutzabteilung sind als Sachverständige bei allen in Betracht kommenden Verwaltungsverfahren zum Beispiel nach der Gewerbeordnung, der Bauordnung, nach dem Abfallwirtschaftsgesetz, oder dem Naturschutzgesetz tätig. Sie liefern Gutachten oder Stellungnahmen und beurteilen umweltrelevante Auswirkungen zum Beispiel bei Bauvorhaben, Betrieben oder Straßenbauprojekten.

1998 wird in Wien erstmals eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchgeführt, und zwar für das Kraftwerk Donaustadt. Die durchführende Behörde ist die Umweltschutzabteilung der Stadt Wien. Die Prüfung erfolgt auf Grund des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes, das mit 1. Juli 1994 in Kraft getreten ist. Vorhaben, bei denen auf Grund ihrer Art, Größe oder ihres Standortes mit erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt zu rechnen ist, müssen einer solchen Prüfung unterzogen werden. Als UVP-pflichtige Anlagen sind im Anhang des Gesetzes 50 verschiedene Anlagentypen definiert. Die Palette reicht dabei von Müllverbrennungsanlagen, Deponien, Anlagen gemäß Luftreinhaltungsgesetz für Kesselanlagen, Eisenbahntrassen und Flughäfen über Schutz- und Regulierungsbauten an Fließgewässern, Häfen und Papiererzeugungsanlagen bis hin zu Massentierhaltungen ab bestimmten Größen.

Forschungsprojekte

Die Forschungsprojekte der Abteilung bilden eine wichtige Grundlage für die Beurteilung von Maßnahmen und der Entwicklung von Strategien und Technologien. Denn um Umweltmaßnahmen in der Praxis wirkungsvoll umsetzen zu können, müssen natürlich auch die erforderlichen wissenschaftlichen Grundlagen vorliegen. Deshalb wurden auch 1997 von der Umweltschutzabteilung zahlreiche Forschungsprojekte in Auftrag gegeben. Die Schwerpunkte lagen dabei im Bereich Naturschutz, Abfallwirtschaft, Luftreinhaltung und Klimaschutz.

Monitoringprojekte

Will man die Umwelt schützen und verbessern, muß man wissen wie es um sie steht. Die Umweltschutzabteilung führt deshalb zahlreiche Monitoringprojekte durch. Dabei wird zum Beispiel eruiert wieviel Grün es wo in Wien gibt oder welche Tierarten und Lebensräume in Wien vorhanden sind und wie es um sie bestellt ist. Solche Monitoringprojekte zeigen auch, welche Maßnahmen notwendig sind, um positive Veränderungen herbeizuführen oder negative zu verhindern.

Immissionsmessungen

Mit einem flächendeckenden Luftmeßnetz (18 stationäre Meßstellen und ein mobiler Meßbus) wird die Qualität der Wiener Luft kontinuierlich überprüft. Gemessen werden die Schadstoffe Schwefeldioxid, Staub, Kohlenmonoxid, Stickoxide und Ozon. Ab März 1998 werden zusätzlich noch auf Grund neuer gesetzlicher Bestimmungen (Immissionschutzgesetz Luft/IG-L) die Schadstoffkomponenten Blei im Schwebstaub und Benzol erfaßt. Weiters sind Depositionsmessungen für Staubbiederschlag sowie den darin enthaltenen Schadstoffen Blei und Cadmium vorzunehmen. Für mobile Messungen steht der Umweltschutzabteilung ein Luftmeßbus zur Verfügung.

Immissionsmessungen finden auch in anderen Bereichen statt. Alle drei Jahre wird vom Labor der Umweltschutzabteilung der Gehalt an Schwermetallen im Wiener Boden untersucht. Regelmäßig untersucht das Labor auch Regeninhaltsstoffe (Säuren, Salze und Schwermetalle). Auch der Anteil an Schwermetallen in Staubbiederschlägen wird kontinuierlich ermittelt.

Lärmmessungen

Im Lärmbereich wird mit Hilfe eines Lärmmeßwagens, aber auch mit tragbaren Lärmmeßgeräten die Lärmbelastung für die Wiener Bevölkerung gemessen.

Leitfäden und Arbeitshilfen für effizienten Umweltschutz

Die Ergebnisse von Forschungsprojekten sind im Idealfall die Basis auf der Leitfäden und Arbeitshilfen für einen effizienten Umweltschutz entwickelt und entsprechende Maßnahmen möglichst rasch umgesetzt werden können. Damit Ergebnisse wissenschaftlicher Studien auch in der Praxis realisiert werden können, müssen Wissenschaftler, die Verwaltung als Auftraggeber und Praktiker intensiv zusammenarbeiten. Auf eine solche optimale Zusammenarbeit legt die Umweltschutzabteilung bei der Vergabe von Forschungsprojekten größten Wert. Deshalb konnten auch 1997 mit den Ergebnissen von Forschungsprojekten als Basis zahlreiche Leitfäden und Arbeitshilfen erstellt werden, zum Beispiel ein Leitfaden für den Schutz von Fledermäusen, ein Leitfaden zur Raumverträglichkeitsprüfung oder ein Handbuch zur Erstellung von Abfallwirtschaftskonzepten in Krankenhäusern.

Umweltprogramme und interdisziplinäre Projekte

Um Umweltschutz mittel- und langfristig planen und betreiben zu können, werden Rahmenpläne und Programme ausgearbeitet, vor allem für jene Bereiche, für die Umsetzungsstrategien auf möglichst breiter Basis ausgearbeitet werden müssen. Denn Umweltschutz ist eine klassische Querschnittsmaterie, wobei die Mitarbeit vieler verschiedenen Dienststellen und Unternehmen der Stadt Wien, aber auch externer Interessensvertretungen, Non Government-organisations (NOGs), privater Institutionen, der Wiener Wirtschaft und letztendlich aller Wiener und Wienerinnen notwendig ist. Möglichst viele Verbündete müssen gewonnen werden, da viele Umweltmaßnahmen nicht allein von der Stadtverwaltung, sondern nur in Kooperation mit weiteren Partnern realisiert werden können. Ein Beispiel dafür ist das KliP-Klimaschutzprogramm, mit dem die Stadt Wien jenen Verpflichtungen entsprechen will, die sie mit dem Beitritt zum Klimabündnis (1991) und der Unterzeichnung der Charta von Aalborg (1996) eingegangen ist. Bis zum Sommer 1998 sollen in den Bereichen Energie, Verkehr und Beschaffung/Abfall kurzfristig mögliche Maßnahmen zum Klimaschutz noch wirkungsvoller umgesetzt und für die mittel- und langfristigen Maßnahmen entsprechende Voraussetzungen und ein Aktionsprogramm geschaffen werden.

Begonnen wurde 1997 auch mit der Vorbereitung der Wiener Initiative für betrieblichen Umweltschutz. Mit dieser Initiative sollen möglichst viele Wiener Betriebe motiviert werden, maßgeschneiderte Umweltprogramme wie zum Beispiel Ökoprotit, EMAS oder Betriebe im Klimabündnis durchzuführen.

Umweltmaßnahmen und ihre Umsetzung in der Praxis

Zahlreiche unterschiedliche Maßnahmen und (Pilot)projekte tragen dazu bei, die Umwelt- und Lebensqualität zu erhalten und zu verbessern, zum Beispiel im Rahmen des KliP-Klimaschutzprogrammes oder auch zum Schutz von wildlebenden Tier- und Pflanzenarten sowie ihrer Lebensräume. Auch in Schutzgebieten bei den Naturdenkmälern oder anderen wertvollen Flächen im Stadtgebiet laufen spezielle Pflegeprogramme, wie zum Beispiel zum Schutz der Wienerwaldwiesen, Weingartenbrachen oder Stadtwildnisflächen.

Subventionen

Im Subventionsbereich ist es Aufgabe der Umweltschutzabteilung, private Vereine und Institutionen, die wichtige Aufgaben im Bereich des Umweltschutzes übernommen haben, finanziell zu unterstützen. Der Schwerpunkt dabei

liegt bei der Finanzierung der "Wiener Umweltberater". Weitere Subventionen haben zum Beispiel die Wiener Naturwacht, die Umweltspürnasen, der Verein Niederösterreich-Wien, das Turtles Rescue Center (Verein zur Rettung und Betreuung von Schildkröten), Ökobüro, ÖGUT (Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik), Wiener Naturfreunde, Greifvogelstation des WWF, CIPRA Österreich (Internationale Alpenschutzkommission) erhalten. An Subventionsgeldern wurden von der Umweltschutzabteilung 1997 insgesamt knapp 13 Millionen Schilling ausbezahlt.

Öffentlichkeitsarbeit

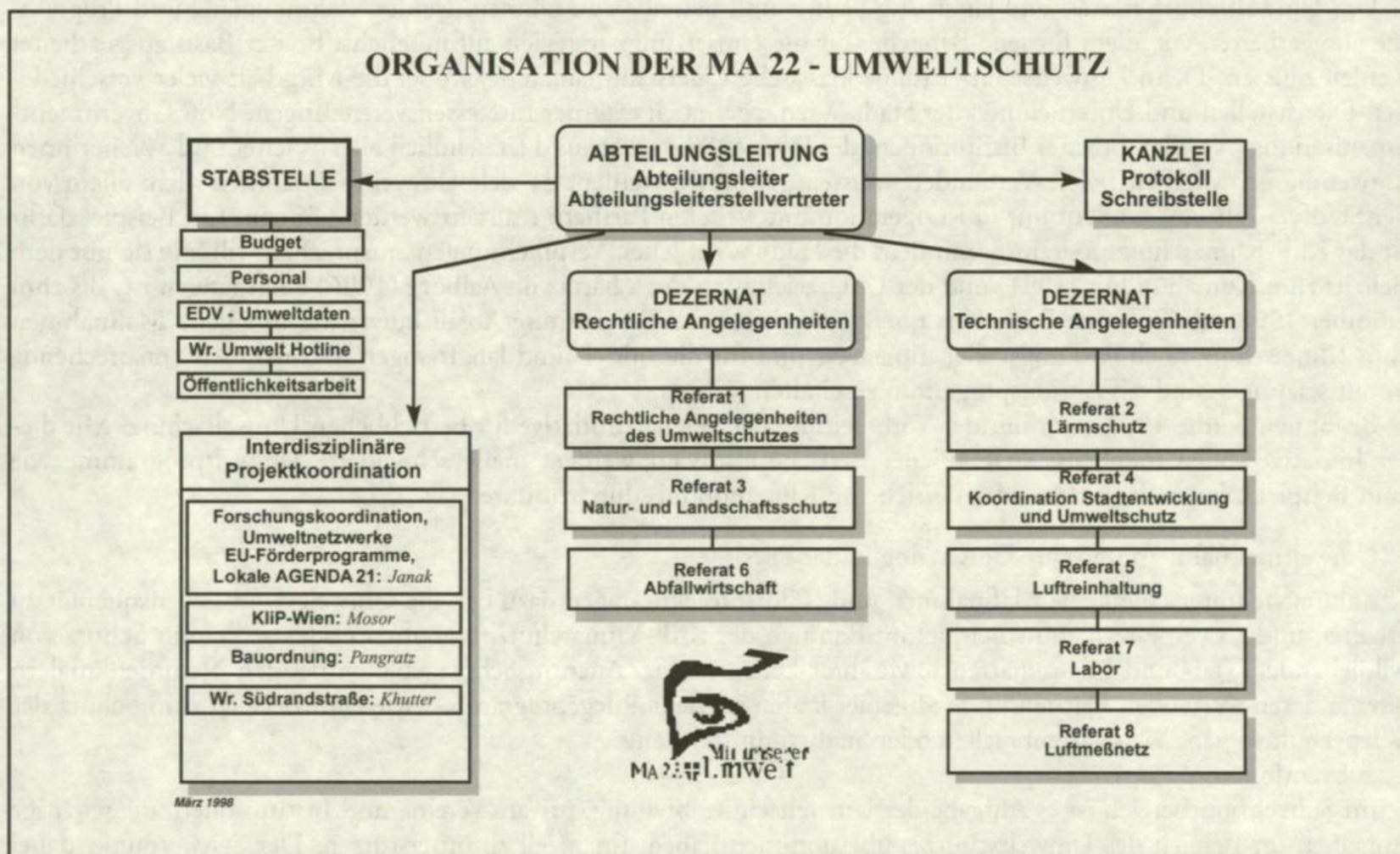
Information und Service sind ein weiterer Schwerpunkt: Zentrale Anlaufstelle für umweltrelevante Fragen und Beschwerden ist die Wiener Umwelt Hotline (4000/8022). Zusätzlich werden noch zwei Tonbanddienste betrieben, der Tonbanddienst zum Luftgütebericht (4000/8820) und die Ozon Hotline "Ozonix" (4000/88288). Sie informieren die Wiener und Wienerinnen über die aktuelle Qualität der Wiener Luft.

Als Bürgerservice werden jährlich zahlreiche Broschüren, Plakate und Folder sowie der Wiener Umweltbericht produziert. In der Schriftenreihe "Beiträge zum Umweltschutz" werden die Ergebnisse aktueller Umwelt(Forschungs)projekte der Umweltschutzabteilung veröffentlicht. Über das KliP-Klimaschutzprogramm informieren die KliP-News, die mehrmals jährlich erscheinen.

Die Umweltschutzabteilung ist auch via Internet für den Bürger erreichbar. Zum Internetangebot gehören u.a. die aktuellen Luftmeßwerte der Bundeshauptstadt. Naturschutzinteressierte finden Infos zu den Schutzgebieten und zu den mehr als 400 Naturdenkmälern Wiens. Fachinformationen vom Lärmkataster über das Biotopmonitoring bis zu den Arbeiten am neuen Wiener Naturschutzgesetz und viele andere umweltrelevante Themen stehen jederzeit zur Verfügung. Die Umweltdaten der MA 22 - Umweltschutz sind via Internet abrufbar <http://www.magwien.gv.at/ma22/>.

Die Fachreferate der MA 22-Umweltschutz

Die Magistratsabteilung 22-Umweltschutz besteht aus einem „Technischen Dezernat“ und einem „Rechtsdezernat“. Dem Rechtsdezernat sind jene Fachreferate zugeordnet, die mit Bescheid, also als Behörde, tätig werden (Referat 1: Rechtliche Angelegenheiten des Umweltschutzes, Referat 3: Natur- und Landschaftsschutz sowie das Referat 6: Abfallwirtschaft). Die anderen Referate, bei deren Arbeit die Umwelttechnik im Vordergrund steht, sind im Dezernat "Technische Angelegenheiten" zusammengefaßt. Geleitet wird das „Technische Dezernat“ vom Abteilungsleiter und das „Rechtsdezernat“ vom Abteilungsleiterstellvertreter. Unterstützt wird die Abteilungsleitung von der Stabstelle, die für Budget-, Personal-, und EDV-Angelegenheiten, Öffentlichkeitsarbeit/PR sowie die interne Koordination und Organisation verantwortlich ist. Für referats- bzw. magistratsübergreifende Projekte wurden hauptverantwortliche Projektkoordinatoren ernannt.



Stabstelle

Von der Stabstelle werden die Bereiche EDV-Umweltdaten, Öffentlichkeitsarbeit, Wiener Umwelt Hotline, Budget und Personal betreut. Weitere Aufgabenbereiche der Stabstelle: Geschäftsstelle des Rates der Sachverständigen für Umweltfragen, organisatorische Aufgaben innerhalb der Abteilung, Betreuung der Naturwacht sowie der Umweltberatung, Kommunikation und Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen der Stadt Wien. Die Stabstelle ist eine Serviceeinrichtung für die Fachreferate der Abteilung, anderen städtischen Dienststellen und letztendlich im Bereich Öffentlichkeitsarbeit für alle Wiener und Wienerinnen.

Referat 1: Rechtliche Angelegenheiten

Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte: Vollziehung der umweltrelevanten Gesetze und Verordnungen des Bundes bzw. des Landes Wien; Begutachtungsverfahren inklusive Stellungnahmen zu Gesetzen, Verordnungen oder zu deren Entwürfen; Ausarbeitung von Gesetzen und Verordnungen auf Landesebene; Mitarbeit in den Länderarbeitskreisen und Kommissionen, auf dem Gebiet des Umweltrechtes; Schulung, Ausbildung und Prüfung z.B. von Naturwacheorganen, abfallrechtlichen Geschäftsführern, Abfallbeauftragten oder Umweltberatern; Vorträge, hauptsächlich zum Thema Abfallwirtschaft; rechtliche Beratung bei der Erstellung von Abfallwirtschaftskonzepten; Kontrolle des Begleitscheinsystems oder die Anordnung und Durchführung von Überprüfungen nach dem § 33 des AWG, vor allem in Verbindung mit der Verpackungsverordnung; Geschäftsstelle für den Naturschutzbeirat.

Referat 2: Lärmschutz

Aufgaben und Arbeitsbereiche: technische Gutachten als Sachverständige bei Planungsprojekten des Magistrats Wien (Hochbau, Tiefbau und Verkehr); Amtssachverständige in erster Instanz bei verschiedensten Bauverfahren der Baupolizei, gewerbebehördlichen Verhandlungen der Magistratischen Bezirksämter und in eisenbahnrechtlichen Verfahren. Amtssachverständige in zweiter Instanz in Behördenverfahren nach der Bauordnung oder der Gewerbeordnung. Weitere Schwerpunkte: Lärmmessungen vor Ort und die Beurteilung von Lärmbelästigung durch Betriebe und Verkehr (Kfz- und Schienenfahrzeuge). Messungen von Bau-, Industrie- und Gewerbelärm im Auftrag der Magistratischen Bezirksämter, der MA 7, der MA 15 und des Administrationsbüros der Bundespolizei. Für Projekte der Stadtplanung und Stadterneuerung werden lärm- und schadstofftechnische Umweltverträglichkeitsgutachten erstellt oder bewertet. Grundlagen für die Umweltverträglichkeitsbewertung sind neben der normengerechten Meßwerterfassung, computerunterstützte Berechnungen von Ausbreitungsmodellen für Lärm und Luftschadstoffe.

Referat 3: Naturschutz und Landschaftspflege

Die Ziele des Naturschutzes in Wien sind durch die Grundsätze des Wiener Naturschutzgesetzes, den Stadtentwicklungsplan und den vom Fachreferat Naturschutz ausgearbeiteten räumlichen Leitbild (stadtökologische Funktionstypen) vorgegeben. Die nachhaltige Raumnutzung bzw. die nachhaltige Stadtentwicklung geht davon aus, daß die Sicherung der Lebensgrundlagen auf zwei Ebenen erfolgen muß: Einerseits auf der Ebene der außermenschlichen Natur, wo die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen das zentrale Ziel darstellt. Andererseits auf der Ebene der Gesellschaft, deren langfristige Stabilität durch ein zukunftsverträgliches Wertesystem und eine umweltgerechte Befriedigung der materiellen und immateriellen Bedürfnisse angestrebt wird (Ressourceneffizienz und Investition in Lebensstile). Dabei werden ökologische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen als Ganzheit angesehen.

Aufgaben und Arbeitsbereiche: Natur und Landschaft erhalten, pflegen und entwickeln, wobei gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedürfnisse berücksichtigt werden; Lebewesen und Lebensgemeinschaften werden als Grundlage für den unmittelbaren Kontakt der Stadtbewohner mit natürlichen Elementen ihrer Umwelt gezielt erhalten. Nicht nur der Schutz bedrohter Pflanzen- und Tierarten steht im Mittelpunkt, sondern auch die Entwicklung adäquater Verfahrensweisen für einen effizienten flächendeckenden Stadtnaturschutz.

Die Handlungsfelder im Naturschutz: Naturschutzplanung, die Durchführung und Betreuung naturschutzrelevanter Forschungsprojekte, die Arbeit als Naturschutzsachverständige, Naturschutzmanagement und Landschaftspflege, Wahrnehmung internationaler Naturschutzangelegenheiten und die Ausarbeitung von Naturschutz-Fachpublikationen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Arbeit als Sachverständige in Naturschutzangelegenheiten. Diese Tätigkeit bildet gewissermaßen das Gelenk zwischen den Programmen der "Vordenker" und dem konkreten, alltäglichen Handeln der verschiedenen Verwaltungs- und Interessensbereiche. Die Konzepte der Naturschutzplanung bilden den Ziel- und Orientierungsrahmen, innerhalb dessen die Stellungnahmen und Gutachten formuliert werden. So bearbeiten die Naturschutzsachverständigen Verwaltungsverfahren nach dem Wiener Naturschutzgesetz wie zum Beispiel Anträge auf Erteilung von naturschutzbehördlichen Bewilligungen in Landschaftsschutzgebieten, Anträge auf Erteilung der Bewilligung zum Fangen von Tieren, Erklärungen von Naturgebilden zum Naturdenkmal oder Widerruf der Unterschutzstellung von Naturgebilden.

Referat 4: Koordination Stadtentwicklung und Umweltschutz

Aufgabe dieses Referates ist es, in einem frühen Planungsstadium - bei der Erstellung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen und bei der Konzeption größerer Projekte - die Interessen des Umweltschutzes in umfassender Weise wahrzunehmen. Denn Umweltschutz kann sich heute nicht mehr nur im Bewahren vorhandener Naturschönheit seltener Tiere, Pflanzen und Landschaften bzw. im Schutz vor Lärm und Luftverunreinigungen verstehen. Vielmehr geht es um die Sicherstellung einer Entwicklung menschlicher Handlungsräume, deren Strukturen in Einklang mit den naturgegebenen Ressourcen gestellt werden müssen (Integrativer Umweltschutz). Umweltschutz muß daher Raumkonzeptionen beeinflussen, um mögliche Auswirkungen rechtzeitig analysieren zu können, denn vorbeugende Überlegungen vermeiden Reparaturen.

Referat 5: Luftreinhaltegesetz

Aufgaben und Arbeitsbereiche: Begutachtung als Sachverständige bei allen in Betracht kommenden Verwaltungsverfahren zum Beispiel nach der Gewerbeordnung, der Bauordnung, nach dem Abfallwirtschaftsgesetz sowie dem Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen; Unterstützung des Luftmeßnetzes bei der Durchführung der Aufgaben, die vom Ozongesetz vorgeschrieben werden; Beantwortung von schriftlichen oder telefonischen Anfragen, sowohl von den Dienststellen der Stadt Wien, als auch von Betrieben und Privatpersonen; fachliche und organisatorische Leitung des KliP-Klimaschutzprogramms der Stadt Wien mit Unterstützung der Energieverwertungsagentur (EVA) und dem Interdisziplinären Institut für Arbeit und Kultur (IFZ).

Referat 6: Abfallwirtschaft

Aufgaben und Arbeitsbereiche: Konzeptive, planende, gesetzesvorbereitende und gesetzesvollziehende Aufgaben in der Abfallwirtschaft. Die wichtigste Grundlage für die Aufgaben des Referates sind das AWG (Abfallwirtschaftsgesetz), das WIENER AWG (Wiener Abfallwirtschaftsgesetz) und dazugehörige Verordnungen und Erlässe. Weitere Aufgaben: Mitarbeit und Leitung des Bereiches Beschaffung/Abfall im KliP-Klimaschutzprogramm, Führung des Abfalldatenverbundes und die Datenerfassung gemäß Abfallnachweisverordnung (ANVO).

Referat 7: Labor

Aufgaben und Arbeitsbereiche: „Serviceeinrichtung“ für die Fachreferate der Umweltschutzabteilung, aber auch für andere Magistratsdienststellen. Die Schwerpunkte der Arbeit liegen bei der kontinuierlichen Erfassung von Schadstoffbelastungen, bei Analysen für Forschungsprojekte oder Untersuchungen bei akuten Umweltproblemen. Das Labor ist darüber hinaus auch Anlaufstelle bei zahlreichen Fragen oder Beschwerden von Bürgern. Sehr oft handelt es sich dabei um Geruchsprobleme oder um das Auffinden von Chemikalien bzw. unbekannter Substanzen.

Referat 8: Luftmeßnetz

Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte: Betrieb, Wartung und Ausbau des Luftmeßnetzes; Durchführung stationärer und mobiler Schadstoffmessungen; Information der Bevölkerung über die Luftmeßwerte; Beantwortung von Anfragen zur Luftsituation in Wien; Veranlassen entsprechender gesetzlich vorgeschriebener Maßnahmen bei Smogalarm- und Ozonwarnungen.

Interdisziplinäre Projektkoordination

Umweltschutz ist eine Querschnittsmaterie, das heißt, daß viele der umweltrelevanten Projekte nicht von der Umweltschutzabteilung allein, sondern nur in Zusammenarbeit und Koordination mit weiteren Partnern durchgeführt werden können. Solche Partner sind zum Beispiel andere Dienststellen und Unternehmen der Stadt Wien, die Verwaltungsorganisationen des Bundes, anderer Bundesländer oder der EU, verschiedene Interessensvertretungen (zum Beispiel Kammern, Gewerkschaften, Autofahrerclubs), Umweltorganisationen und Bürgerinitiativen oder die Wirtschaft. Für große interdisziplinäre Projekte werden bei der Umweltschutzabteilung deshalb hauptverantwortliche Projektkoordinatoren ernannt, um eine effiziente Zusammenarbeit der verschiedenen Partner und ein optimales Projektmanagement zu gewährleisten. Seit 1997 gibt es vier solcher Projektkoordinatoren. Jeweils ein Koordinator betreut die Bereiche "KliP-Klimaschutzprogramm", "Bauordnung" und "Wiener Südrandstraße". Der vierte Koordinator ist für die Bereiche "Forschungskoordination, EU-Förderungen, Umweltnetzwerke und Agenda 21" verantwortlich.

Schwerpunkte 1997

Umweltrecht

Naturschutz

- Neues Wiener Naturschutzgesetz

Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):

Referat 1 (rechtliche Angelegenheiten des Umweltschutzes)

Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Die Entwicklungen des Naturschutzrechtes auf nationaler und internationaler Ebene haben gezeigt, daß die bisher geltenden Bestimmungen des Wiener Naturschutzgesetzes 1984 den Erfordernissen eines modernen Naturschutzes nicht mehr entsprechen. Man hat erkannt, daß sich der Aufgabenbereich des Naturschutzes nicht länger auf eine „Konservierung“ von Schutzgebieten und gefährdeten Arten beschränken darf, sondern, daß die Erhaltung des ökologischen Gleichgewichtes der gesamten Natur die vordringlichste Aufgabe sein muß. Dies erfordert eine Abkehr vom klassischen, ausschließlich bewahrenden Naturschutz bis hin zu einem aktiven, am Prinzip der ökologischen Vorsorge orientierten Naturschutz, der sich flächendeckend auf das gesamte Stadtgebiet zu erstrecken hat. Deshalb wurde der Entwurf für ein neues Wiener Naturschutzgesetz ausgearbeitet. Im Jahr 1997 wurde das interne und das externe Begutachtungsverfahren abgeschlossen. Im Rahmen des internen Begutachtungsverfahrens wurde der Gesetzesentwurf an rund zwanzig magistratsinterne Dienststellen zur Stellungnahme verschickt. In das externe Begutachtungsverfahren waren das Bundeskanzleramt, die betroffenen Ministerien, Interessensvertretungen, Naturschutzorganisationen, Universitäten, die Ämter der Landesregierungen, die Wiener Umwelthanwaltschaft und die Volksanwaltschaft involviert. Der Gesetzesentwurf wurde auf Grund der eingelangten Stellungnahmen überarbeitet und wird 1998 dem Landtag zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Die wesentlichen Neuerungen im Entwurf zum neuen Wiener Naturschutzgesetz:

Der Entwurf eines neuen Wiener Naturschutzgesetzes entspricht nunmehr den Anforderungen eines europareifen (Umsetzung der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie und Vogelschutzrichtlinie) und modernen Naturschutzgesetzes.

Die Ziele des Naturschutzes wurden unter Berücksichtigung stadtökologischer Grundsätze neu formuliert. Der sogenannte vertragliche Naturschutz wurde gesetzlich verankert. Konkret heißt das, daß im Rahmen der verfassungsrechtlichen Schranken eine Verpflichtung des Magistrates vorgesehen ist, um auf den Abschluß vertraglicher Vereinbarungen zur Erreichung der Ziele des Naturschutzgesetzes hinzuwirken. Unter dem Schlagwort „vertraglicher Naturschutz“ sind nicht nur förmlich abgeschlossene privatrechtliche Verträge zu verstehen, sondern auch die Gewährung von Förderungen. Entsprechend der akuten Bedrohung der letzten Reste natürlicher Lebensräume, wie etwa Feuchtwiesen oder Trockenrasen, wurde ein Schutz gefährdeter Lebensräume (Biotope) neu eingeführt. Die in der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie aufgelisteten Lebensraumtypen, die von gemeinschaftlichem Interesse sind, gilt es nicht nur auf Grund EU-rechtlicher Bestimmungen zu bewahren oder wiederherzustellen. Weiters wurde eine - ebenfalls in der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie vorgesehene - Verpflichtung der Landesregierung zur Erstellung eines Biotopschutzprogrammes normiert, wodurch der Bestand geschützter Biotope regelmäßig überprüft und die Schutzmaßnahmen für allfällige Verbesserungen formuliert werden sollen. Die Artenschutzbestimmungen wurden auf Grund der Vorgaben der EU ausgeweitet. Die Liste der zu schützenden Arten wurde dem neuesten Stand der „Roten Liste“ angepaßt, wobei für besonders gefährdete Arten Prioritäten für die Erhaltung der Bestände gesetzt wurden. Der Habitatschutz soll in Zukunft von der Bestandsituation und der Anpassungsfähigkeit der betreffenden Art abhängen. Darüber hinaus wurde im Sinne eines aktiven Naturschutzes eine Verpflichtung der Landesregierung zur Erstellung eines Artenschutzprogrammes für als „prioritär bedeutend“ eingestufte Arten vorgesehen, das der Bestandsicherung und -verbesserung dienen soll. Auch die Zugvögel werden mit dem neuen Gesetz besser geschützt, indem hinsichtlich ihrer Vermehrungs-, Mauser- und Überwinterungsgebiete sowie der Rastplätze in ihren Wanderungsgebieten die Vorgaben der Vogelschutzrichtlinie verbindlich sind. Eingeführt wurde auch der sogenannte flächendeckende Naturschutz durch umfangreiche Bewilligungs- und Anzeigepflichten, die für das gesamte Stadtgebiet gelten. Darüber hinaus wurde die neue Schutzkategorie „Europaschutzgebiet“ geschaffen, mit der es möglich wird, ein europaweites ökologisches Netz, genannt „Natura 2000“, für den Schutz überregional bedeutender Gebiete zu verwirklichen. Neu ist auch die Schutzkategorie „Ökologische Entwicklungsfläche“, mit der dynamische Veränderungen in der Natur berücksichtigt werden können. Dabei handelt es sich um Flächen die zwar selbst nicht schutzwürdig, jedoch auf Grund ihres Entwicklungspotentials wichtig sind, um andere Ziele des Naturschutzgesetzes erfüllen zu können, zum Beispiel die Umsetzung von Arten- und Biotopschutzprogrammen. Durch das neue Gesetz werden auch die aktiven Schutz- und Pflegemaßnahmen verstärkt. Denn nicht nur für die jeweiligen Grundeigentümer von Schutzgebieten oder -objekten sind entsprechende Schutz- und Pflegeverpflichtungen vorgesehen, sondern auch für die Landesregierung, die für die Schutzgebiete Erhaltungs- und Verbesserungspläne zu erstellen hat.

– Novelle zur der Verordnung „Naturschutzgebiet Lainzer Tiergarten“

Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):

Referat 1 (rechtliche Angelegenheiten des Umweltschutzes)

Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Bereits 1994 wurde das Gebiet des Lainzer Tiergartens per Verordnung zum Naturschutzgebiet auf der Basis des damals geltenden Reichsnaturschutzgesetzes 1935 erklärt. Mit dem Wiener Naturschutzgesetz 1984, LGBl. für Wien Nr. 6/1985, wurde die Verordnung in den Gesetzesrang erhoben.

Der Lainzer Tiergarten wurde auch gemäß der Vogelschutzrichtlinie und der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie als Schutzgebiet "Natura 2000" nominiert. Die Bestätigung durch die EU-Kommission steht allerdings noch aus. Land- und Forstwirtschaft sowie die Jagd und die Fischerei sind nach dem Naturschutzgesetz 1984 nur dann erlaubt, wenn das Naturschutzgebiet dadurch nicht gefährdet wird.

Die unterschiedlichen naturräumlichen Voraussetzungen und die bisherige Betreuung und Nutzung haben zum heutigen Erscheinungsbild mit zahlreichen Tier- und Pflanzenarten geführt. Um neuen Grundsätzen und künftigen Entwicklungen des Naturschutzes besser entsprechen zu können, wurde die Verordnung 1996/97 novelliert. Wesentliches Ziel dabei war es, Landschaftsgestalt und Landschaftshaushalt zu erhalten und zu verbessern. Das Verfahren zur Novellierung der Verordnung wurde abgeschlossen. Die bestehenden Grenzen und die Fläche des Lainzer Tiergartens wurden auch bei der neuen Verordnung beibehalten.

Die neue Verordnung enthält folgende Schwerpunkte, nach Prioritäten gereiht:

1. Naturschutzpotential erhalten und fördern
Vorrangig müssen die Wiesen im Lainzer Tiergarten erhalten werden. Vor allem gilt das für jene Wiesentypen, die in der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie genannt sind. Ein weiteres Ziel ist es, den Alt- und Totholzanteil zumindest zu erhalten, wenn nicht sogar zu erhöhen. Werden alte, absterbende Bäume nicht entfernt, nisten darin Höhlenbrüter, aber auch Insekten werden so gefördert.
2. Erhaltung des kulturhistorischen Erbes
Landschaftsgestalt und Landschaftsbild sowie die historischen Gebäude mit den Parkanlagen gilt es zu bewahren, genauso wie das "barocke Jagdgatter." In diesem Zusammenhang will man sich auch in der Jagd neu orientieren. Das ist eine wesentliche Voraussetzung, das Naturschutzpotential erhalten und ausbauen zu können.
3. Erholungsnutzung
Für die Bevölkerung muß es weiter möglich sein, sich im Lainzer Tiergarten zu erholen. Notwendig ist jedoch, daß mit Hilfe eines Wegekonzeptes, jene Bereiche, die für den Naturschutz besonders wertvoll sind, von Besuchern weniger stark oder nur kaum frequentiert werden.
4. Waldbauliche Maßnahmen
Hier ist eine Strategie zu entwickeln, die zu einer Verbesserung des Vegetationsbestandes in den Waldbereichen führt. Die waldbaulichen Maßnahmen sollen im wesentlichen beibehalten werden. Altholzbestände müssen jedoch verstärkt gesichert werden.
5. Landwirtschaftliche Nutzung
Sie spielt schon derzeit im Lainzer Tiergarten eine untergeordnete Rolle. Den Landschaftshaushalt zu verbessern, ist durch Düngen mit Kompost und den völligen Verzicht auf Spritzmittel möglich. Erfolgreiches Beispiel dafür sind das Wiesenpflegekonzept, das seit drei Jahren erfolgreich durchgeführt wird.

- Schutzgebiete

Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 1 (rechtliche Angelegenheiten des Umweltschutzes)
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Ein Ziel des Naturschutzes ist die Sicherung und Entwicklung ausgewählter, besonders schutzwürdiger Ökosysteme, wobei es sich um Systeme mit Bedeutung für den Landschaftshaushalt und/oder das Landschaftsbild handelt. Das derzeit gültige Naturschutzgesetz kennt auf dem Gebiet des Gebietsschutzes 5 verschiedene Schutzkategorien: Nationalpark (NP), Naturschutzgebiet (NSG), Landschaftsschutzgebiet (LSG), geschützter Landschaftsteil (gL) und Naturdenkmal (ND). Insgesamt gibt es in Wien derzeit 13 Schutzgebiete (Stichtag 31. Dezember 1997) unterschiedlicher Kategorien (einschließlich Wald- und Wiesengürtel und Park-Schutzgebiete).

Ein völlig neues Schutzgebiet wurde 1997 mit dem Landschaftsschutzgebiet Hietzing geschaffen. Novelliert wurden die Verordnungen zum Lainzer Tiergarten bzw. zum Landschaftsschutzgebiet Prater, um die Schutzmechanismen zu verbessern. Gestartet wurden auch die Planungsarbeiten für das neue Schutzgebiet Hernals.

In Zusammenhang mit den verschiedenen EU-Bestimmungen, zum Beispiel der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie und der Vogelschutzrichtlinie, wird nun auch in Wien der Typus des Europaschutzgebietes geschaffen werden. Dieser neue Typus eines Schutzgebietes dient dazu, Gebiete von überregionaler Wichtigkeit per Verordnung zu Europaschutzgebieten zu erklären. In Anknüpfung an die Richtlinien der EU sollen diese Gebiete dann Bestandteile des Systems Natura 2000 werden, das aus einem Netzwerk von Schutzgebieten mit überregionaler, gemeinschaftlicher Bedeutung entstehen soll. Auch bestehende Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete und geschützte Landschaftsteile können zu Europaschutzgebieten erklärt werden. Bereits 1995 wurden die Vollnaturschutzgebiete Lobau und Lainzer Tiergarten als Natura 2000 Gebiete nominiert. Eine Entscheidung ist von der Kommission bis jetzt noch nicht getroffen worden.

- Naturdenkmäler

Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):

Referat 1 (rechtliche Angelegenheiten des Umweltschutzes)
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Vom Gebietsschutz - im wesentlichen durch das Kriterium Ausdehnung - zu unterscheiden ist der Objektschutz, der rechtlich durch die Kategorie „Naturdenkmal“ definiert wird und den Schutz von Einzelscheinungen in der Landschaft (Naturgebilde) betrifft. Rund 430 Naturdenkmäler gibt es derzeit in Wien.

Naturgebilde gelten nach dem Wiener Naturschutzgesetz als „naturdenkmalwürdig“, wenn bestimmte Kriterien hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen oder kulturellen Bedeutung, ihrer Eigenart und Seltenheit, ihrer besonderen Funktion im Landschaftsbild oder ihrer ökologischen Funktion erfüllt sind. Zum Naturdenkmal erklärt werden „landschaftlich hervorragende Bäume, Baum- oder Gehölzgruppen, Standorte seltener Tier- oder Pflanzenarten, Tier- oder Pflanzengemeinschaften, Quellen, sonstige natürliche Gewässer, Felsbildungen, erdgeschichtliche Aufschlüsse oder Erscheinungsformen“. In Wien gibt es derzeit 434 solcher Naturdenkmäler (Stand: 31. Dezember 1997), hauptsächlich Einzelbäume oder Baumgruppen. Außerdem wurden 11 geologische Aufschlüsse, 12 kleinere Waldbestände, 3 Auwaldreste, 4 Gewässer, 10 Flächen von faunistischer und floristischer Bedeutung und 13 Alleen bzw. Baumreihen zu Naturdenkmälern erklärt. Das älteste noch vorhandene Naturdenkmal in Wien (Nr. 3, Unterschutzstellung 1936) ist die sogenannte „Tausendjährige Eibe“ (*Taxus baccata*) im 3. Bezirk, Rest eines - der Überlieferung nach - uralten Eibenhaines aus der Römerzeit.

- Luftreinhaltung
Immissionsschutzgesetz Luft (IG-L)
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 8 (Luftmeßnetz)

Um eine entsprechende EU-Richtlinie zu erfüllen, wurde im Mai 1997 im Nationalrat das Immissionsschutzgesetz Luft (IG-L) beschlossen, das allgemein gültige Immissionsgrenzwerte festlegt. Gemeinsam mit der dazugehörigen Durchführungsverordnung und der Meßkonzeptverordnung wird das Gesetz im März 1998 in Kraft treten. Das IG-L schreibt vor, daß neben den bereits bisher gemessenen Komponenten Schwefeldioxid (SO₂), Stickstoffdioxid (NO₂), Kohlenmonoxid (CO), Staub (STB) und Ozon (O₃) auch die Schadstoffkomponenten Blei im Schwebstaub und Benzol zu erfassen sind. Weiters sind Depositionsmessungen für Staubbiederschlag sowie den darin enthaltenen Schadstoffen Blei und Cadmium vorzunehmen. Werden im IG-L festgelegte Immissionsgrenzwerte überschritten, so wird das in den Monats- und Jahresberichten dokumentiert. Ist die Grenzwertüberschreitung nicht auf einen Störfall oder eine vorübergehende nicht wiederkehrende Belastung zurückzuführen, ist eine Stuserhebung durchzuführen. Sie hat die Immissions- und Emissionssituation sowie die meteorologischen Bedingungen zu beschreiben. Außerdem muß festgestellt werden, in welchem Gebiet Sanierungsmaßnahmen durchzuführen sind. Im Anschluß daran ist eine Verordnung zu erlassen, die einen Katalog mit emissionsmindernden Maßnahmen für das Sanierungsgebiet enthält. Als mögliche Maßnahmen können zum Beispiel Emissionsbegrenzungen für Betriebsanlagen, Verkehrsbeschränkungen und Einschränkungen beim Einsatz und der Herstellung bestimmter Stoffe angeordnet werden.

Lärmschutz

Forschungs- und Monitoringprojekte
- Wiener Lärmbericht 1997
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 2 (Lärmschutz)

Der Wiener Lärmbericht 1997 wurde von der Wiener Umweltschutzabteilung (MA 22) gemeinsam mit externen Lärmexperten und mit Unterstützung der Versuchsanstalt für Wärme- und Schallschutz am TGM erstellt. Mit dem Wiener Lärmbericht 1997 liegt ein umfassendes Nachschlagewerk für Architekten, Stadtplaner, Lärm- und Schallschutztechniker und Studenten vor. Er gibt einen Überblick über die medizinischen, rechtlichen und technischen Aspekte des Lärm- und Schallschutzes. Status Quo, Entwicklung und Tendenzen der Lärmbekämpfung werden genauso beschrieben, wie jene Maßnahmen, die vom Land Wien und vom Bund gesetzt werden, um die Lärmbelastung für die Wiener und Wienerinnen möglichst gering zu halten. Im sehr ausführlichen rechtlichen Teil wurde auch das einschlägige EU-Recht aufgenommen, im Anhang alle fachspezifischen ÖNORMEN und Richtlinien. Der Lärmbericht enthält aber auch Ratschläge für jeden einzelnen, wie er seine unmittelbare Lärmsituation verbessern kann.

Außerdem sind im neuen Lärmbericht die Daten über die Lärmbelastung dargestellt, die bei der IFES-Studie „Leben in Wien“ im Jahr 1996 erhoben wurden. Die wichtigsten Ergebnisse: Die Lärmbelastung ist insgesamt seit 1982 gesunken und das, obwohl zum Beispiel das Verkehrsaufkommen deutlich gestiegen ist. Weniger Lärm verursachen Individualverkehr und Gewerbebetriebe, eine geringfügige Steigerung gibt es beim LKW-Lärm. Gleichgeblieben sind die Werte beim Schienenlärm, angestiegen sind Flug- und Baulärm.

Alle Lärmschutztips werden außerdem noch heuer in einer Infobroschüre zusammengefaßt, die spätestens Anfang Sommer bei der Wiener Umwelt Hotline (MA 22) erhältlich sein wird. Schon jetzt ist die Langfassung des Wiener Lärmberichts 1997 als CD-Rom erhältlich oder als gedruckte Kurzfassung in der MA 22 - Schriftenreihe "Beiträge zum Umweltschutz".

- Studie zur Verbesserung der Fluglärmsituation
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 2 (Lärmschutz)

Die Umweltschutzabteilung der Stadt Wien hat 1997 gemeinsam mit dem Flughafen Wien Schwechat eine Studie beauftragt, um die Möglichkeiten auszuloten, die Fluglärmsituation über Wiener Stadtgebiet zu verbessern. Das Projekt wurde von dem renommierten Universitätsprofessor Dr. Ing. Manfred Fricke vom Institut für Luft- und Raumfahrt von der Technischen Universität Berlin durchgeführt. Fricke hat sich bereits mit dem Lärmproblem beim neuen Flughafen München intensiv beschäftigt und erfolgreiche Lösungen ausgearbeitet. Die fertige Studie für den Wiener Flughafen wird im Frühjahr 1998 präsentiert werden. Untersucht wurden zum Beispiel die Einführung eines Nachtflugverbotes oder alternative An- und Abflugrouten. Vorschläge für eine neue Ausrichtung bzw. den Neubau von Start- und Landebahnen wurden ebenfalls unterbreitet. Bei der Auswertung der Ergebnisse wurden besonders jene Gebiete Wiens berücksichtigt, die von den startenden und landenden Jets am häufigsten überflogen werden. Auch mit welchen wirtschaftlichen und ökonomischen Konsequenzen bei den möglichen Maßnahmen zu rechnen ist, ist überprüft worden.

Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen

- Prioritätenkatalog für Lärmschutzmaßnahmen an ÖBB-Schienenstrecken
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 2 (Lärmschutz)

Mit Hilfe des Schienenlärmkatasters der Abteilung wurde bereits eine Prioritätenreihung für die Errichtung von Lärmschutzmaßnahmen an ÖBB-Schienenstrecken auf dem Wiener Stadtgebiet fertiggestellt. Ziel ist es, die Maßnahmen mit Priorität 1 möglichst rasch zu realisieren. Dazu gehören Lärmschutzmaßnahmen in den Bereichen Westbahnhof, Einmündung der Vorortelinie in die Westbahn (14. Bezirk bei Ameisbrücke), Westbahn im Bereich Blindenheim (14. Bezirk), Nordbahnhof, Nordwestbahnhof (Praterstern), Ostbahn (Simmering) und Donauuferbahn (Handelskai). Die Prioritätsstufe 1 betrifft eine Streckenlänge von insgesamt rund 2,2 Kilometern. Als Lärmschutzmaßnahmen sind hauptsächlich Lärmschutzfenster bzw. -wände vorgesehen. Die Kosten dafür betragen etwa 100 Millionen Schilling. Bisher hat sich der Bund als Eigentümer der ÖBB hartnäckig geweigert, die Maßnahmen zu finanzieren, wie es bei Anwendung des Verursacherprinzips logisch wäre.

- Wiener Umwelt Hotline (MA 22) hilft der Bevölkerung gegen den Baulärm
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 2 (Lärmschutz)
Stabstelle

Eine erhöhte Belastung durch Baulärm ist zwar örtlich wie zeitlich begrenzt, für die Anrainer ist sie trotzdem ein Problem. Deshalb kann sich jeder Bürger, der von zu lautem Baulärm betroffen ist, an die Wiener Umwelt-Hotline (MA 22) wenden, die unter der Wiener Telefonnummer 4000/8022 erreichbar ist. In der Praxis sehen Anti-Lärm-Einsätze der Umwelt-Experten der Abteilung so aus, daß sie den Beschwerden nachgehen, indem sie zum Beispiel sich vor Ort die Situation ansehen, den Lärmpegel messen und prüfen, ob die eingesetzten Maschinen den Gesetzen entsprechen. Wo Maßnahmen notwendig erscheinen, wird auch zwischen Bauträgern und Anrainern vermittelt. Denn aus mehrjährigen Erfahrungswerten ergibt sich, daß oft bereits einfache Maßnahmen ausreichen, die Baulärmbelastung für die Bevölkerung verringern zu helfen.

- Umweltverträglichkeitsbeurteilung
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 2 (Lärmschutz)

Für Projekte der Stadtplanung und Stadterneuerung werden lärm- und schadstofftechnische Umweltverträglichkeitsgutachten erstellt oder bewertet. Grundlagen für die Umweltverträglichkeitsbewertung sind neben der normengerechten Meßwerterfassung, computerunterstützte Berechnungen von Ausbreitungsmodellen für Lärm und Luftschadstoffe.

Für die notwendige Bewertung der Intensitäten und Wirkungen von Lärmquellen liegen in der Regel Normen und technische Richtlinien vor, die im Lärmausbreitungsmodell SLÄERM (ArcInfo) berücksichtigt sind.

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Verbrennungskraftmaschinen und Kraftfahrzeugbau der Technischen Universität Wien wurden die Emissionsdaten für Kfz-Abgase mit Prognosen bis zum Jahr 2000 ermittelt. Sie ermöglichen, neben den bisher relevanten Schadstoffen CO und NO₂ auch das toxische Potential von Benzol und Rußpartikel in Kfz-Abgasen in umwelttechnische Gutachten einzubinden.

Durch die Weiterentwicklung des ÖNORM-Modells für kleinere und mittlere Emittenten können nun auch Immissionskonzentrationen bei windschwachen Wetterlagen berechnet werden (Stille Modell). Das modifizierte Gauß-Modell ermöglicht die Simulation der Ausbreitungsmechanismen von Stäuben.

- Modernste Computerunterstützung für die Erhebung der Lärmbelastung an Wiens Straßen- und Schienenstrecken
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 2 (Lärmschutz)

Beim Kampf gegen den Lärm setzt die Stadt Wien auf modernste Computerunterstützung. Sowohl für den Verkehrslärm wie auch den Schienenlärm wurden eigene EDV-Programme entwickelt. Vom Straßenverkehrslärm-Immissionskataster, kurz SLIM genannt, wird das gesamte Hauptstraßennetz erfaßt. Die Programme werden alle zwei Jahre mit den aktuellen Daten aus den Verkehrszählungen gefüttert. SLIM zeigt die Lärmbelastung an, die in den Straßenzügen jeweils an der Baulinie auftritt. Dabei wird sogar zwischen linker und rechter Straßenseite unterschieden. Die Straßenzüge werden nach bestimmten Lärmbelastungskategorien geordnet. So erkennt man in welchen Straßen die Grenzwerte um wieviel überschritten werden. 1997 wurde eine spezielle Arc/Info Benutzeroberfläche entwickelt, damit der Straßenlärmkataster (SLIM) auf UNIX Workstations besser bedient werden kann.

Ähnlich wie der Straßenlärmkataster funktioniert auch der Schienenlärmkataster (SLIK). Er stellt die Schallimmissionen an beiden Seiten der Schienenstrecken der Österreichischen Bundesbahnen in Wien dar. Die Immissionswerte werden durch einen dichten Raster von Immissionspunkten ausgewiesen und in drei Lärmzonen zusammengefaßt.

Naturschutz

- Forschungs- und Monitoringprojekte
Forschungsprojekt: Vogelschutz und Windkraftanlagen in Wien
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Windkraftanlagen, wie sie seit kurzem auch in der Stadtgemeinde Wien errichtet werden, können grundsätzlich eine Gefahr für Vögel darstellen, da sie als Hindernisse im Luftraum ziehender und im Aktionsraum residenter Vogelarten wirken können. Wien weist eine große, naturräumlich bedingte Vielfalt von Vogel Lebensräumen auf, zum Beispiel die Donau mit Auen und Nebengewässern, künstlich geschaffene Gewässer, Laubwälder, Parks, Wiesen, Trockenrasen, Weingärten und Friedhöfe. In der Studie wurden die Auswirkungen und das Risiko von Windkraftanlagen auf Vogelbestände und -bewegungen untersucht.

Einige der wichtigsten Ergebnisse: Einflüsse von Windenergieanlagen sind grundsätzlich sowohl auf brütende und rastende als auch fliegende Vögel gegeben. Jedoch entsteht weder durch Einzelanlagen noch durch Windparks ein ernsthaftes Vogelschlagrisiko. Demgegenüber werden Vergrämung, Brut- und Rastgebietsverluste sowie notwendiges Ausweichverhalten an Windkraftanlagen als viel gravierendere Probleme eingestuft. Wat- und Wasservögel, vor allem Enten, halten häufig 200 bis 500 Meter Abstand zu Windkraftanlagen. Auch Offenlandbrüter wie Kiebitz, Feldlerche, Wiesenpieper und Braunkehlchen meiden zum Brüten die engere Umgebung der Anlagen.

In Anlehnung an die Naturschutzregelungen in Deutschland nennt die Wiener Studie auch Ausschlußgebiete (Gebiete wo keine Windkraftanlagen erlaubt werden sollten) bzw. Beschränkungsgebiete (nur eine ausnahmsweise Errichtung in beschränktem Ausmaß ist möglich). Ausgewiesen sind auch solche Gebiete, die auch aus der Sicht des Vogelschutzes als geeignete Standorte für Windkraftanlagen bezeichnet werden können. Die wichtigsten Ausschlußgebiete sind der Donaubereich inklusive Alter Donau als Leitlinie für den Vogelzug und als wichtiges Wasservogel-Rastgebiet sowie die Gebiete Lainzer Tiergarten, Wienerwald, Bisamberg, Lobau, Prater und die regional bedeutsamen Wasservogelbrutgebiete südlich von Süßenbrunn und am Wienerberg. Als geeignete Gebiete für die Errichtung von Windkraftanlagen bleiben große Teile im Osten und Süden des Stadtgebietes.

- Biotopmonitoring
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Stabstelle

Mit dem Biotopmonitoring der Umweltschutzabteilung werden die Grünstrukturen (Biotope) der Stadt Wien erhoben. Es liefert die Grundlagen für einen effizienten Schutz der Grünvegetation hauptsächlich im besiedelten Bereich der Stadt. Regelmäßig werden Luftbilder von der Stadt aufgenommen. So sieht man, wieviel Grün es wo in Wien gibt.

Flächendeckend und lückenlos wurden Lage, Größe, Anzahl, Art und Struktur der Grünflächen ermittelt. Auf den Infrarotbildern kann genau zwischen Verkehrsflächen, Häusern, Innenhöfen, Parkanlagen, Alleen oder einzelnen Baumreihen unterschieden werden. Bis ins Detail erkennt man, ob es sich bei den Grünbeständen um Wiesen, Büsche, Laubbäume, Nadelgehölze oder Ziergehölze handelt. Somit sind alle notwendigen Daten über den Ausstattungsgrad der Grünvegetation vorhanden. Auch auf den Zustand der "grünen Inseln" und Stadtbäume kann aus den Daten geschlossen werden. So gibt der Versiegelungsgrad Auskunft darüber, wieviel vom Grün auf einer bestimmten Stadtfläche übrigbleibt. Der Kronendurchmesser ist ein Maß für die Mächtigkeit eines Baumes. Der Kronenzustand läßt auf die Gesundheit der Bäume schließen. Die Luftbilder zeigen, wie die Grünflächen genutzt werden, zum Beispiel als Gastgarten, als Spielfläche oder negativerweise als Parkplatz.

In der ersten Phase wurden die Grünflächen des dichtbebauten Stadtgebietes untersucht. Als solche Gebiete sind in Wien rund 4.750 Hektar ausgewiesen. 881 Hektar davon sind Grünflächen in den unterschiedlichsten Kategorien. Das entspricht einem Grünflächenanteil von rund 17 Prozent im dichtverbauten Gebiet der Innenstadtbezirke und einem Anteil von 18,7 Prozent in den dichtbebauten Gebieten der äußeren Bezirke. Alleen, Baumreihen und andere linienartige Grünflächen gibt es auf einer Länge von rund 200 Kilometern. Insgesamt wurden 101.000 Bäume gezählt. Nur bei 9.000 Bäumen, das sind lediglich 8,9 Prozent, mußte der Kronenzustand mit "schlecht" oder „sehr schlecht" bewertet werden.

Das Biotopmonitoring liefert die Basisdaten für Stellungnahmen der Umweltschutzabteilung zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan. Nach dem dichtbebauten Stadtgebiet werden nun die Grünflächen in den restlichen Stadtgebieten erhoben. Bis 2002 werden entsprechende Grünflächendaten für die gesamte Stadt Wien vorliegen. Grundsätzlich soll das Monitoring in regelmäßigen Zyklen von 3 bis 5 Jahren stattfinden, damit positive und negative Veränderungen erfaßt werden können.

– Bodenzoologisches Monitoring im Wienerwald
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Böden stehen als offene Systeme in intensiver Wechselwirkung (Stoff- und Energieaustausch) mit ihrer Umwelt. Schadstoffe, es handelt sich dabei vor allem um Säuren, Schwermetalle und Stickstoffverbindungen, werden entweder direkt auf dem Boden deponiert oder nach einer Zwischenlagerung auf den Blattoberflächen der Bäume mit dem Niederschlag abgewaschen. Bei der Buche, einer der häufigsten Baumarten im Wienerwald, läuft auf Grund der Aststellung besonders viel Niederschlagswasser über den Stamm zu Boden.

Dieses Forschungsprojekt hat gezeigt, daß einige Bodentiere, vor allem Springschwänze (Collembola), äußerst schadstoffempfindliche Tiere sind. Es ist daher zweckmäßig, sie als Bioindikatoren für den Bodenzustand auszuwählen. Das Güteklassenschema basiert darauf, daß gesunde Böden durch hohe Abundanzen (Individuen pro Fläche, auch Aktivitätsdichte) und artenreiche Zönosen gekennzeichnet sind. In gut besiedelten Böden erfolgt umfangreicher Laubbau und ausreichende Mineralisation. Artenreiche Tiergemeinschaften sind außerdem ökologisch wesentlich stabiler als artenarme. Die Güteklassen reichen von "optimal" (Güteklasse I) bis "stark reduziert und anormal" (Güteklasse IV). Im letzten Untersuchungsjahr wiesen zwei Standorte die Güteklasse II ("normal") auf (Leopoldsborg, Hermannskogel), sechs Standorte die Güteklasse III (Kahlenberg, Jägerwiese, Steinerne Lahn, Kolbeterberg, Jubiläumswarte, Hubertuswarte in Lainz) und zwei Standorte die Güteklasse IV ("anormal", Exelberg, Rieglerhütte).

Insgesamt wurde innerhalb der letzten Jahre eine langsame, aber deutliche Verschlechterung der untersuchten Standorte festgestellt. Keiner der bewerteten Böden hat sich verbessert. 60 Prozent der untersuchten Buchenwaldstandorte weisen eine stark veränderte und reduzierte Bodenfauna auf. Die Besiedlungsdichte ist äußerst gering, bestimmte Tiergruppen und auch Collembolenarten (Bodenlebewesen) sind hier aus der Lebensgemeinschaft (Zönose) verschwunden. Die parallel durchgeführten bodenchemischen Auswertungen belegen, daß die Säurebelastung (+ Schadstoffbelastung) unvermindert stark geblieben ist. Da bei gleichbleibender Belastungssituation der Waldböden auf Grund der vorliegenden Studie eine weitere Verschlechterung des Bodengesundheitszustandes im Wienerwald prognostiziert werden kann, ist aus bodenzoologischer Sicht eine weitere und verstärkte (Luft-) Schadstoffreduktion - in erster Linie von aus Industrie und Verkehr stammenden Säuren und deren Vorläufer - zu fordern.

– Monitoring: Wald- und Kulturlandschaftsvogel an zwei Probeflächen in Kalksburg
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

In den Jahren 1989 bis 1997 wurden auf zwei Probeflächen im Raum Kalksburg der Brutvogel-Bestand mit Hilfe der Revierkartierungsmethode erhoben. Bei der ersten Probefläche handelte es sich um eine Waldfläche ("Himmelswiese"), bei der zweiten um eine Kulturlandfläche ("Neuberg"). Außergewöhnlich ist bei der vorliegenden Studie der Erhebungszeitraum von fast 8 Jahren. In kaum einer anderen Untersuchung in Österreich wurde eine gesamte Brutvogelgemeinschaft über eine so lange Zeit hin untersucht.

Die Waldprobefläche umfaßt 19,7 ha und ist bedeckt von Laubmischwald-Beständen, Schwarzkiefern-Wäldern und einer ausgedehnten Halbtrockenwiese. Die 35,7 ha große Kulturlandfläche dominiert durch überwiegend intensiv bewirtschaftete Weingärten, besitzt jedoch auch größere Flächen von Feldgehölzen und Pionierwäldern, Halbtrockenwiesen und verbuschenden Wiesenbrachen. Beide Probeflächen stellen typische Landschaftsausschnitte dar, wie sie für den Westen Wiens charakteristisch sind. Das mit dieser Untersuchung vorgestellte Bestand-Monitoring der Brutvögel kann daher als repräsentativ für vergleichbare Gebiete Wiens gelten. Die untersuchten Vögel liefern überdies in ihrer Funktion als Bioindikatoren Hinweise zur Entwicklung der Lebensraumqualität für andere Tiergruppen und Pflanzen. Für jede als Brutvogel vorkommende Art wurde in diesem Bericht neben einer ökologischen Charakteristik eine Darstellung von Vorkommen, Bestandsentwicklung und Gefährdung in Europa, Österreich, Wien und dem Untersuchungsgebiet im speziellen gegeben.

Die Ergebnisse der Untersuchung sind wenig erfreulich: Auf beiden Probeflächen mußte eine statistisch signifikante Abnahme der Revierzahl verzeichnet werden. Auch die Artenzahlen haben in beiden Probeflächen abgenommen. Vom Rückgang betroffen sind die verschiedenen Nahrungs-, Nist- und Zuggilden gleichermaßen. Aus dem Gebiet völlig verschwunden sind vor allem anspruchsvolle Kulturlandvögel und Waldvögel am Rande des Areals. Stabile oder leicht zunehmende Tendenz zeigen lediglich einige Waldvögel. Grund für den Rückgang sind zum Beispiel markante Veränderungen in der Kulturlandschaft wie zum Beispiel die Intensivierung des Weinbaus oder die Verringerung der Wiesennutzung. Auch die strengen Winter im Untersuchungszeitraum haben sich negativ ausgewirkt. Alle diese Faktoren haben einen bedeutenden Einfluß auf die Brutvogelbestände. Vor allem die Baumbrüter und Arten, die ihre Nahrung im Astwerk und auf Blättern suchen, sind von den negativen Veränderungen in der Kulturlandschaft stark betroffen. Die Revierzahlen aller Arten zeigen auf der Himmelswiese starke Reaktionen auf die strengere Winterwitterung. Lediglich auf Waldflächen gibt es eine erfreuliche Entwicklung. Die Aussetzung der forstlichen Nutzung auf einige charakteristische Waldarten wirkt sich positiv aus. Insgesamt jedoch erfordert der schlechende, allgemeine Rückgang der Vogelwelt, von dem fast alle Artengruppen darunter auch die "Allerweltsvögel" betroffen sind, eine rasche Einleitung von Gegenmaßnahmen. Im Untersuchungsgebiet ist die Restrukturierung der intensivierten Weinbauflächen mit der Wiederanpflanzung von Obstbäumen und Buschinseln, der Brachlegung von Weingärten und die Reduktion des Pestizideinsatzes notwendig.

– Monitoring der Biberfauna

Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Das Bibermonitoring wurde bereits 1992 gestartet und 1997 abgeschlossen. Ziel war es, den Bestand, die Ausbreitung und die Nahrungstrategien der in der Lobau wiederangesiedelten Biber zu untersuchen. Waren es 1988 im Wiener Bereich lediglich vier ständig bewohnte Reviere mit 10 - 15 Biber, so konnten zum Start des Bibermonitorings 1992 bereits sieben Reviere mit insgesamt 25 Bibern gezählt werden. Heute gibt es etwa 13 Reviere, davon mindestens acht Familienreviere, mit insgesamt etwa 40 Exemplaren. Die Biberreviere in der Lobau dürften komplett besetzt sein. Abwanderungstendenzen über Wienfluß, Mauerbach und Liesing sind zu beobachten. Langzeituntersuchungen über die Winternahrungsstrategien von fünf Biberfamilien ergaben kein sehr einheitliches Bild. Offensichtlich sind Biber äußerst anpassungsfähige "Nahrungsoportunisten", bei denen vor allem das "Angebot" in ihrem Revier und nur kleinere familienspezifische Eigenarten und Vorlieben den Speiseplan bestimmen. Grundsätzlich kann man sagen, daß Lobau-Biber Weide, Pappel und Hartriegel sozusagen als Leibspeise bevorzugen. Baumstämme werden vor allem dann gefällt, wenn deren Durchmesser eher gering ist. Fällungen außerhalb eines 20 m breiten Uferstreifens sind selten. Durch die Aktivitäten der Biber in ihrem Lebensraum werden mehrere vergleichsweise kleinräumige Strukturen geschaffen, wodurch die Biodiversität erhöht wird. Konflikte zwischen Mensch und Biber treten zur Zeit noch eher selten auf, werden jedoch zunehmen, wenn die Biber noch mehr in stärker besiedelte Gebiete vordringen. Für das Bibermonitoring verantwortlich war Johanna Sieber im Auftrag der Umweltschutzabteilung (MA 22)

– Leitfäden und Arbeitshilfen

Leitfaden zum Schutz der Fledermäuse in Wien
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Die Überlebensbedingungen für die Fledermäuse haben sich in den letzten Jahrzehnten rapid verschlechtert. Um die Fledermäuse effizienter schützen zu können, müssen für sie bessere Lebensbedingungen geschaffen werden. Gelingt das, so können die Restbestände ihre Lebensräume nicht nur erhalten, sondern sogar ausweiten. Das ist der Ansatz, von dem der Leitfaden ausgeht. Übrigens: im Vergleich zu anderen europäischen Städten gibt es in Wien noch sehr viele verschiedene Arten von Fledermäusen, die jedoch alle durchwegs vom Aussterben bedroht sind.

Der Leitfaden stellt einen ersten Schritt zur Umsetzung des Arten- und Lebensraumschutzprogrammes (ALSP) für

die Stadt Wien dar (Kutzenberger, 1993). Inhaltlich kann auf dieser Ebene nicht die Tiefe eines Artenschutzprogrammes für Fledermäuse erreicht werden (Kutzenberger, 1993). Der Leitfaden soll vielmehr „fledermausfreundliches“ Handeln im Alltag jener Personengruppen verankern, die in ihrem Tätigkeitsbereich in die Lebensräume von Fledermäusen direkt oder indirekt eingreifen.

Ziel dieses Leitfadens ist es, jene Faktoren zu beseitigen, welche die Lebensräume der Fledermäuse einengen. So zum Beispiel führen Nahrungsknappheit, direkte Vergiftung, Baumschnitt, Gebäudesanierung oder Bunkerverfüllung zu einem immensen Druck auf die Population. Dieser Druck soll nun reduziert werden, indem im gesamten Stadtgebiet flächendeckend „Nischen“ geschaffen werden, die von den Fledermäusen in ihren unterschiedlichen Lebensphasen genutzt werden können.

Spezifische Maßnahmen, um Fledermausquartiere zu erhalten, bedürfen zusätzlicher artspezifischer Untersuchungen, die jeweils bei Bedarf durchgeführt werden. Der Leitfaden ist in erster Linie für Dienststellen des Magistrates der Stadt Wien konzipiert. Grund dafür ist, daß es vor allem bei den Aufgaben, die im Rahmen der Errichtung oder Sanierung städtischer Wohnhausanlagen oder im Bereich der städtischen Wälder und Parkanlagen zahlreiche Möglichkeiten gibt, geeignete Lebensräume für die Fledermäuse zu erhalten und neu zu schaffen. Fast alle im Leitfaden vorgeschlagenen Maßnahmen können ohne oder nur mit sehr niedrigen Mehrkosten durchgeführt werden. Manche Maßnahmen würden sogar Kosten senken, zum Beispiel wenn man in den Grünanlagen in einzelnen Bereichen die bisherigen Pflegemethoden weniger intensiv betreibt oder differenzierter gestaltet. Der Leitfaden wurde von H. Kutzenberger, A. Baar und W. Pölz im Auftrag der MA 22 - Umweltschutz erstellt.

- Katalog- und Schutzmaßnahmen für prioritär und streng geschützte Pflanzenarten
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Im bereits fertiggestellten Gesetzesentwurf für das neue Wiener Naturschutzgesetz ist auch ein neues, umsetzungsorientiertes Instrumentarium, nämlich das Arten- und Lebensraumschutzprogramm, verankert. Es beinhaltet unter anderem einen stärker als bisher abgestuften Artenschutz mit den Kategorien „prioritär“, „streng geschützt“ und „geschützt“. Künftig soll damit auf bestehende Gefährdungsursachen effizienter eingegangen werden. Deshalb wurde im Auftrag der Umweltschutzabteilung auch die Liste der geschützten Pflanzenarten Wiens überarbeitet. Eine Reihe von Pflanzenarten wurden neu aufgenommen. Darunter sind vor allem solche zu finden, für deren Erhaltung ein strenger Schutz oder sogar begleitende Sicherungsmaßnahmen notwendig sind. Außerdem enthalten sind jene Arten, die in den Anhängen zur Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU aufgelistet sind.

- Stadterlebnisgärten/Zierpflanzen: Bedeutung für Lebensqualität und Biodiversität
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Auch dabei handelt es sich um einen neuen Leitfaden der 1996 ausgearbeitet wurde. Er bietet Ansätze, um in Teilbereichen des städtischen Grünraumes Pflanzen zu setzen, die speziell für Tiere von hohem Wert sind (zum Beispiel bei der Habitatwahl oder als Nahrungsquelle).

Im ersten Teil der Arbeit werden Informationen zur Anlage, Gestaltung und Pflege der genannten Lebensräume gegeben, um die komplexen Wechselwirkungen am Standort aufzuzeigen. Diesen Angaben sind Pflanzenlisten beigelegt, die im kurzen Überblick einige ausgewählte typische Arten zeigen.

Im zweiten Teil des Leitfadens werden exemplarisch einige Pflanzenarten in Form einer aufzählenden, kommentierten Liste vorgestellt. Dabei wurden Pflanzen ausgewählt, die einerseits leicht zu vermehren (oder zu beschaffen) und andererseits leicht zu kultivieren sind. Angestrebt wird die selbständige Verbreitung (oder das Auswildern) der Arten. Die eingebrachten Pflanzenarten dienen als „Mutterpflanzen“ am Standort. Ausgewählt wurden vor allem Arten der Lebensräume Wiesen, Gehölzgruppen, Hecken, Böschungen und Saumgesellschaften.

In den einzelnen „Pflanzenportraits“ finden sich knappe Angaben zur Botanik, zum Standort, zur Vermehrung, zum faunistischen Wert und eine Beurteilung des Gartenwertes. Besonders berücksichtigt wurde dabei auch der Wert der Pflanzen, den sie für die Insekten haben. Denn die Insekten bilden einen Großteil der Biomasse, die von anderen Säugetieren, Vögeln und Reptilen als Nahrung notwendig sind (funktionale Arten). Die kommentierte Liste liegt als einfache Datenbank (Microsoft Works) vor. Die darin gemachten Angaben sind für den Praktiker gemacht, daher wurde bei den angeführten Tierarten weitestgehend auf den Trivialnamen (deutsche Bezeichnung) zurückgegriffen; die Angaben zum faunistischen Wert verschaffen einen Überblick, können aber nicht vollständig sein. Der Leitfaden dient als Hilfsmittel sowohl für Privatpersonen als auch für Verwaltungsdienststellen (wie zum Beispiel Stadtgartenämter, Bundesgärten, Verwaltungen öffentlicher Gebäude usw.). Er soll motivieren, Stadterlebnisgärten anzulegen und zu pflegen. Im Leitfaden sind Bezugsquellen für Wildpflanzen angegeben und auf weiterführende Literatur wird ebenfalls verwiesen. Ausgearbeitet wurde der Leitfaden von K. Pohl im Auftrag der MA 22 - Umweltschutz.

- Leitfaden zur Raumverträglichkeit: ein Beitrag zur nachhaltigen Raumnutzung
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Das Projekt wurde 1996 und 1997 durchgeführt. Entwickelt wurde ein Leitfaden als Diskussionsgrundlage und für die gemeinsame Arbeit in diesem Bereich von einer Gruppe von Beamten und Freischaffenden unterschiedlicher Fachdisziplinen. Mit dem "Umweltleitfaden" wurde bereits 1989 unter der Federführung der MA 22 - Umweltschutz ein methodisches Konzept erstellt, um öffentliche und private Vorhaben umweltbezogen beurteilen zu können. Diese Arbeit hat sich in der Praxis nicht nur zur Beurteilung von Vorhaben, sondern auch als Leitfaden zur Willensbildung von Entscheidungsträgern bewährt. Weiterreichende soziale, ökonomische oder stadtstrukturelle Auswirkungen der zu beurteilenden Vorhaben blieben jedoch ausgeklammert.

Basis für weitere Überlegungen bildet der Raum beziehungsweise das mit den Begriffen Landschaftsgestalt, Landschaftshaushalt und Landschaftsbild im Fachreferat für Naturschutz erarbeitete räumliche Konzept. Ziel ist es, für die Teilsysteme Wirtschaft, Gesellschaft und Natur Kriterien bzw. Indikatoren zu erarbeiten, die die nachhaltige Entwicklung widerspiegeln. Derzeit gibt es ungefähr 80 EU-Projekte zum Thema nachhaltige Entwicklung. Gemeinsam haben sie, daß fast ausschließlich Einzelindikatoren untersucht werden, die notwendige systemische Zusammenschau aber im Hintergrund steht. Der Beitrag des Naturschutzes besteht u.a. darin zu zeigen, woran sich nachhaltige Systeme (Natur) orientieren.

Naturschutzmaßnahmen: Umsetzung

- Bestandsstützung für das Wiener Nachtpfauenaug
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Nachdem die Puppen in den vergangenen Jahren ausgesetzt wurden, sollte 1996 der Erfolg dieser Maßnahme kontrolliert werden. Dabei wurden die Habitate Wienerberg, Laaerberg und Zentralfriedhof in je drei Exkursionen besucht und die Anzahl von Nachtpfauenaugen festgestellt. Die Ergebnisse waren überzeugend. An manchen Abenden waren die Nachtpfauenaugen jene Schmetterlingsart, die am häufigsten festgestellt werden konnte. Erfreulicherweise wurden auch besonders große Exemplare beobachtet, ein Zeichen dafür, daß die Lebensbedingungen für diese Schmetterlingsart besonders gut sind. Resümee: Das Bestandsstützungsprojekt war in allen Habitaten erfolgreich. Das Projekt wurde von R. Eis im Auftrag der MA 22 - Umweltschutz durchgeführt.

- Grundlagen und erste Maßnahmen für die Erhaltung des Wachtelkönigs auf den Wienerwaldwiesen im Bundesland Wien
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Der Wachtelkönig ist eine weltweit extrem gefährdete Vogelart. Laut "Roter Liste" ist der Vogel in Österreich sogar vom Aussterben bedroht. In Wien leben nur noch wenige Exemplare auf den Wienerwaldwiesen im Gütenbachtal. Die Umweltschutzabteilung hat 1997 gemeinsam mit BirdLife Österreich ein spezielles Schutzprogramm gestartet, um den Wachtelkönig zu retten. Bis Ende 1997 wurden die Grundlagen erhoben, wie man den Wachtelkönig am besten erhalten kann. An ersten Schutzmaßnahmen wurde ebenfalls bereits gearbeitet. In der ersten Phase wird festgestellt, wieviele Wachtelkönige auf welchen Wienerwaldwiesen leben. Dazu wird das Archivmaterial von BirdLife genutzt, aber auch Kontrollgänge bei Tag und Nacht werden durchgeführt. Die Zählung der Exemplare ist besonders schwierig, da der Vogel als besonders scheu gilt. Am besten kann man den Wachtelkönig noch in der Nacht finden, dann nämlich ertönen seine besonders markanten Rufe. Untersucht wird auch, welche Vegetationsarten der Wachtelkönig in Wien bevorzugt und seine Fortpflanzung am besten fördern. In der zweiten Phase soll die Lebenssituation der Wachtelkönige durch konkrete Maßnahmen verbessert werden. Mit den Bauern soll vertraglich vereinbart werden, daß das Mähen der Wiesen weniger oft, zeitlich verzögert und nur mehr schonend durchgeführt wird. So soll zum Beispiel die Wiesenmahd nur mehr von innen nach außen erfolgen, damit die Fluchtwege offen bleiben. Außerdem soll die Geschwindigkeit der Mähmaschinen reduziert werden. Dann haben die Wachtelkönige auch genügend Zeit, um den Maschinen auszuweichen. Weitere Bewirtschaftungsauflagen (zum Beispiel das Pflanzen von Schilffarten) sollen dafür sorgen, daß jene Wiesenvegetation gefördert wird, die der Wachtelkönig zum Überleben braucht. Das Mähen der Wiesen völlig einzustellen, wäre nicht sinnvoll. Denn läßt man die Flächen brachliegen, kommen binnen kurzer Zeit Büsche und Sträucher auf, so daß der Wachtelkönig keinen optimalen Lebensraum mehr vorfindet. Für eventuelle Ertragseinbußen sollen die Bauern entschädigt werden.

- Neues Landschaftsschutzgebiet Hietzing
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 1 (rechtliche Angelegenheiten des Umweltschutzes)
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

1997 wurde auch ein neues Schutzgebiet geschaffen, das Landschaftsschutzgebiet Hietzing (13. Bezirk). Im Laufe der historischen Entwicklung sind dort außerhalb des Lainzer Tiergartens großflächig zusammenhängende Bereiche erhalten, die bis heute nicht besiedelt oder nur in geringem Umfang bebaut sind und abgesehen davon auch noch eine große Bedeutung aus kulturhistorischer Sicht haben. Diese Flächen sind besonders wertvoll für die Naherholung und haben auch große ökologische Qualität. Aus der Sicht des Natur- und Landschaftsschutzes handelt es sich deshalb um erhaltungswürdige Gebiete. Die ökologischen Funktionstypen Wald, Park- und Erholungsflächen, Gewässer, Bereiche mit Einfamilien- und Einzelhausbebauung sowie Reste von Agrarräumen sind in diesem Gebiet vorhanden. Durch die Erhaltung und, wo erforderlich Entwicklung der einzelnen Bereiche unter Bedachtnahme auf den Landschaftsschutz, soll erreicht werden, alle charakteristischen Landschaftsteile des Bezirkes und alle stadtoökologisch wichtigen Gebiete zu sichern.

– Planungsarbeiten für ein neues Landschaftsschutzgebiet Hernals

Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):

Referat 1 (rechtliche Angelegenheiten des Umweltschutzes)

Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Demnächst soll Wien ein neues Schutzgebiet, das Landschaftsschutzgebiet Hernals erhalten. Bei der Gebietssabgrenzung werden die naturräumlichen Gegebenheiten speziell berücksichtigt, und zwar entsprechend den Zielen der Stadtplanung, des naturschutzfachlichen Leitbildes und der stadtoökologischen Funktionstypen. Mit der geplanten Verordnung werden folgende Ziele angestrebt: Die Landschaftscharakteristik und die Weinbauflächen sollen erhalten bleiben. Bestehende und derzeit erlaubte Nutzungsmöglichkeiten sollen behutsam entwickelt werden, so zum Beispiel die Erholungseinrichtungen, Wiesenpflege und Förderung standortgerechter Vegetation. Die Wohnnutzung soll nur mehr bei entsprechender Widmung, und die Verkehrsnutzung überhaupt nicht mehr ausgeweitet werden.

– Vorarbeiten zu einem Arten- und Lebensraumschutzprogramm Hernals

Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):

Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Aufbauend auf dem Rahmenkonzept für ein "Arten- und Lebensraumschutzprogramm (ALSP) Wien 1994" und das entsprechende "Umsetzungskonzept 1996" wurde 1997 mit den Vorarbeiten zu einem "Arten- und Lebensraumschutzprogramm Hernals" begonnen. Wesentliche Punkte in dieser Phase der Durchführung: Ausgewählt wurden insgesamt 7 Pilotflächen im 17. Bezirk, die als Ausgangspunkte eines zukünftigen ALSP-Netzwerkes geeignet sind. Für diese Flächen wurden bereits auch lokale Entwicklungs- und Pflegekonzepte erarbeitet und mit der Umsetzung begonnen unter Berücksichtigung der vier Aspekte für jeden stadtoökologischen Funktionstyp (ökologischer, soziokultureller, gestalterisch-ästhetischer und funktioneller Aspekt). Begleitend dazu soll eine geeignete Öffentlichkeitsarbeit die EntscheidungsträgerInnen und die breite Bevölkerung für die Ziele des Arten- und Lebensraumschutzprogrammes sensibilisieren und zum Mitmachen motivieren.

– Amphibienschutz

Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):

Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Im Amphibienschutz liegt ein Schwerpunkt bei den Maßnahmen zum Schutz der Erdkröte. Vor allem bei der Wanderung der Kröten zu den Laichgewässern, die häufig über stark befahrene Straßen führt, werden jährlich im Frühjahr Tausende Kröten getötet. Solche Wanderstrecken befinden sich im 2. Bezirk im Prater (Aspernallee); im 14. Bezirk in der Rosentalgasse, Steinböckengasse, Amundsenstraße (im Bereich Schottenhof), Mauerbachstraße (im Bereich Schloß Laudon) und der Sofienalpenstraße (Nähe Adalbert-Stifter-Denkmal); im 17. Bezirk in der Exelbergstraße (Bereich Schwarzenbergpark) sowie im 21. Bezirk in der Senderstraße (Bisamberg). Beim Schutz der Kröten setzt die Umweltschutzabteilung auf verschiedene Maßnahmen: Die Straßen sind zum Beispiel mit Amphibienschutztafeln gekennzeichnet oder mit Krötenschutzzäunen gesichert. Völlig neu ist eine von der MA 22 - Umweltschutz und dem Forstamt (MA 49) 1997 entwickelte mobile Tunnelanlage. Die Kröten marschieren durch den Tunnel hindurch und können so gefahrlos die andere Straßenseite erreichen. Der mobile Tunnel dient dazu, vor Ort herauszufinden, ob die Kröten an den jeweiligen Wanderstrecken eine Tunnelanlage überhaupt annehmen. Erstmals war ein solcher Krötentunnel 1997 am Bisamberg im Einsatz. Dort wurde diese Hilfsmaßnahme von den Tieren voll akzeptiert, so daß der mobile Tunnel bereits durch einen stationären ersetzt werden konnte. Die mobile Tunnelanlage selbst besteht aus einer Stahlrampe, die durch ein befahrbares Stahlgitter mit einer Tragkraft von bis zu vier Tonnen abgedeckt ist. Das Stahlgitter ist lichtdurchlässig, denn auch wenn die Tiere vorwiegend nachts unterwegs sind, einen völlig dunklen Tunnel nutzen die Tiere nicht. Sie müssen sich am Licht der Sterne und des Mondes orientieren können. Leitbleche und Zäune am Straßenrand führen die Kröten zu den Tunnelöffnungen.

Bei den fix errichteten Tunnelanlagen handelt es sich um aus betongefertigte Kanaltröge, die in die Fahrbahn eingebaut werden. Gedeckt ist der Tunnel mit Betonplatten oder Asphaltbelag und damit das notwendige Licht einfallen kann, teilweise mit befahrbaren Schachtgittern. Zäune und Planken leiten die Kröten zu den Tunneleingängen.

Umweltschutz und Stadtentwicklung

Umsetzung von Maßnahmen

- Schnellbahnstation Lobau wiedereröffnet
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 4 (Umweltschutz und Stadtentwicklung)

Wieder eröffnet wurde die Schnellbahnstation in der Lobau im September 1996. Die Station Lobau kann nunmehr direkt über den Franz-Pletersky-Weg und Krokusweg erreicht werden. Zum Erholungsgebiet Neue Donau gelangt man nun über eine neue Brücke in der Raffineriestraße. Die Wege bei der Station sind erneuert und mit einer Beleuchtung ausgestattet worden. Neu sind auch Wartehäuschen und die Bahnsteige. Gebaut wurde auch ein Personentunnel unter dem Bahnsteig. In den nächsten Wochen wurde außerdem auf einer Länge von einem Kilometer auf Seite der Wohnsiedlung Krokusweg eine Lärmschutzwand errichtet. Beim Neubau der Station beteiligt waren auch die Umweltschutzabteilung (MA 22) und das Forstamt (MA 49). Die Gesamtkosten betragen 20 Millionen Schilling.

- Sanierung des Hanslteichs
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 4 (Umweltschutz und Stadtentwicklung)

Beim Hanslteich, einem beliebten Freizeitgebiet für viele WienerInnen, wurde im Frühjahr 1997 mit der Sanierung begonnen. Die Verbesserung der gesamten Ökologie durch Schlammabsaugung, Ufergestaltung und Biotopverbesserung ist ebenso geplant wie Arbeiten am Wegenetz und die Befestigung von Waldwegen. Die Gesamtkosten werden über 500.000 Schilling betragen. Die Hälfte der Kosten werden vom Verein Wien-Niederösterreich getragen. Ziel des seit 1974 bestehenden Vereins ist es, Naturräume und Erholungsflächen, die für die BewohnerInnen beider Bundesländer wichtig sind, zu schaffen, zu sichern oder auszugestalten. Um das zu erreichen, erhalten Gemeinden, Vereine oder Organisationen finanzielle Hilfe für Erholungsprojekte, die natürlich der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen müssen; außerdem werden Maßnahmen zum Schutz des Wienerwaldes subventioniert.

Luftreinhaltung und Luftmeßnetz

Forschungsprojekte

- POP - Pannonisches Ozonprojekt
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 5 (Luftreinhaltung)

Das pannonische Ozonprojekt wurde im Jahr 1993 mit dem Ziel gestartet, ein wissenschaftlich fundiertes Instrument für die strategische Planung zur Reduktion der Belastung von Sommerozon in Nordostösterreich zu schaffen. Für die Planung und Durchführung des Projektes waren partnerschaftlich das Österreichische Forschungszentrum Seibersdorf, das Institut für Meteorologie und Physik der Universität für Bodenkultur und das Österreichische Umweltbundesamt verantwortlich. Finanziert wurde POP von den Österreichischen Bundesministerien für Wissenschaft und Verkehr, für Umwelt, Jugend und Familie und für Land- und Forstwirtschaft sowie von den Ämtern der Landesregierungen für Wien, Niederösterreich und Burgenland. Nach nunmehr 3 1/2 jähriger Entwicklungsarbeit liegen folgende Ergebnisse vor: Ein einheitlicher Datensatz, welcher in einem umfangreichen Oxidantienmeßprogramm mittels Boden- und Flugzeugmessungen über zwei Sommer im Untersuchungsgebiet gewonnen wurde. Weiters eine räumlich und zeitlich fein aufgelöste Emissionsinventur der Ozonvorläuferstoffe Nox, flüchtige organische Verbindungen ausgenommen Methan = NMVOC und CO für Österreich, Tschechien, Slowakei und Ungarn. Außerdem gibt es ein photochemisches Transportmodell für die Simulation von Produktion und Transport von Ozon in Europa. Das Modell ist für die wissenschaftlichen Analysen der Oxidantienbildung in Nordostösterreich, für die Szenario-Berechnungen zur Abschätzung der Wirksamkeit von Maßnahmen zur Emissionsminderung von Ozonvorläuferstoffen sowie für Ozon-Kurzzeitprognosen im Untersuchungsgebiet geeignet.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß im Rahmen des pannonischen Ozonprojektes ein wichtiges Instrument zur strategischen Planung von Maßnahmen zur Reduktion des Sommerozons in Nordostösterreich geschaffen wurde. Die ersten Modellanwendungen in diesem Projekt haben gezeigt, daß Ozonspitzen durch regionale Maßnahmen deutlich abgesenkt werden können, daß aber längerfristige Reduktionen der Ozonbelastung nur durch großräumige Emissionsreduktionen zu erzielen sind. Diese Ergebnisse decken sich auch mit den Grundaussagen anderer internationaler Studien auf diesem Gebiet. Das POP-Modell wurde bereits am Rechner des österreichischen Umweltbundesamtes für weitere Auswertungen implementiert.

- Studie: Morgendliche Spitzen der Ozonkonzentration im Wiener Stadtgebiet
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 8 (Luftmeßnetz)

Ein bisher noch ungeklärtes, für die praktische Arbeit in der Meßnetzzentrale überraschendes Phänomen hat sich wiederholt an einigen Wiener Ozon-Meßstellen gezeigt. Bereits am Vormittag steigt die Ozonkonzentration innerhalb weniger Minuten extrem an, mit Werten weit über 100 ppb, wobei nach einiger Zeit die Werte wieder sinken. Die sehr raschen lokalen Ozonanstiege verursachen in der Meßnetzzentrale große Probleme, da die Entwicklung der aktuellen Luftqualität auf Grund dieses Phänomens nur mehr schwer eingeschätzt werden kann.

Mit der Untersuchung an Hand luftchemischer und meteorologischer Meßgrößen sollen die Grundlagen geschaffen werden, die eine routinemäßige Klassifizierung und Bewertung der morgendlichen Spitzen der Ozonkonzentration möglich machen. Eine Richtlinie dazu wird ausgearbeitet, damit in Zukunft unter Verwendung vorhandener Immissionsmeßergebnisse und diverser meteorologischer Parameter die aktuelle Luftgütesituation wieder besser und leichter eingeschätzt werden kann.

Umweltprogramme und Schwerpunktprojekte

- Schwerpunktthema: Erste Ozon Konsens-Konferenz der Ostregion
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 5 (Luftreinhaltung)
Stabstelle

Im Juni 1996 wurde der „Ozongesetzliche Maßnahmenplan“ der Länder Wien, Niederösterreich und Burgenland präsentiert. Um die darin geforderte breite „Ozon-Solidarität“ zu erzielen, haben die drei Bundesländer gemeinsam mit der Wiener Umweltschutzgesellschaft beschlossen, neue Wege zu gehen. Erstmals in Österreich wurde daher eine „Konsens-Konferenz“ zum Thema bodennahes Ozon abgehalten. Konsens-Konferenzen sind ein neues, vielversprechendes Instrument der direkten Demokratie, das sich in anderen europäischen Ländern bereits bewährt hat. Mit solchen Konferenzen versucht man, die Beteiligung einer informierten und geschulten Öffentlichkeit an umweltpolitischen Entscheidungsprozessen zu erreichen und PolitikerInnen nicht nur durch Fachleute, sondern auch durch informierte BürgerInnen beraten zu lassen. Die 1. Ozon-Konsens-Konferenz hat im Juni 1997 mit Jugendlichen stattgefunden. Abgesehen von der eigentlichen Konferenz wurde auch ein Experten-Hearing durchgeführt, bei dem die Jugendlichen die Möglichkeit hatten, mit Fachleuten aus der Wissenschaft, aber auch mit Vertretern aus Wirtschaft, Politik und der Autofahrerclubs die Problematik rund ums Ozon zu erörtern. Der Schlußbericht mit den Ergebnissen der 1. Ozon-Konsens-Konferenz und den Vorschlägen der Jugendlichen, wie man aus ihrer persönlichen Sicht zur Ozonreduktion beitragen kann, wurde im Herbst 1997 fertiggestellt. Die Konferenz war ein Projekt der Wiener Umweltschutzgesellschaft und der Länder Wien (vertreten durch die MA 22 - Umweltschutz), Niederösterreich und Burgenland.

- E-Mobil Förderung: erfolgreiche Bilanz 1997
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 5 (Luftreinhaltung)

Die erfolgreiche E-Mobil-Förderung wurde auch 1997 fortgesetzt. An Förderungsgeldern wurden 1997 rund 1,2 Millionen Schilling ausbezahlt (1996: rund 500.000 Schilling). Für Elektrofahrräder gab es 1997 einen Zuschuß von 3.000 Schilling, für Elektroroller und Elektrokrafträder 5.000 Schilling. Der Kauf eines Elektroautos wurde 1997 mit 20.000 Schilling belohnt.

Im Detail wurden 1997 (mit dem Stichtag 10. Dezember 1997) 88 Elektrofahrräder, 175 Elektro-Roller und 1 Elektro-PKW, insgesamt also 264 E-Mobile, gefördert (1996: 201). Die erfolgreiche Aktion, mit der ein deutliches Zeichen für umweltfreundliche Alternativen im innerstädtischen Verkehr gesetzt wird, soll auch 1998 fortgesetzt und verbessert werden.

Wiener Luftmeßnetz

- Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 8 (Luftmeßnetz)
Meßstellen und gemessene Schadstoffkomponenten

Der Zustand der Wiener Luft wird ständig von einem flächendeckenden Immissionsmeßnetz überwacht, mit 18 stationären Luftmeßstellen im gesamten Wiener Stadtgebiet und einem mobilen Luftmeßbus. Alle Meßstellen sind in modernen Meßcontainern untergebracht. Die Aufstellungsorte wurden so gewählt, daß vor allem an verkehrsexponierten Stellen gemessen wird und daher die Beschreibung der Luftsituation besonders kritisch erfolgt. Das Meß-

netz ist gegenwärtig so ausgebaut, daß alle Meßstellen mit Meßgeräten für Schwefeldioxid, Staub und Stickoxiden ausgerüstet sind. An sieben verkehrsbelasteten Standorten wird zusätzlich Kohlenmonoxid gemessen. Fünf Meßstellen sind außerdem mit Ozonmeßgeräten ausgestattet. An vier Standorten erfassen meteorologische Sensoren Windgeschwindigkeit, Windrichtung und Lufttemperatur. Zusätzlich wird zur Kontrolle der Luftreinhaltung auch ein mobiler Umweltmeßwagen eingesetzt, der für die Durchführung von mobilen Immissionsmessungen der Schadstoffkomponenten Schwefeldioxid, Stickoxide, Staub, Kohlenmonoxid und Ozon ausgerüstet ist. Der Meßbus wird, wie auch die übrigen 18 stationären Luftmeßstellen, vom Zentralcomputer überwacht und übermittelt die Daten direkt in die Meßzentrale der Umweltschutzabteilung.

Technische Ausstattung des Luftmeßnetzes 1997

Mit dem neuen Immissionsschutzgesetz Luft (IG-L) verbunden waren natürlich auch eine Reihe von Maßnahmen, um das Meßnetz IG-L-konform zu adaptieren. Meßplätze für Benzol und Blei mußten eingerichtet werden, auch der Zentralcomputer wurde durch eine leistungsintensivere, schnellere Workstation mit wesentlich höherer Speicherkapazität ersetzt. An der Meßstelle AKH-Dach können in Zukunft SO₂- und NO₂-Messungen eingestellt werden, da die Ergebnisse der Meßstelle Währinger Gürtel ausreichen. Die Adaptierungsarbeiten wurden rechtzeitig vor Inkrafttreten des IG-L Anfang 1998 abgeschlossen.

Regelmäßig wird die Technik des Luftmeßnetzes auf den neuesten Stand gebracht. So wurde 1997 ein portables Meßdatenerfassungs- und Kalibrationssystem angeschafft. Es dient dazu, die in den 18 Luftgüte-Meßstationen eingebauten Immissionsmeßgeräte auf ihre ordnungsgemäße Funktion hin zu überprüfen, damit die notwendige Qualität der Meßergebnisse gewährleistet werden kann. Dabei erfolgt in voll- und halbautomatischen Meßabläufen nach vorgegebenen Normen der Qualitätssicherung eine mathematische Bewertung der Resultate. Die Ergebnisse werden als "Kalibrierbericht" in tabellarischer und graphischer Form ausgedruckt. Neu ist auch ein Gerät für den Wasserdampfgleich, der routinemäßig bei den CO-Immissionsmeßgeräten durchgeführt werden muß. Bisher mußten dazu die CO-Meßgeräte zur Fachfirma transportiert werden. Nun ist es möglich, das bei der Umweltschutzabteilung direkt durchzuführen. Die Überprüfungen erfolgen dadurch schneller und kostensparender.

Meßnetzwartung

Für die Wartung extrem gelegener Luftmeßstellen, zum Beispiel am Südhang des Hermannskogels in 520 m Höhe, ist ein Geländefahrzeug notwendig, um Werkzeug, Ersatzteile, teilweise sehr teure Ersatzgeräte, Kalibratoren und Druckgasflaschen sicher zur Meßstelle zu transportieren. Bisher hatte die Umweltschutzabteilung dafür einen 14 Jahre alten Puch-G zur Verfügung, der jedoch auf Grund der altersbedingten hohen Reparaturkosten unrentabel geworden ist. Beantragt wurde bereits 1996 deshalb der Ankauf eines geeigneten neuen Geländefahrzeuges unter Berücksichtigung eines optimalen Preis-Leistungsverhältnisses. Genehmigt wurde 1997 jedoch lediglich ein VW Kombi TDI 75 KW, trotz der Einwände der Umweltschutzabteilung, daß dieses Fahrzeug die Anforderungsbedingungen nicht erfüllen können wird. Diese Befürchtung hat sich nun leider in der Praxis im Winter 97/98 bestätigt. Das Fahrzeug ist im Schnee steckengeblieben, obwohl die Schneelage in diesem Winter wohl kaum als extrem bezeichnet werden kann. Bis zu 50 Kilogramm schwere, teilweise hochsensible und teure Einzelgeräteeinrichtungen mußten von den Mitarbeitern der Umweltschutzabteilung zu Fuß zur Meßstelle getragen werden. Die Folge ist, daß in wirklich extremen Wintern, wenn die Meßstelle auf Grund der Schneelage auch zu Fuß nicht mehr erreicht werden kann, der Betrieb eingestellt werden muß, und damit auch den gesetzlichen Verpflichtungen nicht mehr nachgekommen werden kann.

Chemische Analysen

Erfassung mittel- und langfristiger Trends von Schadstoffkonzentrationen

– Untersuchung des Wiener Bodens auf Schwermetalle

Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):

Referat 7 (Labor)

An insgesamt 286 Stellen des Stadtgebietes wurde 1997 von der Wiener Umweltschutzabteilung der Boden auf seinen Gehalt an umweltrelevanten Schwermetallen untersucht. Analysiert wurde, in welchem Ausmaß der Boden mit 13 umweltrelevanten Schwermetallen nämlich Arsen (As), Cadmium (Cd), Kobalt (Co), Chrom (Cr), Kupfer (Cu), Quecksilber (Hg), Molybdän (Mo), Nickel (Ni), Blei (Pb), Platin (Pt), Selen (Se), Vanadium (V) und Zink (Zn) verunreinigt ist.

Die Proben wurden in Parkanlagen mit Kinderspielplätzen, in Wohngebieten, entlang von Straßenzügen (Gürtel, Nord-, West- und Ostausfahrt, Südosttangente, Höhenstraße), aber auch in Grüngebieten (Lobau, Donauinsel) genommen. Die Wiener Daten wurden mit den europaweit anerkannten „Nutzungs- und schutzbezogenen Orientierungswerten für Schadstoffe in Böden“ (Dr. med. Th. Eikmann und Prof. Dr. A. Kloke) verglichen. Diese Orientierungswerte geben einerseits die natürliche Grundbelastung im Boden an und empfehlen andererseits Grenzwerte für die Bodenbelastung im Bereich von Haus- und Kleingärten und im Bereich von Industrie- und Gewerbebetrieben.

Das erfreuliche Ergebnis: Der Wiener Boden enthält insgesamt keine besorgniserregenden Schwermetallkonzentrationen und entspricht größtenteils dem natürlichen Gehalt bei unbelasteten Böden. Besonders positiv ist die Entwicklung bei der Bleibelastung. Erstmals sinkt der Bleigehalt an allen Straßenzügen, abgesehen von der Südosttangente. Die Bodenuntersuchung wird von der MA 22 - Umweltschutz in regelmäßigen Abständen durchgeführt. Nach den Ergebnissen der Jahre 1992 und 1994 hat die Untersuchung 1997 bereits zum drittenmal stattgefunden, so daß erstmals auch Aussagen über die langfristige Entwicklung der Schwermetallkonzentrationen möglich sind. Die nächste Bodenuntersuchung ist für das Jahr 2000 geplant. Die Ergebnisse zur aktuellen Studie wurden unter dem Titel "Wiener Bodenbericht 1997" in der MA 22 -Schriftenreihe "Beiträge zum Umweltschutz" veröffentlicht.

- WADOS - Untersuchung von Regeninhaltsstoffen
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 7 (Labor)

Dieses Projekt, das in Zusammenarbeit mit der TU - Wien durchgeführt wird, dient vor allem dazu, den Gehalt an Schwermetallen, Säuren und Salzen im Regenwasser zu ermitteln. Dazu sind im Raum Wien und im Bereich Naßwald insgesamt vier Probenahmestellen eingerichtet, an denen von Mitarbeitern der MA 49 - Forstamt täglich Proben entnommen und dann im Labor der Umweltschutzabteilung auf die Schwermetalle Cadmium (Cd), Chrom (Cr), Kupfer (Cu), Nickel (Ni), Blei (Pb), Vanadium (V) und Zink (Zn) untersucht werden. Parallel dazu werden die Proben von der Technischen Universität Wien auf die übrigen Parameter Ammonium (NH₄⁺), Natrium (Na⁺), Kalium (K⁺), Kalzium (Ca²⁺), Magnesium (Mg²⁺), Chlorid (Cl⁻), Nitrat (NO₃⁻), Sulfat (SO₄²⁻) analysiert. Resultat dieser Untersuchung ist der jährlich erscheinende WADOS-Bericht, der eine Beurteilung der Schadstoffkonzentrationen im Regen und somit naturgemäß in der Luft vornimmt. Die Daten werden von verschiedenen Dienststellen benutzt, um z.B. die über den Regen in den Boden eingebrachten Schadstoffmengen abzuschätzen zu können.

- Untersuchung von Staubniederschlägen
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 7 (Labor)

Zur Überprüfung der im Forstgesetz zugelassenen Maximalmengen an Schwermetallniederschlag pro Flächeneinheit befinden sich im Bereich des Lainzer Tiergartens sechs, im Bereich des Laaer Waldes fünf Sammelstellen für „Staubniederschlag nach Bergerhoff“. Unabhängig von den Erfordernissen des Forstgesetzes gibt es zwei weitere Sammelstellen an der Flughafenautobahn. An all diesen Sammelstellen werden die Probenbehälter monatlich von den Labormitarbeitern getauscht. Nach Aufarbeitung der Proben durch Säureaufschluß werden diese mittels ICP-MS auf Schwermetalle untersucht. Die Ergebnisse der Untersuchung werden der MA 49 - Forstamt jährlich übermittelt. Die Ergebnisse geben Aufschluß über die Schwermetallkonzentrationen im Staub und auch darüber, wie sich diese Konzentrationen im Laufe der Jahre verändern.

Analysen im Rahmen von Forschungsprojekten und akut auftretenden Umweltproblemen

- Straßenentwässerung: Bodenuntersuchung entlang stark befahrener Straßenzüge
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 7 (Labor)
Referat 3 (Natur- und Landschaftsschutz)

Die Entwässerung von Straßenoberflächen erfolgt nicht nur durch Kanäle, sondern auch durch Versickern des Wassers im Boden. Durch die Versickerung kann einerseits der Wasserhaushalt erhalten werden, andererseits jedoch können Probleme auftreten, da eventuell der Boden und im Endeffekt auch das Grundwasser verunreinigt werden könnte. Deshalb wurde im Rahmen des Arbeitskreises "Straßenentwässerung und Gewässerschutz" der MA 45 - Wasserbau ein entsprechendes Untersuchungsprogramm gestartet. Mit ersten Voruntersuchungen wurde bereits begonnen. Probenahme und Analyse wurde vom Labor der Umweltschutzabteilung durchgeführt.

- Untersuchung von behandelten Abfällen
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 7 (Labor)

Mit Inkrafttreten der neuen Deponieverordnung gewinnt die Behandlung von Abfällen immer mehr an Bedeutung. An Hand von exemplarischen Untersuchungen von verglaster Schlacke konnte die Wirksamkeit der Verglasung bezüglich der Reduzierung der Auslaugbarkeit von Schadstoffen nachgewiesen werden.

- Untersuchungen nach dem Chemikaliengesetz
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 7 (Labor)

Diese Untersuchungen finden im Rahmen der Vollziehung des Chemikaliengesetzes statt. Produkte, wie zum Beispiel Lederwaren oder Lacke, wurden 1997 stichprobenartig auf ihre chemische Zusammensetzung überprüft. Die Ergebnisse wurden mit den von den Firmen vorgelegten Deklarationen der Inhaltstoffe bzw. den Sicherheitsdatenblättern für chemische Zubereitungen verglichen.

- Bodenuntersuchungen im Umfeld von Industriebetrieben
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 7 (Labor)

Damit die Sachverständigen der Umweltschutzabteilung beurteilen können, ob im Nahbereich von Industriebetrieben umweltrelevante Probleme auftreten, die in Zusammenhang mit dem jeweiligen Betrieb stehen, werden Bodenproben entnommen und zum Beispiel auf den Gehalt von Schwermetallen untersucht. Werden erhöhte Werte festgestellt, werden von den Betrieben die notwendigen Emmissionsbeschränkungen verlangt.

- Untersuchungen zur Beurteilung bzw. Einstufung von Abfällen
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 7 (Labor)

Um Abfälle einstuft oder Recyclingverfahren beurteilen zu können, nach welchen Normen, Richtlinien oder Verordnungen sie zu bewerten sind, werden chemische Untersuchungen vorgenommen. 1997 wurden zum Beispiel Kompostmaterialien analysiert, um festzustellen, ob der aus dem Material gewonnene Kompost den Anforderungen der einschlägigen Normen entspricht. Ebenso wurden Almetalle analysiert, ob diese dem Abfallwirtschafts- oder dem Schrottenkungsgesetz unterliegen.

- Deponiekontrollen
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 7 (Labor)

Das Labor der Umweltschutzabteilung unterstützt die MA 45 - Wasserbau, die Deponien und Planierungen zu überwachen. Einmal pro Monat werden auf einer Deponie fünf bis sechs Proben gezogen und im Labor analysiert. Die Ergebnisse zeigen, ob die jeweiligen Bewilligungsbescheide eingehalten werden. Ist das nicht der Fall, werden entsprechende Verwaltungsverfahren eingeleitet.

- Untersuchungen bei Bodensanierungen und Schadstoffunfällen
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 7 (Labor)

Im Herbst 1997 ist bei einem Unfall am Bahnhof Kagran Schwefelsäure ausgetreten. Boden und Grundwasser wurden vom Umweltlabor untersucht, um die notwendigen Daten für die Sanierung zu erhalten. Kontrollproben wurden auch während der Sanierungsarbeiten analysiert. In ähnlicher Weise überwacht werden auch die von der Wasserbauabteilung durchgeführten Bodensanierungen nach Ölaustritten bzw. bei Umbauarbeiten an Tankstellen. Auch bei aufgelassenen Industrie- oder Gewerbegrundstücken, wenn der Verdacht besteht, daß der Boden kontaminiert ist, werden entsprechende Bodenanalysen vom Umweltlabor durchgeführt.

- Umweltlabor als Bürgerservice
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 7 (Labor)

Viele Beschwerden oder Anfragen, die bei der Wiener Umwelt Hotline einlangen, beziehen sich auf Geruchsbelästigung oder das Auffinden von oft unbekanntem chemischen Substanzen. In diesen Fällen kommt das Umweltlabor zum Einsatz. So zum Beispiel im Spätsommer 1997. Aus fast ganz Wien wurde von zahlreichen BürgernInnen "weißer Staub" gemeldet. Die unbekannte Substanz wurde im Labor analysiert. In enger Kooperation mit der MA 42 - Stadtgartenamt wurde herausgefunden, daß der weiße Staub von der Spinalgallenlaus stammt und nicht von Emissionen eines Gewerbebetriebes. Unter dem Mikroskop konnten teilweise noch lebende Kleinlebewesen, dünne weiße Fäden, weiße Kügelchen und zuckerartige Kristalle festgestellt werden. Die weißen Kügelchen und Fäden entstehen

durch das Saugen der Läuse an den Blättern. Im Herbst wandern die Gallenläuse von den Blättern zu den Wurzel- ausläufern, wobei auch die Kügelchen zu Boden fallen. Tritt die Spinalgallenlaus massiv auf, so wie das 1997 der Fall war, entsteht der Eindruck von weißem Staub am Boden.

Ein weiteres Bürgerservice-Beispiel: Auf Grund häufiger Beschwerden aus dem 22. Bezirk über Geruchbelästigungen wurde im Spätherbst ein spezielles Untersuchungsprogramm gestartet, das 1998 fortgesetzt wird. Dabei werden chemische Analysen in den Betriebsanlagen potentieller Emittenten und im Wohnbereich der Beschwerdeführer durchgeführt, um die geruchsrelevanten Substanzen zu identifizieren. Gelingt das, können Maßnahmen zur Emissionsreduktion gesetzt werden.

Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Forschungsprojekte

– Rahmenbedingungen für die erfolgreiche Bauhüllensanierung: Studie vergleicht Theorie und Praxis

Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):

Referat 5 (Luftreinhaltung)

Etwa 40 Prozent der Niedertemperaturwärme werden von den Haushalten benötigt. In diesem Bereich besteht ein erhebliches Potential, kostengünstig Energie zu sparen. Zahlreiche einschlägige, rechnerische Untersuchungen belegen, daß energiegerechte Bauhüllensanierung (Wärmedämmung) sowohl betriebswirtschaftlich attraktiv wie volkswirtschaftlich sinnvoll ist. Die Frage, inwieweit die prognostizierten Erfolge in der Praxis tatsächlich erreicht werden, wurde aber noch kaum analysiert. Deshalb hat die MA 22 - Umweltschutz im Rahmen des KliP-Klimaschutzprogramms, die ENCOM - Energy Communication Management GmbH beauftragt, das bei ausgewählten Gebäudeobjekten zu untersuchen. Bei den von der ENCOM untersuchten Gebäuden handelte es sich um solche, die bereits mit Fernwärme versorgt waren.

Aus den Ergebnissen der Studie lassen sich folgende Schlüsse für zukünftige Bauhüllensanierungen ziehen: Will man den Energieverbrauch und damit die CO₂-Emissionen spürbar reduzieren, dann kann auf eine Bauhüllensanierung keinesfalls verzichtet werden. Um jedoch ein möglichst optimales Kosten/Nutzenverhältnis zu erreichen, müssen folgende Kriterien verstärkt berücksichtigt werden: Will man eine Halbierung des Energieverbrauchs erreichen, so muß die Bauhüllensanierung Hand in Hand mit einer grundlegenden Revision des Heizungssystems gehen. Prinzipiell müssen Bauhülle und Heizungsanlagen gleichzeitig saniert werden. Bei der Auswahl der Gebäude, die man wärmetechnisch sanieren will, kann derzeit nicht allein die Energiekennzahl als Auswahlkriterium herangezogen werden. Solange es keine gesicherten Daten über das Nutzer- und Lüftungsverhalten gibt, muß der Endenergieverbrauch ausschlaggebend sein. Vor der Bauhüllensanierung sollte der Endenergiebedarf bei mehr als 160 kWh pro m² und Jahr liegen. Dann kann ein günstiges Kosten/Nutzenverhältnis für die Mieter erreicht werden, auch wenn das Wohnverhalten die eingesparte Energiemenge noch etwas vermindern sollte. Nach Möglichkeit sollte eine Bauhüllensanierung gleichzeitig mit anderen Revitalisierungsmaßnahmen gekoppelt werden, damit sich die Kosten reduzieren. Denn wird eine Fassade neu gestrichen oder ausgebessert, stehen bereits die Gerüste und die Bauinfrastruktur ist vorhanden. Führt man gleichzeitig die Wärmedämmung durch, sinken ihre Kosten. Wählt man aus der Sicht der thermischen Bauhüllenqualität jene Gebäude mit den schlechtesten Werten aus und führt dort die wirkungsvollste Sanierungsstrategie (der Außenwände, Dächer und Kellerdecken) durch, so beträgt der spezifische Gesamtinvestaufwand zur Reduktion des spezifischen Raumwärmebedarfes um 1 kWh/m² Wohnfläche und Jahr mindestens 10 Schilling pro m² Wohnfläche und Jahr. Eine additive Bauhüllensanierungsquote von 5 Prozent der Wiener Wohnnutzfläche mit maximalem Energieverbrauch führt demzufolge zu einem Gesamtinvestitionsbedarf von mindestens 2 Milliarden Schilling. Damit verbunden wären jedoch auch wesentliche Impulse für die Bau- und Baustoffindustrie und positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

Umweltprogramme und Schwerpunktprojekte

– KliP-Klimaschutzprogramm der Stadt Wien

Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):

Referat 5 (Luftreinhaltung)

Referat 6 (Abfallwirtschaft)

Stabstelle

Mit dem KliP-Klimaschutzprogramm will die Stadt Wien den Verpflichtungen entsprechen, die sie mit dem Beitritt zum "Klimabündnis" (1991) und der Unterzeichnung der "Charta von Aalborg" - Charta der europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit (1996) eingegangen ist. Laut dem im Jahr 1991 unterzeichneten Klimabündnis hat die Stadt Wien vereinbart, über das "Toronto Ziel" hinausgehend - das eine CO₂-Reduktion um zwanzig Prozent bis 2005 vorsieht - bis zum Jahr 2010 die CO₂-Emissionen (bezogen auf 1987) zu halbieren, die Produktion sowie den Gebrauch von FCKWs zu stoppen und zum Schutz des Regenwaldes beizutragen. Auch wenn dieses Ziel sehr ehrgeizig und nur schwer erreichbar scheint, wird die Stadt Wien alle Anstrengun-

gen unternehmen, der Reduktion um fünfzig Prozent so nahe wie möglich zu kommen. Wobei zu bedenken ist, daß Wien es auf Grund des heute bereits sehr niedrigen Wertes der CO₂-Emissionen (5,5 Tonnen pro Einwohner und Jahr) und der bisher erbrachten Leistungen es bei einer weiteren Reduktion nicht so einfach hat wie andere Städte oder Länder, die einen oft weit höheren Ausgangswert aufweisen. Zum Vergleich: Frankfurt am Main hat 13,8 Tonnen, die USA 22 Tonnen und Gesamtösterreich 7,8 Tonnen CO₂-Emissionen pro Person und Jahr.

Eine weitere Grundlage für das "KliP" ist die "Agenda 21". Bei der Unterzeichnung der "Charta von Aalborg" am 22. November 1996 hat sich die Stadt Wien unter anderem dazu verpflichtet, in einer kommunalpolitischen Initiative eine lokale "Agenda 21" zu erstellen. 1997 wurde damit begonnen, ein konkretes Konzept für diesen lokalen "Agenda 21"-Prozeß auszuarbeiten.

Das KliP-Klimaschutzprogramm wird von der Wiener Umweltschutzabteilung (MA 22) geleitet, fachlich und organisatorisch betreut von der Energieverwertungsagentur (E.V.A.) und dem Interuniversitären Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur (IFZ). Bis zum Herbst sollen unmittelbar mögliche Maßnahmen zur CO₂-Verringerung realisiert und für mittel- und langfristig mögliche Projekte die notwendigen Schritte eingeleitet werden. Rund zweihundert Experten aus der gesamten Wiener Stadtverwaltung, den städtischen Unternehmen und externen Organisationen arbeiten mit im KliP. Elf kleine, aber effiziente "KliP"-Projektgruppen, die sich aus den Mitgliedern der drei großen "KliP"-Teams für Energie, Mobilität und Beschaffung/Abfall zusammensetzen, behandeln derzeit mehr als fünfzig konkrete Klimaschutzmaßnahmen. Die Themen KliP-Projektgruppen sind: Vier Projektgruppen widmen sich im Energiebereich den Themen "Wohnen", "Betriebe", "Stadtverwaltung" sowie "CO₂-optimierte Fernwärme und Stromerzeugung". Im Team Mobilität sind die Projektgruppen "Umweltverbund", "Arbeitswege", "Effizienz: Technik, Organisation, Verhalten" sowie "Langfristige Strukturen" tätig. Drei Projektgruppen wurden für den Bereich Beschaffung/Abfall gebildet. Sie bearbeiten die Handlungsfelder "Umweltfreundliche Beschaffung: Kriterien/Institutionalisierung", "Bau(stellen)abfälle" und "Verpflegungseinrichtungen, medizinische Einwegprodukte, Hygiene, Reinigungsmittel".

Wesentlicher Bestandteil des KliP ist das Aktionsprogramm. Es soll nicht nur die Leitlinien für einen wirkungsvollen Klimaschutz in Wien vorgeben, sondern auch jene Instrumente und Begleitmaßnahmen nennen, die zur Umsetzung in der Praxis notwendig sind. Das "KliP"-Aktionsprogramm soll bis zum Herbst 1998 fertiggestellt und dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Eine Zwischenbilanz und das erste KliP-Maßnahmenpaket mit acht konkreten Punkten wurden der Öffentlichkeit bei einer Internationalen Fachtagung im Wiener Rathaus unter dem Titel "Auf dem Weg zur Klimamusterstadt - Wiener Maßnahmen zur nachhaltigen Reduktion der Treibhausgase" am 15. Jänner 1998 präsentiert. Die Eröffnung der Fachtagung nahmen Bürgermeister Dr. Michael Häupl, Stadtrat Fritz Svihalek und Univ.-Prof. Dr. Albert Hackl vor.

Präsentiert wurde bei der Veranstaltung auch das erste KliP-Maßnahmenpaket mit acht konkreten Punkten. So wurde mit dem Aufbau einer Energiebuchhaltung für Magistratsobjekte begonnen. Mit den Daten können energetisch "gute" und "schlechte" Objekte identifiziert und Sanierungsprioritäten und -maßnahmen optimal gesetzt werden. Die Energiebuchhaltung ist die Basis für das energietechnische Sanierungsprogramm für Magistratsobjekte, das noch 1998 gestartet werden soll. Ausgeweitet wird auch das Energie-Contracting, das bereits 1997 als Pilotversuch bei acht Magistratsobjekten durchgeführt wurde. Ein Energiesonderbeauftragter für Magistratsobjekte soll alle Maßnahmen in diesem Bereich effizient umsetzen und koordinieren. Er soll zum Beispiel die Energiebuchhaltung managen, Sanierungsprogramme erstellen, Contractingprojekte abwickeln oder Schulungen für "Gebäude-Energieverantwortliche" organisieren. Weitere KliP-Bausteine aus dem ersten KliP-Maßnahmenpaket: Drei Millionen Schilling werden 1998 für die Wiener Initiative für betriebliche Umwelt- und Energieberatung bereitgestellt werden. Ähnlich wie im Ökoprotit sollen Wiener Betriebe beraten und motiviert werden, Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen verstärkt durchzuführen. Auf einem Öko-Fahrzeugsimulator sollen die Lenker des städtischen Fuhrparks auf ökologisches Fahren trainiert werden. Die Vorteile: geringere Kosten für Treibstoff und Wartung, streßfreies Fahren und weniger Schadstoffe um bis zu fünfzig Prozent. Um den Einkauf von ökologischen Produkten durch die Stadtverwaltung zu fördern, werden für die acht wichtigsten Produktgruppen entsprechende Umweltkriterienkataloge ausgearbeitet. Außerdem wird es bis Jahresende eine Altstoffbörse im Internet geben.

- Der lokale Agenda 21-Prozeß in Wien

Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):

Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)

Referat 6 (Abfallwirtschaft)

Mit der Unterzeichnung der Charta von Aalborg hat sich die Stadt Wien verpflichtet, eine lokale Agenda 21 zu erstellen. 1997 wurde damit begonnen, ein konkretes Konzept für diesen lokalen Agenda 21-Prozeß auszuarbeiten. Ein Personenkomitee geleitet von der Gruppe Planung in der Baudirektion und der Umweltschutzabteilung (MA 22) ist derzeit damit beschäftigt.

Die Ausgangssituation für die Stadt Wien ist sehr günstig. Wurden doch mit zahlreichen anderen umweltrelevan-

ten Programmen und Initiativen entsprechende Vorarbeiten geleistet. So zum Beispiel mit dem KliP-Klimaschutzprogramm oder der Erarbeitung eines Zukunftsplanes durch die Zukunftsstation Wien. Auch andere Rahmenpläne wie der Stadtentwicklungsplan oder das Wiener Verkehrskonzept liefern brauchbare Ansätze für die Erstellung einer lokalen Agenda. Es bedarf allerdings noch einiger Anstrengungen, um einerseits unseren Lebensstil so zu modifizieren, daß wir mit den natürlichen Ressourcen sparsamer und effizienter umgehen und andererseits die breite Zustimmung dafür zu erreichen. Denn eine zukunftsbeständige Wirtschaftsentwicklung und soziale Gerechtigkeit sind mittel- und langfristig nur möglich, wenn sie an eine sparsame und nachhaltige Nutzung der Ressourcen gekoppelt sind.

Um das Wissen über eine nachhaltige Entwicklung zu vergrößern und zu vertiefen, werden von der Stadt Wien auch spezielle Forschungsprojekte durchgeführt, zum Beispiel das Projekt "Urbaner Stoffhaushalt". Darüber hinaus werden natürlich die zahlreichen Projekte und Maßnahmen, die zu einer "nachhaltigen Stadt" beitragen, in den einzelnen Kapiteln des Umweltberichtes ausführlich beschrieben. Einige Beispiele dazu: "Leitfaden zur Raumverträglichkeit als ein Beitrag zur nachhaltigen Raumnutzung", die Wiener Bioabfallkreislaufwirtschaft oder die Recyclingbörse Bau. Auch zahlreiche Rahmenpläne und Rahmenprogramme sind vom Grundsatz der Nachhaltigkeit geprägt, zum Beispiel das KliP-Klimaschutzprogramm oder der Stadtentwicklungsplan.

- "Klimabündnis im Betrieb": Kostenlose Beratung zur Reduktion von CO₂- Emissionen
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 5 (Luftreinhaltung)

Seit Mai 1997 unterstützt die Stadt Wien das Projekt „Klimabündnis im Betrieb“. Für die nächsten fünf Jahre ist geplant, pro Jahr etwa zwei Millionen Schilling zu investieren. Betreut wird das Projekt von der MA 22 - Umweltschutz. Mit der Durchführung und Organisation ist das Klimabündnis Österreich betraut. Insgesamt werden 10 Millionen Schilling dem Projekt zugute kommen. Mit Klimaschutz Arbeitsplätze sichern und Kosten senken, lautet das Motto. Ziel des Projektes ist es, vor allem Klein- und Mittelbetriebe in Sachen Klimaschutz zu beraten, damit möglichst viele Betriebe Maßnahmen zum Beispiel im Bereich Energiesparen, Transportlogistik oder im Einkauf umsetzen. Die ersten 13 Klimabündnisbetriebe wurden bereits im März 1998 ausgezeichnet.

Die Teilnahme an der Aktion „Betriebe im Klimabündnis“ ist grundsätzlich für jeden Betrieb möglich, der bereit ist, seine Arbeitsweise unter dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes zu betrachten und Verbesserungsmöglichkeiten zu suchen. Die Reduktion des Energieverbrauchs und damit der CO₂-Emissionen steht an erster Stelle der zu erreichenden Ziele.

Die Erstberatung erfolgt kostenlos durch BetriebsberaterInnen vom „Klimabündnis Österreich“, die bei Bedarf in weiterer Folge Spezialisten vermitteln. Gemeinsam mit dem Betrieb wird festgelegt, welche Maßnahmen grundsätzlich möglich sind. Daraus ergibt sich ein Soll-Wert (= 100 Prozent) in Punkten. Wenn sich der Betrieb freiwillig verpflichtet, binnen eines Jahres zumindest 60 Prozent der Soll-Punkte zu erreichen und in fünf Jahren mindestens 80 Prozent, ist er ab sofort als „Klimabündnis“-Betrieb aufgenommen und erhält die gleichnamige Auszeichnung. Die Auszeichnung ist ein Vertrauensvorschuß und keine Preisverleihung. Es gibt auch keine Rangfolge. Jeder Betrieb, ob groß oder klein, ob er schon mehr oder erst wenig auf dem Gebiet des Klimaschutzes getan hat, steht für sich und wird von seiner eigenen Ausgangssituation her betrachtet und unter dem Aspekt, was er in einem bzw. in fünf Jahren erreichen kann. Die ausgezeichneten Betriebe erhalten die Urkunde „Klimabündnisbetrieb“ also nicht (nur) auf Grund von bereits gesetzten Maßnahmen, sondern vor allem im Hinblick auf zukünftig zu setzende Klimaschutzaktivitäten. Nach einem Jahr werden die Betriebe durch die Österreichische Kommunalkredit AG erstmals überprüft, nach fünf Jahren noch einmal.

- Wiener Initiative für betrieblichen Umweltschutz
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 5 (Luftreinhaltung)
Referat 6 (Abfallwirtschaft)

Auf betriebliche Umwelt- und Energieberatung sind zahlreiche Institutionen wie zum Beispiel das WIFI, die Wiener Stadtwerke oder die Umweltberatung Wien spezialisiert. Erst vor kurzem wurde auch das Projekt "Betriebe im Klimabündnis" gestartet. Die Arbeit aller Initiativen soll nun aufeinander besser abgestimmt und koordiniert werden. So können Synergieeffekte mehr genutzt, eventuelle Überschneidungen ausgeschlossen und über das gesamte Leistungsangebot besser informiert werden. Unter dem Titel Wiener Initiative für betrieblichen Umweltschutz wird nun eine entsprechende Dach- bzw. Koordinationsstruktur geschaffen werden, um möglichst viele Wiener Betriebe über Umweltprogramme wie Ökoprotit, EMAS oder Betriebe im Klimabündnis beraten zu können, mit dem Ziel möglichst viele Firmen zum Mitmachen zu motivieren. Mit den Vorbereitungsarbeiten wurde Ende 1997 begonnen. In den nächsten vier Jahren sollen jeweils 3 Millionen Schilling in das Projekt investiert werden. Die Ausschreibung für die Beratungsleistungen wird im ersten Quartal 1998 erfolgen.

Abfallwirtschaft

Forschungsprojekte

- Studie: Verwertung von Rückständen aus Müllverbrennungsanlagen und der Kreislaufwirtschaft
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 6 (Abfallwirtschaft)

Derzeit fallen in Wien rund 150.000 Tonnen Reststoffe, und zwar Schlacke, Asche, Flugasche und Filterkuchen aus zwei Müllverbrennungsanlagen und den Entsorgungsbetrieben Simmering, an. Eine Ablagerung dieser Rückstände ist auf Grund ihres Schadstoffgehaltes nur nach einer entsprechenden Vorbehandlung möglich, während derzeit die Schlacke, Asche und Filterasche nach einer Vorbehandlung (Verfestigung mit rund 10 % Zement) in der Hausmülldeponie Rautenweg abgelagert werden, wird Filterkuchen zur Endablagerung ins Ausland exportiert. Ohne Zweifel bietet die Verfestigung eine gute Möglichkeit, die Gefährdung aus deponierten Rückständen zu verringern und hinsichtlich der kritischen Schwermetalle alle Trinkwassergrenzwerte einzuhalten. Beim Verfestigungsverfahren können die Schadstoffe zwar nicht freigesetzt werden, sind jedoch nach wie vor im verfestigten Produkt enthalten. Eine noch bessere Methode wäre daher eine Schadstoffentfrachtung der Rückstände vor der Deponierung. Ziel des Forschungsprojektes ist es, entsprechende Methoden zu entwickeln, die es in Zukunft möglich machen, die Rückstände ohne Überwachung unter Berücksichtigung der Bestimmungen der Deponieverordnung abzulagern bzw. die von den Schadstoffen befreiten Rückstände oder daraus gewonnener Produkte einer Verwertung im Sinne der Kreislaufwirtschaft zuzuführen. Ende 1996 wurde das Vorkonzept als Planungsgrundlage für die weitergehende Behandlung der Reststoffe der Müllverbrennungsanlagen sowie der EBS fertiggestellt. Die guten Ergebnisse des Vorkonzeptes haben gezeigt, daß es sinnvoll ist, das Projekt weiterzuführen. Darüber hinaus sollen diese Untersuchungen eine Grundlage zur Konzeption einer Pilotanlage liefern, um die Umsetzbarkeit der Laborergebnisse in einem größeren Maßstab überprüfen zu können.

Das Projekt wird von der Fernwärme Wien, den Entsorgungsbetrieben Simmering und der MA 22 - Umweltschutz gemeinsam finanziert. Beauftragt wurde die ESW Consulting Wruss Ziviltechnikergesellschaft mbH.

- Modellierung des regionalen Abfallaufkommens aus Betrieben am Beispiel Wiens
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 6 (Abfallwirtschaft)

Das Projekt wurde von der MA 22 - Umweltschutz und der MA 48 - Abfallwirtschaft gemeinsam finanziert. Beauftragt wurde die Universität für Bodenkultur, Abteilung Abfallwirtschaft.

Ziel des Projektes ist es, das Abfallaufkommen aus Betrieben in der Stadt Wien abzuschätzen. In der ersten Projektphase vom März bis Dezember 1996 wurde das Aufkommen von betrieblichem Restmüll (Gewerbemüll exklusive Baustellenabfälle, Baurestmassen, und produktionsspezifischen Abfällen) in einem Modellgebiet erhoben. Die Ermittlung der Abfallmengen wurde getrennt nach Groß-, Klein- und Mittelbetrieben vorgenommen. Als Modellgebiet wurde der innere 10. Bezirk gewählt. Von Großbetrieben wurden die Abfallwirtschaftskonzepte ausgewertet, für Klein- und Mittelbetriebe wurde ein eigener Erhebungsbogen kreiert. Ein erster Vergleich der Restmüllmengen pro Mitarbeiter zeigt deutliche Schwankungen auch bei Betrieben mit ähnlichem Tätigkeitsbereich. Das kann teilweise auf bereits erfolgte Maßnahmen zur Trennung und Verwertung bestimmter Abfallfraktionen zurückzuführen sein. Allerdings liegt nach der Auswertung der Aufzeichnungen einiger Firmen die Vermutung nahe, daß die tatsächlich entsorgten Abfallmengen vom Entsorger nicht verwogen, sondern ausschließlich Behältervolumina verrechnet werden.

- Studie über Auswirkung von Müllverbrennungsschlacken auf die Umwelt
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 6 (Abfallwirtschaft)

Im Auftrag der MA 22 - Umweltschutz, der MA 48 - Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark, der Fernwärme Wien und der Austrian Energy & Environment SGP/Waagner-Biro Gesellschaft m.b.H. wurde von der Universität für Bodenkultur Wien (Abteilung Abfallwirtschaft) das langfristige Emissionsverhalten von Müllverbrennungsschlacken (MVA-Schlacken) untersucht. Dabei wurde auch eine neue Methode zur Vorbehandlung von Müllverbrennungsschlacken überprüft.

Die vorliegende Studie sollte klären, wie sich unbehandelte MVA-Schlacke langfristig in einer Deponie verhält. Überprüft wurde, welche Reaktionen beim Kontakt der Schlacke mit Wasser und Luft ablaufen und wie sich die Löslichkeit der Schwermetalle dadurch verändert. Bisher wurde in der wissenschaftlichen Literatur die Befürchtung geäußert, daß in die Deponie eindringender Niederschlag sowie in der Deponie ablaufende chemische Prozesse (z.B. mikrobieller Abbau des Restkohlenstoffs) den pH-Wert soweit in den sauren Bereich absenken, daß Schwermetalle gelöst werden können. Die mögliche Folge: Schwermetalle könnten das Sickerwasser verunreinigen.

Um solche Reaktionen auszuschließen, wird bei der Deponie Rautenweg, auf der die Schlacke der Wiener Müllverbrennungsanlagen entsorgt wird, ein spezielles Verfahren angewendet. Schlacke und Flugasche werden dabei mit Zement verfestigt, so daß Schwermetalle oder andere Schadstoffe nicht freigesetzt werden können. Das Material wird dann zum Bau des Randwalls der Deponie verwendet. In Deutschland wird dieses Material auch zum Wege- und Straßenbau eingesetzt. Eine solche breite Verwertung als Baustoff erscheint jedoch in Österreich derzeit unrealistisch. Denn Kiesreserven sind bei uns ausreichend vorhanden und noch dazu wesentlich billiger erhältlich.

Die Studie zeigt nun eine neue, genauso sichere Alternative zur derzeitigen Behandlungsmethode auf: Bei ausreichender Feuchtigkeit wird die Schlacke über mehrere Wochen gelagert. Es werden jene Bedingungen hergestellt, welchen die Schlacke sonst über Jahre hindurch in der Deponie ausgesetzt ist. Binnen kurzer Zeit altert die Schlacke sozusagen künstlich. Jene Prozesse, durch die Schwermetalle oder andere Schadstoffe freigesetzt werden könnten, laufen also schon während der Vorbehandlung ab. Die so behandelte Schlacke wird danach auf der Deponie endgelagert. Zu den "natürlichen" Alterungsprozessen kann es auf der Deponie gar nicht mehr kommen, da sie bereits in der Vorbehandlungsphase sozusagen im "Zeitraffer" erfolgt sind.

– Leitfäden und Handbücher

Handbuch zur Erstellung von Abfallwirtschaftskonzepten in Krankenhäusern

Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):

Referat 6 (Abfallwirtschaft)

Speziell in Krankenhäusern entsteht eine Vielzahl unterschiedlicher Abfälle, deren umweltgerechte Sammlung, Trennung und Entsorgung besonders kompliziert ist. Im Rahmen des Projektes wird deshalb ein Handbuch erstellt, das es den Abfallbeauftragten von Krankenhäusern wesentlich erleichtern wird, entsprechende organisatorische Maßnahmen zu setzen. Außerdem wird das Handbuch einen Überblick über die zahlreichen bestehenden gesetzlichen Verpflichtungen in diesem Bereich geben. Die Abfallbeauftragten können mit Hilfe des Leitfadens im ersten Schritt ein Basiskonzept ausarbeiten, das den gesetzlichen Minimalforderungen entspricht. Im zweiten Schritt kann dann das Basiskonzept zu einem umfassenden Konzept ausgeweitet werden. Das Handbuch enthält natürlich alle für die Erfassung der Abfalldaten notwendigen Formblätter und Schemata. Auch die wesentlichen Rechtsvorschriften werden erläutert. Enthalten sind auch Informationen über die wichtigsten Stoffe wie Akkus, Batterien, Photochemikalien, Papier und Kunststoffe. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie gemeinsam mit der MA 22 - Umweltschutz finanziert. Beauftragt wurde die AFC AFORMA CONSULT.

Abfalldaten-Erfassung

– Abfalldatenverbund Datenerfassung gemäß Abfallnachweisverordnung (ANVO)

Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):

Referat 6 (Abfallwirtschaft)

Der Abfalldatenverbund und die computermäßige Erfassung von Melde- und Begleitscheindaten sind die Grundlage für eine effiziente Überwachung und Kontrolle der gefährlichen Abfälle von der Erzeugung bis zur Behandlung und Entsorgung. Darüber hinaus dienen die Daten als wichtige Planungsgrundlage für Verwertungs- und Entsorgungsanlagen und zur Feststellung der Kapazitäten. Der Abfalldatenverbund, gesetzlich festgelegt im § 38 AWG, ist der Zusammenschluß von österreichweit 10 kleineren Rechnernetzen. Diese kleineren Rechnernetze sind die Grundlage für die Verwaltung der Begleitscheine. Die lokale Datenbank der Wiener Landesregierung befindet sich in der MA 22 - Umweltschutz und wird im Referat Abfallwirtschaft von 4 Personen ständig aktualisiert. Mit Hilfe des Abfalldatenverbundes werden sowohl vom Umweltbundesamt als auch vom Referat Abfallwirtschaft Statistiken über das Begleitscheinaufkommen erstellt. Im Abfalldatenverbund werden auch die Daten der Sammler- und Behandler von gefährlichen Abfällen und Altölen, die eine Genehmigung gemäß § 15 AWG haben, verwaltet.

Die Daten werden mit Hilfe von sogenannten Begleitscheinen erfaßt. Welche Daten darauf angegeben werden müssen und wie die Begleitscheine aussehen, ist in der Abfallnachweisverordnung gesetzlich geregelt. Ein Problem besteht darin, daß die auf den Begleitscheinen aufgelisteten Daten händisch eingegeben werden müssen. Maschinell eingelesen werden können sie nicht, da das Layout der Scheine nicht dafür geeignet ist. Die notwendige Layoutreform kann jedoch erst durchgeführt werden, wenn es mit der derzeit zwar laufenden aber noch immer nicht beendeten Novellierung der Abfallnachweisverordnung beschlossen wird. Bis es soweit ist, müssen weiterhin Zehntausende Zahlen und Daten im Computerzeitalter noch immer händisch eingetippt werden. Das verursacht bei den Ländern einen unnötig hohen Personal- und Kostenaufwand und zeigt wie notwendig es ist, daß die Novelle vom Bund endlich abgeschlossen wird.

EDV-technisch wäre das Einlesen kein Problem. Mit den Vorbereitungsarbeiten hat die Umweltschutzabteilung bereits begonnen. In Zusammenarbeit mit dem Umweltbundesamt und der Firma Kodak GesmbH wurde ein System entwickelt, das es möglich macht, die Begleitscheine automatisch mittels Bildverarbeitung einzulesen. Die Hardware besteht aus einem PC und Scanner. Mit der Zeichenerkennungssoftware FormFile wurden die Lesezonen

des Begleitscheins definiert. Die einzelnen Zonen beinhalten genaue Informationen und Leseanweisungen wie z.B. Größe und Art der Schrift, Schmutzentfernungen, Größe und eventuelle Variationen der Zonen. Nach Abschluß der Installation und Einschulung wurde das System an den im Referat Abfallwirtschaft eintreffenden Begleitscheinen getestet und ein Bericht erstellt. Die Leserate betrug durchschnittlich rund 30 Prozent. Um die Leserate zu erhöhen, wurden die bisherigen Begleitscheine neu entworfen. Dabei wurden die Lesezonen für den Scanner besser angeordnet und bei den problematischen Kästchenrändern eine rote Farbe eingeführt. Die rote Farbe hat den Zweck, daß sie nach einem Scanning nicht mehr sichtbar ist. Die Daten sind somit frei und eindeutig für das Zeichenerkennungsprogramm zu 100 Prozent lesbar.

EDV- und Umweltdaten

– Recyclingbörse Bau

Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):

Stabstelle/EDV- und Umweltdaten

Referat 6 - Abfallwirtschaft

Baurestmassen sind wertvolle Rohstoffe, die meist problemlos wiederverwertet werden können. Dennoch landet der Großteil an Bauschutt, Bodenaushub, Straßenaufbruch und anderen Baurestmassen auf den Deponien. Mit der Recyclingbörse Bau soll nun die Wiederverwertung solcher Baurestmassen gefördert werden. Die Vorteile liegen klar auf der Hand. Wertvolle Baureststoffe werden dem Wirtschaftskreislauf wieder unmittelbar zugeführt. Das spart Deponieflächen und Entsorgungskosten. Außerdem kann wiederverwertbares Baumaterial meist sehr kostengünstig erworben werden.

Seit 1997 steht die von der Umweltschutzabteilung und der MA 14 - GDV gemeinsam entwickelte Recyclingbörse Bau via Internet zur Verfügung (<http://www.recycling.or.at>). Mit dem Betrieb der Börse wurde das Institut für Baubetrieb und Bauwirtschaft an der Technischen Universität Wien beauftragt. Als organisatorischer Überbau wurde ein Verein geschaffen, dem die Stadt Wien, der Recyclingverband, der Fachverband Bauindustrie und die Bundesinnung für Baugewerbe angehören. Mitglieder im Verein können auch jene Firmen werden, die Baurestmassen anbieten. Ziel ist es, daß sich die Baubörse mit Hilfe des Vereins im Endeffekt selbst finanziert. Den Mitgliederfirmen sollen auch entsprechende Informations- und Werbemöglichkeiten im Rahmen der Baubörse geboten werden.

Zielgruppe der Recyclingbörse sind Bauunternehmer, Architekten und Ingenieure, Recycling- und Entsorgungsunternehmen, kommunale Bauträger sowie Landwirte und Betriebe, die sich mit Kultur- und Landschaftsbau beschäftigen. In weiterer Folge sollen auch Privatpersonen die Recyclingbörse verwenden können. Von der Recyclingbörse Bau werden vier große Gruppen von Baurestmassen vermittelt: 1) unbelasteter Bodenaushub: Darunter versteht man lehmiges oder auch lockeres Erdmaterial, zum Beispiel mit Sand und Kies versetzt. Das Aushubmaterial muß auf alle Fälle frei von Schadstoffen sein. 2) nicht aufbereiteter Bauschutt und Straßenaufbruch: Dabei handelt es sich um Material, das bei Abbrucharbeiten von Häusern oder Straßen entsteht. 3) mineralische Recyclingbaustoffe: zum Beispiel Ziegel, Schotter oder Beton. 4) ausgewählte Baureststoffe: wie zum Beispiel Holz, Metall und Dämmaterial.

Und so funktioniert die Recyclingbörse Bau: Wer über Baurestmassen verfügt oder solche benötigt, gibt sein Angebot oder seine Nachfrage ganz einfach Online mittels Mausklick in der Börse bekannt. Eine Übersicht zeigt, welche Materialien in welchen Mengen gerade angeboten oder gesucht werden. Wer ein passendes Angebot findet, nimmt telefonisch Kontakt mit dem Anbieter auf, regelt die Details und kann meistens sehr kostengünstig das Material erwerben. Umgekehrt funktioniert es genauso. Wer Baureststoffe sucht, sieht in der Übersicht nach, ob es etwas Passendes gibt. Wird er nicht fündig, gibt er seine Nachfrage in die Börse ein und wartet, bis sich ein Anbieter bei ihm telefonisch meldet. Als technische Voraussetzungen sind lediglich ein Telefon mit Modem und ein Computer mit Internetanschluß notwendig.

– Wiener Altwaren Börse (WAB)

Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):

Referat 6 (Abfallwirtschaft)

Altstoffe sind wertvolle Rohstoffe, die meist problemlos wiederverwertet werden könnten. Dennoch landen noch immer zu viele Altstoffe im Müll. Abhilfe wird eine Internet-Altstoffbörse schaffen, an der die Umweltschutzabteilung (MA 22) gemeinsam mit der MA 48 - Abfallwirtschaft, der MA 14 - Automatische Datenverarbeitung und die Wiener Umweltberatung arbeiten. Derzeit werden die Produktgruppen definiert (z.B. Sportgeräte, Gartenmaterial, Kompost, Möbel, Altelektronik und viele mehr). In den nächsten Monaten wird das notwendige Computerprogramm erstellt. Im Internet wird die Altstoffbörse voraussichtlich Ende 1998 abzurufen sein.

Und so wird die Börse funktionieren: Wer Altstoffe sucht, sieht in der Übersicht nach, ob es etwas Passen-

des gibt. Wird er nicht fündig, gibt er seine Nachfrage in die Börse ein und wartet, bis sich ein Anbieter bei ihm meldet. Umgekehrt funktioniert es genauso: Wer über Altstoffe verfügt, gibt sein Angebot ganz einfach Online mittels Mausklick in der Börse bekannt. Technische Voraussetzungen sind lediglich ein Computer mit Modem und ein Telefon. Übrigens wird die Börse auch eine Datenbank enthalten, z.B. mit dem "Reparaturführer" der MA 48 oder dem "Entsorgungshandbuch" (Adressen und Infos über Wiener Entsorgungsbetriebe) der MA 22.

- Umweltschutzabteilung weltweit im Internet
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en): Stabstelle/EDV- und Umweltdaten

Im Wien-Online, dem Internetangebot der Stadt Wien, werden sowohl allgemeine Informationen zum Thema Umweltschutz als auch fachspezifische Daten der Umweltschutzabteilung veröffentlicht, u.a. die aktuellen Luftmeßwerte der Bundeshauptstadt. Der Luftgütebericht gibt Auskunft über die täglichen Konzentrationen von Ozon, Kohlenmonoxid, Schwefeldioxid, Stickoxiden und Staub. Ein Plan mit den einzelnen Meßstellen zeigt, an welchen Plätzen Wiens welche Schadstoffe gemessen werden. Naturschutzinteressierte finden Infos zu den Schutzgebieten und zu den mehr als 400 Naturdenkmälern Wiens. Fachinformationen, vom Lärmkataster über das Biotopmonitoring bis zu den Arbeiten am neuen Wiener Naturschutzgesetz und viele andere umweltrelevante Themen, können jederzeit abgerufen werden. Die Umweltschutzdaten der MA 22 - sind via Internet abrufbar unter der URL <http://www.magwien.gv.at/ma22/>.

- Aktuelle Luftmeßwerte weltweit im Internet
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Stabstelle/EDV- und Umweltdaten
Referat 8 (Luftmeßnetz)

Aktuelle Daten zur Luftgüte in Wien können auch via Internet abgerufen werden. Zum Informationsangebot gehören u.a. die aktuellen Luftmeßwerte der Bundeshauptstadt. Der Luftgütebericht gibt Auskunft über die täglichen Konzentrationen von Ozon, Kohlenmonoxid, Schwefeldioxid, Stickoxiden und Staub. Ein Plan mit den einzelnen Meßstellen zeigt, an welchen Plätzen Wiens welche Schadstoffe gemessen werden. Darüber hinaus werden auch die Emissionsdaten der beiden Wiener Hausmüllverbrennungsanlagen und der Sondermüllverbrennungsanlage veröffentlicht.

Nicht nur die Luftgütedaten, sondern das komplette Internet-Angebot der Umweltschutzabteilung sind weltweit abrufbar, und zwar unter der URL <http://www.magwien.gv.at/ma22/>.

- Internet und Intranet: technische Verbesserungen
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Stabstelle/EDV- und Umweltdaten

Unter dem Titel Win Grafik wurde 1997 gemeinsam mit der MA 14-GDV das Geografische Informationssystem im World Wide Web zu einem praxistauglichen System weiterentwickelt. Win Grafik ist mittlerweile zu einem magistratsabteilungsübergreifendem Internetangebot geworden.

Das Intranetangebot der Umweltschutzabteilung wurde auf den Server der MA 22 verlegt und insofern ausgebaut, daß nun ausgewählte Mitarbeiter der Umweltschutzabteilung die Möglichkeit haben, für das Intranet eigene Webseiten (personal Web der MA 22 - Umweltschutz) zu gestalten.

Öffentlichkeitsarbeit

Eine effiziente Öffentlichkeitsarbeit wird auch für städtische Dienststellen immer wichtiger. Denn einerseits trägt eine wirkungsvolle, externe Kommunikation wesentlich zum positiven Image einer aktiven Magistratsabteilung sowohl in den Medien als auch letztendlich bei den Bürger/Innen bei, vor allem dann, wenn sie sich auch als Serviceeinrichtung versteht. Andererseits ist funktionierende interne Kommunikation eine wesentliche Voraussetzung für eine stetig wachsende und effiziente Magistratsabteilung.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Umweltschutzabteilung wurde eingerichtet als zentrale Schaltstelle für die Kommunikation in folgenden Bereichen:

- innerhalb der Abteilung
- zwischen MA 22 und anderen Magistratsabteilungen
- MA 22 und Presseinformationsdienst
- MA 22 und dem Pressereferenten des Stadtratbüros
- MA 22 und den Medien in abteilungsspezifischen Belangen
- MA 22 und Interessensvertretungen, NGO's und den einzelnen Bürgern

Publikationen

– Wiener Umweltbericht 1996/97

Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):

Stabstelle/Öffentlichkeitsarbeit im Bedarfsfall in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachreferaten

Im Wiener Umweltschutzgesetz ist festgelegt, daß der Magistrat der Stadt Wien einen detaillierten Bericht über die Umweltsituation in Wien zu erstellen hat. Der Umweltbericht wird von der Öffentlichkeitsarbeit der MA 22 - Umweltschutz verfaßt. Im Umweltbericht 1996/97, der die nachhaltige Stadtentwicklung schon besonders berücksichtigt, wird deutlich, wie komplex und vernetzt Umweltschutz von der Stadt Wien betrieben wird. Fast alle Magistratsabteilungen und Betriebe der Stadt Wien sind im Umweltbericht mit ihrer Arbeit vertreten und beweisen damit einmal mehr, daß Umweltschutz eine klassische Querschnittmaterie ist, egal ob es sich um Klimaschutzmaßnahmen, Naturschutzanliegen, Abfallwirtschaft, Gewässerschutz, die Sicherung der Luftgüte oder das Trink- und Abwassermanagement handelt. Auf rund 180 Seiten werden die Ziele, Strategien und Maßnahmen für einen aktiven Umweltschutz und eine nachhaltige Umweltpolitik ausführlich beschrieben. Der Wiener Umweltbericht ist mittlerweile zum etablierten und anerkannten Informationsmedium über die umweltrelevanten Maßnahmen aller Dienststellen der Stadt Wien geworden, das sowohl von Umweltexperten, Journalisten/Medien, Umweltorganisationen, Interessensvertretungen, vielen städtischen Dienststellen und Fachdienststellen anderer Bundesländer, aber auch von zahlreichen umweltinteressierten WienerInnen sowie Schülern und Studenten intensiv genutzt wird.

Der Wiener Umweltbericht ist in der Schriftenreihe "Beiträge zum Umweltschutz" als Sonderheft der PERSPEKTIVEN erschienen.

– Schriftenreihe "Beiträge zum Umweltschutz"

Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):

Stabstelle/Öffentlichkeitsarbeit im Bedarfsfall in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachreferaten

Regelmäßig werden im Rahmen der Schriftenreihe "Beiträge zum Umweltschutz" Forschungs- bzw. Projektberichte publiziert. 1997 wurden folgende Hefte produziert:

1. Heft 39/97 Emissionen von Ozonvorläufersubstanzen in Wien
2. Heft 40/97 KliP Working Paper 1 - Hintergrund - Inhalte - Ziele
3. Heft 41/97 KliP Working Paper 2 - Basisdaten
4. Heft 42/97 Wiener Lärmbericht 1997 Kurzfassung
Langfassung als CD-ROM
5. Heft 43/97 Wiener Umweltbericht 1996/97
6. Heft 44/97 KliP Working Paper 3 - Energieeinsatz und CO₂-Emissionen in Wien
7. Heft 45/97 KliP Working Paper 4 - Bestandsaufnahme und Handlungsfelder:
Energie
8. Heft 46/97 KliP Working Paper 5 - Bestandsaufnahme und Handlungsfelder:
Mobilität
9. Heft 47/97 KliP Working Paper 6 - Bestandsaufnahme und Handlungsfelder:
Beschaffung/Abfall

– Folder der MA 22 - Umweltschutz

Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):

Stabstelle/Öffentlichkeitsarbeit im Bedarfsfall in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachreferaten

Als Bürgerservice werden Folder und Broschüren produziert, die über die Wiener Umwelt Hotline, die Städtischen Büchereien, die Bürgerdienstbüros und bei diversen Veranstaltungen vertrieben werden.

Neue bzw. wiederaufgelegte Folder 1997:

- 1) Stadt Wien fördert Elektrofahrzeuge
- 2) Tauben bitte nicht füttern!
- 3) Nicht jedes Tierbaby ist ein Waisenkind - Alles über die Pflege von Greifvögel, Mauersegler- und Säugetierbabies
- 4) Nicht jedes Vogelbaby ist ein Waisenkind - Alles über die Pflege von Vogelfindlingen
- 5) Krötenschutz ist Artenschutz
- 6) Wohnen im Kleingarten - Alles über Hecken und Sträucher!
- 7) Sammeln und Behandeln nicht gefährlicher Abfälle
- 8) Thema Ozon: Das Problem
- 9) Thema Ozon: Grenzwerte, Warnstufen, Verhalten bei Auslösung

– Sonderpublikationen der MA 22 Umweltschutz

Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):

Stabstelle/Öffentlichkeitsarbeit im Bedarfsfall in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachreferaten

Besonders attraktive Themen der Umweltschutzabteilung werden auch als Sonderpublikationen (qualitativ hochwertige Vierfarbbroschüren oder Plakate) für die breite Bevölkerung aufbereitet. Für das KliP-Klimaschutzprogramm wird eine eigene Zeitung, die "KliP-News" produziert, die zwei bis dreimal jährlich erscheint.

Folgende Sonderpublikationen wurden 1997 produziert.

1. Broschüre: Wildtiere - Ein Problem in der Großstadt?
2. Broschüre: Umweltschutz - Biotopmonitoring; Sicherung der Luftqualität; Klimaschutz; Lärm- und Schallschutz (Anlässlich EUVIRON mit MA 18 - Stadtplanung)
3. Broschüre: Environmental protection - Biotope monitoring; Air quality protection; Climate protection; Noise control (Anlässlich EUVIRON mit MA 18 - Stadtplanung)
4. Berichtsband: Ozongesetzlicher Maßnahmenplan der Länder Wien, Niederösterreich, Burgenland (Gemeinsam mit Wiener Umwelthanwaltschaft)
5. Dokumentation: Ozonkonsenskonferenz, Berichtsband (Federführung: Wiener Umwelthanwaltschaft gemeinsame Produktion mit den Ländern Wien, Niederösterreich, Burgenland)
6. Plakat: Viele, viele Tiere leben in unserer Stadt
7. Plakat: Lebenswelt Regenwald (Ausstellungsplakat)
8. Zeitung: Klipp-News - Die Zeitung zum Klimaschutzprogramm

Veranstaltungen und Ausstellungen der MA 22

Von der Umweltschutzabteilung werden Ausstellungen, Enqueten und Infoveranstaltungen vor allem im Auftrag des amtsführenden Stadtrates für Umwelt und Verkehrskoordination organisiert. Außerdem wird die Umweltschutzabteilung im Laufe des Jahres von verschiedenen Dienststellen eingeladen, bei diversen Veranstaltungen (zum Beispiel bei der "EUVIRON-Umwelt-Kongreß-Messe" im September 1997) präsent zu sein. Einige Beispiele für Veranstaltungen, die von der Umweltschutzabteilung 1997 selbst organisiert wurden:

– Fluglärmenquête am 25. Februar 1997 im Rathaus

Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):

Stabstelle

Referat 2 (Lärmschutz)

Bürgerinitiativen, Politiker, Wissenschaftler und Bürger haben am 25. Februar 1997 im Rahmen der Fluglärm-Enquete über die Problematik rund um das Thema Fluglärm diskutiert. Geladen waren neben dem Leiter des Flugsicherungstowers Flughafen Wien/Schwechat, Christian WOBORSKY, dem Umweltbeauftragten der Flughafen Wien AG, Ing. Christian RÖHRER und dem Chefpilot der AUA, Christian KORHERR auch Prof. Dr. Ing. Manfred FRICKE von der Technischen Universität Berlin. Dabei wurden erstmals auch die Inhalte jener Studie präsentiert, die von der Umweltschutzabteilung der Stadt Wien 1997 gemeinsam mit dem Flughafen Wien Schwechat beauftragt wurde, mit dem Ziel die Möglichkeiten auszuloten, die Fluglärmsituation über Wiener Stadtgebiet zu verbessern. Durchgeführt wird die Studie von Prof. Dr. Ing. Manfred Fricke vom Institut für Luft- und Raumfahrt von der Technischen Universität Berlin. Fricke hat sich bereits mit dem Lärmproblem beim neuen Flughafen München intensiv beschäftigt und Lösungen ausgearbeitet, die Lärmemissionen auf möglichst geringem Niveau zu halten.

– Enquete: "Anders unterwegs - Alternative Möglichkeiten, sich in der Stadt motorisiert fortzubewegen" am 2. Juli 1997

Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):

Stabstelle

Alternative, technische Möglichkeiten im Straßenverkehr waren das Thema der Enquete "Anders unterwegs", die im Juli 1997 im Wiener Rathaus stattgefunden hat. Veranstaltet hat die Enquete das Umweltbundesamt (UBA) und die Umweltschutzabteilung der Stadt Wien (MA 22). Anlaß für die Enquete war die erstmalige Präsentation des UBA-Reports "Alternativ betriebene Fahrzeuge in Österreich". Mit der Enquete sollte ein weiteres Zeichen gesetzt werden, daß es neben den herkömmlichen diesel- oder benzinbetriebenen Fahrzeugen auch noch umweltfreundlichere, technische Alternativen gibt, zum Beispiel E-Mobile oder Flüssiggas, Erdgas und Biosprit als Treibstoff. Experten aus den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung sowie Vertreter der Verkehrsclubs nahmen an der Enquete teil. In der anschließenden Podiumsdiskussion wurde das Thema von Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung sowie Vertretern der Verkehrsclubs erörtert. Die Enquete war ein Beitrag zum KliP-Klimaschutzprogramm der Stadt Wien.

- Umweltschutz in Betrieben: EU-Workshop mit Bristol, Berlin und Kopenhagen zum Erfahrungsaustausch am 18. Juni 1997
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Stabstelle
Interdisziplinäre Projektkoordination

Die Verbesserung von Umweltschutzmaßnahmen in Klein- und Mittelbetrieben stand im Mittelpunkt eines Workshops zwischen den Städten Berlin, Bristol, Kopenhagen und Wien. Unter dem Titel „Greening the local economy - European approaches“ (Umweltfreundlichere lokale Wirtschaft - Europäische Ansätze) wurden im Wiener Rathaus Erfahrungen ausgetauscht, die mit den jeweiligen Instrumenten und Methoden zur Förderung von Umweltmaßnahmen in Betrieben gemacht wurden. „Greening the local economy“ ist ein seit einem Jahr bestehendes Projekt im Rahmen des EU-PACTE- Förderungsprogrammes zum Zweck des Erfahrungsaustausches zwischen Behörden.

Der Vergleich mit anderen EU-Städten innerhalb des Projektes „Greening the local economy - European approaches“ zeigt, daß Wien durch die Vielfalt von eingesetzten Instrumenten sehr gut bewertet werden kann. Um eine noch größere Verbreitung des betrieblichen Umweltschutzes zu erreichen, wurden für den zweiten Tag des Workshops Vertreter aus Wirtschaft, Interessensvertretungen, Ministerium und Wirtschaftsuniversität eingeladen über ihre Erfahrungen zu berichten. Betreut wird dieses EU-Projekt für die Stadt Wien von der MA 22 - Umweltschutz, die auch den Workshop organisiert hat.

- Ausstellung: „Landnahme“ & „Lebenswelt Regenwald“ im Juli 1997
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Stabstelle

Der Schutz des Regenwaldes war Thema zweier Fotodokumentationen, die von der Umweltschutzabteilung der Stadt Wien (MA 22) in der Wiener Planungswerkstatt gezeigt wurden. Unter dem Titel „Lebenswelt Regenwald“ wurden fünf konkrete Projekte vorgestellt, die im brasilianischen Amazonasgebiet durchgeführt werden. Ziel dieser Projekte ist es, umweltgerechte Lebensbedingungen für die Indio Stämme zu schaffen und dadurch die Vernichtung des Regenwaldes zu stoppen. Für diese Projekte hat die Stadt Wien in den letzten Jahren mehr als eine Million Schilling zur Verfügung gestellt. Gestaltet wurde „Lebenswelt Regenwald“ vom Lateinamerika-Institut, von der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Außenministerium und dem Klimabündnis Österreich. Thema der zweiten Fotodokumentation „Landnahme“ war die Rodung der „mata atlantica“ in Brasilien. Dort wurde auf einer Länge von mehreren 1.000 km entlang der Atlantikküste der ursprüngliche Regenwald geschlägert und vor allem durch Eukalyptusplantagen ersetzt. In eindrucksvollen Bildern wurden die Konsequenzen des Raubbaus dokumentiert, die das Land und seine Bevölkerung in ihrer Existenz bedrohen. Die Fotos stammten von Ralph Bolius vom Verein für Fotografie und Dokumentation.

- Veranstaltungen zum KliP-Klimaschutzprogramm
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Stabstelle
Referat 5 (Luftreinhaltung)
Referat 6 (Abfallwirtschaft)

1997 wurden rund 20 Veranstaltungen im Rahmen des KliP- Klimaschutzprogrammes der Stadt Wien organisiert, so zum Beispiel die Plenumsveranstaltungen für die KliP-Teams Energie, Verkehr und Abfall/Beschaffung, einzelne projektgruppenspezifische Veranstaltungen und eine Großveranstaltung zur Zwischenbilanz des Klimaschutzprogrammes im Dezember 1997 unter dem Titel „KliP Wien“ „Das erste Jahr - Zwischenbilanz“. Ende 1997 vorbereitet wurde auch die Internationale KliP-Fachtagung „Auf dem Weg zur Klimamusterstadt - Wiener Maßnahmen zur nachhaltigen Reduktion der Treibhausgase“, die am 15. Jänner 1998 stattgefunden hat. Eröffnet wurde diese Fachtagung von Bürgermeister Dr. Michael Häupl und Umweltstadtrat Fritz Svihalek.

- Dialog: „Nachhaltige Raumnutzung - Biologischer Landbau in Wien“
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 3 (Naturschutz und Landschaftspflege)
Stabstelle

Für die Stadt Wien ist es ein Anliegen, daß auch in Bereichen, die direkt oder indirekt mit der Stadtverwaltung zusammenhängen, vermehrt Produkte aus biologischem Landbau verwertet werden. Einrichtungen, die dafür in Frage kämen, wären beispielsweise die Wiener Spitäler und Pflegeheime, die Pensionistenheime, die Aktion „Essen auf Rädern“, Kindergärten und Schulen. Angesprochen sind hier aber vor allem auch die Großküchen-Firmen, die in

Bürgerservice und Tonbanddienste

– Wiener Umwelt Hotline mit neuer Telefonnummer: 4000/8022

Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):

Stabstelle/Öffentlichkeitsarbeit im Bedarfsfall in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachreferaten

Die Auskunft- und Beschwerdestelle der Magistratsabteilung 22 - Umweltschutz besteht seit dem Jahre 1985. Seit 1995 wird sie Wiener Umwelt Hotline genannt. Von zwei Mitarbeiterinnen werden telefonisch, schriftlich oder persönlich vorgebrachte Beschwerden entgegengenommen und bearbeitet.

Die Anfragen und Beschwerden betreffen hauptsächlich folgende Bereiche: Grundwasserverunreinigungen; Bodenverunreinigungen durch Öl, Benzin usw.; Rauch- und Geruchsbelästigungen durch das Verbrennen von pflanzlichen/nichtpflanzlichen Abfällen; Müllablagerungen auf öffentlichem sowie auf privatem Grund; Belästigungen durch Baulärm; Belästigungen durch Gewerbebetriebe (Rauch, Geruch, Ruß sowie Lärm); Einleitung diverser Flüssigkeiten in den Kanal; Verstöße gegen die Aufbaumittelverordnung; Problematik rund um die Fütterung von Tauben; Meldungen über illegal abgelagerte Autowracks, Kühlschränke, Bauschutt und andere Abfälle; Belästigungen (Rauch, Geruch, Ruß) durch private Feuerstätten; Meldungen sanitärer Übelstände.

Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Informations- und Aufklärungsarbeit zu umweltrelevanten Themen. Schwerpunkte waren die Themen Asbestbelastung durch Nachtspeicheröfen, Einsatz von Streusalz und anderen Aufbaumitteln, Ozon bzw. das Verhalten bei Auslösung von Ozon-Vorwarn- bzw. Warnstufen.

Wochentags sind die Mitarbeiterinnen von 8.30 Uhr bis 16.30 Uhr unter der neuen Hotline Nummer zu erreichen: 4000/8022. Nach Dienstschluß bzw. am Wochenende kann auf einem Tonband Nachricht hinterlassen und um Rückruf gebeten werden.

Anzahl der Anrufe bei der Wiener Umwelt Hotline 1988 bis 1997

Jahr	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Anzahl Anrufe	5.225	7.097	8.542	11.161	14.678	9.863	9.000	9.401	11.565	14.171

– „Ozonix“: Ozon-Hotline unter der Telefonnummer 4000/88288

Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):

Referat 8 (Luftmeßnetz)

4000/88288 lautet die Telefonnummer von „Ozonix“, der neuen Ozon-Hotline der Umweltschutzabteilung. „Ozonix“ liefert die stündlich aktualisierten Ozonmeßwerte. Die aktuellen Ozonwerte und die Maximalwerte der letzten 24 Stunden werden jeweils als Dreistundenmittelwerte in Mikrogramm pro Kubikmeter angegeben. Der Aktualität wegen handelt es sich um noch ungeprüfte Rohdaten direkt aus dem Meßnetz.

– Aktueller Luftgütebericht der Umweltschutzabteilung unter der Telefonnummer 4000/8820

Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):

Referat 8 (Luftmeßnetz)

Unter der Telefonnummer 4000/8820 wird der Wiener Luftgütebericht veröffentlicht. Er gibt nicht nur über die Ozonsituation Auskunft, sondern auch über die Belastung der Wiener Luft mit den Schadstoffen Stickstoffdioxid, Schwefeldioxid, Staub und Kohlenmonoxid. Die Werte sind, dem Gesetz entsprechend, in Milligramm pro Kubikmeter angegeben. Der Luftgütebericht wird werktags 2x täglich (um etwa 9.00 und 16.00 Uhr), am Wochenende und an Feiertagen 1x täglich aktualisiert. Bei kritischen Luftsituationen (Ozonvoralarm) kommt es umgehend zu weiteren Aktualisierungen.

– Aktueller Luftgütebericht via Telefaxbox

Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):

Referat 8 (Luftmeßnetz)

Den aktuellen Luftgütebericht können Interessierte auch via Telefaxbox von der Umweltschutzabteilung abrufen. Voraussetzungen dafür sind ein Telefonapparat mit Tonwahl und ein Faxgerät. Konkret funktioniert das so: Nach dem Abheben des Hörers muß die Wiener Nummer 4000 9877 eingetippt werden. Nach dem Piepston ist die Nummer 8100 1073 einzugeben. Danach ist je nach Wunsch die Zahl 1 für den aktuellen Luftgütebericht, die Zahl 2 für den vorletzten Luftgütebericht oder die Zahl 3 für den vorvorletzten Luftgütebericht einzugeben. Im nächsten Schritt wird auf die Zahl 0 getippt. Danach gibt man die komplette Faxnummer ein, an die der Luftgütebericht ge-

diesen Bereichen für die Gemeinde Wien oder von ihr (mit)finanzierten Organisationen tätig sind. Zur Information solcher potentieller Abnehmer von biologisch erzeugten Produkten hat im Juni 1997 eine ganztägige Veranstaltung im Stadtgut Lobau unter dem Titel „Nachhaltige Raumnutzung - Biologischer Landbau in Wien“ stattgefunden. Veranstalter waren die MA 22 - Umweltschutz und das Ludwig-Boltzmann-Institut für biologischen Landbau und angewandte Ökologie, in Zusammenarbeit mit der MA 48 - Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark, der MA 49 - Forstamt und dem Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien.

Medienarbeit der Umweltschutzabteilung

Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):

Stabstelle/Öffentlichkeitsarbeit im Bedarfsfall in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachreferaten

Kontinuierlich werden im Rahmen der fachlichen Öffentlichkeitsarbeit Journalisten betreut, mit Presseunterlagen sowie Fotomaterial versorgt und telefonische Anfragen beantwortet. Ziel ist es, die umweltrelevanten Aktivitäten der Abteilung in den Medien transparent zu machen und die Öffentlichkeit für umweltspezifische Probleme und Themen zu sensibilisieren. Die Arbeit erfolgt in Absprache mit dem Pressereferenten des Stadtrates für Umwelt- und Verkehrskoordination. Pressekonferenzen des Stadtrates für Umwelt und Verkehrskoordination, die sich auf Themen der Umweltschutzabteilung beziehen, werden gemeinsam mit dem Pressereferenten des Stadtrates betreut. Die Presseinformationen bzw. RK-Meldungen werden vorbereitet und verfaßt, natürlich in Absprache und enger Zusammenarbeit mit dem Stadtrat-Pressereferenten. Einige Beispiele: Pressekonferenz und/oder Presseunterlagen und RK-Meldungen zu den Themen: Ozonsanierungsplan der Länder Wien, NÖ, Burgenland; Ozonkonsenskonferenz; E-Mobil Förderung, Umweltbericht, Lärmbericht, KliP-Klimaschutzprogramm; Bodenbericht 1997, Krötenwanderung. Der PID ersucht die Umweltschutzabteilung regelmäßig um die Mithilfe bei Ausstellungen, Veranstaltungen und der Erstellung von Publikationen sowie von Beiträgen für die Zeitung "Unser Wien". Einige Beispiele: Teilnahme an der EUVIRON - Europäische Kongreßmesse; Beiträge für "Unser Wien" zu den Themen Ozon, Taubenproblematik, Krötenwanderung, Wachtelkönigschutzprogramm, Lärmbericht usw. Auch die Baudirektion wird in dieser Hinsicht unterstützt, zum Beispiel mit Texten für die Wanderausstellung "Wiener Umwelt- und Stadttechnologie".

Neues Logo für die MA 22 - Umweltschutz

Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):

Stabstelle/Öffentlichkeitsarbeit

Für die Umweltschutzabteilung der Stadt Wien wurde bereits 1996 ein eigenes Logo gestaltet. 1997 wurde damit fortgesetzt, ein zum Logo passendes, einheitliches, zeitgemäßes visuelles Erscheinungsbild für die Umweltschutzabteilung zu entwickeln und umzusetzen. So zum Beispiel wurden die Drucksorten der Abteilung neu gestaltet, aber auch die verschiedenen Publikationsreihen wie die Schriftenreihe "Beiträge zum Umweltschutz", die Folderreihe "Umweltschutz kurz & bündig" haben neue Layouts erhalten. Gearbeitet wurde auch an einem farbigen Leitsystem, das den Kunden der Umweltschutzabteilung die Orientierung im Haus erleichtert. Jedes Fachreferat hat eine eigene Leitfarbe erhalten. Übersichtliche Schilder und Hinweistafeln in der entsprechenden, den jeweiligen Referaten zugeordneten Farben werden die Kunden rasch zu den einzelnen Dienststellen und Mitarbeitern leiten. Neue Beschriftungs- und Informationstafeln werden auch die Luftmeßstellen erhalten. Alle Fahrzeuge der Umweltschutzabteilung wurden 1997 bereits mit dem neuen Logo ausgestattet. Mitte 1998 wird das komplette Erscheinungsbild der Umweltschutzabteilung auf das neue Logo umgestellt sein.

sendet werden soll. Zum Schluß ist die Taste # zu drücken und der Piepston abzuwarten. Dann kann aufgelegt werden und das Fax wird zugeschickt.

- Luftgüte-Anzeigetafeln an zentralen Plätzen in der Stadt
Verantwortliche MA 22 - Fachabteilung(en):
Referat 8 (Luftmeßnetz)

Die Meßergebnisse sind auf 4 großen Anzeigetafeln an zentralen Plätzen der Stadt zu sehen: Im 1. Bezirk am Stephansplatz und am Schottenring, im 9. Bezirk in der Liechtensteinstraße und im 21. Bezirk Am Spitz, und zwar jeweils an der Fassade der Bank Austria Filialen. Die Anzeigetafeln wurden von der Bank Austria für die Wiener Bevölkerung errichtet und finanziert. Im wesentlichen besteht eine Anzeigetafel aus 5 Leuchtbändern. Vier vertikale Säulen beschreiben das Ausmaß der Schadstoffbelastung durch Schwefeldioxid und Staub, Stickstoffdioxid, Kohlenmonoxid und Ozon. Ein waagrechtes Schriftband liefert die verbale Beschreibung der Luftsituation und gegebenenfalls auch Hinweise auf besondere Schadstoffbelastungen an einzelnen Meßstellen. Nach dem Wiener Vorbild sind bereits auch in München solche Tafeln aufgestellt worden. 1997 wurden von der Umweltschutzabteilung die Technik der Tafeln verbessert und die Leuchtkraft der Schrift so erhöht. Möglich wurde das durch die finanzielle Unterstützung der Bank Austria.

Kanalisation

In Fortsetzung des umfangreichen Bauprogrammes der Abteilung konnten auch 1997 wieder beachtliche Investitionen in der Erweiterung des Wiener Kanalnetzes verzeichnet werden. Die Arbeiten für das Fortsetzungsbaulose des Entlastungskanals zum Rechten Hauptsammelkanal, das mit der Querung des Wienflusses und den äußerst beengten Verhältnissen im Baubereich der Urania eine Herausforderung an die Technik darstellt, wurden im November begonnen. Die Planungen zur Herstellung der Donaukanalverbindungsleitungen zwischen Rechtem Hauptsammelkanal und Linkem Hauptsammelkanal, die die Ausleitungen von Schmutzfrachten in den Donaukanal während Wartungsarbeiten in diesen Kanälen auf einen unwesentlichen Anteil reduzieren sollen, wurden abgeschlossen. Ebenso wurden die Planungsarbeiten für Hauptprojektsbestandteile des „Abwasserentsorgungs- und Gewässerschutzprojektes für Wien“ aufgenommen. Im wesentlichen sind das die Planungsleistungen für die Errichtung des Wientalsammelkanal-Entlastungskanals sowie des Liesingtalsammelkanal-Entlastungskanals. Beide Bauvorhaben müssen im Bach bzw. Flußbett geführt werden und eröffnen somit Möglichkeiten eines naturnahen und zeitgemäßen Ausbaues der Flusslandschaft nach Beendigung der Kanalbauarbeiten. An der Unteren Alten Donau wurde der Bau des letzten Abschnittes des Ufersammelkanals bis zur Bezirksgrenze zwischen 21. und 22. Bezirk in Angriff genommen.

Das Netzausbauprogramm sieht die Vollkanalisierung aller im Bauland gelegenen Haushalte Wiens vor. Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag im 21. und 22. Bezirk. Insgesamt konnten neben den in Bau befindlichen Arbeiten 31 neue Baulose in Angriff genommen und insgesamt 43 Baulose fertiggestellt werden.

Zur Unterstützung des von der Stadt Wien betriebenen Stadtentwicklungsprogrammes wurden zahlreiche Kanalbauten mit dem Schwerpunkt im 11., 21. und 22. Bezirk durchgeführt.

Das Kanalumbauprogramm sieht die Sanierung des zum Teil schon über 100 Jahre alten Kanalnetzes im innerstädtischen Bereich vor. Insgesamt konnten 1997 neben der Fortsetzung der laufenden Bauten drei neue Kanalumbauten begonnen werden. Großes Augenmerk wird auf die unterirdische Sanierung und Instandsetzung gelegt, wodurch eine Erneuerung unter minimaler Behinderung für die Bevölkerung ermöglicht wird. Weiters wurden auch mehrere Kanäle zur Erschließung von Betriebsbaugebieten und zur Freimachung von U-Bahntrassen durchgeführt. Die Kanalisierung am rechten Ufer der Alten Donau im Bereich der Kleingartenanlage Schießstattlacke und Bahndammweg wurde fertiggestellt.

Neben den zuvor angeführten Arbeiten wurde gemeinsam mit der EBS, der MA 45 und externen Experten ein Konzept über die „ökologische und wirtschaftliche Optimierung für die Abwasserentsorgung und den Gewässerschutz für Wien“ erarbeitet und am 26. Juni 1996 vom Gemeinderat genehmigt. Dieses Konzept wird im wesentlichen durch den systemischen Ansatz, der Betrachtungsweise aller Elemente der Abwasserentsorgung und des Gewässerschutzes als ein ökologisch und wirtschaftlich optimierbares Gesamtprojekt, gekennzeichnet. Hierbei wurden nicht nur technische Maßnahmen wie Entlastungskanäle, Kanalnetzsteuerung, Kläranlagen miteinander in Verbindung gesetzt, sondern auch die Maßnahme „an der Quelle“, wie z.B. Entsiegelung, Versickerung, Fremdwasserreduktion usw., als integrierender Projektbestandteil aufgenommen. Dieses Konzept ist im wesentlichen als Leitlinie für die zukünftigen Aufgaben der Abteilung am Sektor des Kanalneubaus bzw. Gewässerschutzes zu verstehen.

Neben zahlreichen Befunden und Planbegutachtungen war auch eine Mitarbeit im Normungswesen zu verzeichnen.

Vom Einsatzdienst der Abteilung, der für die Beseitigung von Verstopfungen und ähnlichen Arbeiten zuständig ist, wurden 2.844 Einsätze geleistet.

Die Materialförderung, Kanalschutt und Rechengut aus allen Teilen des gesamten Kanalbetriebes betrug im Jahre 1997 7.253 t. Im einzelnen wurden in diesem Zeitraum aus Schotterfängen 2.569 t, aus den Hauptsammelkanälen 1.419 t, aus den Straßenkanälen 1.418 t, aus der Kläranlage Blumental 547 t und aus dem Pumpwerk Linker Donausammler 247 t Kanalschutt geräumt. Die anfallende, bereits gepreßte Rechengutmenge aus der Kläranlage Blumental und den Pumpwerken betrug 1.053 t.

Der Senkgrubenbestand hat sich im Jahre 1997 weiter verringert und beträgt 28.989. Die Zahl der Senkgrubenräumungen durch die Abteilung betrug 23.580 mit einer verrechneten Gesamtaushubmenge von 143.351 m³. 962 Abscheiderräumungen wurden durchgeführt, wobei die Gesamtaushubmenge 1.753 t betrug.

An 1.603 Kleinbaustellen wurden Erhaltungsarbeiten durchgeführt, ferner 1.570 Stück Schachtabdeckungen repariert bzw. erneuert. An den Hauptsammelkanälen wurden auf 242 Baustellen Erhaltungsarbeiten durchgeführt. In einer Reihe von Außenstellen wurden dringend notwendige Instandsetzungsarbeiten vorgenommen.

Insgesamt wurden im Jahre 1997 von den Fahrzeugen der Abteilung rund 1.200.000 km zurückgelegt, davon vom Senkgrubenwagen 397.139 km, vom Hochdruckwagen 79.917 km, von den Abscheiderräumfahrzeugen 26.273 km, vom Verstopfungswagen 58.510 km und von diversen anderen Fahrzeugen 637.576 km.

An behördlichen Aufgaben wurden u.a. 269 Gutachten für die Herabsetzung der Abwassergebühr, 141 Schreiben betreffend Räumzahlfestsetzungen, Selbsträumungsbewilligungen und amtswegige Räumungen verfaßt. Bei 85 Liegenschaften wurde die Einhaltung der Bescheidaufgaben überprüft. Die Abwasserhebwerke förderten 70.074.605 m³.

In der Kläranlage Blumental wurden 20.883.485 m³ Abwasser gereinigt. Die durchschnittliche Verschmutzung im Zulauf betrug 237 mg/l BSB₅, die im geklärten Ablauf 11,1 mg/l BSB₅.

Im Pumpwerk Linker Donausammelkanal betrug der Energieverbrauch für die Versorgung der angeschlossenen Hochwasserpumpwerke, sowie bei Revisionen auch für die Hauptkläranlage-Wien rund 3,9 Millionen kWh.

Im Jahre 1997 wurden vom Referat Chemie 3.083 Abwasserproben gezogen sowie an 488 Tagen Dauerkontrollen mittels Probenahme-, pH- und Temperaturmeßgeräten durchgeführt. 370 Proben entsprachen nicht der geforderten Abwasserqualität und wurden dem Verursacher in Rechnung gestellt. In acht Fällen wurden zusätzlich Strafanträge erstattet. Die Zahl der regelmäßig zu kontrollierenden Firmen betrug mit Stichtag 31. Dezember 1997 rund 1.200, die Zahl der weniger gefährlichen Abwassereinleiter etwa 3.300. Zur Zeit sind rund 4.500 Firmen im Industrie- und Abwasserüberwachungskataster erfaßt. Neben den routinemäßigen Abwasserkontrollen nahmen die Kontrollorgane des Referates zusätzlich an 229 gewerberechtlichen Verhandlungen teil.

Mit dem Kanalfernsehaube wurden 101 km Rohrkanäle überprüft.

In der Friedrichstraße wurden 1.365 Personen geführt. Weiters besuchten rund 13.550 Personen diverse Veranstaltungen bzw. Ausstellungsstände der Abteilung.

Trotz intensiver Schulung und Aufklärung wurden 2 schwere und 61 leichte Unfälle registriert.

Wasserwerke

1. Wasserwirtschaft

Im Jahre 1997 wurden insgesamt 148.466.148 m³ (1996: 149.700.338 m³) Wasser aufgebracht und davon 142.772.802 m³ (1996: 143.328.294 m³) Wasser in das Wiener Rohrnetz eingespeist.

Die Wasseraufbringung setzt sich im Jahre 1997 zusammen aus: 141.372.488 m³ (95,22 %) Wasser der beiden Hochquellenleitungen, 3.270.990 m³ (2,20 %) aus Wiener Grundwasserwerken, 3.066.050 m³ (2,07 %) aus dem Wientalwasserwerk, sowie 349.480 m³ (0,24 Prozent) aus dem Wasserleitungsverband Triestingtal- und Südbahngemeinden. Der Restbetrag von 407.140 m³ (0,27 %) Wasser ergibt sich aus Veränderungen im Behältervorrat. Die Gesamtaufbringung sank gegenüber dem Vorjahr um 1.234.190 m³, das sind 0,82 Prozent. Von der bezogenen Wassermenge wurden 2.084.914 m³ an auswärtige Abnehmer und Verbundgemeinden abgegeben, 142.772.802 m³ an das Wiener Rohrnetz und 3.608.432 m³ an Überfällen und Ableitungen. Die durchschnittliche Tagesabgabe an das Wiener Rohrnetz betrug 390.099 m³. Tagesmaximum wurde am 16. Mai 1997 mit 484.580 m³ erreicht und das Tagesminimum am 25. Dezember 1997 mit 304.610 m³. Zur Desinfektion der gesamten dem Verbrauch zugeführten Wassermenge wurden insgesamt 27.440 kg Chlorgas und 38.740 kg Natriumchlorit verwendet. Für Rohrstrangdesinfektionen und Behälterreinigungen kamen 1.810 l Hypochlorit und 2.260 kg Wasserstoffsperoxyd zum Einsatz. Von den Wasserleitungskraftwerken an den beiden Außenstrecken wurden 62.596.828 kWh an elektrischer Energie geliefert. Davon entfallen 4.766.739 kWh auf die Kraftwerke im Quellgebiet der I. Wiener Hochquellenleitung, 13.529.461 kWh auf die Kraftwerke im Quellgebiet der II. Wiener Hochquellenleitung und 44.300.628 kWh auf das Kraftwerk Gaming an der II. Wiener Hochquellenleitung.

Im Rahmen der Neubauten und Bauvorhaben wurden die Bauarbeiten am Behälter Bisamberg und an den Rohrleitungen fortgesetzt. Das Projekt Behälter Bisamberg dient zur Sicherung der Wasserversorgung des 21. und 22.

Bezirk durch die Neuverlegung von Transportleitungen und die Schaffung einer ausreichenden Behälterreserve. Im Berichtsjahr wurde mit einem rund 800 m langen Abschnitt die Transportleitung in der Siemensstraße fertiggestellt. Ferner erfolgten Straßeninstandsetzungen an den Rohrleitungstrassen. Der Behälter wurde teilweise in Betrieb genommen. In den Behälterkammern wurden verdeckte, unwesentliche Mängel festgestellt. Im Berichtsjahr wurden die Umbauarbeiten am Ablaufsystem des Wasserbehälters Lainz zur Mobilisierung von 30.000 m³ zusätzlichem Speicherrinhalt fertiggestellt. Im Ein- und Auslaufbauwerk wurden neue Bedienungsstege, in der Ableitung eine DN 1800 Sperrklappe eingebaut sowie die Korrosionsschutzarbeiten durchgeführt.

Die Sofortmaßnahmen am Grundwasserwerk Nußdorf, welche infolge Kraftwerksstauses Freudenau erforderlich waren, wurden fertiggestellt. Im Berichtsjahr wurden die Bauwerke der beiden Sammelbrunnen und die Hauptverrohrung im Gelände fertiggestellt, danach erfolgten die Anhebung des Geländes sowie die Herstellung der Bedienungswege.

Im Grundwasserwerk Donauinsel Nord erfolgte die Fertigstellung des Brunnenbaues, des Leitungsbaues, der Kammer- und Auslaufbauwerke sowie der Ausbau der Stromversorgung, Elektrik und Steuerung. Die Detailprojektierung der Trinkwasseraufbereitungsanlage wurde fortgesetzt. Leistungspumpversuche an allen Brunnen im Einzelbetrieb wurden durchgeführt. Hydrologische Beweissicherungen, Auswertungen und laufende Qualitätsuntersuchungen an Donau, Neuer Donau und Brunnen wurden fortgeführt.

Die Beweissicherungsarbeiten im Grundwasserwerk Lobau wurden fortgesetzt.

Die generelle Planung einer Aufbereitungsanlage wurde weitgehend abgeschlossen, die Vorlage an die Oberste Wasserrechtsbehörde vorbereitet. Für die Schutzmaßnahme Sperrbrunnenreihe wurden flächendeckende hydrologische Beweissicherungen und Qualitätsmessungen im Rahmen der Bescheidaufgaben durchgeführt. Die wasserrechtlichen Kollaudierungen für die Sperrbrunnenreihe sowie die Verlängerung des Wasserrechtes wurden beantragt.

Im Auftrag und auf Basis Planung der MA 43 wurde im 11. Bezirk auf dem Urnenfriedhof der für die Nutzwasserversorgung vorgesehene Vertikalfilterbrunnen mit abgehenden Rohrsträngen fertiggestellt. Es erfolgte der Beginn der Arbeiten am Wasserbehälter. Die Errichtung der Zuleitung (Preßvortrieb unter der Simmeringer Hauptstraße) konnte weitgehend abgeschlossen werden.

Im Laufe des Jahres 1997 wurden gemäß Ausbaukonzept bzw. Frühwarn- und Sicherheitssystem weitere Anlagen der I. Wiener Hochquellenleitung in das Fernsteuerungs- und Überwachungssystem der Sicherheitszentrale Neusiedl eingebunden (Einbindung der Güteüberwachungsstation Ternitz Teil 2). Für die Überwachung der Schloßquelle in Stixenstein wurde ein Telefonanschluß installiert.

Der neue Stollen wird die im Bereich Scheibbs an der II. Hochquellenleitung durch ungünstige geologische Verhältnisse aufgetretenen Schadensstellen umgehen und so einen weiteren sicheren Betrieb der Leitung gewährleisten. Der Umgehungsstollen meidet die oberflächennahen, rutschgefährdeten Bereiche; er liegt tief im Berg in geologisch wesentlich günstigeren Zonen. Gebaut wird er nach einem wesentlich besser geeigneten, moderneren Stollenbauverfahren. Untertage wurden im Berichtsjahr die restlichen 720 m Stollen vorgetrieben und mit Spritzbetonauskleidung gesichert, die Anschlußstellen des Alt- mit dem Neustollen vorbereitet sowie in Ringbetonschale im Rückbau eingebracht.

Ferner wurden obertägig Fundamente und Widerlagermauern einer Feldweg- und Kanalbrücke hergestellt.

Die Betriebsanlagen im Wientalwasserwerk sind für die Verlängerung der 1998 ablaufenden wasserrechtlichen Bewilligung dem Stand der Technik anzupassen. Auf Grund der Ergebnisse der Untersuchungen der Universität Wien für Bodenkultur zur Optimierung des Aufbereitungsverfahrens wurde ein Schnellfilter mit einem Mehrschichtaufbau ausgestattet. Für die Rückspülung wurden elektrisch getriebene Edelstahlschützen eingebaut. Für eine Feinfilterkammer wurde die Ablaufeinrichtung auf ein niveaugesteuertes Claytonventil zur Verbesserung der Filterleistung umgestellt. In der Reinwasserkammer II wurde beim Claytonventil eine Meßblende eingebaut. Die Wehranlage wurde einer Revision unterzogen.

Die Fortführung der hydrologischen Beweissicherung für die III. Wiener Wasserleitung laut Bescheid wurde fortgesetzt: Es erfolgten Durchflußmessungen in den Meßprofilen Haschendorf, Ebreichsdorf, Schranawand, Marienthal, Fischamend, Stangenmühle, HPIII, Neubach I und II, Jesuitenbach und Schlauchgraben, sowie Kontrollen der Wasserstands- und Temperaturaufzeichnungsgeräte dieser Pegelstationen und des Klimagartens Fischamend. Weiters erfolgten Grundwasserstandsmessungen in den Sondenfeldern um die Horizontalfilterbrunnen Moosbrunn I und II, in den piestingnahen Sonden, den Sonden des A-Systems und des Naturdenkmals Brunnlust. Temperatur- und Temperaturprofilmessungen wurden in ausgewählten Sonden der Mitterndorfer Senke durchgeführt. Bedingt durch den Neubau einer Straßenbrücke in Schranawand mußte die Meßstation Schranawand verlegt und das Meßprofil neu errichtet werden. In Fischamend und Mitterndorf wurden für die fischkundliche Beweissicherung vier Lattenpegel veretzt.

Der Umbau der Chloranlage konnte mit dem Einbau einer neuen Steuerungsanlage abgeschlossen werden. Im Betriebsgebäude wurden die Erdgeschosfenster und Teile der Zentralheizungsanlage aus Energiespargründen ausgetauscht.

Im Einlaufbauwerk des Behälters Moosbrunn wurden Betonsanierungsarbeiten ausgeführt. Die CKW-Versuchsanlage im Einlaufbauwerk des Behälters Unterlaa wurde abgebrochen. Im März 1997 erfolgte die Kollaudierung ergänz-

zender baulicher Anlagen, die 1996 errichtet worden waren. Nach Antrag und Verhandlung erging der Schlußkollaudierungsbescheid Ende September 1997. Damit war der Schlußpunkt des wasserrechtlichen Bewilligungsverfahrens gesetzt und der Stadt Wien auf Dauer von 90 Jahren der Konsens zur Entnahme von maximal 742 l/s Grundwasser erteilt worden. Für die ersten Betriebsjahre ist die Fortsetzung verschiedener Beweissicherungen vorgesehen. Mit diesem Grundwasserwerk besitzt die Wasserversorgung der Stadt Wien nunmehr eine Reserve für Störfälle an den Hochquellenleitungen sowie für künftige Verbrauchszuwächse.

Für das Karstforschungsprogramm wurden im Antenkar und bei den Brunnseequellen zusätzliche Meßstellen installiert, Daten erhoben und ausgewertet. Vom Joanneum Graz wurden wöchentlich Wasserproben zur Untersuchung hinsichtlich Isotopen, Bakteriologie und Chemie entnommen und geprüft. Im Bereich der Zeller Staritzen, des Einzugsgebietes der Kläffer-, Antenkar und Brunnseequellen wurden umfangreiche hydrologische Messungen vom Joanneum Research Graz durchgeführt. Für ein Fassungsprojekt Kräuterbrunnquellen wurden hydrogeologische Untersuchungen durchgeführt.

Die Untersuchung der Universität für Bodenkultur betreffend der Wiederverkeimungsneigung des mit UV-Strahlen behandelten Wiener Trinkwassers im Rohrnetz (bei verschiedenen Rohrmaterialien) wurde weitergeführt. Der Abschluß dieser Untersuchung ist für 1998 vorgesehen.

Was die Erhaltung der Anlagen und den Betrieb betrifft, so konnte die Instandsetzung der technisch überalterten Starkstromanlagen und fernmeldetechnischen Einrichtungen im Hebewerk Unterlaa abgeschlossen werden. Im Drucksteigerungswerk Wolfersberg wurden beide Pumpenaggregate erneuert. Zwei neue Frequenzumrichter wurden installiert, so daß nun beide Aggregate drehzahl geregelt betrieben werden können. Der Behälter Krapfenwald wurde baulich saniert und mit Objektschutzeinrichtungen versehen. Im Zuge dieser Sanierungsarbeiten erneuerte man auch die Rohrleitungen und Armaturen sowie die Elektroinstallation in der Schieberkammer. Die Objektschutzeinrichtungen im Hebewerk Krapfenwald wurden ebenfalls dem Standard der Abteilung angepaßt.

Während der zwei Herbstabkehren der II. Wiener Hochquellenleitung wurde die Desinfektionsanlage Mauer verfahrenstechnisch dem letzten Stand der Technik entsprechend umgebaut. Die durch Überspannung entstandenen Schäden an einigen Brunnenanlagen der Sperrbrunnenreihe Lobau konnten behoben werden. In der Lastverteilungszentrale Grabnergasse wurde die neue Prozeßrechneranlage fertiggestellt und die Einbindung weiterer Außenstationen in diese Anlage fortgesetzt.

Im Berichtsjahr erreichten die Kabellegungen (Verstärkungen, Umlegungen usw.) für das betriebseigene Fernmeldekabelnetz in Wien eine Gesamtlänge von 4,3 km.

Im Amtshaus Grabnergasse konnte wieder ein weiterer Teil der Büroräume (4. Stock) neu adaptiert werden. Ebenfalls neu adaptiert wurde die Bezirksaußenstelle 12 der Betriebsabteilung 6 – Wasserverteilung. Für die im Jahr 1998 vorgesehene Übersiedlung der Bereitschaftsgruppe der Abteilung in das Amtshaus Grabnergasse wurden Vorbereitungsarbeiten durchgeführt.

Im Jahre 1997 wurden bei 6 Abkehren der I. Hochquellenleitung folgende Arbeiten durchgeführt: Es erfolgten die Folienauskleidung im Aquädukt Weikersdorf (50 m²), die Folienauskleidung im Aquädukt Mauer (500 m²), die Spritzbetonauskleidung (100 m²), die Putzschädenausbesserung im Kanal auf etwa 2 km Leitungslänge, die Kabelauswechslung im Kanal (8 km). Waschabkehren wurden zwischen Turm 10a – 14 und Turm 27 – Station 227 Leobersdorf durchgeführt.

Im Zuge der Abkehren wurden in Weiterführung des laufenden Programmes Stationsmarkierungen im Leitungskanal nachgemessen, gegebenenfalls korrigiert und mit neuen Markierungstafeln versehen. Kleininjektionsarbeiten erfolgten bei Abkehren im Bereich Gainfarn. Weiters wurde im Rahmen von Begehungen des Leitungskanals eine Zustandsanalyse als Basis für die Prioritäten der Abkehrprogramme 1998 erstellt. Beim Wasserbehälter Neusiedl erfolgten die Herstellung einer 800/1600 mm - Stahlrohrleitung zur Verbesserung des Fließverhaltens bei der Einlaufkammer Neusiedl sowie der Austausch der Schachtabdeckung Kammer C-Neusiedl auf NIRO-Deckel. Beim Leitungskanal erfolgte die Herstellung von 45 Schachtabdeckungen mit Betonabdeckplatten sowie der Austausch von 125 alten Grenzsteinen auf Stahlbetongrenzsteine.

Im Quellgebiet I. Hochquellenleitung erfolgten für die Funkstation Schnealpe die Rohbaufertigstellung und Dachherstellung mittels Keilpfostendach und Blechdeckung.

In der Subzentrale Hirschwang wurde die Einrichtung der Schaltwarte, des Computerraumes sowie der Aufenthalts- und Schlafräume, der Wasch- und Sanitärräume fertiggestellt. Im Wetterinstollen erfolgte die Verlegung einer Kompressorleitung DN 2“, Länge 2.620 m, sowie die Herstellung einer Zwangsbewetterung für Stollenarbeiten mittels 2 Ventilatoren. Im Schnealpenstollen Süd erfolgten die Herstellung von Kabeltrassen und Verlegung von 3 x 20 kV Kabeln von Station 830 - 1580. Mit der Sohlsanierung Station 1220 – 1235 und 1435 - 1456 wurde begonnen. Für die Wasserversorgung des Forsthauses in Naßwald wurde eine 740 m lange DN 2“ Stahlrohrleitung im Leitungstollen verlegt (Ausfall der ursprünglichen Versorgung durch Hochwasser). Bei der Quelle 20 erfolgte die Montage einer NIRO-Rückschlagklappe 130/170 cm für die Entleerung gegen Eindringen der Schwarza bei Hochwasser. Es wurden 900 m FM- und NS-Kabel zwischen Einlaufkammer Hirschwang und Stollenzugang Windbrücke verlegt, davon 150 m im Stollen. Beim Stollenzugang Windbrücke erfolgte die Montage einer neuen DN 1000 mm Ablaßschleuse samt elektrischem Stellantrieb für die Fernsteuerung vom KW Hirschwang, sowie die

Herstellung einer Stauwand zur Erhöhung der Abwurfwassermenge (rund 2000 l/sec.). Bei vier Abkehren erfolgte das Reinigen des Leitungskanals mit Piasavabesen (Stahlbesen) und Stollenwaschmaschine auf einer Länge von 6.530 m.

Nach dem Hochwasser vom 8. Juli 1997 (120jährig) mußten Schäden behoben werden: So erfolgten die Ufersicherungen im Bereich der Mürz, Lanau, Dobrein, Höllental, Naßwald und Wasseralm mit 840 Tonnen Wurfsteinen, die Wiederherstellung des Zugangssteiges zu Stollen VII über die Schwarza, die Wiederherstellung der Zugänge zu Stollen III und Quelle 20 mit Beton- und Natursteinmauerwerk, weiters umfangreiche Reinigungsarbeiten nach Eindringen der Schwarza in den Leitungstollen zwischen Stollen III und Kaiserbrunn, Aufräumarbeiten nach Überflutung der Kellerräume (Archiv und Magazin) des Betriebsgebäudes in Hirschwang, die Wiederinstandsetzung der Fernmeldeeinrichtungen, Neuherstellung des Brückenrohrstranges DN 100 im Zuge der Henriettenbrücke über die Schwarza (Ortswasserversorgung Hirschwang), Herstellung von Notversorgungen für Strom und Wasser im Bereich Naßwald – Höllental und Hirschwang, Instandsetzung der Entwässerungseinrichtungen und des Leitungskanals im Bereich Station 66 (Reichenau – Haabergwehr).

Bei der II. Wiener Hochquellenleitung wurde das mehrjährige Programm der Überprüfung und Aktivierung von Hang- und Sohldrainagen fortgesetzt. In diesem Zusammenhang wurden in geologischen Problembereichen rund 1.000 lfm Rohre verlegt. Zur Beobachtung von Hangbewegungen wurden vier Extensometer errichtet. Nach Katastrophenniederschlägen im Juli mußten weggerissene Straßen, Ufer und Stege instand gesetzt werden. Weiters waren noch hangstabilisierende Maßnahmen erforderlich. Bei Einstiegtürmen und Zugängen wurden drei einbruchshemmende Objektschutztüren eingebaut. Sieben Schachtabschlüsse wurden unter Niveau versetzt. Abkehrarbeiten (4 Abkehren): In Problembereichen wurden im Kanal zur Überprüfung der Funktionsfähigkeit der begleitenden Sohldrainagen 5 Putzschächte gebohrt und in weiterer Folge 10 lfm Drainageleitung ausgewechselt. Zur Vermeidung von Wasserein- bzw. Austritten wurden Sohlsanierungen, Verputzarbeiten, Injektionsarbeiten sowie 1.300 lfm Rißabdichtungen im Leitungskanal durchgeführt. In einer Problemzone wurde eine elektronische Bauwerksüberwachung mittels Lichtwellenleiter errichtet. Zur Abdichtung von Wassereinbrüchen bei Baufugen wurden 27 Druckringe montiert. Zur Zustandsfeststellung außerhalb des Leitungskanals und um eine geordnete Wasserableitung zu ermöglichen, wurden 2 Entwässerungsbohrungen angebracht. 10 km Leitungskanal wurden maschinell gewaschen. 3 Armaturen (Schützen, Klappen, Schieber) wurden instand gesetzt. Bei 5 Einstiegschächten wurden die Deckel kanalseits mittels mechanischer Vorrichtungen (gegen mögliches Öffnen von außen) gesichert. Bei mehreren hohen Schächten wurden Leitern und Podeste montiert. Bei Begehungen wurden insgesamt 450 lfm Risse, zahlreiche Abplatzungen sowie mehrere Wasserein- bzw. -austritte festgestellt und 75 Bolzenmessungen durchgeführt. Weiters wurden Bestands- und Zustandsaufnahmen älterer Abdichtungsarbeiten erstellt. In Zusammenarbeit mit einem Zivilingenieurbüro wurde ein Testbericht über die digitale Erfassung des Längsschnittes der II. Hochquellenleitung von km 61,8 bis 73,4 verfaßt. Es wurde mit der Digitalisierung von Lageplänen begonnen.

Im Wetterinstollen im Quellgebiet II. Wiener Hochquellenleitung wurde ein Erdkabel verlegt und die Sockelsanierung fortgesetzt. In der Höll wurde von der C-Kammer bis zum Meßschacht ein Meßkabel verlegt. In den Zugängen 8a und 24a wurde hinter dem Ausbau eine Hohlraumverfüllung mit Injektionsharz durchgeführt. In den Zugängen 11 und 11a wurde das Stollenprofil vergrößert. Die Aquäduktabdeckplatten wurden mit Beschichtungsmaterialien auf Zement-Kunstharzbasis abgedichtet. Bei der Kläfferquelle wurde für die Nachfassung eine Pumpleitung DN 400 verlegt. In Hopfgarten wurde die Ortswasserleitung teilweise erneuert. An diversen Betriebsgebäuden wurden Erhaltungs- und Ausgestaltungsarbeiten durchgeführt. Der infolge starker Niederschläge im Juli abgerutschte Hang beim Amtsgebäude mußte saniert werden. Bei den Kraftwerken wurden Störmeldeeinrichtungen installiert. In der Schaltzentrale Winterhöhe und in der M-Kammer wurde die Möglichkeit einer manuellen Fernverbindung der Schaltstelle Kläfferhaus geschaffen. Bei den Kammern K, H, O und 22 wurden Erhaltungsarbeiten durchgeführt. Nach Wetterschäden wurden mehrere 20 kV-Freileitungsreparaturen durchgeführt. An Quellfassungen und zugehörigen Zäunen wurden Instandsetzungsarbeiten durchgeführt und die planmäßigen Kontrollbegehungen vorgenommen.

Am Rohrnetz und an den Anschlußleitungen wurden Arbeiten durchgeführt. So verbindet die 3. Hauptleitung die Druckentlastung in der Wittgensteinstraße mit dem Behälter Breitensee bzw. über einen zweiten Ast mit der 1. Hauptleitung im Bereich Flötzersteig. Sie dient der Verbesserung der Wasserversorgung in den westlichen Bezirken Wiens. Im Berichtsjahr wurde ein Kammerbauwerk errichtet sowie die Zuleitung zum Behälter Breitensee verlängert.

Für das Projekt Entwicklungsgesellschaft des Donauraumes wurden Rohrlegungsarbeiten DN 400 im Kollektor Donau City-Straße und Diagonale Nord sowie der Ringschluß bei der Schüttaustraße in einer Gesamtlänge von 890 m durchgeführt. Im Rahmen des Projektes Stadtentwicklung wurden im 10., 21. und 22. Bezirk Rohrleitungen mit einer Gesamtlänge von 2.591 m verlegt. Im Zuge des erforderlichen Ausbaues des Rohrnetzes - meist in Koordination mit Bauvorhaben des Straßenbaues, aber auch aus betrieblichen Gründen - wurden 4.407 m öffentliche Rohrstränge verlegt.

Das Projekt „Erneuerung des Alten Rohrnetzes“ beinhaltet die Auswechslung der Rohre nach dem „Alten Wiener Normale“, welche bis etwa 1910 erzeugt und bis 1918 verwendet wurden. Von diesen größtenteils physisch und funktional überalterten Rohrsträngen wurden 7.954 m ausgewechselt.

Im Rahmen des Projektes Erneuerung und Sanierung von Grauguß- und Stahlleitungen werden die ab etwa 1910 verlegten Grauguß- und Stahlrohrleitungen mit Stemmuffendichtungen wegen Gebrechenshäufung und Undichtheiten erneuert. Im Jahre 1997 wurden 2.960 m öffentliche Rohrstränge ausgewechselt. Zur Aufschließung schon bebauter, meist aber im Zuge einer Verbauung stehender Liegenschaften, überwiegend in privaten Eigentumsverhältnissen, wurden 1.049 m neue Rohrstränge verlegt. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren sticht kein Projekt hervor, die Rohrlänge verteilt sich auf eine größere Anzahl kleiner Projekte.

Aus Veranlassung von und in Koordination mit anderen Dienststellen wurden 4.418 m öffentliche Rohrstränge verlegt. Als bedeutendstes Bauvorhaben dieser Sparte seien die Rohrauswechslungen am Hietzinger Platz im Zusammenhang mit Arbeiten der MA 28, MA 30 und der Wiener Linien genannt.

Neben kleineren Bauvorhaben wurden für die MA 30 im 13. Bezirk Maxingstraße und im 22. Bezirk, Franz-Loidl-Straße, Rohrstränge umgelegt sowie für ein Hochbauvorhaben (Remise Ottakring) ein Transportrohrstrang in eine neue Trasse verlegt. Die Gesamtlänge der umgelegten Leitungen betrug 1.033 m.

Bei Erhaltungsarbeiten sowie bei der Behebung von Beschädigungen wurden im öffentlichen Rohrnetz 1.569 m Rohrleitungen saniert bzw. ausgetauscht. 1.567 Stück Anschlußleitungen, davon 1.120 Bleileitungen wurden ausgewechselt. Zusätzlich wurden 76 Leitungen verstärkt und 65 Ergänzungen vorgenommen. Die Auswechslungslänge beträgt 19.102 m, der Zuwachs an Anschlußleitungslänge 4.373 m. Insgesamt traten 1.223 Gebrechen am Rohrnetz (368 Rohrgebrechen, 535 Armaturengebrechen und 320 Feuerhydrantengeborechen) auf. Bei Instandhaltungsmaßnahmen an Anschlußleitungen sind einschließlich der vorerwähnten Auswechslung von Leitungen insgesamt 3.208 Maßnahmen zu vermerken. Von dem berichtigten Stand 1. Jänner 1997/98 Kammern, großen Schächten, Kontrollschächten und Rohrkanälen wurden im Berichtsjahr 622 kontrolliert, 1 saniert, 9 kassiert, und es wurden 7 neue Kammern errichtet. Die Anzahl am 31. Dezember 1997 beträgt demnach 996 Stück. Es wurden an Großarmaturen (DN 300 - 1200) insgesamt 114 Reparaturen, 57 an Schiebern und 67 an Dichtklappen, durchgeführt.

Zur Erfassung und Minimierung der Wasserverluste wurden 139 Volumenstrommessungen und 896 Kontrollen von Suchdienstabschnitten mit eventuell anschließender Feinortung durchgeführt.

Im Berichtsjahr wurden 1.911 Hausinstallationsanlagen überprüft, dabei wurden 124 Leckstellen festgestellt. Nach Behebung dieser Schäden konnte eine Einsparung von 1.740 m³/Tag registriert werden. Neuhergestellte Installationen oder Abänderungen bestehender Anlagen wurden in 1.002 Fällen überprüft. 2.998 Stück private Feuerhydranten wurden gleichfalls einer Überprüfung unterzogen.

Mit 3.450 Einzelaufträgen wurde die Wiederinstandsetzung aufgegrabener Flächen veranlaßt. Dabei wurden rund 55.032 m² Fahrbahn und etwa 8.300 m² Gehsteigfläche instand gesetzt, kollaudiert und abgerechnet.

Im Berichtsjahr wurden 5.803 m neuerlegte Rohrleitungen und 25.723 m ausgewechselte Rohrleitungen in Betrieb genommen. Abzüglich der dabei ersetzten alten Leitungen ergibt sich ein Zuwachs von 7.066 m, womit die Länge des öffentlichen Rohrnetzes mit Stichtag 31. Dezember 1997 einschließlich der erforderlichen Armaturen 3.234.551 m beträgt. Die Länge der Anschlußleitungen hat um 4.373 m zugenommen.

Im Jahr 1997 wurden im Rahmen des Netzinformationssystems 29.929 m neu verlegte Rohrleitungen bei offener Künnette vermessen, so daß sich eine Gesamtlänge der vermessenen Rohrleitungen von 380.000 m ergibt. Für die Bezirke 10, 14, 16 und 23 wurde die digitale Lagekonstruktion von 490 km gescannten Rohrleitungen durchgeführt, sowie die im Planwerk fehlenden Hauszuleitungen ergänzt. Weiters wurden die Stammdaten sämtlicher Feuerhydranten in das Netzinformationssystem übertragen. Die Anzahl der öffentlichen Feuerhydranten hat um 67 Stück zugenommen und beträgt nunmehr 11.423 Stück. Im abgelaufenen Jahr wurden 2.030 Einsatzfahrten bei Schadensereignissen an öffentlichen Verteilereinrichtungen und zur Hilfeleistung bei Schäden an Verbrauchsanlagen durchgeführt. Für Bauvorhaben im Zusammenhang mit dem U-Bahnbau wurden insgesamt 1.575 m Rohre im Durchmesserbereich DN 150 bis DN 500 verlegt, wobei es sich dabei zum Teil um Bauprovisorien handelt, die nach Fertigstellung der U-Bahnbauten nochmals umgelegt werden müssen. Für die Aufschließung des Industrieparks Nord wurden 205 m Rohre DN 250 verlegt.

Im Berichtsjahr wurden 28.306 Wasserzähler hauptsächlich im Rahmen des turnusmäßigen Auswechslungsdienstes (Langlaufdienst) ausgewechselt und in der betriebseigenen Werkstätte insgesamt 26.824 Wasserzähler repariert und zur Eichung bzw. Beglaubigung gebracht.

Neben den turnusmäßigen Auswechslungen von Wasserzählern wurden weitere 1.902 Arbeiten im Zuge des Gebrechendienstes durchgeführt. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Reparaturen bzw. Auswechslungen des Hauswechslers (Absperrentil vor dem Wasserzähler), sowie Reparaturen im Bereich der Holländerverbindungen beim Wasserzähler. Bei Bedarf wurde auch der Wasserzähler gewechselt. Auf Grund von Anträgen durch Wasserabnehmer oder der MA 4/Referat 6 wurden 680 Wasserzähler auf ihre ordnungsgemäße Funktionstüchtigkeit bzw. Anzeigegenauigkeit überprüft, die entsprechenden Prüfprotokolle erstellt und ausgewertet. Im Berichtsjahr wurden 511 Neuherstellungsakte (einschließlich Brunnenbezüge) verarbeitet und der MA 4/Referat 6 als Grundlage für die weitere Gebührenverrechnung zur Verfügung gestellt. Zusätzlich wurden 318 Bezugsendeakte EDV-mäßig bearbeitet. Auf Grund der Frostperioden mußten 660 Wasserzähler wegen Frostschäden vorgeschrieben werden. Die auf Grund des Kanalräumungs- und Kanalgebührengesetzes bei den Brunnenanlagen installierten amtlichen Wasserzähler sind unter Einhaltung der Eichfrist von 5 Jahren regelmäßig auf Kosten des Wasserabnehmers auszutauschen. Im Berichtsjahr wurden 35 derartige Auswechslungen durchgeführt und verrechnet.

In der Wasserzählerwerkstätte wurden die Vorarbeiten für das Akkreditierungsverfahren abgeschlossen und das QM-Handbuch in der Endfassung erstellt. Die Akkreditierung als Beglaubigungsstelle für Kaltwasserzähler wurde durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten am 16. April 1997 erteilt und die Akkreditierungsurkunde am 22. April 1997 ausgestellt. Die dadurch erwirkte Berechtigung ermöglicht die eigenständige Beglaubigung (entspricht in etwa dem Begriff der Eichung) von Wasserzählern. Seitdem wurden in der Beglaubigungsstelle insgesamt 18.494 Kaltwasserzähler beglaubigt. Es sind durch die Beglaubigung gegenüber einer Eichung zusätzlich die gesetzlichen Vorgaben des Akkreditierungsgesetzes (BGBl. Nr. 468 vom 4. August 1992) und der Beglaubigungsstellenverordnung (BGBl. Nr. 809 vom 7. Oktober 1994) wahrzunehmen. Die gesetzlichen Vorgaben des Maß- und Eichgesetzes (BGBl. Nr. 152/1950 in der jeweils gültigen Fassung), der Eichvorschriften für Wasserzähler (Amtsblatt für das Eichwesen vom 7. November 1969) und der Eichanweisung für Kaltwasserzähler (Amtsblatt für Eichwesen Nr. 4/1995) haben sich im Verwaltungsberichtsjaahr nicht verändert.

Im Jahre 1997 fanden drei Arbeitssitzungen der Kommission in Angelegenheiten der Siedlungswasserwirtschaft statt. Bei diesen drei Arbeitssitzungen wurden insgesamt 5 Großbauvorhaben mit 108 Baustellen in einer Länge von 20,57 km sowie Baukosten in der Höhe von 200,710.000 S eingereicht und mittels Förderungsvertrag dem Land Wien zugesichert.

Bei den Einzelbauvorhaben lag der kostenmäßige Schwerpunkt beim Projekt „3. Hauptleitung BA 01/3. Teil“, der Investitionskosten von 63,890.000 S erforderlich macht.

Bei den Sammelprojekten schlug das Projekt Diverse 1996/3 mit 33 Einzelbaustellen und Kosten von 44,720.000 S am höchsten zu Buche.

Zugezählt wurden Darlehen (einschließlich Bauzinsen) in der Höhe von 3,095.000 S („Darlehen aus dem Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds“), während nach den neuen Förderungsrichtlinien Zuschüsse in der Höhe von 215,789.171 S gewährt wurden.

Der Schuldendienst bezüglich geförderter Projekte nach den „alten“ Richtlinien betrug 1997 48,857.016,40 S an Tilgungen sowie 23,373.296,80 S an Zinsen. Der Schuldendienst bezüglich geförderter Projekte nach den „neuen“ Richtlinien betrug 1997 11,315.759 S an Annuität sowie 60,497.717 S an Zinsen.

An Annuitätzuschüssen des Bundes für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft wurden 1997 13,424.032 S vereinnahmt.

Im Berichtsjahr kam es zu einer ganzen Reihe von Gesetzes- und Verordnungsvorlagen, zu denen auch von der Abteilung im Begutachtungsverfahren Stellungnahmen abzugeben waren:

Aufgrabungskundmachung, Eichvorschriften für Wasserzähler, Bundesstatistikgesetz (Verordnung über nicht landwirtschaftliche Bereichszählung), Kanalgebührengesetz, Naturschutzverordnung Lainzer Tiergarten, Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz, Wasserrechtsgesetz, Vorschlag einer EU-Trinkwasserrichtlinie, Vorschlag einer EU-Richtlinie (Rahmen für die Wasserpoltik der EU). Im eigenen Bereich wurden Vorschläge zur Deregulierung des Wasserversorgungsgesetzes erarbeitet, so daß bis Ende 1997 ein vorläufiger Novellierungsvorschlag vorlag.

Eine Reihe von Rechtsgeschäften war auch 1997 durchzuführen. Für Projekte der MA 31 - Wasserwerke im Rahmen der Aufrechterhaltung der Wasserversorgung Wiens waren die hierfür erforderlichen Konsense zu erwirken und war die behördenmäßige Betreuung laufender Projekte durchzuführen. Die bedeutendsten Projekte sind nachstehend angeführt:

Im Berichtsjahr wurden für die III. Wiener Wasserleitung die Detailprojekte C und D über Antrag der Abteilung der wasserrechtlichen Überprüfung unterzogen. Nach Vorliegen des diesbezüglichen Bescheides wurde die wasserrechtliche Genehmigung der Betriebsvorschrift beantragt und diese nach Durchführung der mündlichen Verhandlung vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft auch genehmigt. Da somit Mitte des Berichtsjahres alle Detailprojekte des Gesamtvorhabens die erforderlichen Bewilligungen erlangt haben, wurde um Durchführung der Schlußkollaudierung sowie um Festsetzung des endgültigen Maßes der Wasserbenutzung angesucht. Der diesbezügliche Bescheid stellte die letzte aus wasserrechtlicher Sicht für die Inbetriebnahme des Grundwasserwerkes Mitterndorfer Senke erforderliche Hürde dar. Parallel zu den Bewilligungsverfahren mußten von der Abteilung in enger Zusammenarbeit mit dem Vertreter der Wasserwerke Gegenschriften bezüglich der in beinahe allen Verfahren von Gegnern des Vorhabens eingebrachten Verwaltungsgerichtshofbeschwerden erarbeitet werden. Mit der das im Absenkbereich des Grundwasserwerkes Mitterndorfer Senke gelegene Naturdenkmal Brunnlust betreffenden naturschutzbehördlichen Ausnahmegenehmigung wurde schließlich die letzte behördliche Bewilligung für die Inbetriebnahme erwirkt.

Nachdem im Jahre 1996 die Wiederverleihung des abgelaufenen Wasserrechtes für das Wientalwasserwerk beantragt worden ist, wurden im Berichtsjahr Besprechungen mit der Behörde abgehalten, um die erforderlichen Maßnahmen und Planungen zu koordinieren und bereits im Vorfeld des Verfahrens mit den Sachverständigen abzusprechen. Darüber hinaus war ein aus dem Hochwasserereignis im Frühsommer resultierendes Prüfungsverfahren abzuwickeln, in welchem auch zivilrechtliche Ansprüche von im Unterlauf der Wien gelegenen Geschädigten abgewehrt werden konnten.

Grundwasserwerk Donauinsel Nord:

Da die zivilrechtlichen Auseinandersetzungen mit der DONAUKRAFT im Jahre 1996 Um- und Neuplanungen erforderlich gemacht haben, konnte der ursprünglich für das Vorhaben prognostizierte Zeitrahmen nicht eingehalten

werden, so daß die Genehmigung für das Grundwasserwerk zur Verlängerung der Vorlagefrist für die Aufbereitungsanlage bei der Behörde erwirkt werden mußte. Im Zusammenhang mit der Errichtung des Kraftwerkes Freudenu wurde die baubehördliche Bewilligung für die am Grundwasserwerk Nußdorf notwendigen Adaptierungsmaßnahmen beantragt, und es fand auch eine Bewilligungsverhandlung statt. Der Bescheid steht noch aus.

Für das Projekt Wasserleitungsprojekt Pfannbauernquelle waren umfangreiche Vorerhebungen und die Erstellung von Detailunterlagen als Vorbereitung der Einreichung des Kollaudierungsoperates durchzuführen bzw. die Abstimmung der privatrechtlichen Vereinbarungen (Servitutsverträge u.ä.) auf die geänderten Projektsunterlagen vorzunehmen.

Für das Grundwasserwerk Untere Lobau wurde durch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft der bestehende Wasserrechtsbescheid abgeändert. Grund der Bescheidabänderung ist die Festlegung des neuen Pegels Wildungsmauer als Regelkriterium anstatt des Pegels Reichsbrücke als Folge der Staumaßnahmen beim Kraftwerk Freudenu.

Für die Errichtung einer neuen Entleerung der II. Wiener Hochquellenleitung in den Gütenbach war, da das Projekt aus budgetären Gründen noch nicht ausgeführt wurde, eine Kontaktnahme mit den betroffenen Grundeigentümern betreffend die Information über eine Verlängerung der zugesagten Grundinanspruchnahmen erforderlich. Eine Verlängerung der Bewilligungsrechte zur Errichtung besteht bis 30. Juni 2005.

Betreffend die behördliche Kollaudierung für die Leitungsumlegung Oberndorfer Senke (II. Wiener Hochquellenleitung) wurden gemeinsam mit der technischen Abteilung weitere Unterlagen erstellt; die wasserrechtliche Kollaudierung wurde weiter vorbereitet.

Im Zuge des Baufortschrittes des Umgehungsstollens Scheibbs (II. Wiener Hochquellenleitung) wurden Ausführungsvarianten für bestimmte Bauteile erarbeitet und der Wasserrechtsbehörde vorgelegt; ebenso war mit Rücksicht auf die bescheidmäßigen Auflagen und Bedingungen eine dauernde Projektbegleitung durchzuführen. Betreffend das Erlöschensverfahren für die aufzulassende Leitungsstrecke wurden weitere umfangreiche Verhandlungen mit der Stadtgemeinde Scheibbs geführt.

Für die baubehördliche Kollaudierung des Rohrlagers Laxenburg war an dem laufenden Grundabteilungsverfahren zur Baureifgestaltung des Rohrlagerareales mitzuarbeiten.

Im Rahmen der Errichtung der Verbindungsleitung II. Wiener Hochquellenleitung - Ableitung Wientalwasserwerk war die wasserrechtliche Betreuung des Projektes unter Kontakt mit der Wasserrechtsbehörde bezüglich der Einhaltung der diversen Auflagen erforderlich. Zur Sanierung sanitärer Übelstände im Quellschutzgebiet der I. Wiener Hochquellenleitung wurde ein Projekt zur Abwasserbeseitigung der Objekte am sogenannten Fadensattel erstellt und den erforderlichen behördlichen Bewilligungen unterzogen. Zur Realisierung dieses jahrzehntelangen Vorhabens wurde auch die Abwassergenossenschaft Fadensattel gegründet, welche nach Sicherstellung von Bundes- und Landesfördermitteln die Errichtung der Anlage im Jahr 1998 finanzieren könnte. Für zahlreiche Standorte waren die behördlichen Verfahren für die Anlagenerrichtung eines Frühwarn- und Sicherheitssystems einzuleiten bzw. konnten diese abgeschlossen werden. Dabei waren besonders bei der Erwirkung der naturschutzbehördlichen Bewilligungen für einige Senderstandorte auftretende Schwierigkeiten in zeitaufwendigen Verhandlungen zu lösen.

Es waren rund 50 Gestattungs-, Bestand- und Mietverträge entweder neu auszustellen oder auf Grund von Anträgen oder Wechsel der Vertragspartner entsprechend zu adaptieren oder zu löschen. Für diverse Mietverträge waren umfangreiche Betriebskostenabrechnungen durchzuführen. Laufend sind Indexwertanpassungen von bestehenden Verträgen zu beachten bzw. durchzuführen. Im besonderen konnten für das Frühwarn- und Sicherheitssystem mit dem ORF Bestandverträge zur Unterbringung der technischen Einrichtungen bzw. Mitbenützung von Sendeanlagen für weitere Standorte abgeschlossen werden. Mit den Österreichischen Bundesforsten konnte die Grundbenützung, Zufahrt und teilweise Zufahrtserrichtung für einen neu zu errichtenden Sendestandort auf deren Grundflächen geregelt werden. Mit dem Betreiber eines Telefonmobilfunknetzes wurde ein Bestandvertrag für die Errichtung einer Funkübertragungsstelle auf Liegenschaften der Abteilung abgeschlossen.

Neben der laufenden Bearbeitung von anhängigen Transaktionsverfahren durch Stellungnahmen an die MA 69 oder andere von der Transaktion betroffenen Dienststellen sind folgende wesentliche Transaktionen zu erwähnen:

- Die Verhandlungen über einen Grundtausch mit den Österreichischen Bundesforsten zum Erwerb der „Springer-Villa“ in Wildalpen für Zwecke der Betriebsleitung Wildalpen mußten auf Grund der Kaufpreisdifferenzen vorerst abgebrochen werden.
- Das Transaktionsverfahren für den Erwerb einer rund 2.000 m² großen Grundfläche neben dem Leitungskanal der II. Wiener Hochquellenleitung in der KG Rekawinkel von den Österreichischen Bundesforsten als Manipulationsfläche für Bau- und Abkehrarbeiten wurden weitergeführt.
- Das Transaktionsverfahren zum Erwerb von Liegenschaften in der KG Kienberg im Rahmen der Ausscheidung aus dem öffentlichen Wassergut von der Republik Österreich wurde fortgesetzt, ebenso das Transaktionsverfahren für den Erwerb einer rund 150.000 m² großen Liegenschaft („Bäckerwiese“) in der KG Kreisbach zur Sicherung der Anlagen der II. Wiener Hochquellenleitung im Bereich von instabilen Hangverhältnissen; da im Rahmen der gerichtlichen Zwangsversteigerung die Liegenschaften nicht erworben werden konnten, wurde der Grundtausch mit dem neuen Eigentümer weiter verfolgt.

- Für die Errichtung der Nordspange Wiener Neustadt der B 21 durch das Grundwasserwerk Wöllersdorf wurde das erforderliche Grundeinlösungsübereinkommen mit der Bundesstraßenverwaltung abgeschlossen.
- Vom Österreichischen Alpenverein wurde ein hinter dem Ottohaus auf der Rax gelegenes Grundstück erworben und damit eine der letzten Lücken im Grundbesitz auf der Hochfläche geschlossen. Der Alpenverein erhielt dadurch gleichzeitig die Möglichkeit, die längst überfällige Sanierung des Ottohauses in Angriff zu nehmen.
- Die im Zusammenhang mit dem Wasserleitungsprojekt Pfannbauernquelle erforderlichen Grundtransaktionen wurden im Berichtszeitraum finalisiert.
- In der KG Wolfsgraben wurde ein Grundtauschverfahren mit den Eheleuten Hruby zur Sicherung der Anlagen der II. Wiener Hochquellenleitung beim Wolfsgrabenbachdüker eingeleitet.

Wasserlieferungsverträge waren dahingehend zu betreuen, als Änderungen z.B. in der Person der Abnehmer durchzuführen waren. Von diversen anderen Gemeinden waren Abänderungswünsche betreffend die bestehenden vertraglichen Regelungen wahrzunehmen. Außerdem waren Anträge für die Wasserabgabe aus den Ortswasserleitungen Wildalpen, Hirschwang und Naßwald zu bearbeiten.

Servitutsverträge, Benützungsübereinkommen und sonstige Vereinbarungen waren durchzuführen. Für die im Berichtszeitraum durchgeführten Wasserversorgungsprojekte war es erforderlich, den Bestand der zur Errichtung kommenden Anlagen durch entsprechende Verträge mit den Grundeigentümern zu sichern. Für bestehende Dienstbarkeiten waren vermehrt Ansuchen um deren Löschung z.B. im Zuge von Grundabteilungen zu bearbeiten. Neben der Erwirkung einzelner Leitungsdienstbarkeiten für Rohrleitungen in Wien wären folgende Vertragsabschlüsse im besonderen erwähnenswert:

- Für die Errichtung der Verbindungsleitung von der II. Wiener Hochquellenleitung in Wolfsgraben zum Ableitungsrohrstrang des Wientalwasserwerkes in Tullnerbach wurden zur Sicherung der Leitungsrechte entlang der B 13 mit den betroffenen Grundeigentümern und Gemeinden weitere Verhandlungen durchgeführt.
- Für zahlreiche Kleinbauvorhaben (Hangentwässerungen, Drainageinstandsetzungen, Errichtung von Meßsonden usw.) konnten die erforderlichen Verhandlungen für die Grundinanspruchnahme erfolgreich abgeschlossen werden. Gleichzeitig wurde der weitere Bestand dieser Anlagen rechtlich geregelt. - Für die Sicherung der Rohrtrasse der 3. Hauptleitung wurden mit der Bundesgebäudeverwaltung weitere Vereinbarungen abgeschlossen.
- Die Mitbenützung von bestehenden Straßen als Zufahrt zu bzw. für die Verlegung von Wasserleitungsanlagen konnte mit den betroffenen Grundeigentümern in Form von Übereinkommen geregelt werden.
- Durch Verhandlung mit Güterwegegemeinschaften konnte in mehreren Fällen die Sicherung der Zufahrtsrechte für die Stadt Wien zu den Anlagen der II. Wiener Hochquellenleitung erwirkt werden.

Im Berichtszeitraum wurden 115 Fischereilizenzen für den Wienerwaldsee samt Zuflüssen sowie die Überwachung der Leistung der hierfür vorgeschriebenen Lizenzgebühren im Betrag von 416.710 S durchgeführt.

Verschiedene behördliche Verfahren, bei denen die Stadt Wien als Partei betroffen war, wurden im Berichtszeitraum bearbeitet, wobei durch Verhandlungsteilnahme und Verfassung entsprechender Stellungnahmen die Interessen der Abteilung rechtlich vertreten wurden. Im Berichtszeitraum war auch die Teilnahme an Flurbereinigungsverfahren erforderlich, wobei vor allem der Schutz der Leitungsanlagen der II. Wiener Hochquellenleitung rechtlich abzusichern war. Besonders sind nachstehende Projekte zu erwähnen:

- Zum Schutz des Grundwasserwerkes Nußdorf bzw. des Grundwasserwerkes Donauinsel war eine umfangreiche Befassung mit dem Projekt Kraftwerk Freudenufer der Donaukraft, das im Berichtszeitraum auf Vollstaubetrieb ging, im Rahmen des diesbezüglichen wasserrechtlichen Verfahrens erforderlich.
- Betreffend die Verbauung des ehemaligen EXPO-Geländes im Bereich der „Donau-City“ in Form einer Überplattung war gemeinsam mit den übrigen Einbautendienststellen auch die rechtliche Regelung für den Bestand und Betrieb der Wasserversorgungsanlagen mit der Wiener Entwicklungsgesellschaft für den Donauraum AG (WED) wahrzunehmen. Zur Sicherung der Trasse der II. Wiener Hochquellenleitung in der KG Kreisbach im Bereich „Bäckerwiese“ waren umfangreiche Stellungnahmen in Kulturumwandlungsverfahren und Bringungsverfahren erforderlich.

Ferner wurden rund 187 Schadensakte im Zusammenhang mit der Beschädigung von Wasserleitungsanlagen und sonstigem Eigentum der Abteilung abgeschlossen. Dabei waren Schadensforderungen in der Höhe von rund 3,753.053 S einzufordern, wobei in manchen Fällen eine gerichtliche Hereinbringung veranlaßt werden mußte.

Im Berichtszeitraum waren zahlreiche Wasserrohrgebühren zu bearbeiten, bei denen von der Stadt Wien Schadenersatz zu leisten war. Die Liquidation der Schadensforderungen wurde jeweils im Einvernehmen mit der Wiener Städtischen Versicherung als Betriebshaftpflichtversicherung der Abteilung vorgenommen, wobei in einigen Fällen unberechtigte Forderungen auch zurückgewiesen werden mußten. Außerdem waren Schadensforderungen nach Kontrahentenarbeiten oder wegen erhöhter Wassergebühren bei Wasseraustritten nach Wasserzählerauswechslungen zu behandeln.

Im Rahmen von Arbeiten an den Wasserversorgungsanlagen der Abteilung sind rund 30 Flurschadensverhandlungen angefallen, wobei Entschädigungen unter Heranziehung der Richtlinien der Landwirtschaftskammer mit den betroffenen Grundeigentümern zu vereinbaren waren.

Im Berichtszeitraum wurden 150 Fälle bezüglich der Gebarung mit Haftrückläsen abgewickelt.

Im Berichtszeitraum waren neun Versicherungsverträge für diverse Anlagen, Immobilien und die Betriebshaftpflicht der Abteilung zu betreuen, die dabei im Berichtszeitraum angefallenen Prämienzahlungen liegen in der Höhe von rund 2,600.000 S.

Im Rahmen der Vollziehung des Wiener Wasserversorgungsgesetzes waren Berufungsakte zu bearbeiten, die größtenteils der Berufungsbehörde vorzulegen waren und nur in geringen Fällen in Form einer Berufungsvorentscheidung erledigt wurden. Auch waren Verfahren zur Kostenvorschreibung von beschädigten Wasserzählern unter Berücksichtigung der Einwendungen der Wasserabnehmer durchzuführen. Auf Grund der Beanstandungen durch die Wasserleitungsaufsichtsorgane waren auch Verwaltungsstrafverfahren wegen Übertretung des Wasserversorgungsgesetzes 1960 einzuleiten.

Sämtliche Urkunden und Schriftstücke, die im Laufe des Verwaltungsjahres errichtet wurden und für die Abteilung von weiterer rechtlicher Bedeutung sind, waren in die Verzeichnisse des Lagerbuches der Hochquellenleitung einzutragen und in dieses selbst aufzunehmen.

Sämtliche für den Grundbesitz der Abteilung bestehenden Steuerakte waren zu betreuen, geänderte Grundsteuervorschreibungen zu prüfen sowie Finanzamtsanfragen und Einheitswerterklärungen zu bearbeiten.

Öffentliche Beleuchtung

Im Zuge des Neu- und Umbaus von Straßenbeleuchtungsanlagen sowie von Großinstandsetzungsarbeiten wurden im Jahre 1997 rund 7.000 Lichtstellen bearbeitet. Mit Jahresende waren in Wien 131.638 Leuchten mit insgesamt 231.236 Lampen installiert. Der Anschlußwert der öffentlichen Beleuchtung betrug 13.515 kW, der Stromverbrauch 49,631.841 kWh.

Aus der Vielzahl der Arbeiten sollen im folgenden nur einige hervorgehoben werden:

Die bestehende störungsanfällige Beleuchtungsanlage in 2, Parkanlage Obere Augartenstraße wurde durch eine neue Anlage in Form von sieben konischen Kandelabern mit Aufsatzleuchten Type „Lamprecht“ mit Natrium-Hochdrucklampen 50 Watt und Erdkabel-Stromversorgung ersetzt.

Auf Wunsch der Bezirksvorstehung für den 4. Bezirk wurde die bestehende verspannte Mittelbeleuchtung in 4, Wiedner Hauptstraße von Mayerhofgasse bis Ziegelofengasse mit je 2 x 40 Watt Leuchtstofflampen auf je 4 x 36 Watt Leuchtstofflampen verstärkt. Auf Grund eines Bezirkswunsches wurde in der Parkanlage Bräuhausgasse im 5. Bezirk, koordiniert mit der MA 42, eine Lichtständeranlage in Form von konischen Kunststoffkandelabern mit Aufsatzleuchten der Type „Lamprecht“ und Quecksilberdampflampen 80 Watt errichtet.

Im Zuge der neuen Ausgestaltung am Fritz-Grünbaum-Platz im 6. Bezirk wurde, abgestimmt mit der MA 19 und koordiniert mit dem Straßenbau der MA 28, der bestehende Abspannmast auf einen Lichtmast umgebaut und eine Lichtständerbeleuchtung errichtet. Die Ausleuchtung des Fritz-Grünbaum-Platzes erfolgt durch einen runden konischen Lichtmast und durch runde konische Lichtständer der Type „Donaustadt“ und durch Ansatzleuchten der Type „Meteora groß und klein“. Als Leuchtmittel ist je eine Natrium-Hochdrucklampe 150 Watt und 70 Watt eingesetzt.

Ausgelöst durch den Ausbau durch die MA 28 wurde eine neue Beleuchtungsanlage auf dem Fußweg Pramergasse im 9. Bezirk in Form von 5 konischen Kandelabern mit Aufsatzleuchten Type „Lamprecht“ mit Natrium-Hochdrucklampen 50 Watt und Erdkabel-Stromversorgung errichtet.

Ausgelöst durch den Straßenbau durch die MA 28 beim Neubau der Österreichischen Nationalbank in 9, Garnisonsgasse wurde eine neue Straßenbeleuchtungsanlage in Form von 6 Lichtmasten Type „Donaustadt“ mit 8,63 Meter Lichtpunkthöhe mit Ansatzleuchten „Brigittenau“ und Natrium-Hochdrucklampen 100 Watt sowie 4 Lichtmasten Type „Donaustadt“ mit 9,5 Meter Lichtpunkthöhe mit Ansatzleuchten „Brigittenau“ und Natrium-Hochdrucklampen 150 Watt und Erdkabel-Stromversorgung errichtet.

Auf Wunsch des Bezirkes wurde in 10, Anningerweg eine neue Beleuchtungsanlage in Form von 14 Lichtständern Type „Stadthalle mittel“ mit Ansatzleuchten 1 x 40 Watt und Freileitungs-Stromversorgung errichtet.

Auf Wunsch des Bezirkes wurde in 10, Donaubaumgasse eine neue Beleuchtungsanlage in Form von 11 Lichtständern Type „Stadthalle groß“ mit Ansatzleuchten 1 x 40 Watt und Freileitungs-Stromversorgung errichtet.

Ausgelöst durch den Straßenbau durch die MA 28 beim Neubau des Wohnstiftes „Augustinum“ wurde in 10, Fontanastraße, Kurbadstraße und Segnerstraße eine neue Straßenbeleuchtungsanlage in Form von 23 konischen Kandelabern mit Aufsatzleuchten Type „Lamprecht“ mit Natrium-Hochdrucklampen 50 Watt, 3 Lichtständern Type „Stadthalle mittel“ mit Ansatzleuchte 1 x 40 Watt, sowie 13 Lichtständern Type „Messe“ mit Ansatzleuchten 2 x 40 Watt, alles mit Erdkabel-Stromversorgung errichtet.

Auf Wunsch und Kosten der MA 49 wurde im Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel eine neue Beleuchtungsanlage in Form von 30 konischen Kandelabern mit Aufsatzleuchten Type „Lamprecht“ mit Natrium-Hochdrucklampen 50 Watt und Erdkabel-Stromversorgung errichtet.

Durch den Straßenbau durch die MA 28 beim Neubau der AHS in 11, Kaiserebersdorferstraße gegenüber ONr. 40 wurde eine neue Beleuchtungsanlage in Form von 4 Lichtmasten Type „Messe“ mit Doppelauslegern und Ansatzleuchten 2 x 40 Watt errichtet.

Durch den Straßenbau der MA 28 beim Neubau der Wohnhausanlage wurde in 11, Ewaldgasse - Lorystraße eine neue Beleuchtungsanlage in Form von 8 konischen Kandelabern mit Aufsatzleuchten Type „Lamprecht“ mit Natrium-Hochdrucklampen 50 Watt und 14 Lichtmasten Type „Stadthalle groß“ und Ansatzleuchten 2 x 40 Watt mit Erdkabel-Stromversorgung errichtet.

Durch den Straßenbau beim Neubau der Wohnhausanlage in 11, Kaiserebersdorferstraße 110 wurde eine neue Beleuchtungsanlage in Form von 7 Kandelabern mit Aufsatzleuchten Type „Dorfleuchte“ mit je 2 x 30 Watt Leuchtstofflampen und Erdkabel-Stromversorgung errichtet.

Auf Wunsch des Bezirkes wurde eine neue Beleuchtungsanlage in 11, Unbenannte Gasse (Zufahrt zu Gasthaus Winter) in Form von 9 Lichtständern Type „Stadthalle mittel“ mit Ansatzleuchten 1 x 40 Watt und Freileitungs-Stromversorgung errichtet.

Ausgelöst durch den Straßenbau beim Neubau der Wohnhausanlage in 11, Lautenschlägergasse und Spissakgasse wurde eine neue Beleuchtungsanlage in Form von 3 Lichtständern Type „Stadthalle mittel“ mit Ansatzleuchten 1 x 40 Watt und 7 Lichtständern Type „Stadthalle groß“ mit Ansatzleuchten 2 x 40 Watt Leuchtstofflampen und Erdkabel-Stromversorgung errichtet.

Durch den Straßenbau beim Neubau der Wohnhausanlage in 11, Klebindergasse wurde eine neue Beleuchtungsanlage in Form von 4 Lichtständern Type „Stadthalle groß“ mit Ansatzleuchten 2 x 40 Watt und 2 Kandelabern mit Aufsatzleuchten Type „Dorfleuchte“ mit je 2 x 13 Watt Leuchtstofflampen und Erdkabel-Stromversorgung errichtet.

Ausgelöst durch den Straßenbau in 11, Simoningplatz wurde eine neue Straßenbeleuchtungsanlage in Form von 3 Kandelabern mit Aufsatzleuchten mit 2 x 18 Watt Leuchtstofflampen sowie ein Lichtständer Type „Stadthalle groß“ mit Ansatzleuchte 2 x 40 Watt errichtet. Außerdem wurde die bestehende Mittelbeleuchtungsanlage an die geänderte Straßenführung angeglichen.

Im Zuge der Straßenbauarbeiten der MA 28 war in der Eibesbrunnergasse im 12. Bezirk auf der Seite der geraden ONr. die Errichtung einer Lichtmastbeleuchtung notwendig. Die Ausleuchtung der Eibesbrunnergasse erfolgt durch 4-Kant-Lichtmaste mit einem 4-Kant-Ausleger und einer Ansatzleuchte. Als Leuchtmittel ist je eine Natrium-Hochdrucklampe 150 Watt eingesetzt.

Für den Gehweg in der Hohenbergstraße im 12. Bezirk auf der Seite der ungeraden ONr. von der Schwenkgasse bis zur Ruckergasse war die Errichtung einer Lichtständerbeleuchtung notwendig. Die Ausleuchtung der Hohenbergstraße erfolgt durch runde konische Lichtständer und einer Aufsatzleuchte. Als Leuchtmittel sind je zwei Leuchtstofflampen 18 Watt eingesetzt.

Im Zuge der neuen Ausgestaltung „Am Platz“ im 13. Bezirk wurde, abgestimmt mit der MA 19 und koordiniert mit der MA 28, eine Lichtständeranlage mit Altstadtkandelabern, Aufsatzleuchten Altstadt und Quecksilberdampflampen 80 Watt errichtet. Ebenso wurde die Anstrahlung der Kirche und des Denkmals erneuert.

In den Durchgängen der S 15 (Hummelgasse-Spohrstraße, Himmelbaurgasse und Wattmannngasse) sowie im Bereich Trabertgasse-Paoliweg und auf dem Fußweg entlang der Schönbrunner Schloßparkmauer, zwischen „Am Platz“ und der Kennedybrücke, wurden auf Wunsch des Bezirks zusätzlich Leuchtmittel zwecks besserer Ausleuchtung installiert.

In 14, Wolfersberggasse, wurde im Zuge von Instandhaltungsarbeiten die Beleuchtung verstärkt. Es wurden Leuchten mit LL 1 x 40 Watt durch solche mit LL 2 x 40 Watt ersetzt.

In 14, Hüttelbergstraße von Knödelhüttenstraße bis Amundsenstraße wurde die Beleuchtung nach dem Straßenumbau verstärkt. Es wurden Leuchten mit LL 1 x 40 Watt durch solche mit LL 2 x 40 Watt ersetzt und in den Kreuzungsbereichen Leuchten mit Natrium-Hochdrucklampen 150 Watt eingesetzt.

In der Reindorfstraße im 15. Bezirk wurden auf Bezirkswunsch die Hängeleuchten LL 2 x 40 Watt durch Hängeleuchten der Type „Maiglöcken groß“ mit Natrium-Hochdrucklampen 70 Watt getauscht.

Nach Errichtung einer privaten, bzw. einer städtischen Wohnhausanlage in der Plunkergasse bzw. Würffelgasse im 15. Bezirk wurde die Verspannungsanlage der öffentlichen Beleuchtung unter Berücksichtigung zusätzlicher Leuchtmittel erneuert.

Auf Wunsch des Bezirkes wurde die Beleuchtung in 16, Hasnerstraße von Maroltingergasse bis Huttengasse durch eine Verkürzung der Leuchtenabstände von über 30 Meter auf unter 25 Meter verstärkt.

Wegen der Abschirmung der vorhandenen Beleuchtung durch Bäume wurde durch die Installation von 10 zusätzlichen Lichtmasten im Bereich Montleartstraße bis Blümelhubergasse im 16. Bezirk eine gleichmäßigere Ausleuchtung der Straße erzielt.

Auf Anregung des Bürgerdienstes wurde im Zuge von Instandhaltungsarbeiten in 17, Promenadengasse die Beleuchtung um 3 Leuchten erweitert (ALL 2 x 20 Watt).

Ausgelöst durch den Straßenbau durch die MA 28 bei der neuen Wohnhausanlage, sowie durch die Herstellung eines öffentlichen Durchganges durch die Errichter der Wohnhausanlage in 20, Forsthausgasse - Helgolandstraße wurde eine neue Straßenbeleuchtungsanlage in Form von 2 Lichtständer Type „Stadthalle groß“ mit Ansatzleuchten 2 x 40 Watt sowie 17 konischen Kandelabern mit Aufsatzleuchten Type „Lamprecht“ mit Natrium-Hochdrucklampen 50 Watt und Erdkabel-Stromversorgung errichtet.

Innerhalb der Wohnhaussiedlung in 22, Erzherzog-Karl-Stadt - Stadterweiterungsfläche 22/06 wurden die neu gebauten Straßenflächen mittels Stahldrahtverspannung und Hängeleuchten „Maiglöckchen klein“ sowie die Fußwege mit Lichtständer der Type „Maiglöckchen klein“ beleuchtet. Als Leuchtmittel wurde generell eine Natrium-Hochdrucklampe 70 Watt verwendet.

Auf Wunsch der Bezirksvorstehung für den 22. Bezirk wurde am Telefonweg von Röbbelinggasse bis Wolfgang-Mühlwanger-Straße auf rund 1,2 km Länge eine öffentliche Beleuchtung errichtet. Die Ausleuchtung erfolgt durch Holzmaße mit Ausleger, auf denen Ansatzleuchtstoffleuchten 1 x 40 Watt montiert sind.

Die Raffineriestraße im 22. Bezirk wurde auf Wunsch des Bezirkes auf einer Länge von rund 1 km mit einer neuen Beleuchtung ausgestattet. Die Ausleuchtung erfolgt durch Lichtständer der Type „Messe“ mit Ansatzleuchten, die mit Natrium-Hochdrucklampen 2 x 70 Watt bestückt sind.

Im Zuge der neuen Ausgestaltung des Maurer Hauptplatzes im 23. Bezirk wurde, abgestimmt mit der MA 19 und koordiniert mit der MA 28, eine neue Lichtständeranlage errichtet. Die Ausleuchtung erfolgte mit Altstadtkandelabern und Aufsatzleuchten der Type „Altstadt“ teilweise mit Leuchtstofflampen PL 18 W und Metalldampflampen HQJ-T 70 Watt. Zusätzlich wurde die Verspannungsanlage im Bereich vor dem Maurer Hauptplatz mit Hängeleuchten der Type „Maiglöckchen groß“ und Metalldampflampen HQJ-T 70 Watt bestückt.

Im Zuge der Arbeiten von Wienstrom wurde in der Seybelgasse im 23. Bezirk eine neue Lichtständeranlage errichtet. Die Ausleuchtung erfolgt durch Lichtständer der Type „Stadhalle mittel“ mit Ansatzleuchtstoffleuchten 2 x 40 Watt.

Die Abteilung betreute 197 öffentliche Uhren, und zwar 79 Würfeluhren, 5 Springzifferuhren, 81 Uhren auf Kirchen, 17 Uhren auf Amtshäusern und Schulen sowie 15 Uhren auf sonstigen Objekten. Sämtliche Uhren sind ferngesteuert und werden über den Zeitzeichensender DCF 77 der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt Braunschweig synchronisiert. Auch die Umstellung auf Sommerzeit und die Rückstellung auf Normalzeit wird von diesem Sender ausgelöst.

Im Berichtsjahr wurden folgende Würfeluhren (Lichtmastuhren) neu errichtet, und zwar in 15, Johnstraße und 22, Zentrum Kagan.

Einer Generalüberholung wurden die Würfeluhren unterzogen in 1, Am Hof, 5, Matzleinsdorfer Platz, 8, Josefstädter Straße und Skodagasse, 12, Breitenfurter Straße, Altmannsdorfer Straße, 12, Philadelphiabrücke, 13, Speisinger Straße, 18, Pötzleinsdorfer Straße, Schaffberggasse, 19, Parkplatz Kahlenberg, 21, Prager Straße, Rußberg Straße, 23, Altmannsdorfer Straße, Anton-Baumgartner-Straße.

Die Kirchenglocke in 4, Wiedner Hauptstraße (St. Thekla) wurde neu errichtet, an den Kirchen- und Gebäudeuhren in 2, Praterstraße (St. Johann von Nepomuk), 6, Lutherplatz (Gustav-Adolf-Kirche), 8, Schlesingerplatz, 13, Hochmaiggasse, 14, Gruschaplaz (Baumgarten), 18, Martinstraße (evangelische Kirche), 19, Fröschlgasse (Sievering), 19, Kahlenbergerdorf und 22, Afritschgasse waren zum Teil aufwendige Instandhaltungsarbeiten durchzuführen.

Im Jahr 1997 konnten 191 neugebaute Anlagen entsprechend den ÖVE-Vorschriften überprüft und abgenommen und weitere 72 Anlagen des Altbestandes auf ihre Betriebssicherheit hin kontrolliert werden. Zur Unterstützung der Baureferate und der Betriebsgruppe wurden 39 Kabelfehler- bzw. Kabelortungsmessungen durchgeführt.

Weiters wurden 28 Lichtmessungen auf Ersuchen anderer Dienststellen (im Zuge von Gewerbeverfahren, Anrainereschwerden usw.) und zahlreiche Lichtmessungen für den Eigenbedarf (Planung neuer bzw. zu ändernder Anlagen) durchgeführt. Entsprechend den Sicherheitsbestimmungen wurden rund 40 neue bzw. umgebaute Leuchtentypen überprüft und zahlreiche Leuchten und Lampen der „Serienfertigung“ stichprobenweise auf ihre Qualität hin kontrolliert. Die Baurichtlinien der Abteilung konnten 1997 fertiggestellt und als etwa 80 Seiten starkes Richtlinienwerk neu herausgegeben werden. Schulungen und Vorträge in den Dienstprüfungskursen für Mitarbeiter des Magistrats sowie Prüfungen zum Nachweis der Befähigung für das Elektrotechniker-Gewerbe waren gleichfalls abzuhalten.

Von besonderer Bedeutung erscheint hier die Errichtung von Anleuchtungsanlagen an den Ringstraßenfassaden bzw. an den beiden Außenseiten des Naturhistorischen und des Kunsthistorischen Museums sowie der Nationalbibliothek im Bereich des Josefsplatzes. Beide Anlagen sind in Zusammenarbeit mit der Burghauptmannschaft entstanden. Ebenfalls neu angeleuchtet wurde die Kirche „St. Thekla“ (4, Wiedner Hauptstraße), die Pfarrkirche Lichtental Schubertkirche, (9, Marktgasse), das Schubert-Denkmal im Stadtpark sowie das Amalienbad (10, Reumannplatz). Mit der MA 29 wurden die Donaustadtbrücke und die Erdbergbrücke mit einer neuen Anleuchtung ausgestattet. Die Peterskirche, die Universität sowie die Piaristenkirche mit der davorstehenden Mariensäule wurden mit einem neuen Beleuchtungskonzept versehen und alle Leuchten auf den neuesten Stand der Technik ausgetauscht.

Mit Eigenpersonal wird die Behebung der laufenden Störungen und Lampenausfälle der öffentlichen Beleuchtung und die Behebung aktueller Störungen im Starkstromteil der Lichtsignalanlagen sowie die Störungsbehebung an Verkehrslichtsäulen und beleuchteten Verkehrszeichen durchgeführt. Dazu ist ein Schichtdienst mit 35 Bediensteten eingerichtet, so daß das erforderliche Personal für die Störungsbehebung rund um die Uhr zur Verfügung steht.

Technische Gewerbeangelegenheiten, behördliche Elektro- und Gasangelegenheiten und Feuerpolizei

Hinsichtlich der Hauptaufgaben und Strukturierung der Abteilung brachte das Jahr 1997 keine wesentlichen Änderungen. Die Gliederung in 3 Dezernate besteht weiterhin. Insgesamt wurden 38.539 Dienststücke erledigt.

Dezernat A

Das Dezernat A, auf das 25.645 Aktenerledigungen entfielen, stellt die technischen Sachverständigen für alle gewerbebehördlichen Verfahren, wobei auch Maschinenbautechniker und Chemiker für baubehördliche, sanitäts- und chemikalienrechtliche Belange zur Verfügung stehen. Zusätzlich werden noch die Aufgabengebiete für technische Bäderangelegenheiten, für die Beurteilung von Sicherheitsanalysen gefahrgeneigter Betriebsanlagen und für Pyrotechnik abgedeckt.

Die Tätigkeit dieses Dezernates war durch eine Reform des Anlagenrechtes geprägt, deren Schwerpunkt auf einer Beschleunigung und Vereinfachung der Verfahren liegt. Dies spiegelt sich im Bundesgesetz, mit dem das Wasserrechtsgesetz 1959 und das Hydrographiegesetz geändert werden (Wasserrechtsgesetz-Novelle 1997 - WRG-Nov. 1997), BGBl. I Nr. 74/1997, und im Bundesgesetz, mit dem die Gewerbeordnung 1994, das Arbeitsverfassungsgesetz, das Bankwesengesetz, das Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen 1991 und das Arbeitsinspektionsgesetz 1993 geändert werden, BGBl. I Nr. 63/1997 wider.

Betriebsanlagenseitig gibt es nunmehr unter anderem Bestimmungen über ex lege-Genehmigungen für diverse „Altanlagen“, Genehmigungsfreistellung für bestimmte Arten von Betriebsanlagen, Erleichterungen für wiederkehrende Prüfungen und für „EMAS-Betriebe“ und konzentrierte Genehmigungsverfahren. Durch Anhebung des Schwellenwertes von 300 m² auf 1000 m² Betriebsfläche erfolgt eine Ausweitung der durch ein vereinfachtes Verfahren zu genehmigenden Betriebe.

Weitere für das Dezernat relevante neue Rechtsvorschriften waren das Bundesgesetz über den Schutz des Menschen und der Umwelt vor Chemikalien (Chemikaliengesetz 1996 - ChemG 1996), BGBl. I Nr. 53/1997, die Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales über die Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung (Kennzeichnungsverordnung - KennV), BGBl. II Nr. 101/1997, die Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über die Festsetzung von gefährlichen Abfällen und Problemstoffen (Festsetzungsverordnung 1997), BGBl. II Nr. 227/1997, das Bundesgesetz zum Schutz vor Immissionen durch Luftschadstoffe, mit dem die Gewerbeordnung 1994, das Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen, das Berggesetz 1975, das Abfallwirtschaftsgesetz und das Ozongesetz geändert werden (Immissionsschutzgesetz - Luft, IG-L), BGBl. I Nr. 115/1997, und die Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Bauart, die Betriebsweise, die Ausstattung und das zulässige Ausmaß der Emission von Anlagen zur Verfeuerung fester, flüssiger oder gasförmiger Brennstoffe in gewerblichen Betriebsanlagen (Feuerungsanlagen-Verordnung - FAV, BGBl. II Nr. 331/1997, die jedoch teilweise auf Grund des Zeitpunktes des Inkrafttretens und/oder der Übergangsbestimmungen erst Auswirkungen zeigen werden.

Vom Zeit- und Personalaufwand standen wiederum die Beschickung von 3.378 Verhandlungen und die Erledigung von 10.017 Anfragen Magistratischer Bezirksämter bzw. anderer Dienststellen im Vordergrund. Weiters waren 1.554 Beschwerden zu behandeln, wobei jene über Lärmbelästigungen deutlich überwiegen. Um die Verfahrensdauer bei Lärmbeschwerden gewerblicher Betriebsanlagen, bei denen sich eine Schallpegelmessung als unumgänglich herausstellt, zu verkürzen, werden diese Schallpegelmessungen nunmehr kommissionell von der Abteilung unter Beiziehung der MA 15 und 22 durchgeführt. Auf diese Weise wurden 81 Schallpegelmessungen (auch abends und in der Nacht) vorgenommen. Hierbei war bei Gastgewerbebetrieben verstärkt zu beobachten, daß durch besonders baßbetonte Musik die bauliche Schalldämmung von Wänden und Decken oftmals nicht mehr ausreicht und dadurch bei den Nachbarn die Lästigkeit von nächtlichem Musiklärm ansteigt.

Über gewerbliche Betriebsanlagen bzw. über Lüftungsanlagen (vor allem von Garagen) wurden 857 Projekte vorbesprochen oder die Einreichunterlagen vorweg begutachtet. Hiedurch zeigt sich, daß die angebotene verstärkte Beratungstätigkeit von den Projektwerbern durchaus angenommen wird.

Im gewerbebehördlichen Berufungsverfahren wurden einerseits 56 Gutachten erstellt, andererseits an 34 Verhandlungen teilgenommen.

556 Betriebsanlagen, die auf Grund ihrer Betriebsart und -einrichtung, insbesondere auch wegen der Verarbeitung und Lagerung gefährlicher Stoffe zu einer Gefährdung der Kunden, der Nachbarn sowie der Umwelt führen können und zu denen unter anderem Chemie-, Lack- und Druckfarbenfabriken, galvanische Betriebe, größere KFZ-Werkstätten, Tischlereien und Druckereien, Hotels, Einkaufszentren, Kaufhäuser und Supermärkte zählen, wurden in Form von Augenscheinsverhandlungen überprüft.

Hier zeigt sich bereits ein Rückgang von 30 Prozent, da solche Betriebe nunmehr mindestens einmal alle fünf Jahre (an Stelle alle zwei Jahre bisher) einer Überprüfung unterzogen werden. Zusätzlich wurden 481 Selbstbedienungsläden und Kaufhäuser auf die Einhaltung der vorgeschriebenen Verkehrswegbreiten, Fluchtmöglichkeiten wie Notausgänge, Sicherheitsbeleuchtung und Handfeuerlöcher unangesagt kontrolliert.

Bezüglich der abfallrechtlichen Bestimmungen wurden im Zuge von Überprüfungen der Betriebsanlagen 630 stichprobenartige Überprüfungen hinsichtlich Meldepflicht, Aufzeichnungspflicht und Nachweis der ordnungsgemäßen Entsorgung gefährlicher Abfälle und Altöle mittels Begleitscheinen vorgenommen.

In Vollziehung chemikalienrechtlicher Bestimmungen wurden 78 Überprüfungen durchgeführt und 176 Anfragen betreffend Giftbezug - verbunden mit einer Kontrolle der Giftgebarung (Lagerung, Aufzeichnungen über Menge, Herkunft und Verbleib jedes Giftes, Bilanzierung) - behandelt. Hinsichtlich der technischen Bäderangelegenheiten wurden 211 Kommissionen beschickt und 153 Saunaanlagen, meist in Wohnhausanlagen, in Form von Einzelerhebungen überprüft.

Als sehr zeitaufwendig erwies sich die Begutachtung von Sicherheitsanalysen, bei denen es sich um umfangreiche sicherheitstechnische Dokumentationen gefahrgeneigter Betriebsanlagen handelt. Es wurden 7 Sicherheitsanalysen in Teamarbeit (3 - 6 Mitarbeiter umfassend) begutachtet. 1997 wurden die Sicherheitsanalysen der Shell Austria AG, Austria Hefe AG, ÖSTAB GmbH, BP Austria AG, Frigoscandia GmbH und Panalpina AG einer Erstbegutachtung unterzogen; die fortgeschriebene Sicherheitsanalyse der Kapsch AG wurde einer neuen Beurteilung unterworfen. Für 1998 ist mit einem vergleichbaren Personalaufwand zu rechnen, wobei der Schwerpunkt bei der Begutachtung von fortgeschriebenen Sicherheitsanalysen liegen wird.

Dezernat B

Vom Dezernat B, welches für behördliche und sicherheitstechnische Aufgaben hinsichtlich Elektro- und Gasanlagen zuständig ist, wurden im Jahr 1997 8.557 Geschäftsfälle erledigt. Zahlenmäßig machten dabei wieder die Teilnahmen an kommissionellen Genehmigungs-, Änderungs- und Überprüfungsverfahren sowie an Berufungskommissionen mit 4.237 den größten Anteil aus, gefolgt von 1.130 erstellten Fachbeurteilungen und Gutachten. Die Bedeutung von neuen Projekten machte in 91 Fällen auf Grund der Größe bzw. komplexer Zusammenhänge eine grundsätzliche Beurteilung bereits während der Planungsphase notwendig, wobei in komplizierteren Fällen der Vorschriftenauslegung auch beratend Hilfestellung geboten wurde. In Wahrnehmung der behördlichen Aufgaben nach dem Elektrotechnik- bzw. Gasgesetz wurden 287 Anträge, Bewilligungen, Anzeigen und Beschwerden bearbeitet. Hinsichtlich der Anzeigen und Beschwerden war es in Fällen unmittelbar drohender Gefahr unumgänglich, die entsprechenden Anlagen bzw. Teile davon sofort zu sperren, wobei wieder insbesondere dort, wo die Gasversorgung für Heizzwecke aus gesundheitlichen Gründen rasch instand zu setzen war und die Verfügungsberechtigten nicht gewillt waren, von sich aus ihren Verpflichtungen nachzukommen, mit Ersatzmaßnahmen vorgegangen werden mußte. Darüber hinaus wurden über 445 bescheidmäßige Aufträge sowie Befunde, Kontrollen und Überprüfungen auf Grundlage der genannten Gesetze durchgeführt.

Die Arbeiten am Gas-Mustergesetz der Länder mußten erneut aufgenommen werden, da sich im Zuge des Notifizierungsverfahrens die Notwendigkeit ergeben hat, auch das Kesselgesetz mit einzubinden. Selbstverständlich werden die Interessen Wiens auch bei diesen weiterführenden Verhandlungen konsequenterweise von diesem Dezernat der Abteilung vertreten.

Nachdem es nunmehr am Sektor der Elektrogenetzgebung so aussieht, daß doch alle entsprechenden EU-Richtlinien auf der Basis der Verordnungsermächtigungen zum Elektrotechnikgesetz konform umgesetzt wurden, gilt es nunmehr, die Bedeutung der einschlägigen Normen auf harmonisierter Basis in die praktische Handhabung umzusetzen. Diesbezüglich wurde begonnen, die in Frage kommenden Vorschriften mit Einsatz von EDV-Unterstützung zu erfassen und zugänglich zu machen. Die Umstellung auf die z. T. von der bisherigen nationalen Normgebung grundlegenden Abweichungen wird sicherlich noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Dezernat C

Im Dezernat C, welches behördliche Aufgaben auf Grund der Bestimmungen des Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetzes, des Wiener Baulärmgesetzes und des Wiener Prostitutionsgesetzes erledigt und brandschutztechnische Amtssachverständigentätigkeit in behördlichen Verfahren wahrnimmt, wurden insgesamt 4.337 Aktenerledigungen verzeichnet.

Bei Baulichkeiten, die im Brandfall besonders gefährdet sind oder eine größere Anzahl von Personen gefährdet werden kann, wurden auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen des Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetzes 971 Objekte einer kommissionellen Überprüfung unterzogen.

Kontrolliert wurden 60 Amtshäuser, 88 Heime für Schüler, Pensionisten und Behinderte, 372 Hochhausstiegen, 41 Krankenanstalten, 246 Kindertagesheime, 49 Kultstätten verschiedener Glaubensrichtungen, 8 Museen, 101 Schulen und 6 Sondergebäude.

Die Überwachung erteilter Auflagen erfolgt bis zu deren Erfüllung.

Bei 54 Standorten wurden in Neubauten Projektsbegutachtungen vorgenommen.

In 182 Fällen wurden Sachverständige im Zuge der Amtssachverständigentätigkeit in sanitätsrechtlichen Verfahren in Pensionisten- und Behindertenheimen sowie zu Bauverhandlungen in Krankenanstalten entsandt.

Feuerpolizeiliche und luftverunreinigende Übelstände wurden in 365 Fällen behandelt und 93 Aufträge erlassen.

Das Verbrennen von Gegenständen im Freien wurde an 11 Standorten bewilligt. 429 Befunde der Feuerstätten über 26 kW Nennheizleistung wurden kontrolliert sowie 36 Bestellungen zum Überprüfungsorgan vorgenommen.

Nach den Bestimmungen des Wiener Baulärmgesetzes wurden 18 Nachtarbeitsbewilligungen erteilt, 148 Beschwerden bearbeitet und 832 Bewilligungen der MA 46 evident gehalten.

21 Beschwerden wurden in Handhabung des Wiener Prostitutionsgesetzes bearbeitet.

Weiters wurden 17 Berichte an vorgesetzte Dienststellen verfaßt und 7 Gutachten über die Förderungswürdigkeit brandschutztechnischer Maßnahmen in Hotels erstellt.

Im Sinne der Weiterbildung bzw. des Erfahrungsaustausches mit in- und ausländischen Sachverständigen wurden im Berichtsjahr folgende Veranstaltungen besucht:

Seminar: „KFZ-Emissionen“, Salzburg/Anif, Amt der Steiermärkischen Landesregierung; Fachausschuß „Gewerberecht und Gewerbetchnik“, Steyr, Österreichischer Städtebund; Fachseminar „Funktionserhalt in elektrischen Anlagen mit Menschenansammlungen“ nach DIN 4102 Teil 12, Brunn/Gebirge, Neubo Unitech GmbH; Seminar: „Chemikalieninspektion“, Zwettl, Amt der NÖ Landesregierung; Seminar: „Sprengtechnikübung“, Deutsch Altenburg/Steinbruch Hollitzer, Technische Universität Wien, Institut für Geologie; Seminar: „Störfallverordnung- Sicherheitsanalysen“, Linz, Amt der Salzburger Landesregierung; Seminar: „ÖVGW Richtlinie G 97, Aufstellung und Betrieb von Erdgas-Großtankstellen“, Schwechat, ÖVGW; „Expertenkonferenz der Amtssachverständigen für Elektrotechnik“, Rust, Amt der NÖ Landesregierung; „107. Jahrestagung und Fachausstellung der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach“, Innsbruck, ÖVGW; Seminar: „Teilereinigung mit nichthalogenierten Kohlenwasserstoffen“, Ansfelden Süd, Westautobahn/A1, Siems und Klein KG; Seminar: „Elektromagnetische Verträglichkeit und Elektronik“, Graz, Technische Universität Graz; ExpertInnenhearing für die 1. Österreichische Konsens-Konferenz „Bodennahes Ozon“, Baden, Wiener Umwelthanwaltschaft; „Chemikaliengesetz 1996-Schulung“, Salzburg, Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie; EU-Seminar: „Industrielle Anlagensicherheit und Erfahrungen aus Störfällen“, Linz, Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten; „28. Internationale Informationstagung für Sprengtechnik 1997“, Linz, WIFI Oberösterreich; Seminar: „Gemeindeseiten im Internet selbst gestalten“, Spital am Pyhrn, Kommunalwissenschaftliches Dokumentationszentrum; Seminar: „Kraftwerke 1997“, Dresden, VGB Technische Vereinigung der Großkraftwerksbetriebe E.V.; Symposium „Brandschutz '97, Fachmesse für Retten und Helfen“, Graz, Grazer Messe International; Seminar: „Sprengtechnik“, Wien, Institut für Geologie der Technischen Universität Wien; „Welt Tunnel Kongreß 1997“, Wien; Seminar: „Gesetzesänderungen im österreichischen Abfallrecht“, Wien, Österreichische Staatsdruckerei AG; Seminar: „Grundlagen der Schallmeßtechnik“, Wien, LB-electronics GesmbH; Seminar: „Das neue Betriebsanlagenrecht“, Wien, Wirtschaftskammer Österreich; Seminar: „Neue Rechtsvorschriften und Normen für Gasflaschen für medizinische und industrielle Gase“, Wien, Österreichisches Normungsinstitut; Seminar: „Aktuelle Regelungen für Maschinen in der EU und in Österreich“, Wien, TÜV Österreich gemeinsam mit Wirtschaftsministerium; Einführungsseminar „Rechnergestützte Lärmprognose mit IMMI 4.0 für Windows“, Wien, LB-electronics GesmbH; Seminar: „CE-Kennzeichnung-Neuerungen für die Praxis in der Elektrotechnik“, Wien, Österreichisches Normungsinstitut; Seminar: „Risikovor-sorge-Risikovermeidung am Beispiel Elektromagnetischer Exposition“, Wien, Institut für Strahlenhygiene, Bundesamt für Strahlenschutz sowie Bundeskanzleramt; Seminar: „Probenahme und Untersuchung von Bodenluft nach der neuen ÖNORM S 2090“, Wien, Österreichisches Normungsinstitut.

Stadtgartenamt

Die Tätigkeit des Stadtgartenamtes beinhaltet die Erhaltung und Errichtung von öffentlichen Grünanlagen. Das Stadtgartenamt ist bemüht, das Angebot an Naherholungsbereichen im Stadtgebiet durch die Schaffung neuer Grünflächen zu erweitern und durch die Verbesserung und Umgestaltung bestehender Anlagen attraktiver zu gestalten.

1997 wurden 3.249 öffentliche Gartenanlagen mit einer Gesamtfläche von 18.275.624 m², davon 21 Lagerwiesen mit 902.280 m² und der „grüne Prater“ mit 6.143.984 m² und 1.496 Blumenschalen gepflegt und erhalten.

Ebenso wurden 245 Schulgärten mit 720.934 m², 13 öffentliche Grünflächen in Siedlungen mit 253.474 m², 299 Grünanlagen in Kindergärten und Horten mit 559.101 m², 15 Jugendspielplätze mit 82.250 m² gärtnerisch betreut.

In Wiens Straßen wachsen derzeit 80.633 Stück Alleebäume. Erhaltung und Erweiterung des Baumbestandes ist vordringliche Aufgabe. Der Baumbestand in den Alleen ist teilweise überaltert. Es wird daher durch standortverbessernde Maßnahmen (z.B. durch Austausch des Oberbodens und der Einbau von Bewässerungsanlagen) versucht, die Vitalität der Bäume zu aktivieren und eine längere Bestandsdauer zu erzielen, z. B. in: 1, Ringstraße, 5, Stolberggasse, 12, Oswaldgasse, 12, Längenfeldgasse, 14, Hütteldorfer Straße, 14, Schloßallee, 14, Spallardgasse, 14, Zehetnergasse, 14, Seckendorfgasse, 14, Rosentalgasse, 14, Breitenseerstraße, 14, Hüttelbergstraße, 17, Alszeile, 18, Sternwartestraße, 18, Gregor-Mendel-Straße, 14, Lützowstraße, 15, Markgraf-Rüdiger-Straße, 16, Hasnerstraße, 19, Eroicastraße, 19, Hartäckerstraße, 19, Sandgasse und 19, Grinzingerstraße.

1997 wurden u.a. folgende neue Alleen gepflanzt: in 5, Bräuhausgasse, 5, Gassergasse, 9, Servitengasse, 9, Rotenlöwengasse, 9, Rotenhausgasse, 10, Neilreichgasse (10 japanische Zierkirschenbäume), 10, Fontanastraße, 10, Trost-

straße, 11, Kaiserebersdorfer-Straße, 11, Leberberg, 13, Gaßmannstraße (20 japanische Zierkirschenbäume), 14, Steinhofpark (80 japanische Zierkirschenbäume), 17, Wattgasse, 18, Antonigasse, 21, Geymüllergasse und 22, Obachgasse.

Das Referat Planung erstellt Entwurfs-, Detail- und Bepflanzungspläne für öffentliche Grünanlagen, Kinderspielplätze, Erholungsflächen, Straßengrün, Wohnhauanlagen, Schulen und Kindergärten. Im innerstädtischen Bereich werden im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung neue Grünzüge und Alleen geschaffen und das Angebot an wohnungsnahen Erholungsflächen erweitert. Bei bestehenden Anlagen, z.T. aus der Gründerzeit, ist unter Berücksichtigung der Anrainerwünsche eine partielle Umgestaltung oder generelle Neugestaltung der Grünanlagen erforderlich. Mitgearbeitet wurde bei den Projekten der Stadterweiterung: Hier müssen neue Wege für eine multifunktionale Nutzung der Freiräume besprochen werden. Verschiedene Varianten sollen in Zusammenarbeit mit allen beteiligten Dienststellen ausgearbeitet werden.

Gemäß ÖNORM wurden bei Kinderspielplätzen Fallschutzeinrichtungen montiert, so z. B. in der Anlage in 4, Margaretenstraße 30 - Planquadrat.

1997 wurden in folgenden Anlagen gärtnerische und bautechnische Herstellungsarbeiten durchgeführt: in 2, Max-Winter-Park erfolgte ein Parkumbau sowie die Errichtung des 1. Wiener Hundeklos, in der Engerthstraße wurde ein neues Sezessionsgitter errichtet, im Mexikopark 10 japanische Kirschbäume gepflanzt, in 3, Kardinal-Nagl-Park der Spielplatz eingezäunt, der Grete-Jost-Park neu hergestellt, ebenso im Wohnpark Rennweg ein Park neu angelegt und im Klopsteinpark eine neue Einfriedung errichtet, in 4, Resselpark eine neue Bewässerungsanlage installiert, am Favoritenspitz ein neues Sezessionsgitter errichtet, in 5, Bräuhausgasse/Margaretenstraße 108 ein Park neu hergestellt, im Einsiedlerpark eine neue Bewässerungsanlage errichtet, in der Grohgasse/Margaretenstraße eine neue Platzgestaltung vorgenommen, in der Leopold-Ristergasse ein Spielplatz umgebaut, in 6, Alfred-Grünwals-Park eine neue Bewässerungsanlage angelegt, der Minna-Lachs-Park erweitert ebenso im 7. Bezirk der Andreasplatz, in 7, vor dem Messeplatz und im 8. Bezirk in der Landesgerichtsstraße wurden neue Blumenbeete errichtet, in 8, Schönbornpark die Wege saniert, in 9, Lazarettgasse 25 wurde auf einer ÖBB-Fläche ein Spielplatz neu angelegt, der Sobieskiplatz umgebaut, auf der Roßauer Lände ein neuer Beachvolleyball-Platz angelegt, in der Augasse eine neue Hecke gepflanzt, am Spittelauerplatz ein Spielplatz neu erbaut, in 10, Kurpark-Oberlaa eine Treppenanlage saniert, im Volkspark Laaerberg 30 japanische Kirschbäume gepflanzt, der Puchsbaumpark umgestaltet, in der Raxstraße erfolgte eine neue Einfriedung, im Fortunapark eine neue Einzäunung, am Rädla-Barnen-Platz ein Spielplatzneubau und im Volkspark-Laaerberg ein Spielplatzausbau, in 11, Herderpark wurden Rosenbeete neugestaltet, in der Hutterergasse der Spielplatz erweitert, in der Pretschgasse/Am Kanal wurden zwei neue Ballspielplätze angelegt, weiters der Stadtpark Leberberg neu hergestellt, in 12, Haydnpark wurde ein Skateboardplatz neuangelegt, im Steinbauerpark ein neuer Ballspielplatz errichtet, in 13, auf dem Hietzinger-Platz eine neue Grünfläche gestaltet, in 14, der Eduard-Gurk-Park umgestaltet, auf dem Schützplatz ein neuer Spielplatz angelegt, in der Kendlerstraße ein neues Rosenbeet hergestellt, im 15. Bezirk der Stiegerpark neugestaltet, in 16, Yppenplatz erfolgte eine neue Einfriedung, in 17, Diepoldpark eine Umgestaltung, in 18, Schubertpark eine Parksanierung anlässlich des Schubertjahres 1997, im 19. Bezirk in der Kliergergasse wurde eine neue Einfriedung hergestellt, in 20, Brigittapark eine neue Einzäunung ebenso am Gaußplatz, in 20, Forsthauspark wurde ein neuer Skatepark errichtet, in 20, in der Parkanlage „Obstgarten“ eine naturnahe Anlage neugebaut, in 21, Denglerpark ein Biotop umgebaut, Am Spitz die Beete vor dem MBA 21 umgestaltet, am Haspingerplatz eine neue Einzäunung vorgenommen, in 21, auf der Grünfläche Tulzergasse mit der Widmung SWW wurden zwei Parkanlagen neuhergestellt, der Josef-Grössing-Park neu hergestellt, der Paul-Hock-Park saniert, der Hirschstettner Aupark im 22. Bezirk neu eingefriedet, auf dem Rennbahnweg ein neuer Abenteuerspielplatz angelegt, in der Josef-Baumann-Gasse zwei Parkanlagen neuhergestellt, ebenso An den alten Schanzen, in Eßling-Europapark, in Eßling Genoch-Süd sowie in Erzherzog-Karl-Stadt, im Donaupark ein neues Stallgebäude errichtet, ferner der Sparefrohsplatz umgestaltet und die Dahlienschau umgebaut, auf dem Schrödingerplatz ein neues Beet angelegt, ebenso in der Arbeiterstrandbadstraße, im 23. Bezirk auf dem Maurer-Rathausplatz eine neue Grünfläche gestaltet und in der Baslergasse ein neuer Maschendrahtzaun errichtet.

Das Baumschutzreferat im Türkenschanzpark hat 1997 rund 2.000 Ansuchen um Baumentfernung, rund 5.000 Ersatzpflanzungsprüfungen und Überprüfungen angeordneter Schutzmaßnahmen für Bäume bearbeitet. Rund 180 Erhebungen wurden im Zusammenhang mit Anzeigen und Beschwerden durchgeführt. Des Weiteren wurden allgemeine betreffend Baumpflege beraten und Gutachten für Planungsentscheidungen erstellt.

Von den Organen des amtlichen Pflanzenschutzdienstes wurden 1997 4.985 Gartenbegehungen in den Klein-, Siedler- und Privatgärten vorgenommen. Zur Schulung von GartenbesitzerInnen wurden 18 Vorträge, 5 Diavorträge und 4 Filmvorführungen veranstaltet. Auf Grund des Pflanzenschutzgesetzes 1995, BGBl. Nr. 532, wurden 10.307 Sendungen kontrolliert. Für die Ermäßigung der Kanalabwassergebühr mußten 2.091 Begutachtungen durchgeführt werden. 3.500 Stück Aesculus (Roßkastanienbäume) wurden mit dem umweltverträglichen Pflanzenschutzmittel DIMILIN erfolgreich gegen die Miniermotte behandelt.

Gartenberatungen, z.B. betreffend die Kastanienminiermotte, wurden u.a. im Rahmen folgender Veranstaltungen durchgeführt: Gartenbaumesse Tulln '97, Aktion „Wien im Blumenschmuck“ und EUviron im Prater-Messegelände (diesbezüglich wurde auch ein Folder in deutscher und englischer Sprache verfasst). Zahlreiche Beratungen wurden auch über das GARTENTELEFON des amtlichen Pflanzenschutzdienstes (911 25 55) abgewickelt.

1997 wurden laut Rechnungsabschluß für die Erhaltung der städtischen Gartenanlagen sowie für die Herstellung neuer Gartenanlagen bzw. Umgestaltung bestehender Anlagen nachstehende Beträge aufgewendet:

Personalkosten : ATS 595,107.550, 16

Sachaufwand : ATS 205,566.298, 46

Investitionen : ATS 137,080.311, 50

Gesamtausgaben : ATS 937,754.160, 12 / Gesamteinnahmen : ATS 41,362.145, 32

Gemäß dem mit 1. August 1991 geänderten Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetz sind bis 31. Dezember 1996 in folgenden Parkanlagen Hundezonen und Hundeauslaufplätze (angegeben mit einer ca. m²-Fläche) eingerichtet worden: in 1, Stadtpark, Wienflußpromenade (1.750 m²), in 2, Prater (Kaiserallee/Rustenschacherallee) (250.000 m²), Max-Winter-Park (1. Wiener Hundeklo) (500 m²), in 3, Stadtpark, Wienflußpromenade und Kinderpark (2.650 m²), Linke-Bahngasse (vor ehemaliger Veterinärmedizinischen Universität) (1.300 m²), Kardinal-Nagl-Park (700 m²), Arenbergpark (1.500 m²), Wohnpark Rennweg (Landstraße-Hauptstraße 148) (150 m²), Schweizergarten (Landstraßer Gürtel/Schweizergartenstraße) (1.900 m²), Schweizergarten (Arsenalstraße/Ghegastraße) (5.100 m²), in 5, Spengergasse vormals Bacherpark (230 m²), Klieberpark (150 m²), Willy-Frank-Park (140 m²), Einsiedlerpark (270 m²), "Spatzenpark" (200 m²), Hartmannpark (120 m²), in 6, Linke Wienzeile, vormals Alfred-Grünwald-Park (500 m²), Esterhazypark (450 m²), in 8, Schönbornpark (1.500 m²), Hamerlingpark (450 m²), Tigerpark (130 m²), in 9, Lichtentalerpark (1.000 m²), Arne-Karlson-Park (500 m²), in 10, Grünanlage Eisenstadtplatz (6.600 m²), Hebbelpark (370 m²), Heuberggstättenstraße (150.000 m²), Humboldtpark (nicht offiziell) (600 m²), Grünanlage Wieselburgergasse/Klausenburgerstraße (1.600 m²), Puchsbaumpark (400 m²), Antonsplatz (1.800 m²), in 11, Am Kanal (von Geiselbergstraße bis Ostbahn bzw. Lorystraße) (24.000 m²), in 12, Korbergasse 5 (200 m²), Edelsinnstraße (zwischen Philadelphia- und Wienerbergbrücke) (5.000 m²), Flohberg (3.000 m²), Zanaschkagasse (9.000 m²), Längenfeldgasse vorm Steinbauerpark (1.300 m²), Untermeidlingerstraße, vorm Meidlinger Friedhof (3.000 m²), Breitenfurterstraße (bei Firma Grundig) (5.000 m²), Theresienbadpark (2.300 m²), Dunklergasse/Harthausergasse (1.300 m²), ehemalige Verbindungsbahntrasse (zwischen Schönbrunner-Allee und Strohberggasse) (1.500 m²), Viertelergasse 4 (400 m²), in 13, Roter Berg (10.000 m²), Napoleonwald (10.000 m²), Hügelpark (1.800 m²), in 14, Matznerpark (6.000 m²), Ordelpark (2.100 m²), Baumgartner/Casinopark (2.650 m²), in 15, Vogelweidpark (1.600 m²), Dadlerpark (1.700 m²), Reithofferpark (1.500 m²), in 16, Kongreßpark (3.700 m²), Richard-Wagner-Park (400 m²), in 17, Lorenz-Bayer-Park (200 m²), in 18, Währingerpark (4.000 m²), in 19, Trautenauplatz („Olympiapark“) (3.800 m²), Saarpark (900 m²), Hugo-Wolf-Park (7.000 m²), in 20, Forsthauspark (3.000 m²), Allerheiligenpark (2.400 m²), Wehlistraße ggü. 16 (beim Schmetterlingspark) (100 m²), Durchlaufstraße zwischen Hellwagstraße und Vorgartenstraße (1.700 m²), Anton-Kummerer-Park (500 m²), Nordwestbahnstraße von Waldmüllergasse bis Pappenheimgasse (800 m²), in 21, Grünfläche Illgasse/Aistgasse (3.700 m²), Floridsdorfer Aupark (9.000), in 22, Hirschstettner-Badeteich (südlicher Teil) (40.000 m²), in 23, Draschepark, entlang der ÖBB (21.000 m²), Grünfläche Theophil-Hansen-Gasse/Rudolf-Waisenhorn Gasse (7.500 m²), Zanaschkagasse (2.400 m²) und Ölzelpark (Geißgasse) (320 m²). Die Gesamtfläche der Hundezonen bzw. Hundeauslaufplätze betrug 638.330 m².

In folgenden Parkanlagen sind Hunde generell oder teilweise verboten: 1, Stadtpark (teilweise), Hermann-Gmeiner-Park (generell), 2, Prater-Jesuitenwiese (generell), Prater-Zirkuswiese (generell), Rosa-Jochmann-Park (generell), Venediger-Au (teilweise), Max-Winter-Park (teilweise), 3, Stadtpark (teilweise), Kardinal-Nagl-Park (teilweise), Schweizergarten (teilweise), Schweizergarten-Liegewiese (generell), Josef-Pfeifer-Park, Landstraßer Hauptstraße 11 (generell), Biedermeierfriedhof Sankt Marx (generell), Rochuspark (teilweise), Wohnpark Rennweg, Landstraßer Hauptstraße 148 (teilweise), Czapakpark (generell), Grete-Jost-Park (generell), 4, Margaretenstraße 30 - Planquadrat (generell), Rubenspark (teilweise), Schlüsselgasse 4 (generell), 5, Bacherpark (generell), Einsiedlerpark (teilweise), Klieberpark (teilweise), Willy-Frank-Park (teilweise), "Spatzenpark" (teilweise), Siebenbrunnenfeldgasse 7/Chiavaccigasse (generell), 6, Vincenz-von-Paul-Park (generell), Minna-Lachs-Park (generell), Hubert-Marischka-Park (teilweise), Esterhazypark (teilweise), Alfred-Grünwald-Park (generell), Parkanlage Magdalenenstraße 31 (generell), Loquaipark (teilweise), 7, Karl-Farkas-Park (generell), Josef-Strauß-Park (generell), Siebensternpark (generell), Weghuberpark (teilweise), Gutenbergpark (generell), Andreaspark (generell), 8, Hamerlingpark (teilweise), Schlesingerplatz (generell), Schönbornpark (teilweise), Tigerpark (teilweise), 9, Lichtentalerpark (teilweise), Liechtensteinpark (generell), Arne-Karlson-Park (teilweise), Spielplatz Lazarettgasse 14 - AKH (generell), 10, Otto-Benesch-Park (generell), Alois-Greb-Park (generell), Belgradpark (generell), Eisenstadtplatz (teilweise), Hebbelpark (teilweise), Humboldtpark (teilweise), Puchsbaumpark (teilweise), Antonsplatz (teilweise), 11, Luise-Montag-Park (generell), Fuchsröhrenstraße/Lorenz-Reiter-Straße (generell), Herderpark (generell), Leberberg (generell), 12, Flohberg (teilweise), Wilhelmsdorfer-Park (generell), Theodor-Körner-Park (generell), Schedifkaplatz - Schmetterlingswiese (generell), Mießbachgarten (generell), Steinbauerpark (teilweise), Füchselhofpark (generell), ehemalige Verbindungsbahntrasse (teilweise), Haydnpark (generell), Zanaschkagasse (teilweise), Viertelergasse 5/Bendlgasse 32/Rauchgasse 14 (generell), 13, Grünanlage Küniglberg (teilweise), Streckerpark (teilweise), Roter Berg (teilweise), Hügelpark (teilweise), Hackinger Schloßpark (generell), 14, Ordelpark (teilweise), Baumgartner-Casinopark (teilweise), 15, Dadler-

park (teilweise), Vogelweidpark (teilweise), Rosinagasse 11 (generell), Reithofferpark (teilweise), Stiegerpark (generell), 16, Huberpark (generell), Richard-Wagner-Park (teilweise), 17, Parkanlage Herbeckstraße ggü. Onr. 118 (generell), Parkanlage Ortliebasse 34 - 42 (generell), Diepoldpark (generell), 18, Pötzleinsdorfer-Schloßpark (generell), Parkanlage Kutschergasse 34 (generell), Parkanlage Hockegasse 41 (generell), Anton-Baumann-Park (generell), 19, Hohe Warte/Hintergärtengasse (teilweise), Raimund-Zoder-Park (generell), Setagaya-Park (generell), Lagerwiese Hackenberg (generell), Saarpark (teilweise), 20, Jakob-Winter-Park (generell), Parkanlage Spielmannsgasse/Dietmayrgasse (generell), Schmetterlingspark (generell), Parkanlage Winarskystraße/Leystraße "Burghof" (generell), Spielplatz Winarskystraße/Universumstraße (generell), Skatepark 20 (Forsthauspark) (generell), Spaungasse (generell), Leipzigerplatz (teilweise), 21, Floridsdorfer Aupark (teilweise), Ernst-Heiss-Park (generell), "Gruam" - Freiligrathpark (generell), Josef-Grössing-Park (generell), 22, Jakob-Bindel-Park (generell), Trygve-Lie-Park (generell), An-den-alten-Schanzen (generell), Eßling Genoch Süd (Rosenbergstraße) (generell), Eßling-Europäer (Raphael-Donner-Allee) (generell), Josef-Baumann-Gasse (generell), Erzherzog-Karl-Straße/Eibengasse (generell), Langobardenstraße/Eibengasse (generell), Hirschstettner Badeteich (teilweise), 23, Draschepark (teilweise), Föhrenwald, Rudolf-Zellergasse ggü. ONr.77 (generell), Dr.-Rudolf-Hatschek-Park (generell), Herbert-Mayr-Park (Verwaltung MA 45) (generell) und Grünfläche Pollakgasse/Petersbach (generell).

Gesetzliche Grundlage: Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetz § 13 b (1), Landesgesetzblatt für Wien, Jahrgang 1991, ausgegeben am 1. August 1991: „Der Magistrat kann nach Anhörung des Grundeigentümers, der Bundespolizeidirektion Wien und des zuständigen Bezirksvorstehers Parkanlagen zu Hundezonen, Hundenauslaufplätzen oder ein Verbot der Mitnahme von Hunden (Hundeverbote) erklären“ (auszugsweise).

Hingewiesen wird auch auf die 1997 erschienene Hundefibel „brav“ und das entsprechende Plakat.

An folgenden nationalen und internationalen Gartenbauveranstaltungen erfolgte 1997 die Teilnahme: Hallengestaltung auf der Gartenbaumesse in Tulln, „Dschungel“ in der Lugner-City, „Orchids for Women“ in der UNO-City, 16 EU-Baumpflanzungen in 9, Sigmund-Freud-Park, Orchidee '97 in Genf, Meranflora in Südtirol, EUviron im Messegelände, Herbstfest in den Reservegärten, Wien-Bälle im Ausland.

Für zahlreiche in- und ausländische Gartenbaufachleute wurden durch Wiener Parkanlagen und Gartenbaubetriebe Exkursionen, gemeinsam mit dem Rundfahrtenbüro der MA 53 - PID, organisiert (siehe dazu den Stadtaußenpolitischen Bericht der MD-IB).

Die MA 42 - Stadtgartenamt bzw. deren MitarbeiterInnen wirken in folgenden Gremien mit: Ö-Norm-Ausschuß, IFPRA (International Federation of Parks and Recreation Administration), Wien im Blumenschmuck, IFLA (Internationale Garten- und Landschaftsplaner), Fachausschuß für Gärten und Grünflächen im Österreichischen Städtebund (40. Tagung 1997 in Leoben / Stmk.).

Das Programm zur offiziellen Benennung von Parkanlagen wurde gemeinsam mit dem Kulturamt und den Bezirksvorstehungen fortgesetzt. Folgende Parkanlagen wurden 1997 offiziell benannt: 3, Grete-Jost-Park; 6, Minna-Lachs-Park; 11, Stadtpark-Leberberg; 13, Katharina-Schratt-Park; 17, Moriz-Mayer-Park; 21, Freiligrathpark (Gruam); 21, Josef-Grössing-Park; 21, Heisspark; 21, Teresa-Tauscher-Park; 21, Schulbrüderpark; 21, Friessneggpark und 22, Trygve-Lie-Park.

Im Schulgarten Kagran wurden 1997 rund 130.000 Stück Schnitt- und Trockenblumen kultiviert und an die Berufsschule für Gärtner und Floristen abgegeben. Weiters wurden 240 kg gemischte Koniferen, 180 Stück Blütenzweige über 80 cm, 1.960 Stück Koniferenzweige über 40 cm, 2.400 Stück diverse Blätter, 550 Stück verschiedene Ranken, 250 Stück Topfpflanzen, 11 Stück fertig bepflanzte Schalen und 600 Stück diverse andere Pflanzenteile dorthin abgegeben. In allen Abteilungen des Schulgartens wurde Pflanzensortiment für praktischen Unterricht zur Verfügung gestellt.

Die Reservegärten in Hirschstetten und Eßling haben 1997 204.342 Stück Frühjahrsblumen, 966.153 Stück Sommerblumen, 30.284 Stück Grünpflanzen, Hydro, Blühende, 35.680 Stück Chrysanthemen, 665.599 Stück Schnittblumen, 25.650 Stück Stauden und Wasserpflanzen und 167 Stück bepflanzte Schalen ausgeliefert. Weiters wurden 285 Dekorationen und 45 Betriebsführungen durchgeführt. 300 Palmenhausbesucher wurden an Donnerstagen empfangen, 80 Besucher beim Ferienspiel. Das Palmenhaus der Reservegärten Hirschstetten wurde als repräsentativer Rahmen für diverse Veranstaltungen der Stadt Wien (z.B. das Herbstfest '97 - 20.500 Gäste) verwendet.

Die Baumschulen in Eßling, Spargelfeld und Mauerbach haben 1997 rund 20.000 Stück Bodendecker, 200 Stück Bäume, 4.000 Stück Rosen, 22.000 Stück Sträucher, 380 Stück Schlinger und 800 Stück Koniferen ausgeliefert.

Die Werkstatt (und Lager) in Hirschstetten hat 1997 2.114 Reparaturen an Maschinen und Geräten durchgeführt. Die Abteilungen Malerei, Tischlerei, Schlosserei und KFZ haben 3.669 Aufträge, in 36.623 Stunden, mit einem Materialaufwand von 5.364.906 S bearbeitet.

1997 konnten 122 Innenhöfe besichtigt und Antragsteller beraten werden. Für 53 Innenhöfe wurden Subventionen von insgesamt rund 800.000 S gewährt.

Auch 1997 wurden gemeinsam mit der MA 13 in Parkanlagen tages- und stundenweise zahlreiche Spielplätze betreut. Diese pädagogischen Spielplatzbetreuungen wurden von verschiedenen privaten Kinder- und Jugendorganisationen durchgeführt und sollen zu einer sinnvollen Park- und Spielplatznutzung anregen sowie den Vandalismus hintanhaltend.

Bäder

Die Abteilung verwaltete mit Stand Ende 1997 insgesamt 46 in Betrieb befindliche Bäder, und zwar 3 Volksbäder, 8 Warmbäder (Brause- und Saunabäder), 12 Hallenbäder (davon 8 mit angeschlossenem Sommerbad - Kombinationsbäder), 10 Sommerbäder und 13 Kinderfreibäder.

1997 nicht in Betrieb, jedoch in Verwaltung der Abteilung waren das Volksbad 9, Wiesengasse, und das abgebrochene Dianabad.

Am 1. September 1997 wurde das Geiselbergbad (Warmbad) geschlossen und am 21. Dezember 1997 das Volksbad in 15, Reithofferplatz 4, gesperrt. Am 4. Juni 1997 konnte das Volksbad in 16, Friedrich-Kaiser-Gasse 11 (an Stelle des ehemaligen Thaliabades) als in ein Wohnhaus integriertes Brausebad eröffnet werden und am 29. Mai 1997 nahm das Erlebniswaldbad Penzing den Betrieb auf.

Die Arbeit der Abteilung war bestimmt von der Weiterführung baulicher und betrieblicher Maßnahmen.

1. Planung und Bau

An Arbeiten abgeschlossen wurde in 3, Apostelbad der Einbau einer Dampfkammer, in 7, Hermannbad die Sanierung der Sauna- und Brauseanlagen, der Einbau einer Funktionskontrollschaltung für die Fluchtwegorientierungsbeleuchtung, in 10, Amalienbad die Errichtung von Büroräumen und von zwei Biosaunarien, in 10, Laaerbergbad die Erneuerung der Verfließung samt Beckenkopf im Wellenbecken, in 14, Penzinger Bad der Einbau einer Dampfkammer und eines angeschlossenen Frischlufthofes, in 14, An der Niederhaid die Neuerrichtung des Erlebniswaldbades, in 16, Ottakringer Bad die Neuerrichtung zusätzlicher Personalumkleiden, in 16, Kongreßbad die Schaffung eines Büros, in 17, Schafbergbad die Errichtung eines Beachvolleyballplatzes und die Sanierung der Flachdächer und Lichtkuppeln, in 17, Jörgerbad der Einbau einer Dampfkammer, die Erneuerung des Wasserbehälters und die Sanierung der Saunakammern, in 21, Floridsdorf die Errichtung einer Haarfönanlage für Schulklassen und in 22, Gänsehäufel die Instandsetzung der Hauptwasserleitung. Begonnen bzw. weitergeführt wurden folgende Arbeiten: Die Erfüllung der Brandschutzauflage in 10, Amalienbad, in 12, Theresienbad die Sanierung des Freibeckens im Sommerbad, in 12, Ratschkybad der Anschluß an die Fernwärme, in 16, Ottakringer Bad die Sanierung der Umzäunungen im Sommerbad, in 18, Schafbergbad der Einbau einer Solaranlage und die Sanierung der Badewasserfilter, in 19, Döbling die Instandsetzung der Dächer in der Schwimmhalle und in 19, Krapfenwaldbad die Sanierung der Fassaden des Hauptgebäudes.

Weiters wurden Planungen und Vorstudien betrieben, und zwar erfolgte für 2, Dianabad eine Interessentensuche für ein neues Projekt, für 10, Kinderfreibad Gudrunstraße wurden Sanierungsmöglichkeiten überdacht, für 11, Geiselbergbad und 15, Reithoferplatz jeweils ein Wohnhaus mit integriertem Bad (MA 24) geplant, ebenso für 16, Ottakringer Bad Vorarbeiten zur Sanierung der Schwimmhalle samt Teilen der Garderoben geleistet und in 22, Strandbad Alte Donau die Errichtung eines Holzsteges geplant.

2. Bäderbesuch

a) Ganzjahresbäder:

Der Besuch der Schwimmhallen weist im Vergleich zum Vorjahr einen Zuwachs von 7,37 Prozent auf; die Besuchszahlen in den Saunabädern verzeichnen ein Absinken der Frequenz von 1,24 Prozent.

Die Besucherzahlen in den Wannengebädern weisen ein Minus von 22,92 Prozent auf; bei den Brausebädern ist mit einem Rückgang von 15,69 Prozent nach wie vor die seit Jahren rückläufige Tendenz zu beobachten.

b) Sommer- und Kinderfreibäder:

Insgesamt besuchten in der Sommersaison 1997 2,388.857 Badegäste die städtischen Sommerbäder, das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung der Frequenz um 54,62 Prozent, was vor allem auf die im Sommer 1997 vorherrschende günstige Wettersituation zurückzuführen ist.

Die Kinderfreibäder wiesen mit 112.594 Besuchern und somit einem Plus von 35 Prozent ebenfalls einen Zuwachs auf.

c) Vergleich der Besuchszahlen der Jahre 1995, 1996 und 1997:

Bädertyp	1995	1996	+/- %	1997	+/- Badegäste	+/- %
Schwimmhallen.....	1,240.769	1,130.644	-8,88	1,214.008	83.364	7,37
Saunabäder	496.134	484.769	-2,29	478.751	-6.018	-1,24
Wannenbäder	22.644	18.869	-16,67	14.545	-4.324	-22,92
Brausebäder.....	194.241	162.661	-16,26	137.138	-25.523	-15,69
Sonnenbäder	2.578	2.435	-5,55	3.369	934	38,36
Summe Ganzjahresbäder ..	1,956.366	1,799.378	-8,02	1,847.811	48.433	2,69
Sommerbäder	2,126.210	1,544.995	-27,34	2,388.867	843.872	54,62
Kinderfreibäder	87.494	83.402	-4,68	112.594	29.192	35,00
Summe Sommer- und Kinderfreibäder	2,213.704	1,628.397	-26,44	2,501.461	873.064	53,61
Gesamtsumme	4,170.070	3,427.775	-17,80	4,349.272	921.497	26,88

3. Gruppe Betrieb

Während der Betrieb der im Mehrzweckbecken des städtischen Hallenbades Großfeldsiedlung installierten AO-Anlage weiterhin zufriedenstellend ablief, mußten bei sämtlichen AO-Anlagen im städtischen Erlebniswaldbad Penzing infolge der geringen Leistung die Elektroden aller Reaktoren neu beschichtet werden. Die Anlagen laufen seit Herbst 1997 mit der vorgesehenen Leistung.

Die im Abfallwirtschaftskonzept vorgesehene Einrichtung von Müllinseln konnte in Zusammenarbeit mit der MA 48 kostengünstig vor Beginn der Sommersaison 1997 realisiert werden. Somit sind sämtliche im Abfallwirtschaftskonzept vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt worden.

In Zusammenarbeit mit der MD-Bereichsleitung für Dezentralisierung wurde, beginnend im Frühjahr 1997 mit Schwerpunkt in der zweiten Jahreshälfte, die mit 1. Jänner 1998 wirksam werdende Dezentralisierung vorbereitet. Errichtung, Instandhaltung und Betrieb der städtischen Kinderfreibäder, sowie Instandhaltung und Betrieb der städtischen Volks- und Warmbäder fallen ab 1. Jänner 1998 gemäß § 103, Absatz 1, Ziffer 24 bzw. Ziffer 25 der Wiener Stadtverfassung in die Kompetenz der betreffenden Bezirke. Im Zuge der Vorbereitungsmaßnahmen für die Dezentralisierung mußten 1997 sehr umfangreiche Änderungen im Budgetaufbau (neue Haushaltskonten) und organisatorische Änderungen in der Verwaltung der Zentrale der Abteilung vorgenommen werden.

Im Jahr 1997 wurden in allen städtischen Bädern insgesamt 1,805.301 m³ Wasser, 15.186 MWh Strom, 260.544 kg Heizöl (=2.970 MWh), 1,573.712 m³ Gas (=15.737 MWh) und 50.819 MWh Fernwärme verbraucht.

4. Gruppe Allgemeine Angelegenheiten

Die Stadt Wien betreibt gegenwärtig 45 öffentliche städtische Bäder mit unterschiedlichen Angeboten für alle Ansprüche und Altersstufen: Kinderfreibäder, Volksbäder, Saunabäder, Sommerbäder, Hallenbäder und Kombibäder. Laut einer Umfrage aus dem Jahr 1989 rangiert Schwimmen und Baden in Wien bereits an dritter Stelle der beliebtesten Freizeitbeschäftigungen.

Die Wiener Bäder haben in ihrer Geschichte mehrere Wandlungen durchgemacht.

Standen in früheren Zeiten der Reinigungs- und Hygieneaspekt sowie die Körpererertüchtigung im Vordergrund, entwickeln sich die Bäder heute zu Freizeit- und Erholungsstätten, zum Ort für den „kleinen Urlaub zwischendurch“. Steigender Wohlstand, hohe Mobilität und technischer Fortschritt setzen heute andere Maßstäbe an das Freizeiterleben als früher. Bäder stehen innerhalb des gesamten Freizeitsektors in einer harten Konkurrenz um die Besucher. Die Badbetreiber - egal, ob öffentlich oder privat - müssen diese neuen Trends beherrschen, wollen sie mit ihrem „Produkt“ im Konkurrenzkampf zu anderen Angeboten bestehen.

Um den Badaufenthalt im Rahmen der Freizeitgestaltung möglichst angenehm, abwechslungsreich, aber auch sinnvoll zu gestalten, wurden 1997 verschiedene Veranstaltungen in Wiener städtischen Bädern durchgeführt unter dem Titel „Club Nixe“ 1997 in städtischen Bädern (5. Juli - 24. August 1997). Die 1997 ins Leben gerufene Animation „CLUB NIXE“ in drei Wiener Bädern war ein durchschlagender Erfolg. In den drei Animationsbädern lag die Steigerung des Besucherandrangs zwischen 49,1 (Schafbergbad) und 68,1 (Laaerbergbad). Die meisten Besucher wurden im dritten Animationsbad, dem Gänsehäufel, mit 450.139 Menschen gezählt. Besonders bei den Kindern waren die Animatoren des „Club Nixe“ recht beliebt.

Ferienspiele wurden in den Wiener Bädern in Zusammenarbeit mit der MA 13 durchgeführt. An den Veranstaltungen in den Wiener Hallen- und Sommerbädern haben während des Jahres 1997 (Weihnachts-, Semester-, Oster- und Sommerferien) 420.205 Kinder und 63.328 Jugendliche teilgenommen.

In den Hallenbädern finden während der Wintermonate Oktober bis April verschiedene Aktionen für die Badegäste statt. Es werden das Seniorenschwimmen, die Aquarhythmik, das Frauenschwimmen, das Versehrtenschwimmen, Warmbaden und Nacktbaden angeboten und erfreuen sich regen Zuspruchs.

Das Angelbad soll zum tollsten Kinderbad dieser Stadt werden. In Zusammenarbeit mit einer Tageszeitung konnten Kinder via Internet Vorschläge für die Gestaltung des Bades einbringen. Die besten Vorschläge wurden mit Preisen bedacht und sollen den Wünschen entsprechend für die nächste Badesaison zur Verfügung stehen.

Am 29. Mai 1997 wurde unter reicher Publikumsbeteiligung in Anwesenheit von Herrn Stadtrat Fritz Svihalek und Frau Bezirksvorsteherin Jutta Steier das Erlebniswaldbad Penzing eröffnet. Die Baukosten betragen rund 260 Millionen Schilling. Auf mehreren Geschossen sind diverse Einrichtungen wie zwei Schwimmbecken, mehrere Saunas und Dampfkammern, eine 45 m lange Wasserrutsche, Kinderbecken, Restaurant usw. untergebracht. Im Becken wurden speziell für behinderte Badegäste Einstiegshilfen montiert. Eine Besonderheit stellt die kreisrunde Ausführung der Schwimmhalle dar, die gegen Südwesten hin ein Drittel offenbar ist. Es bietet auch einen großen Freibereich, wo schattige Liegewiesen, ein Robinson-Spielplatz, ein Ballspielplatz und Ruhezonen zum Verweilen einladen.

Am 15. Dezember 1997 wurde eine neuartige Zeitmeßanlage für Badbesucher in Betrieb genommen. Die gemessenen Zeiten für eine Distanz von 50 Metern wurden in großen, leuchtenden Lettern übersichtlich angezeigt. Es handelt sich hierbei um eine im öffentlichen Badebetrieb einmalige Anlage.

Das Personal des Hallenbades Donaustadt veranstaltete am 24. Dezember 1997 zum 10. Mal ein Kinderfest im Hallenbad. Mit mehr als 200 Kindern wurden Spiele durchgeführt und am Ende der Veranstaltung mit vielen Preisen prämiert. Die Preisverleihung nahmen Bezirkspolitiker vor.

Im November 1997 wurde die Fassadenanstrahlung des Amalienbades in Betrieb genommen, um während der Abend- und Nachtstunden diesen markanten Blickpunkt im Stadtbild und kulturhistorisch bedeutsamen Gebäude Geltung zu verschaffen.

Das Gänsehäufel feierte im September seinen 90. Geburtstag. Es fand eine attraktive Veranstaltung unter Anwesenheit von zahlreichen Landes- und Bezirkspolitikern statt.

Auch 1997 wurden Bäderfolder für Sommerbäder und Hallenbäder als Informationsschriften für unsere Badegäste angefertigt. Alles Wissenswerte über Angebot „Eintrittspreis“, Attraktionen und Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist hierin nachzulesen.

Im Rahmen der Gruppe „Allgemeine Angelegenheiten“ wurden während des Jahres 1997 rund 300 telephonische und etwa 180 schriftliche Beschwerden bearbeitet. Unter der Bäderinfolnummer 60 112/8044 wurden darüber hinaus rund 5.500 Auskünfte über den Bäderbetrieb usw. gegeben. Die überwiegende Mehrheit dieser Beschwerden konnte positiv - also im Sinne der Beschwerdeführer, erledigt werden. Auch zahlreiche sinnvolle Änderungsvorschläge haben auf diesem Weg Eingang in den Badebetrieb gefunden.

Dreimal im Jahr erschien die Bäderzeitung „All Inclusive“ und diente den Badegästen als zusätzliche Information über Neuigkeiten, Änderungen, Aktionen usw. Es wurden darin auch Themen wie Fitsein, Ernährungsphilosophien usw. behandelt.

Wasserbau

Von der Gruppe Altlasten wurde die bauliche Durchführung der Absicherungsmaßnahmen der Erweiterungsfläche bei der Altlast „Langes Feld“ mit Ausnahme des steuerungstechnischen Bereiches abgeschlossen. Die im Sommer begonnene Errichtung der Dichtwände konnte im Herbst 1997 fertiggestellt werden. Die elektrotechnische Ausrüstung wird 1998 erfolgen.

Auf dem Sektor der Altlastenerkundung und Projektierung von Absicherungsmaßnahmen wurden zahlreiche Untersuchungen und Planungen durchgeführt.

Hinsichtlich der Altlast „Rudolf Zeller Gasse“ im 23. Wiener Gemeindebezirk wurden die erforderlichen Bewilligungen im Sommer erteilt, so daß im Herbst mit den Arbeiten für die Eu-weite öffentliche Ausschreibung der Arbeiten begonnen werden konnte.

Zur Absicherung der Altlast soll eine aktive Entgasung kombiniert mit einem Entwässerungstollen ausgeführt werden.

Für die Absicherung der Altlast „Zentraltanklager“ im 22. Wiener Gemeindebezirk, wurde die Erstellung eines behördlichen Einreichprojektes abgeschlossen und das Projekt zur Bewilligung eingereicht.

Das Projekt zur Absicherung der Altlast EBS-BP-TKV im 11. Wiener Gemeindebezirk, wurde behördlich bewilligt. Im Spätherbst konnte mit den Vorarbeiten zur EU-weiten Ausschreibung der Bauarbeiten begonnen werden.

Im Zusammenhang mit der Altlast „Gaswerk Simmering“ im 11. Wiener Gemeindebezirk, wurde die „Ergänzende Untersuchung nach dem Altlastensanierungsgesetz“ im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie fortgeführt.

Die Verdachtsfläche „Gaswerk Leopoldau“ betreffend wurde die ergänzende Untersuchung zur Gefährdungsabschätzung fortgesetzt. Im Rahmen des Bescheidvollzuges wurden die Vorarbeiten für die Ausschreibung der Räumung eines ehemaligen Firmengeländes im Bereich des Nordbahnhofes durchgeführt.

Neben diesen Projekten wurden im Zusammenhang mit verschiedenen anderen Verdachtsflächen Erkundungsarbeiten, wie Luftbildauswertungen, Aufschlußbohrungen, Grundwasseranalysen usw., sowie Vorarbeiten für die erforderlichen Projektierungen durchgeführt.

Die Erfassung der Verdachtsflächen im gesamten Stadtgebiet von Wien wurde weitergeführt. Der GIS (Geographisches Informationssystem) gestützte Altlastenkataster wurde weiter vervollständigt.

Im Rahmen der Nachsorge und des Betriebes von abgesicherten Altlasten wurden Kontrollen durchgeführt und für die Einhaltung der behördlich vorgeschriebenen Auflagen Sorge getragen.

Im Rahmen des Aufgabenbereiches der Gruppe Amtssachverständige wurde, nach der schriftlichen Vorbegutachtung von wasserbaulichen und schiffahrtstechnischen Ansuchen für die MA 58, an 336 wasserrechtlichen und 84 schiffahrtsrechtlichen Bewilligungsverfahren als Sachverständige teilgenommen, weiters an 152 gewerbe-, 46 baurechtlichen und sonstigen Verhandlungen als wasserbautechnische und gewässerschutztechnische Sachverständige. In diesem Zusammenhang wurden mehr als 800 Ortsaugenscheine, Erhebungen und Überprüfungen durchgeführt.

Im Zuge der technischen Überprüfung von Wasserfahrzeugen entsprechend dem Schiffahrtsgesetz wurden 326 Sportboote, 398 Mietboote und 10 schwimmende Anlagen begutachtet. Bei 187 Schiffsführerprüfungen wurde die technische Prüfung abgenommen.

Im Rahmen des Donauhochwasserschutzes wurden am rechten Donauufer die Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Errichtung der Staustufe Wien namens und auf Rechnung von Donaukraft weitergeführt und größtenteils fertiggestellt. Ebenso erfolgten die zugehörigen Ausführungsplanungen namens und auf Rechnung von Donaukraft.

Weitere Planungen bezogen sich auf die Einarbeitung von Bezirkswünschen in die Stauraumdetailplanung und Aktualisierung des Informationsmaterials für den Donauhochwasserschutz.

Die Bauarbeiten zur Errichtung der Vorschüttung Nußdorf wurden weitergeführt.

Am linken Donauufer wurden die Baumaßnahmen, die im Zusammenhang mit der Errichtung der Staustufe Wien stehen, namens und auf Rechnung von Donaukraft fertiggestellt.

Gleichermaßen erfolgten die zugehörigen Ausführungsplanungen namens und auf Rechnung von Donaukraft.

Arbeiten kleineren Umfangs zur benutzerfreundlichen Ausgestaltung der Neuen Donau betrafen Pflasterungen, Rollierarbeiten und die Herstellung von Verankerungsfundamenten für Rettungsflöße. Im Bereich der Copa Cagrana wurde ein neuer Sammelkanal errichtet. Es mußten einige Adaptierungen und Anschaffungen im Zusammenhang mit der neuen Mäheinheit durchgeführt werden wie z.B. die Verbreiterung der bestehenden Rampen und die Herstellung neuer Slipanlagen.

Im Rahmen der 2. Ausbaustufe wurde im Bereich der Floridsdorfer Brücke ein neuer Kleinkinderspielplatz hergestellt.

Als Ersatz für eine durch Zeitschaden unbrauchbar gewordene Erste-Hilfe-Station wurde ein neuer Container angeschafft.

Die Bauarbeiten zur Errichtung eines Schwimmsteiges im Südteil der Neuen Donau auf Höhe Lobgrundstraße wurden fortgesetzt.

Die Projektierungsarbeiten bezogen sich auf die Planung des Hochwasserschutzes zwischen Hafen Lobau und Schönauer Schlitz und Planungen kleineren Umfangs im Bereich der Donauinsel bzw. des linken Donauufers. Mit der Planung des Schwimmsteiges Copa Cagrana wurde begonnen.

In der Neuen Donau wurden regelmäßig Untersuchungen der Wassergüte und ökologische Untersuchungen durchgeführt.

Die Erhaltung der fertiggestellten Teile der Neuen Donau und der Donauinsel erforderte neben einer Vielzahl von kleineren Arbeiten das mehrmalige Mähen von 160 ha Uferböschungen und die Reinigung von 36 km Badestränden. Ein Teil der Erhaltungsarbeiten umfaßte auch die fertiggestellten Teile des Rechten Donaudammes.

Zur Flächenreinigung und Entleerung von Müllbehältern auf der Donauinsel und dem Rechten Donaudamm wurden die 1988 und 1993 angeschafften „Inselstaubsauger“ erfolgreich eingesetzt.

Die Gruppe Gewässeraufsicht nahm auch im Jahr 1997 die gemäß Wasserrechtsgesetz dem Landeshauptmann und der Bezirksverwaltungsbehörde übertragenen Aufgaben der Überwachung der Gewässer und Wasseranlagen gemäß § 130 WRG (Gewässerpolizei, Gewässeraufsicht und Gewässergüteaufsicht) wahr.

Im Zuge der gewässerpolizeilichen Tätigkeit wurden 404 Wasserbenutzungsanlagen, dabei handelt es sich beispielsweise um Wasserentnahmen aus Grund- und Oberflächenwässern, Wärmepumpen und Versickerungen von Kühlwässern, überprüft. Weiters wurden Baulichkeiten im Hochwasserabflußgebiet, vorwiegend jene im Bereich der an der Neuen Donau situierten Gaststätten und Vergnügungsbetriebe („Copa Cagrana“), auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften hin überwacht.

Im Jahr 1997 wurden 312 Kontrollen von Abwasserreinigungsanlagen (Kläranlagen-, Mineralöl- und Seifenabscheider) routinemäßig bzw. beim Auftreten von Betriebsstörungen vorgenommen. Weiters wurden zur Überwachung dieser Abwasserreinigungsanlagen 145 Ablaufproben gezogen und im Labor der Abteilung chemisch untersucht.

Insgesamt wurden im Labor 268 Wasser-, Abwasser- und Bodenproben analysiert.

Die routinemäßige Kontrolle der in den Vorjahren errichteten Grundwasser-Überwachungssonden an altlastverdächtigen Standorten wurde weitergeführt. Weiters wurden die vorhandenen Meßnetze zur Überwachung und näheren Erkundung von Grundwasserkontaminationen weiterbetrieben. Dabei wurden 798 Wasserproben gezogen, die teils im eigenen Labor der MA 45, teils durch andere Labors (MA 15 - Institut für Umweltmedizin, MA 22, Zivilingenieure) analysiert wurden.

Im Berichtsjahr wurden Mitarbeiter der Gewässeraufsicht 67mal bei Schadstoffunfällen als beratende Sachverständige für die örtlichen Einsatzkräfte der Feuerwehr bzw. als anordnungsbefugte Organe der Wasserrechtsbehörde tätig. Besonders erwähnenswert ist, da beachtliches Medieninteresse vorlag, der Unfall auf einer ÖBB-Strecke in Breitenlee, im Zuge dessen mehrere Kesselwaggons umstürzten und neben Melasse auch 60 Tonnen rauchende Schwefelsäure ausflossen und ins Erdreich versickerten. In 4 Fällen war die Anordnung bzw. Weiterführung von in den Vorjahren begonnenen Sofortmaßnahmen nach § 31 Abs. 3 WRG 1959 wegen Gefahr in Verzug erforderlich. Bei 243 Altschäden, das heißt beim Erkennen von Boden- oder Grundwasserverunreinigungen z.B. im Zuge von Umbaumaßnahmen an Tankstellen, Heizöllagerungen, Füllstellen usw., erfolgten die begleitende Kontrolle und oft auch die Beratung und Koordinierung hinsichtlich der zu ergreifenden Maßnahmen durch die Gewässeraufsicht.

Die flächendeckenden Untersuchungen der Grundwasserqualität auf diverse festgestellte Schadstoffe wurden insbesondere im 21., 22. und 23. Bezirk im Hinblick auf die Erlassung von Sanierungsgebietsverordnungen und zur Überwachung des weiteren Transportes der Schadstoffe weitergeführt. Weiters wurden großflächige Grundwassermeßnetze im 11. und 9. Bezirk weiter untersucht.

390 Liegenschaften wurden im Berichtsjahr einer Überprüfung hinsichtlich der Ordnungsgemäßheit ihrer Abwasserent-

sorgung, und einer augenscheinlichen Kontrolle des baulichen Zustandes der Anlagenteile unterzogen. In Kooperation mit der MA 30 wurden die allfällig erforderlichen Dichtheitsproben durchgeführt.

In der Folge wurde die Erlassung von zahlreichen Bauaufträgen durch die örtlichen Dienststellen der Baupolizei veranlaßt. Auch wurden bei groben Mißständen mehrere Verwaltungsstrafanzeigen gelegt.

Sachverständige der Gruppe Gewässeraufsicht nahmen in 368 Verwaltungsverfahren an Ortsverhandlungen teil. Dabei ist insbesondere die Revision von Betriebsanlagen, mit deren Tätigkeit Gewässergefährdungen verbunden sein können, zu nennen. 824 behördliche Anfragen wurden nach Durchführung von Ermittlungs- oder Überprüfungsverfahren sowie in gutachterlicher Funktion beantwortet.

Im Zuge von 849 Erhebungen und Kontrollen im Rahmen der gewässerpöizeilichen Tätigkeit wurden zahlreiche Mißstände in Gewerbe- und landwirtschaftlichen Betrieben sowie auf privaten Liegenschaften aufgedeckt. Schwerpunktmäßig wurden 69 Anlagen zur Lagerung von Mineralöl, insbesondere Tankstellen öffentlicher Einrichtungen, überprüft und mit den Betreibern die erforderlichen Maßnahmen zur Anpassung der Anlagen an den Stand der Technik erörtert.

An 15 Gewässern bzw. Gewässerabschnitten wurden Gerinnebegehungen bzw. Gewässerbeschauten nach § 135 WRG 1959 durchgeführt und dabei die bestehenden Wasserrechte überprüft und mehrere Fehleinleitungen und illegale Abwasserableitungen aufgezeigt.

Umfangreicher Überwachung bedürfen die zahlreichen Naß- und Trockenbaggerungen zur Kiesgewinnung und die Deponien, die routinemäßig mindestens einmal wöchentlich kontrolliert werden. Bei 359 Überprüfungen derartiger Anlagen konnten mehrere Verstöße gegen die jeweiligen Bewilligungen festgestellt werden, die hauptsächlich in der Schüttung von nicht dem Konsens entsprechenden Materialien bestanden. Die Entfernung derartiger Ablagerungen wurde dabei veranlaßt und verwaltungsstrafrechtliche Schritte eingeleitet.

In diesem Zusammenhang erfolgt auch eine enge Kooperation mit dem Labor der MA 22, in dem Materialproben untersucht werden.

Im Zuge der Erhebung von altlastverdächtigen Standorten wurde die Gefährdungsabschätzung bezüglich eines Gebietes im 21. Bezirk („Rendezvousberg“) fertiggestellt und eine Altdeponie im 22. Bezirk („Krcalgrube“) umfassend untersucht.

Im Zuge der laufenden Instandhaltung der Feuerlöschbrunnen wurden an 32 Anlagen Erhaltungsarbeiten durchgeführt bzw. mangels Bedarfes seitens der MA 68 aufgelassen.

Wie bereits in den vergangenen Jahren wurden von der Gruppe Hydrologie auch im Jahre 1997 zahlreiche Instandhaltungsarbeiten im Meßnetz des Hydrographischen Dienstes Wien durchgeführt.

Die quantitative und qualitative Beweissicherung zur Dotation Lobau wurde weitergeführt, ebenso die qualitative Beweissicherung zur Badewasserqualität der Neuen Donau.

Im Zusammenhang mit der Errichtung des Teilstaues zum Kraftwerk Freudenu mußten auch im Berichtsjahr zahlreiche Untersuchungen hinsichtlich der Wasserqualität in der Neuen Donau, den Wasserständen um den Staubeereich und der Dotation des Praters vorgenommen werden (limnologisch-hydrologische Studie usw.).

Die extreme hydrologische Situation des Jahres 1997 führte zu zahlreichen Anfragen, die hohen Grundwasserstände betreffend; entsprechende statistische Auswertungen wurden weitergeführt bzw. begonnen.

Der Arbeitsbereich der Gruppe Schutzwasserbau-Erhaltung umfaßt Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an sämtlichen Bächen und Gerinnen in Wien, insbesondere am Liesingbach und am Wienfluß sowie an der Schwechat in Niederösterreich.

Der im Jahr 1995 begonnene Ausbau des Mauerbach-Retentionsbeckens zur Verbesserung des Wienfluß-Hochwasserschutzes wurde fortgesetzt. Dabei wurden 1997 der Umbau des Einlauf- und Auslaufbauwerks, der Umbau zur Hochwasserentlastung des Retentionsbeckens sowie der naturnahe Rückbau der ursprünglich gepflasterten Gerinnestrecke des Mauerbaches fast vollständig fertiggestellt.

Außerdem wurde mit dem Ausbau der Auhof-Retentionsbecken begonnen. Folgende Maßnahmen wurden realisiert:

Öffnung des Wehres 1, Umlegung des Wienflusses im Becken II in die neue Lage und Durchleitung durch das Wehr 1, Beginn der Errichtung einer Drainageleitung ab dem Einlaufwehr, Beginn der Abdichtung und der Verbreiterung des linken Wienflußdammes, Umbau des Einlaufwehres, Beginn der Revitalisierung des Wienflußgerinnes ab dem Einlaufwehr.

Die Planungsarbeiten betreffend die Revitalisierung des Wienflußbettes im Abschnitt zwischen dem Sperrwerk und dem Einlaufwehr, die Dichtung und Verbreiterung des linken Wienflußdammes im Abschnitt Einlaufwehr bis Badgasse sowie die Revitalisierung der Lainzer Tiergartenbäche/Rotwassergraben/Grünauerbach und Hirschgraben wurden fertiggestellt.

Die Versuchsstrecke am Wienfluß wird im Laufe der nächsten Jahre periodisch vermessen. Die Untersuchungen hinsichtlich der Pflanzen beinhalten periodische Vegetationsaufnahmen, Schadensbehebung und Dokumentation an den Bautypen und Ermittlung der maßgeblichen Belastung an den Pflanzen. Die geomorphologischen Untersuchungen umfassen die periodische Vermessung der Versuchsstrecke und die Messungen von Erosion bzw. Akkumulation an den Uferböschungen. Weiters erfolgten bei den bodenkundlichen Untersuchungen die periodische Entnahme

und Aufbereitung von Bodenproben sowie deren Auswertung. Für die hydraulischen Untersuchungen waren Vorerhebungen und Überprüfungen der geeigneten Meßsysteme zur Wasserspiegellagen- und Geschwindigkeitsmessung und deren Durchführung und Auswertung erforderlich.

Am linken Ufer der Unteren Alten Donau wurden im Bereich Große Bucht - Rehlackenwiese - Seestern Maßnahmen zur Oberflächenbefestigung durchgeführt.

Weiters wurden an sanierungsbedürftigen Ufern der Unteren Alten Donau Röhrlichtzonen zur Verbesserung der Selbstreinigungskraft des Gewässers angelegt.

Im Zuge der Sanierung der Alten Donau wurden 1997 vorwiegend folgende Maßnahmen durchgeführt: die Ufersanierung im Bereich der Unteren Alten Donau, wissenschaftliche Untersuchungen, Erstellung eines Grundwassermodells und Arbeiten für die Gewässerreinigung.

Zur langfristigen Stabilisierung der Gewässergüte und zur Festlegung für weitere technische Sanierungsmaßnahmen der Alten Donau wurde 1997 ein Gewässermanagement gestartet. Nach Fertigstellung der Verbindungsleitung Wasserpark - Alte Donau wurden Planungsarbeiten zur Verlängerung der Überleitung Wasserpark - Linker Donausammelkanal in die Neue Donau bzw. in die Obere Alte Donau in Angriff genommen.

Im Zusammenhang mit der Liesingbachrenaturierung und der Radwegherstellung werden neben den Verbesserungen für die Gewässerinstandhaltung und den Hochwasserschutz folgende Leitprojekte zugrunde gelegt:

- die Auflassung der Stauhaltung und der Geschiebeablagerung im Ausschotterungsbecken und die Schaffung von Flachwasserzonen bzw. Schotterbänken und Verlandungszonen;
- die Umgestaltung aller Abstürze in Form von Tümpelpässen. Das Aufbrechen der verfugten Sohlpflasterung und Schaffung einer mit Substrat bedeckten und verbreiterten Sohlfläche;
- die Anhebung der Sohle zur Verringerung der großen Profiltiefe und Erzielung einer größeren Sohlbreite.

Die Detailprojektierung eines Regenwasser-Entlastungskanals mit anschließender Umgestaltung des Bachunterlaufes wurde in Auftrag gegeben. Baumaßnahmen zur abschnittweisen Umsetzung des Revitalisierungskonzeptes wurden im Bereich Rodaun bereits begonnen.

Die Detailprojektierung für das Vorhaben „Dotation Lobau“, die eine Grundwasseranreicherung der Lobau über das Altarmsystem der Donau mit Uferfiltrat aus der Neuen Donau vorsieht, wurde fortgesetzt. Die Planungen für die Erstellung eines Einreichprojektes zur Weiterführung des wasserwirtschaftlichen Versuches bis zum Uferhaus am Großenzersdorfer Arm wurden mit den Fachdienststellen abgestimmt. An Hand fertiggestellter Detailplanungen konnten die Fließbedingungen im Mühlwasser durch die Ertüchtigung des rechtsufrigen Feldes der Wehranlage im Zuge der Glockenblumengasse entscheidend verbessert werden. Auch die durchgeführte Absenkung weiterer Gerinnehochpunkte im Bereich der Saltenstraße trägt dazu bei, projektskonforme Wassermengen in den Nationalpark Donau-Auen überzuleiten, ohne tiefliegende Keller bei Grundwasserschwankungen zu gefährden.

Im Berichtsjahr erfolgte im Rahmen des Tätigkeitsbereiches der Gruppe „Sonderaufgaben“ die Mitarbeit an den Vorbereitungen bzw. der Durchführung von 78 Veranstaltungen, darunter 4 Groß- und 42 Sportveranstaltungen.

Weiters wurden rund 4.000 Einfahrtserlaubnisse für Kraftfahrzeuge zur Befahrung des Donauinselbereiches erteilt, wovon rund 2.000 Stück entgeltlich ausgestellt wurden.

Die Zustimmung zu rund 900 Grillfesten mit angemeldeten etwa 22.400 Teilnehmern im Donauinselbereich wurde erteilt.

Um vor allem das verbotene Befahren mit Kraftfahrzeugen sowie unerlaubte Grillaktivitäten hintanzuhalten, wurde in der Sommersaison im Donauinselbereich ein privater Aufsichtsdienst herangezogen. Von diesem wurden beispielsweise rund 600 KFZ-Lenker verwarnt und in der Folge 154 zur Anzeige gebracht.

Auf Grund von Meldungen einer „Naturschutzorganisation“ mußten weitere 369 KFZ-Lenker angezeigt werden.

Im Zuge von Strafverfahren (Beeinspruchungen von Strafverfügungen der Magistratischen Bezirksämter) wurden 60 Stellungnahmen abgegeben.

Die Gruppe Wasserwirtschaftliche Planung hat auch im Jahr 1997, wie in den vergangenen Jahren Untersuchungen, Planungen und Projektierungen durchgeführt bzw. daran mitgearbeitet und in wasserwirtschaftlichen und anderen behördlichen Verfahren als wasserwirtschaftliches Planungsorgan mitgewirkt.

Hinsichtlich des Siedlungsbaues wurden zahlreiche Projekte erstellt bzw. bearbeitet.

Der Teil A des Grundwasserbewirtschaftungsplanes Wien wurde abgeschlossen. Die Grundlagenbearbeitung zu Nutzwasserversorgungen kommunaler Anlagen wurde fortgesetzt.

Das Projekt betreffend die Planung zur Nutzwasserversorgung des Wiener Stadtparks wurde zur wasserrechtlichen Bewilligung eingereicht, mit Detailplanungen begonnen.

Im Rahmen des Aufgabenkomplexes „Gewässergütee Erfassung“ wurde die Erfassung der Gewässerbeschaffenheit des Liesingbaches mittels der stationären Meßstationen Kledering und Industriegasse fortgesetzt. Mit der mobilen Meßstation wurden an den Standplätzen Schubertpark (Liesingbach) und Hohe Wand Gasse (Mauerbach) Messungen vorgenommen.

Das Untersuchungsprogramm gemäß Wassergütee Erfassungsverordnung wurde weitergeführt.

Im Zusammenhang mit der Grundwassersanierung wurden die Arbeiten für einen Verordnungsentwurf zu § 33 WRG 1959 fortgesetzt und die Ergebnisse der Wasserrechtsbehörde mitgeteilt bzw. übergeben.

Die Erwirkung einer wasserwirtschaftlichen Rahmenverfügung wurde mit der Transformation der WAIC Daten des Baugrundkatasters der MA 29 in eine Oracle Datenbank abgeschlossen. Mit den Arbeiten zur Korrelation von Tiefbohrungen wurde begonnen. Die Einrichtung eines wasserwirtschaftlichen Datenbanksystems wurde im Berichtsjahr fortgesetzt.

Die Schwerpunkte der Arbeiten am Wiener Umweltinformationssystem (WUIS) umfaßten im Berichtsjahr die Datenbereitstellung von neuen und aktualisierten Daten der Abteilung sowie die Einrichtung und Installation der Applikationen des WUIS für die Abteilung als Beta-User.

Die Arbeiten an der Wasserrechtsdatenbank wurden fortgesetzt. Die Schwerpunkte der Arbeiten im Berichtsjahr umfaßten die Anpassung der Applikationen an neue Erfordernisse, die Adaptierung an neue Software (ARC View 3.0), die Erweiterung des Benutzerkreises in der Abteilung durch neue Hardware, die systematische Überprüfung von Datenbankinhalten, die Bearbeitung des abteilungsinternen Wasserrechtsarchives sowie die Vorbereitung der Daten auf eine Implementierung in das Pilotprojekt WWDBS (digitales Wasserbuch). Insgesamt wurden rund 300 Wasserrechte bearbeitet.

Im Rahmen des Wasserwirtschaftlichen Projektinformationssystems wurde die Datenerfassung und Evidenz fortgesetzt. Das Projekt EIK - Immissionskataster für die Fließgewässer Wiens wurde magistratsintern präsentiert und wird evident gehalten.

Die im Jahre 1995 begonnenen Arbeiten im Zusammenhang mit der Immissionsnorm für die Liesing konnten 1997 abgeschlossen werden.

Darüber hinaus erfolgte die Mitwirkung in wasserwirtschaftlich relevanten Arbeitsgremien in nationalen und internationalen Angelegenheiten.

So wurden für die international zusammengesetzte Gruppe „Arge Donauländer - Arbeitsgruppe Geographische Informationssysteme“ entsprechende Unterlagen zur Erstellung einer Gesamtkarte für den Donaauraum zusammengestellt und im Rahmen der Arbeitsgruppe „Gewässerschutz“ umfangreiche Erhebungen und Informationsgespräche betreffend die laufenden Gewässerschutzprogramme durchgeführt. Im Mai wurde die 5. Sitzung in diesem Zusammenhang in Zagreb abgehalten.

Der Arbeitsumfang betreffend EU-Angelegenheiten hat sich weiter vergrößert. Schwerpunkte bildeten

- die Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht,
- die Bereitstellung von Daten im Rahmen des EU-Berichtswesens,
- die Begutachtung neuer Richtlinienentwürfe der EU, vor allem der Wasserrahmenrichtlinie und
- der Stellungnahme zu Fragen der Europapolitik, Bereich Wasser.

Die Gewässerschutzrichtlinien „Wasserrahmenrichtlinie“, „Trinkwasserrichtlinie“, „Kommunale Abwässer“ und „Badegewässer“ wurden bearbeitet.

Die Gruppe „Wasserwirtschaftliche Planung“ wirkte im Zusammenhang mit dem Förderungswesen im Interreg-Beirat und EU-Förderungen-Koordinierungsausschuß mit. Weiters wurde das Projekt „Wasserwirtschaftliches Informationssystem für den Donaauraum“ weiterentwickelt und der Antrag zur Erstellung einer Studie für ein Grundsatzkonzept eingereicht. Beim Österreichischen Wasser- und Abfallwirtschaftsverband wurde der Arbeitsausschuß „Wasserwirtschaftliche Förderungen in der EU“ initiiert und dessen Leitung übernommen.

Im Rahmen von Veranstaltungen und Beratungen anderer internationaler Arbeitsprogramme wurden Informationsgespräche zum Aktionsprogramm der Donauschutz-Konvention (Danube River Protection Convention) und dem Umweltprogramm Donaubecken (Danube River Basin Environmental Programm) sowie hinsichtlich des Entwurfes einer Donaucharta geführt.

Darüber hinaus hat die Gruppe Wasserwirtschaftliche Planung an Ideen für die Verstärkung einer Exportoffensive Wiens im Bereich Wasserwirtschaft mitgearbeitet.

Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten

Organisatorisch gliedert sich die Abteilung in die Stabstelle und sechs Gruppen, von denen fünf in Referate unterteilt sind. Zur Stabstelle gehört die Informationsstelle, die auch die Dienstaufsicht über die Verkehrspermanenzstelle hat. Als Zentralstelle der Abteilung ist sie für die Endredaktion von Akten vorgesetzter Dienststellen, der Bezirksvertretungen, des Bürgerdienstes und sonstiger Terminakte zuständig. Dabei sind besonders zwei Aufgaben wahrzunehmen, und zwar die zentrale und somit koordinierte Redaktion von Vorlageberichten bei gleichzeitiger Terminüberwachung sowie die Bearbeitung von Anfragen und Hinweisen und deren allfällige Weiterleitung an die zuständigen Sachbearbeiter. 1997 hatte die Informationsstelle 1.570 Akten zu bearbeiten, wobei entweder auf Grund von Ergebnissen der in solchen Fällen zumeist notwendigen Ermittlungsverfahren oder auf Grund von Erhebungen Berichte ausgearbeitet und den jeweiligen Dienststellen, aber auch Privatpersonen, übermittelt wurden.

Weiters wurden aus 220 Bezirksjournalen, aus der Rathauskorrespondenz sowie aus rund 1.960 Tageszeitungen

und anderen periodischen Druckwerken etwa 180 Artikel, die mit dem Aufgabengebiet der Abteilung im Zusammenhang standen, entnommen und auf einem öffentlichen Aushang den Abteilungsangehörigen zur Kenntnis gebracht. Bei verkehrsbehördlich aufklärungsbedürftigen Fällen wurden die erforderlichen Ermittlungsverfahren eingeleitet. Außerdem wurden verkehrstechnische Anfragen aus Bevölkerungskreisen mündlich oder schriftlich beantwortet.

Gutachten bzw. Stellungnahmen in Verwaltungsstrafverfahren wurden 1997 in 1.433 Fällen abgegeben.

Die Verkehrsspermanenzstelle ist mit jeweils 3 Bediensteten der Gruppe 2 - Straßenverkehrsbehörde - besetzt, und zwar Montag - Freitag von 7.00 - 18.00 Uhr im Amtsgebäude in 12, Niederhofstraße 23. Dort werden Anträge, welche Aufgrabungen im Straßenbereich betreffen, erledigt, soweit dies aus Termingründen erforderlich und im kurzen Weg möglich ist. Diese Arbeiten werden innerhalb eines Tages behandelt und sind als besondere Serviceleistung anzusehen. Weiters erteilte man in 2.973 Fällen Bewilligungen für Ladetätigkeiten bei Übersiedlungen, Ölabschlauungen und ähnlichem. Die Permanenzstelle nimmt auch Meldungen über Gebrechen im Straßenbereich entgegen und veranlaßt gegebenenfalls die notwendigen Maßnahmen. Weiters werden Termine die Baubeginn oder Bauende von Arbeiten auf oder neben der Straße betreffen, Meldungen über vorläufige Fahrtunterbrechungen bei Gefahrguttransporten, Meldungen über schwere Verkehrsunfälle sowie über die Beschädigungen von Verkehrsleiteinrichtungen entgegengenommen. Außerdem werden telephonische Auskünfte über den Geschäftsbereich der Abteilung erteilt. In der Verkehrsspermanenz wird auch eine Ablage zur Erfassung aller im Raume Wien bewilligten Baustellen, aller von der MA 35-Gebrauchserlaubnisse bewilligten Baustellen und aller von den Dienststellen mittels „Rosa Formular“ durchgeführten Bauarbeiten geführt; diese Ablage ist bezirksweise, alphabetisch nach Straßennamen geordnet. Zu den sonstigen Aufgaben gehört auch die Funkverbindung mit dem Referat für Sofortmaßnahmen in der MD-VR.

Zur Gruppe 1 - Verkehrsorganisation und Planung, die sich in drei Referate gliedert, gehört das Referat 1 - Verkehrsorganisation. Es arbeitet unter anderem an der Planung und Realisierung von Verkehrskonzepten für Bezirke oder Bezirksteile unter Berücksichtigung der Verkehrskonzeption für Wien. Weitere Aufgabengebiete sind die Mitwirkung am Stadtentwicklungsplan und bei Bezirksentwicklungsplänen, bei der Erstellung von Bezirksverkehrskonzepten der MA 18, weiters die Planung und Realisierung von Wohnstraßen, Fußgängerzonen und anderer Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung, die Mitwirkung bei verkehrstechnischen bzw. verkehrsbehördlichen Problemen in Stadterneuerungsgebieten sowie Stellungnahmen bei vorgesehenen Änderungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes. Außerdem gibt das Referat Gutachten zur Verkehrserschließung von Großbauvorhaben ab, beurteilt die von Ziviltechnikern erarbeiteten Verkehrsgutachten von Garagenneubauten und plant die Neuorganisation des ruhenden Verkehrs.

Das Referat arbeitet an der Planung der Tiefgaragen Wehlistraße, Argentinierstraße 29, Schwendermarkt, Karmelitermarkt, Praterstern, Schönburgstraße, Am Hundsturm, Matzleinsdorfer Platz, Neubaugasse 47, Schlesingerplatz, Albertplatz und Tivoligasse, ebenso an der generellen Planung des Wiener Garagenprogrammes und der Garagenrichtlinien.

Die Umorganisation des Verkehrs, Erarbeitung von verkehrstechnischen Untersuchungen, Überprüfung der Verkehrssituation, Prüfung von Verkehrsgutachten bzw. Neuordnung des ruhenden Verkehrs, betrafen im

1. Bezirk: Dr. Ignaz-Seipl-Platz - Bäckerstraße, Judenplatz, Salzgries, Walfischgasse - Kärntnerstraße, Schönlaterngasse, Philharmonikerstraße 2 - 4, Mahlerstraße,

2. Bezirk: Schmelzgasse - Große Mohrengasse, Stoffelgasse, Karmeliterviertel, Mexikoplatz, Praterstraße, Obere Augartenstraße, Waldsteingartenstraße, Wehlistraße, Im Werd - Haidgasse - Leopoldsgasse, Praterstern, Novaragasse - Weintraubengasse, Große Sperlgasse, Aspernallee, Tempelgasse, Lampigasse, Gredlerstraße,

3. Bezirk: Dietrichgasse, Untere Viaduktgasse, Zaunergasse,

Weißgerberlande, Fußweg Kelsenstraße, Arenbergpark, Kollergasse, Baumgasse - Schimmelgasse

4. Bezirk: Schelleingasse, Heumühlgasse - Schönbrunner Straße, Große Neugasse, Mittersteig, Grüngasse, Mommsengasse, Schlüsselgasse, Prinz-Eugen-Straße, Wiedner Hauptstraße, Rainergasse, Argentinierstraße 29, Waaggasse - Preßgasse - Schäffergasse,

5. Bezirk: Am Hundsturm, Bräuhausgasse, Mittersteig, Siebenbrunnenfeldgasse, Pilgramgasse, Margaretenplatz, Steggasse, Siebenbrunnenplatz, Kettenbrückengasse, Wiedner Hauptstraße, Embelgasse - Amtshausgasse, Reinprechtsdorfer Straße, Zentagasse - Siebenbrunnengasse, Arbeitergasse - Josef-Schwarz-Gasse, Grohgasse, Kleine Neugasse, Kettenbrücke, Redergasse,

6. Bezirk: Mollardgasse - Magdalenenstraße, Fritz-Grünbaum-Platz, Sandwirtgasse - Turmburggasse, Liniengasse - Millergasse - Bürgerspitalgasse, Kaunitzgasse, Marchettigasse, Gumpendorfer Straße, Windmühlgasse, Lehargasse - Girardigasse

7. Bezirk: Schottenfeldgasse, Kandlgasse - Wimberggasse, Sigmundgasse, Andreasgasse, Lindengasse,

8. Bezirk: Lange Gasse, Albertplatz, Laudongasse - Bennogasse, Piaristengasse, Zeltgasse, Lerchengasse, Skodagasse,

9. Bezirk: Garnisongasse - Rotenhausgasse, Spitalgasse - Alser Straße, Spittelau, Nordbergstraße, Rögergasse, Berggasse, Lazarettgasse, Währinger Straße - Wilhelm-Exner-Gasse, Liechtensteinstraße - Hörlgasse,

10. Bezirk: Neilreichgasse, Sonnleithnergasse, Laubepark, Karmarschgasse - Senefeldergasse, Fontanastraße, ehemalige Schmidtstahlwerke, Collmannngasse, Waldgasse, Böhmischer Prater, Buchengasse, Troststraße, Gußriegelstraße - Inzersdorfer Straße, Kaiser-Franz-Josef-Spital, Kundratstraße, Rotenhofgasse, Favoritenstraße - Viktor-Adler-Markt, Oberlaaer Straße - Bahnlände, Herndl-gasse, Landgutgasse, Am Grenzacker, Ettenreichgasse - Dieselgasse, Wielandplatz - Wielandgasse, Leibnitzgasse,

11. Bezirk: Lorystraße, Ewaldgasse - Am Kanal, Ailecgasse, Roschegasse, Kimmerlgasse, Simoningplatz, Mailergasse, Geringergasse, Mühl-sangergasse, Csokorgasse, Wopenkastraße,

12. Bezirk: Gaudenzdorfer Knoten, Grieshofgasse, Ratschkygasse, Hetzendorfer Straße, Schlöglgasse, Jägerhausgasse, An den Eisteichen, Biedermann-gasse, Steinbauergasse, Strohberggasse, Khleslplatz, Rechte Wienzeile - Grünbergstraße, Tivolistraße, Wilhelmstraße, Hervicusgasse, Meidlinger Hauptstraße, Hoffingergasse, Oswaldgasse - Liebenstraße, Längenfeldgasse - Eichenstraße, Wolfganggasse, Aßmayergasse - Karl-Löwe-Gasse, Rosenhügelstraße, Weißenthurngasse, Oehlschlägergasse, Rollingergasse, Edelsinnstraße, Löhnergasse, Arndtstraße,

13. Bezirk: Jagdschloßgasse, Am Platz, Hermesstraße - Dr.-Schober-Straße, Steckhovengasse, Kennedybrücke, Auhofstraße, Veitingergasse, Speisinger Straße, Hietzinger Hauptstraße, St.-Veit-Gasse, Gewerbepark Auhof, Lainzerbachstraße, Schönbachgasse, Hackinger Kai - Ruspeckgasse, Wolkersbergenstraße,

14. Bezirk: Mitisgasse, Ameisbachzeile, Steinböckengasse, Penzinger Straße, EKZ Shopping Center-Auhof, Waidhausenstraße, Hüttelbergstraße - Freyenthurngasse, Goldschlagstraße, Rosentalgasse,

15. Bezirk: Stiegergasse, Stutterheimgasse, Vogelweidplatz, Fuchsgasse, Märzstraße, Benedikt-Schellinger-Gasse, Ullmannstraße, Sechshauser Straße, Schweglerstraße, Leydoltgasse, Sorbaitgasse - Geyschlägergasse, Wurzbachgasse, Hütteldorfer Straße, Sperrgasse, Gebrüder-Lang-Gasse, Kürnberggasse,

16. Bezirk: Yppenplatz, Oberwiedenstraße, Steinmüllergasse, Montleartstraße, Koppstraße, Pschorngasse, Klausgasse, Gallitzinstraße, Gerunggasse, Brüllgasse, Kandlerstraße, Wilhelminenspital,

17. Bezirk: Hans-Leinkauf-Platz, Hernalser Hauptstraße - Güpferlingstraße, Heigerleinstraße, Haslingergasse, Rosensteingasse, Andergasse, Rötzer-gasse - Pezzlgasse - Gschwandnergasse, Czartoryskigasse - Schafberg, Carl-Reichert-Gasse - Werfelstraße, Lacknergasse, Dornbacher Straße, Leopold- Kunschak-Platz,

18. Bezirk: Antonigasse, Pötzleinsdorfer Straße, Gentzgasse - Simonygasse, Hainzingergasse, Schumanngasse, Hockegasse, Bischof-Faber-Platz, Gersthofer Platzl, Buchleitengasse, Türkenschanzstraße - Hasenauerstraße,

19. Bezirk: Freihofgasse, Agnesgasse - Krottenbachgasse, Döblinger Gürtel, Sandgasse - Langackergasse, Ortskern Grinzing, Philippovichgasse, Hardtgasse, Nußdorfer Platz, Mooslackengasse, Wilhelm-Busch-Gasse, Silbergasse, Probusgasse, Gatterburggasse, Peter-Jordan-Straße, Dennweg,

20. Bezirk: Treustraße 94, Mortaraplatz, Nordwestbahnstraße, Wehlstraße, Friedrich-Engels-Platz, Universumstraße,

21. Bezirk: Lavantgasse, Ferdinand-Käas-Gasse, Luckenschwemmgasse, Eyblweg, Leopoldauer Platz, Oswald-Redlich-Straße, Grenzweg, Stammersdorfer Straße, Franz-Jonas-Platz, Peitlgasse, Schuchardt-gasse, Dahliengasse, Strebersdorfer Straße, Kugelfanggasse, Schlossergasse, Kefergrund, Schenkendorf-gasse, Gerasdorfer Straße, Carminweg, Satzingerweg, Freiheitsplatz - Jedlersdorfer Straße, Sildgasse, Dammäckergasse - Sandtnergasse, Nordrandsiedlung, Mühl-schüttelgasse

22. Bezirk: Gartenheimstraße, Violaweg, Markgraf-Gerold-Gasse, Rittersporngasse, Kapellenweg - Wulzendorfstraße, Reinholdgasse, östlich Josef-Baumann-Gasse, Eibengasse, Mayredergasse - Pfalz-gasse, Kermaunerweg, Arbeiterstrandbadstraße, Tamariskengasse, European, Verkehrsorganisation Eßling, Simonsgasse, An der oberen Alten Donau, Steinspornweg, Johann-Kutschera-Gasse, Lenkgasse, Steigenteschgasse - Mergenthalerplatz, Auernheimergasse, Polgarstraße, KG Aspern, Wiethestraße, Schüttaustraße, Wehrbrücklstraße, Schafflerhofstraße,

23. Bezirk: Hoferstiege, Baslergasse - Akaziengasse, Rosiwalgasse, Draschestraße, Osram Gründe, Anton-Krieger-Gasse, Karl-Heinz-Straße, Auer-Welsbach-Straße, Hochwassergasse - Laxenburger Straße, Zemlinskygasse, Maurer Lange-Gasse - Rodauner Straße, Kugelmann-gasse, Gregorygasse - Mühlbreiten, Altmannsdorfer Straße, Brändström-gasse, Friedensstraße, Promenadeweg - Mackgasse, Mehlführergasse, Talpagasse, Perfektastraße, Kinskygasse, Atzgersdorfer Straße, Premgasse - Futterknechtgasse, Porschestraße, Anton-Freunschlag-Gasse.

39 Tempo 30-Anträge wurden für ganz Wien bearbeitet, davon wurden 28 Bereiche noch im Jahre 1997 kundgemacht. Weiters ist zu nennen die Mitarbeit in sämtlichen Gebietsbetreuungen der Stadt Wien, Abhaltung bzw. Teilnahme an Bürgerversammlungen, Teilnahme an Amtsbesprechungen der MA 18, MA 19, MA 21, MA 28 sowie anderer Dienststellen der Stadt Wien.

Innerhalb des Referates 1 wurden 177 Beantwortungen sowohl an Bezirksvorstehungen, amtsführende Stadträte, MD- Präsidialbüro als auch an Einzelpersonen in Zusammenarbeit mit der Informationsstelle der MA 46 erstellt. Weiters wirkt das Referat Verkehrsorganisation bei Expertenverfahren und Stadterweiterungen bei verschiedenen Bezirksentwicklungsplänen, bei Fragen von Park-and-Ride-Anlagen mit.

Das Referat 2 - Verkehrstechnik und Projektierung - befaßt sich mit der generellen Projektierung und Festlegung von deren Verkehrslichtsignalanlagen (VLSA) sowie mit der Überprüfung von deren Notwendigkeit. So wurden z.B. VLSA an den Kreuzungen 11, Kaiserebersdorferstraße - Geringergasse, 18, Schulgasse - Martinstraße,

20, B 14 Handelskai - Donaueschingerstraße und 23, B 12 Breitenfurter Straße - Industriestraße festgelegt und auch bereits realisiert. In der Wiedner Hauptstraße vor der Maierhofgasse wurde zur Freihaltung des Haltestellenbereiches eine Zeitinsel festgelegt und auch bereits realisiert. 1997 wurden auch weitere Überprüfungen auf möglichen Gelbblinkbetrieb von VLSA auf Grund diverser Anträge durchgeführt; unabhängig von Einzelanträgen wurden in einem Großprojekt alle bestehenden VLSA auf möglichen Gelbblinkbetrieb überprüft. In rund 40 Verhandlungen wurden die Örtlichkeiten einem behördlichen Verfahren unterzogen, wobei auch Aufhebungen eines bestehenden Blinkbetriebes aus Verkehrssicherheitsgründen notwendig waren.

Es wurden rund 650 Projekte des Straßen-, Gleis- und Brückenbaues begutachtet (Maurer Hauptplatz, Eibesbrunnnergasse, B 10 Handelskai u.v.m.) und entsprechende Änderungen zur Verbesserung der Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs angeregt sowie an den entsprechenden Verhandlungen anderer Dienststellen teilgenommen. Im Rahmen einiger Projekte war auch die Teilnahme an Bürgerbeteiligungsverfahren notwendig. Die zahlreichen Projekte der Stadterweiterung (z.B. Floridsdorf Ost, Laaer Berg usw.) wurden betreut; es erfolgte auch die Teilnahme an Expertenverfahren (z.B. Wienerberg).

Einen wesentlichen Arbeitsaufwand erfordern weiters die Großprojekte, die etwa von der MA 18, MA 21 und der Hochleistungs AG betrieben werden. Hier sind unter anderem der Lainzer Tunnel und Projekte der B 12b Altmannsdorfer Anger, B 301 Südrandstraße, B 229 und Umfahrung Breitenlee, B 3, anhängig.

Umfangreiche Aktivitäten wurden auch durch das Projekt der Donau-City erforderlich. Im Zusammenhang mit den Nutzungen auf der Platte über der A 22 Donauuferautobahn mußten die verschiedenen Projekte (Wohn-, Schul-, und Bürobau) begutachtet werden.

Weiters werden Park- and Ride-Projekte (z.B. Liesing und Hütteldorf) sowie verschiedene Garagenprojekte auf ihre Folgen für den Verkehr überprüft. Bei Projekten für Wegweiser, Verkehrszeichen und Bodenmarkierungen auf Bundesstraßen A (Autobahnen) wurden die Projekte für die Verbreiterung der A 23 Südosttangente Wien, der Beschränkungen für LKW über 7,5 t auf der A 22 Donauuferautobahn, dem vierten Fahrstreifen auf der A 2 Süd-Autobahn sowie für die Änderung der Brigittenauer Brücke auf eine Autostraße erstellt. Diese Projekte stellen die Grundlagen für die Ermittlungsverfahren und die Einreichung zur Genehmigung und Verordnung bei dem zuständigen Bundesministerium dar. Bei U-Bahnprojekten wurden bei der generellen Planung der U6-Nord, U 1 - Süd und Nord Stellungnahmen und Änderungsvorschläge ausgearbeitet, bei der Erstellung des öffentlichen Verkehrs-Sekundärnetzes mitgearbeitet sowie bei den U-Bahnprojekten, folgenden Straßendetailprojekten für U3 - Ottakring die notwendigen Verkehrsmaßnahmen festgelegt. Weiters wurden verkehrstechnische und verkehrsorganisatorische Überprüfungen diverser Bevorrangungsprojekte der Wiener Linien durchgeführt.

Das Referat 3 - Radverkehrsanlagen - konnte 1997 die Radfahrinfrastruktur um 65,69 km erweitern. Ende 1997 stehen daher 655,15 km Radwege zur Verfügung. Auch die Fahrradabstellanlagen konnten um 90 auf derzeit 1.305 Örtlichkeiten erweitert werden. Vom Projektkoordinator wurden Koordinations- und Planungsgespräche mit Abteilungen des Magistrates sowie mit dem Umland Wiens zur Herstellung von regionalen und überregionalen Radwegrouten geführt.

Die Gruppe 2 - Straßenverkehrsbehörde - ist in 6 Referate unterteilt und mit folgenden Aufgaben befaßt:

Der erste Aufgabenbereich umfaßt die Verordnung und Festlegung definitiver Verkehrsmaßnahmen sowie die periodische Überprüfung bestehender Verkehrsmaßnahmen. 1997 wurden in diesem Zusammenhang 4.400 Anträge behandelt. Diese kamen in der Regel von Bezirksvorstehungen, der Magistratsdirektion, dem Bürgerservice, der Bundespolizeidirektion Wien - Verkehrsamt, den Wiener - Linien, der Wirtschaftskammer Wien und Privatpersonen. Weiters wurden Verkehrsmaßnahmen nach Fertigstellung von Projekten des Straßen-, Gleis- und Brückenbaues festgelegt, aber auch auf der Grundlage von Untersuchungen der Gruppe für Verkehrssicherheit Verhandlungen über die Entschärfung von Unfallsschwerpunkten geführt.

Der zweite Aufgabenkomplex besteht in der Bewilligung von Arbeiten auf oder neben der Straße gemäß § 90 StVO und der Festlegung der erforderlichen Verkehrsmaßnahmen. Im Jahr 1997 waren dies 12.640 Fälle. Die Antragsteller sind vor allem die Magistratsabteilungen 28, 29, 30, 31, 33 und 42, Wien Strom, Wien Gas, die Wiener Linien, das Fernmeldebauamt Wien, die ÖBB, die Fernwärme Wien Ges.m.b.H., Telekabel und auch Private. Im folgenden sind einige der wichtigsten Bauarbeiten des Jahres 1997 angeführt:

Im 1. Bezirk wurde der Parkring saniert, ebenso die Salztorbrücke. Im 2. Bezirk wurde im Zuge der SO-Tangente die Praterbrücke gehoben und die Prater Hochstraße saniert sowie verbreitert. Die Arbeiten begannen 1997 und werden 2000 abgeschlossen sein. Im 3. Bezirk wurde die A4-Ostautobahn in Fahrtrichtung Schwechat zwischen Anschlußstelle Prater und Anschlußstelle Simmeringer Haide saniert. Mit den Arbeiten am U-Bahnbaubauabschnitt Erdberg wurde begonnen, wobei im gesamten Jahr 1997 die Sperre anhielt. Im 6. Bezirk wurde im Bereich Linke Wienzeile - Gumpendorfer Gürtel die U4-Eindeckung saniert und anschließend Gleisbauarbeiten durchgeführt. Im 8. Bezirk wurden Gleisbauarbeiten in der Josefstädter Straße, im 9. Bezirk Gleisbau- und Straßenbauarbeiten in der Spitalgasse vorgenommen. Im 10. Bezirk wurde auf der A 23 SO-Tangente mit der Sanierung des Laaerbergtunnels im Herbst 1997 begonnen. Im 11. Bezirk wurden diverse Arbeiten im Zusammenhang mit dem U-Bahnbau im Laufe des ganzen Jahres 1997 durchgeführt. Im 12. Bezirk wurde die Eibesbrunnnergasse neu angelegt. Im 13. Bezirk wurden Kanalbauarbeiten sowie diverse Einbautenumlegungen vorgenommen und der Bereich Hietzinger Hauptstraße

und Maxingstraße umgebaut. Im 16. Bezirk wurden in der Koppstraße von Gürtel bis Kirchstetterngasse und Joachimsthaler Platz Gleisbau- und Straßenbauarbeiten durchgeführt. Im 17. Bezirk erfolgten Gleisbauarbeiten am Elterleinplatz, im 19. Bezirk in der Döblinger Hauptstraße von Gürtel bis Billrothstraße Gasrohrlegungen und Gleisbauarbeiten. Im 21. Bezirk wurden in der Angerer Straße Straßenbau- und Wasserrohrlegungsarbeiten, im 22. Bezirk Kanalbauarbeiten in der Süßenbrunner Hauptstraße durchgeführt. Im 23. Bezirk wurde auf der A2 Südautobahn der 4. Fahrstreifen in Fahrtrichtung Wien gemeinsam mit Niederösterreich hergestellt. Baubeginn war am 12. Mai 1997, Verkehrsfreigabe am 10. Oktober 1997.

Das Referat - Parkraumbewirtschaftung - wurde am 1. März 1993 eingerichtet, und zwar auf Grund der Verordnung vom 16. Februar 1993 über die pauschale Entrichtung der Parkometerabgabe des Wiener Landtages, deren Wirkung mit 1. Juli 1993 festgelegt wurde. Mit der Verordnung vom 3. Juli 1995 über die pauschale Entrichtung der Parkometerabgabe des Wiener Landtages wurde die flächendeckende Kurzparkzone auf die Wiener Gemeindebezirke 6 bis 9 erweitert und mit Wirkung vom 1. August 1995 festgelegt, am 2. Juni 1997 trat die Verordnung für die Bezirke 4 und 5 in Kraft. Im Jahr 1997 wurden 7.664 Anträge bearbeitet.

Für die Arbeiten der 5 Referate der Gruppe 3 - Errichtung, Betrieb und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen wurden die für die Vergabe von Leistungen erforderlichen Maßnahmen, u.a. die Aufstellung und Ausführung von Voranschlägen, Ausschreibung und Einholung von Angeboten, Bauüberwachung, Kollaudierung und Rechnungsprüfung durchgeführt.

Das Referat 1 - Detailprojekt und Errichtung von Verkehrslichtsignalanlagen (VLSA) - überprüfte 1997 auf Grund von Anträgen und Beobachtungen 286 Schaltprogramme oder Verkehrsabläufe und hat für den Neu- bzw. Umbau von VLSA entsprechende Detailprojekte erstellt. Davon waren für die Bevorrangung des öffentlichen Verkehrs 47 Projekte.

An 15 Örtlichkeiten wurden neue, teils koordinierte VLSA unter Berücksichtigung der Wünsche des öffentlichen Verkehrs errichtet. Davon war an einer Örtlichkeit eine sogenannte „Rot-Gelb“-VLSA zur Regelung und Sicherung von Gleisüberfahrten. Erstmals in Österreich wurde eine „Zeitinsel“ zur Sicherung einer Straßenbahnhaltestelle eingerichtet. Dabei wird den Fahrgästen durch das Anhalten des zur Straßenbahn parallelen Fahrzeugverkehrs mittels Signalen ein sicheres Ein- und Aussteigen ermöglicht. Im Zusammenhang mit Baumaßnahmen wurden 11, teilweise komplizierte VLSA projektiert, errichtet, in Betrieb genommen und gegebenenfalls den geänderten Umleitungsverhältnissen angepaßt. Ferner nahm das Referat 274 definitive bzw. provisorische Umbauten und Anpassungen an VLSA vor. Weiters wurde an den Grundlagen für die dezentrale Ausschreibung und Angebotsprüfung mit Hilfe der EDV weitergearbeitet und mit von vorhandenen und laufend selbst ergänzten EDV-Programmen erstellte man die erforderlichen Projektunterlagen. Für die zentrale Verkehrsregelung wurden 16 Kabellegungen und Verteilerbauten durchgeführt und 28 VLSA an die Wiener Verkehrsleitzentrale angeschlossen. Dabei wurde erstmals in Wien ein Anschluß mit Mobiltelefon und ein Anschluß mit Funktechnologie an Stelle der üblichen Kabelverbindung hergestellt. Für Erdarbeiten im Zuge von VLSA-Baumaßnahmen wurden 54 Aufträge vergeben.

Im Zuge des Ausbaues der zentralen Verkehrsüberwachung mit Verkehrsfernsehleinrichtungen wurden drei Kamerastandorte in Betrieb genommen. Für die Organisation des ruhenden Verkehrs wurde für das dynamische Parkleitsystem für die Park & Ride-Standorte 3, Erdberg, 22, Copa Cagrana und 23, Siebenhirten die öffentliche Ausschreibung durchgeführt und mit den Errichtungsarbeiten begonnen. In 15, Hütteldorfer Straße, wurden in zwei Abschnitten Verkehrssteuerungsanlagen mit Fahrstreifensignalen (Kreuz/Pfeil-Signale) zur Straßenbahnfreihaltung in den Spitzenzeiten installiert. Erstmals wurden für die Signalisierung des Fahrzeugverkehrs an 3 Örtlichkeiten neue Signalgeber in LED-Technologie an Stelle von Glühlampen eingesetzt. Im Zuge der Sanierungsmaßnahmen der Fahrbahn der Ostautobahn A 4 im Abschnitt A 23 bis Simmeringer Haide wurde eine automatische Höhenkontrolle mit Lasermeßeinrichtung installiert.

Das Referat 2 - Betrieb und Erhaltung von VLSA und der Verkehrsleitzentrale beantwortete 469 gerichtliche Anfragen, stellte Planunterlagen zu Verkehrsunfällen im Bereich von VLSA bei und beantwortete 31 Anfragen in Verwaltungsstrafverfahren. Weiters wurden an den 1.037 in Betrieb befindlichen VLSA (einschließlich 9 Fremdanlagen wie etwa Feuerwehrausfahrten) 18 Geschwindigkeitswarnanlagen und 81 Blinkanlagen Erhaltungsarbeiten durchgeführt, 691 Schäden instand gesetzt sowie der Betrieb ständig überprüft. Durch bessere Überwachung und genauere Wartung der Steuergeräte wurde die Betriebs- und Verkehrssicherheit erhöht. In diesem Zusammenhang wartete man turnusmäßig zweimal die Schaltgeräte, reinigte die Signalgeber, führte den Lampentausch durch, wofür etwa 102.100 Glühlampen einschließlich dem Verbrauch für Ausfälle erforderlich waren. Weiters wurden 4 VLSA-Steuergeräte, deren Zustand dem technischen Standard nicht mehr entspricht, getauscht. Etwa 800 Störungen mußten behoben und eine abschließende Prüfung der Anlagen durchgeführt werden. Dazu kamen noch Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten an 45 Fernsehbeobachtungsstellen und den Einrichtungen der Verkehrsleitzentrale, aber auch die Überprüfung von Lampenausfällen im Hinblick auf eine Qualitätskontrolle. 1997 wurden drei Gewitterschäden an diversen Einrichtungen behoben.

Das Referat 3 - Verkehrsleiteinrichtungen - ist für Straßenverkehrszeichen und Wegweiser zuständig. Insgesamt wurden Ende 1997 107.241 Verkehrszeichen in Email- oder Scotchliteausführung (rückstrahlend), 2.072 beleuchtete VZ und 599 Verkehrsleuchtsäulen verwaltet. Davon wurden 3.609 VZ auf 2.010 Eisenständern neu aufge-

stellt. Im Zusammenhang mit dem Wegweisungskonzept für Wien wurden 43 Wegweiser aufgestellt. Im Zuge von Erhaltungsarbeiten bzw. der Änderung bestehender Verkehrsmaßnahmen wurden 13.186 VZ, 7.951 Zusatztafeln, 6.610 Eisensteher und 176 Kettensteher erneuert. Im Zusammenhang mit der Erprobung von überfahrbaren Inselabsicherungen wurden 6 Sicherheitssäulen mit Bodenlicht und 46 unbeleuchtete Sicherheitssäulen aufgestellt. Bei Verkehrsmaßnahmen in Zusammenhang mit dem Friedhofsverkehr zu Allerheiligen wurden 256 transportable VZ aufgestellt. Erwähnenswert ist noch die Mitwirkung im Ausschuß - Arbeitsgruppe „Verkehrszeichen“ des österreichischen Normeninstitutes.

Das Referat 4 - Bodenmarkierungen - brachte auf Straßen, die von der Gemeinde Wien erhalten werden, rund 161.000 m Strichmarkierungen (Leit-, Sperr-, Randlinien) sowie rund 22.400 m² Flächenmarkierungen (Schutzwege, Sperrflächen) auf. Von den Strichmarkierungen waren etwa 43.500 m, von den Flächenmarkierungen rund 5.500 m² Kurzzeitmarkierungen. Auf den Bundesstraßen B waren es rund 46.000 m Strichmarkierungen (darunter rund 25.000 m Kurzzeitmarkierungen) sowie rund 4.350 m² Flächenmarkierungen (darunter rund 1.600 m² Kurzzeitmarkierungen); auf Autobahnen rund 56.000 m Strichmarkierungen (darunter rund 29.500 m Kurzzeitmarkierungen) und rund 850 m² Flächenmarkierungen (darunter rund 400 m² Kurzzeitmarkierungen). Außerdem bearbeitete das Referat 306 Verwaltungs- und 369 Gerichtsakte, davon 134 Anfragen im Zusammenhang mit der Parkraumüberwachung. Weiters wurden die Straßenzüge der B 12, B 13, B 13a, B 14, B 16, B 17, B 223, B 225 sowie Teile der B 1, B 227 im Rahmen von Erhaltungsverträgen erneuert bzw. nachmarkiert.

Das Referat 5 - Budget - ist für die Führung der Sach- und Referatskredite und deren Abrechnung zuständig und führt für die Referate 1, 3 und 4 die Kontrolle und Abrechnungen der Leistungen für Fremdbteilungen durch. Im Detail betragen die von der Abteilung verwalteten Budgetmittel (einschließlich der Budgetanteile der Bezirke) 343.828.000 S, von auf den Betrieb und die Erhaltung von Verkehrseinrichtungen 88.221.000 S, auf Strom 20.763.000 S, auf die Errichtung von Verkehrseinrichtungen auf Gemeindestraßen 86.744.000 S, auf die Refundierungen der Stadt Wien an den Bund und diverse andere Budgetposten 34.258.000 S, auf die Errichtung und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen auf Bundesstraßen B + S 60.798.000 S, auf provisorische Maßnahmen auf Bundesstraßen B + S 722.000 S, auf die Errichtung und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen auf Bundesstraßen A 11.417.000 S, auf provisorische Maßnahmen auf Bundesstraßen A 1.951.000 S, auf Refundierungen des Bundes an die Stadt Wien 25.524.000 S und 13.430.000 S auf definitive und provisorische Maßnahmen im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau entfielen.

Die Gruppe 4 - Sondertransporte, die aus zwei Referaten besteht, ist gleichzeitig die Geschäftsstelle für die Lenkerprüfung beim Amt der Wiener Landesregierung; sie erstellt außerdem Verkehrsgutachten in Bau-, Gewerbe-, Kraftfahr-, Luftfahrt- und straßenpolizeilichen Angelegenheiten.

Vom Referat 1 - Sondertransporte - wurden 3.451 Routengenehmigungen für übergroße und überschwere Fahrzeuge und Transporte nach § 40 (3) und (4), § 45 (5), § 82 (5), § 101 (5) und § 104 (9) des Kraftfahrzeuggesetzes erteilt.

Die eingeschränkte Zulassung von überschweren Arbeitsmaschinen und die Genehmigung von Sondertransporten mit erheblichen Gewichts- und Abmessungsüberschreitungen (Gesamtgewichte von 240 t, Transportlängen von 50,5 m, Transportbreiten von 7,2 m und Transporthöhen von 7,0 m) erforderten Routenerhebungen über die fahrtechnische Eignung sowie Ermittlungen über die Tragfähigkeit von Brücken und Straßendecken einschließlich der Einbauten.

Bei bundesländerüberschreitenden Transporten ist die mitunter sehr zeitraubende Einholung und Koordinierung der Stellungnahmen der betroffenen Bundesländer erforderlich. Für bestimmte Fälle waren auch begleitende Maßnahmen auf der Ebene der Straßenverkehrsordnung, wie z.B. Verordnungen von Halteverbotszonen, die den Zweck haben, schmale Straßen und enge Kurven vom ruhenden Verkehr freizuhalten, und Ausnahmen von Mindestgeschwindigkeiten notwendig.

Das Referat 2 - Behindertenangelegenheiten, Drehgenehmigungen, Gutachtertätigkeit erteilte 1.402 Genehmigungen. Außerdem stellte das Referat für Kinder zwischen dem 10. und 12. Lebensjahr 1.058 Erlaubnisse zum Radfahren aus. Das Referat behandelte weiters 30 Fälle von sportlichen Veranstaltungen auf öffentlichen Verkehrsflächen. Für die Ermächtigung zum Führen von Blaulicht und Folgetonhorn wurden 98 Ermittlungsverfahren durchgeführt.

Ansuchen um die Ausstellung von Behindertenausweisen gemäß § 29b Abs.4 StVO 1960 wurden im Jahre 1997 706 gestellt. Dabei wurden rund 105 Beobachtungsfahrten mit schwerbehinderten Personen durchgeführt, da nach Meinung der zuständigen Rechtsabteilung durch die Eintragung des Kennzeichens ihres Autos im § 29 b-Ausweis stillschweigend dessen Eignung als Ausgleichsfahrzeug anerkannt wird. Mit der 19. Novelle zur StVO 1960 wurde ein bundesweit geltendes Nachtfahrverbot in Ergänzung zum Wochenend- und Feiertagsfahrverbot für nicht lärmarme Lastkraftwagen über 7,5 t festgelegt (§ 42 StVO).

Es wurden Anträge auf Ausnahme vom Nachtfahrverbot (233 Anträge) und vom Wochenend- und Feiertagsfahrverbot (792 Anträge) bearbeitet. Ferner wurden etwa 255 Fahrzeuge der Wiener Fahrschulen überprüft und Gutachten erstellt, ob diese für die praktische Ausbildung geeignet sind. Während des Parteienverkehrs werden Projektanten und Private in Bau- und Gewerbeangelegenheiten verkehrstechnisch beraten und Projekte vidiert. In 77 Fällen wurde der luftfahrttechnische Amtssachverständige tätig.

Die Gruppe 5 - Fahrzeugtechnik und Gefahrguttransporte

ist zuständig für Sachverständigen- und Behördentätigkeit auf dem Gebiet Fahrzeugtechnik und Gefahrguttransporte. Im eisenbahnrechtlichen Verfahren für die Genehmigung von Fahrbetriebsmitteln der Straßenbahn im Einzelfall werden die Sachverständigen der Gruppe 5 zur fahrzeugtechnischen Gutachtenserstellung herangezogen.

Das Referat 1 - Fahrzeuggenehmigungen, Landesfahrzeugprüfstelle hat 1997 insgesamt 5.484 Anträge um Genehmigung von Kraftfahrzeugen und Anhängern behandelt. Diese Genehmigungen umfassen in erster Linie Einzelgenehmigungen gemäß § 31 KFG 1967 und Ausnahmegenehmigungen für Übersiedlungsfahrzeuge und für historische Kraftfahrzeuge gemäß § 34 KFG 1967, aber auch Bewilligungen für nicht zum Verkehr zugelassene Anhänger gemäß § 104 Abs. 7 KFG 1967 und die Ausstellung von „10 km/h“-Bescheinigungen für einzelne Fahrzeuge und Fahrzeugtypen gemäß § 96 KFG 1967. Darüber hinaus wurden 3.841 Anzeigen betreffend Änderungen an Kraftfahrzeugen und Anhängern gemäß § 33 KFG 1967 bearbeitet. Die für diese Verfahren erforderlichen kraftfahrtechnischen Gutachten wurden durch die vom Landeshauptmann von Wien bestellten Sachverständigen gemäß § 125 KFG 1967 erstellt.

Das Referat 2 - Ermächtigung und Revision von Werkstätten und Gefahrguttransporte hat 1997 auf dem Gebiet der Ermächtigung von Werkstätten und Vereinen zur Durchführung wiederkehrender Überprüfungen bzw. wiederkehrender Begutachtungen gemäß §§ 55, 57 und 57 a KFG 1967 und der Ermächtigung zur Prüfung von Fahrtschreiberanlagen und Geschwindigkeitsbegrenzern gemäß §§ 24 und 24 a KFG 1967 insgesamt 1.203 Geschäftsfälle behandelt. Auf dem Gebiet des Transportes gefährlicher Güter wurden insgesamt 272 Geschäftsfälle behandelt. Darunter fallen u.a. Genehmigungen von Kraftfahrzeugen, Anhängern und Tanks zur Beförderung gefährlicher Güter sowie die hierfür erforderlichen Sachverständigengutachten, Ausnahmbewilligungen gemäß § 25 GGSt, Überwachung des Transportes gefährlicher Güter im Sinne des § 26 GGSt, Erteilung der Ermächtigung zur Lenkerausbildung gemäß § 40 GGSt und die Überwachung der Lehrtätigkeit der ermächtigten Ausbildungsstätten.

Im Zuge von bau- und gewerberechtiglichen Verfahren wurden 66 verkehrstechnische Gutachten erstellt. Nach dem Güterbeförderungsgesetz wurden 15 sogenannte COP-Dokumente als Grundlage zur Berechnung der ÖKO-Punkte im Transitverkehr ausgestellt. Im Rahmen der von der MA 48 durchgeführten Fahrzeugskartierungen wurden in 38 Verhandlungen Gutachten über den Fahrzeugzustand und die Verwertbarkeit von Fahrzeugen erstellt.

Im Zusammenarbeit mit der Wiener Polizei wurden gemäß § 58 KFG 1967 Überprüfungen von Kraftfahrzeugen und Anhängern an Ort und Stelle durchgeführt. Im Jahre 1997 wurden dabei 420 in- und ausländische Fahrzeuge überprüft. Bei 167 Fahrzeugen wurde von den kraftfahrtechnischen Sachverständigen Gefahr in Verzug festgestellt und somit die Kennzeichen entzogen.

In Verwaltungsstrafverfahren wurden von der Landesfahrzeugprüfstelle über Anforderung der Unabhängigen Verwaltungssenats Wien und der MA 65 in 214 Fällen zum Teil aufwendige verkehrstechnische Gutachten erstellt. Zumeist wurden in Berufungsverfahren betreffend Fahrerflucht gemäß § 4 Abs. 5 StVO 1.960 Fahrzeuge nach Verkehrsunfällen begutachtet, um Aussagen darüber treffen zu können, ob Verkehrsunfälle für den Verursacher wahrnehmbar waren. Es erfolgten aber unter anderem auch gutachtliche Stellungnahmen zu der Frage, ob abgeschleppte Fahrzeuge verkehrsbeeinträchtigend auf öffentlichen Verkehrsflächen im Sinne des § 89 a StVO 1960 abgestellt waren. Dem Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr, Verwaltungsbereich öffentliche Wirtschaft und Verkehr wurden zwei Sachverständige gemäß § 124 KFG 1967 über Anforderung für Aufgaben der Typenprüfung von Kraftfahrzeugen und Anhängern zur Verfügung gestellt.

Gruppe 6 - Verkehrssicherheit und Statistik

Seit Einführung des Wiener Verkehrssicherheitscomputers (1983) und seit Einrichtung des Wiener Unfall-Analyse-Systems UAS (1993) konnte im letzten Jahr die beste Unfallsbilanz bezüglich Personenschadenunfälle in Wien erreicht werden, die jemals verzeichnet wurde.

Es wurde somit im Jahre 1997 der Tiefstand der Unfälle der Jahre 1995 und 1996 weiter unterboten. 1997 haben sich daher um 2.856 Personenschadenunfälle weniger als 1983 ereignet, die Unfallzahl mit 4.886 Personenschadenunfällen ist die niedrigste Zahl von Verkehrsunfällen, die Wien jemals verzeichnet hat (der Rückgang 1983/1997 beträgt daher minus 37 %).

Im letzten Jahr wurde aber auch die geringe Verletztanzahl des Jahres 1996 weiter unterboten, so daß nur mehr 6.295 Verletzte (einschließlich Tote) registriert werden mußten. Der Rückgang von 1983 bis 1996 beträgt genau 4.008 Verletzte (minus 39 %).

Die Zahl der Toten im Jahre 1997 liegt zwar um 19 Tote höher als der Vorjahreswert, ist aber mit 57 Toten etwa gleich hoch wie der Wert des Jahres 1995. Die Zunahme der Zahl der Toten ist vor allem auf die Steigerung von Abkommensunfällen (+13) bzw. Fußgängerunfällen (+7) zurückzuführen.

Der Rückgang der Zahl an Toten von 1983 bis 1997 beträgt insgesamt 112 Tote, es konnte die Zahl an Toten von 169 auf 57 Tote, also um 66 Prozent gesenkt werden. Wien ist daher das einzige Bundesland, das nicht dem allgemeinen negativen Trend der Unfallentwicklung Österreichs folgt.

Wissenschaftliche Grundlagen der Wiener Unfallforschung

Weiterführung des Erfolges durch neue wissenschaftliche Initiativen:

- Örtliche EDV-gerechte Unfallforschung und Unfalltypenforschung zur Sanierung von Unfallhäufungsstellen mit dem Wiener Unfall-Analyse-System UAS
 - Modernste Unfallsimulation zur Nachbildung von Unfall- und Gefahrensituationen und zur Beweisführung von Konfliktsituationen durch die Wiener-Crash-Simulation
 - Einrichtung des wissenschaftlichen Ludwig-Boltzmann-Institutes für Verkehrssystemanalyse, interdisziplinäre Unfallforschung und Unfallrekonstruktion zur Fact-Finding-Mission für neue Methoden der Verkehrs- und Verkehrssicherheitsforschung in der Zukunft
- Bestehende bestens bewährte Verkehrssicherheitseinrichtungen werden fortgeführt
- Weiterführung der Fachkommission für Verkehr zur Sicherstellung von ausgewogenen Planungen und Straßenbauten
 - Weitere umfassende Maßnahmen für Kindersicherheit durch den Jugendombudsmann (Schulkindersicherheit)
 - Lückenlose Sicherheitsprüfung, laufende Verkehrssicherheitsbegutachtungen und Überwachung aller Projekte hinsichtlich Verkehrssicherheit

Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark

Neben den wiederkehrenden Budgettätigkeiten wurden im Berichtsjahr 1997 das Anlagenerfassungssystem HAN-SY sowie das Mengenerfassungssystem SAUDI der MA 6 eingeführt, wobei für das System SAUDI sämtliche Daten der Abteilung nacherfaßt werden mußten. Im Zuge der „Dezentralisierung 1998“ wurden Teile der Straßenreinigung (Schneeabfuhr durch private Firmen, Tagelöhner und Schneearbeiter, WD-Kehrbobcat und private Waschmaschinen) sowie die Bedürfnisanstalten mit Ausnahme der Sonderveranstaltungen in die Budgethoheit der Bezirke übertragen. Alleine dadurch waren 84 Anträge auf sachliche Genehmigung und 141 Anträge auf Vergabegenehmigung an die Bezirksvorstehungen zu erstellen.

Für das Jahr 1997 wurden von der EDV folgende Leistungen erbracht: im Bereich Hardware wurden 52 PCs umgerüstet bzw. installiert (586/166, 32 MB RAM, VGA-PCI und HD), 15 Bildschirme (17") sind im Zuge der Umstellung gewechselt worden, 9 Drucker mit den Bezeichnungen HP6P, HP690C und HP750C+ installiert, davon sind 3 Drucker mit EMULEX Printer-Server ans Netz angeschlossen, weiters erfolgte der Tausch des Winterdienst-PC (OS/2) auf einen WD-Server (WIN/NT), der Einbau von 5 CISCO-Routern, für das eigene Netz der Abteilung wurden Komponenten für HICOM/ISDN (MA34) beschafft, 3 Plustower für die vorhandenen Server zusätzlich in Betrieb genommen, erfolgte der Anschluß von Lobau an das Netz mit eigenem Server und USV-Anlage, ebenso der Anschluß von ABA und Rautenweg an das Citynetz, wurde das Integriertesnetz (TWP/Telefonie) in der ABA realisiert und Referate mittels Micro-Repeater an das Netz angebunden. In Testbetrieb ist noch eine Jukebox und ein Scanner für die Ablöse der alten MICRO-Verfilmanlage (Scannen von Müllbescheiden) durch ein ARCVIEW-System, Druckerserver für die Fiery-Anlage. Ein Kioskrechner ist ab nun bei diversen Veranstaltungen der Abteilung vorzufinden.

Im Bereich Software erfolgten die Umstellung der restlichen PCs von NFS auf Samba, beginnend auf weitere Umstellung der PCs auf Windows 95, das Projekt KFZ-Tafel (Teil 1) ist in Betrieb, Projekt NPM (Notstandspolizeiliche Maßnahmen) sowie VZV (Verkehrszeichenverleih) sind in Betrieb, das Projekt EWS (Einkaufswarensystem) ist in der Abschlußphase, die Umstellung der Streckendatenbank und CARplus (Progress 8) von VAX auf UNIX (Client/Server) wird durchgeführt, das Evaluierungsprogramm „PÖRNER“ in verschiedenen Abteilungen wird eingesetzt, Wetterradarprogramm „WIIS“ und „GFS2000“ neues Update werden installiert, die Software „Diensteinteilung“ ist in Betrieb, Verbesserungen der Programme PERS3-Online und -Offline ist in Arbeit, weiters erfolgt das Erstellen eines Pflichtenheftes „Neuer Funktisch“, SAUDI wurde in allen Abteilungen installiert, Analyse der Problematik Jahr 2000 und EURO wird durchgeführt, SAP Studie für Ablöse der IBM-Programme durch SAP-Module wird ausgeführt.

Im Jahr 1997 wurde in der Aus- und Weiterbildung, der Standardsoftware, von mehr als 211 Personen der MA 48 in Anspruch genommen.

Die Suche neuer Bezugsquellen und das Ansprechen des größtmöglichen Bieterkreises bringt Preisvorteile. Die Durchführung öffentlicher Ausschreibungen stellt sicher, den größtmöglichen Bieterkreis anzusprechen. Es wurden von der Abteilung insgesamt rund 70 Ausschreibungen durchgeführt, 12 davon europaweit auf Grund der Bestimmungen des Wiener Landesvergabegesetzes. Schwerpunkte waren die europaweit ausgeschriebenen Lieferaufträge betreffend Recyclinganlage für Streusplitt, Auftaumittel, Treibstoffe, Reifen, Abfallsammelbehältern aus Kunststoff für die Müllsammlung und die getrennte Sammlung von Altstoffen; ferner europaweit ausgeschrieben waren die Dienstleistungsaufträge betreffend Sperrmüllabfuhr, winterliche Gehsteigbetreuung, winterliche Friedhofsbetreuung, Bauschuttentsorgung, Schulfahrtendienst für behinderte Kinder.

Gemeinsam mit der Betriebsabteilung - Technik wurden Ausschreibungen für den Verkauf skartierter Fahrzeuge und Geräte durchgeführt. Die Interessentenkartei umfaßt rund 1.350 Anbieter. Im Rahmen der Preisprüfungskommission wurden insgesamt 180 Freihandvergaben und Nachtragsangebote mit Auftragssummen über 100.000 S auf Preisangemessenheit geprüft.

Das Planungsreferat hat Untersuchungen zu den Themen Biotonne im 8. und 16. Bezirk, Biotonne-Sammelpotential in den Gebieten Wiens mit innerstädtischen Struktur, Laboruntersuchungen Fremdanalysen und Vergleichsstatistik, Biogasanlage für Wien - Standortanalysen und Variantenuntersuchung, Phytosanitäre Eigenschaften von Biotonnekomposten, Einfluß von Düngung mit Kompost aus der Biotonne auf Getreideschädlinge, Ertragsfähigkeit von neuen Winterweizensorten bei Düngung mit Biotonnenkompost, Untersuchungen zur Anwendungsoptimierung von Biotonnenkomposten, Biomaterial in Wien - Auswertung der bisherigen Untersuchungen, Einfluß von verschiedenen Gesteinsmehlarten auf die Geruchsfreisetzung bei der Kompostierung, Marktrecherche zu Entwicklungen, Märkten und Entsorgungswegen von abbaubaren Kunststoffen, Modellierung des regionalen Abfallaufkommens in Wien - 2. Teil, Untersuchungen über Einfluß von bestimmten Auftaumitteln auf Boden und Pflanzen, Konzept für Schnee-Entsorgung in Wien, Untersuchung der Hochwassersicherheit beim Ablagern von Schnee im Wienfluß, Einreichpläne für wasserrechtliche Bewilligung von Schneeableerstellen und Kompostwerk Lobau - Abwasserbeseitigungskonzept - Kanalanschluß.

Die internationalen Aktivitäten bestanden aus dem ISWA FIC Meeting in Wien, der ISWA Mitarbeit in der Arbeitsgruppe „Biological Treatment of Waste“, der Mitarbeit an EU Projekten in Griechenland und in den Niederlanden, der Betreuung internationaler Delegationen, der Mitarbeit im Vorstand der Organisation ISWA Austria, der Mitarbeit in der Organisation „Association of Cities for Recycling“, der Dolmetsch- und Übersetzungstätigkeiten im fachlichen Bereich und aus den Stellungnahmen zu ausländischen Abfallwirtschaftskonzepten. Die Vertretung Wiens in der Bundesverpackungskommission, der Verordnungscommission für Komposte aus biogenen Abfällen und den Arbeitsgruppen des ÖNI, ÖWAV, KGVÖ, BKAL wurden wahrgenommen. Insgesamt wurden im Jahr 1997 11 Önormen fertiggestellt.

Im Zuge der Eingangskontrolle auf der Deponie Rautenweg sind 1997 113 Proben gezogen und 1.969 Analysen durchgeführt worden, von Schlacken und Aschen wurden 368 Proben gezogen und 5.378 Analysen durchgeführt, 377 Kompostproben wurden in 3.528 Analysen untersucht, für andere Bereiche der Abteilung wurden an 92 Proben 912 Analysen durchgeführt. Auch im Jahr 1997 hat das Labor an einem Ringversuch der ALVA teilgenommen. Aus verfestigten Abfällen wurden 24 Probekörper hergestellt und laut Deponieverordnung untersucht.

Insgesamt wurden 18,3 t Problemstoffe übernommen. 7.358 Gebinde (insgesamt 4,8 t), davon 449 Notfalltonnen und 99 Quecksilbereinweggefäße, wurden in der Z-Prosa sortiert. 875 unbekannte Stoffe mußten identifiziert werden.

Im Amtsgebäude in 5, Einsiedlergasse 2, wurde die Telefonanlage revitalisiert und Malerarbeiten in diversen Büroräumen durchgeführt. In der Garage 5 wurde ein neuer 50.000-l-Dieseltank eingebaut. Der Brunnen wurde umgebaut und eine neue Zuleitung errichtet. In der Garage 17 wurde die Fahrmeisterei vergrößert und einige Werkstätten ausgemalen. In der Garage 20 wurde der Dachboden umgebaut sowie in den Stiegenhäusern, Büros, Garderoben und Werkstätten der Wandanstrich erneuert. In der Hauptwerkstätte wurden Öllagererräume errichtet. Im Materiallager wurde eine Stahldecke eingezogen und die Dachkonstruktion des Gummilagers generalsaniert. In der Abfallbehandlungsanlage wurde eine Einhausung auf der Ebene 5.5 für Kühlschränke und Fernsehentsorgung mit Absaugungen eingerichtet. Die Werkskanzlei bei der Prosa wurde vergrößert. Oberhalb der Bunkertore wurde die Brandschutzverkleidung erneuert.

Für die Müllaufleger- und Straßenpflegerunterkünfte und Mistplätze wurden zahlreiche Sanierungs- und Umbauarbeiten durchgeführt.

In Wien werden derzeit 339 öffentliche Bedürfnisanstalten zur Reinigung, Betriebsführung und Instandhaltung verwaltet. Die fahrbaren Toilettenanhänger waren an insgesamt 96 Tagen eingesetzt. Im Berichtsjahr wurden 6 öffentliche Bedürfnisanstalten, 14, Hütteldorf Endstelle 49, 22, Badeteich Hirschstetten-Ziegelhofstraße, 21, Am Spitz, 2, Riesenrad -Container, 22, Wagramer Straße und 22, Schüttauplatz saniert. Bei den Anlagen 22, Badeteich Hirschstetten-Ziegelhofstraße und Bibernellweg sowie 16, Kongreßpark wurde der Kanal erneuert bzw. saniert. Die Anlage Ziegelhofstraße wurde an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen. Weiters wurden mehrere WC-Anlagen mit vandalismusresistenten WC-Schalen ausgestattet. Das Pissoir 13, Streckerpark, wurde generalsaniert. Bei 13 Anlagen wurden die Pissoire saniert. Die Anlage 15, Markgraf-Rüdiger-Straße, wurde ersatzlos abgetragen. Ferner mußten zahlreiche Vandalismusschäden behoben werden.

Neubenannt und umbenannt wurden 48 Straßen, Gassen und Plätze, wofür 125 Straßenbenennungstafeln an den fertiggestellten Anbringungsstellen montiert bzw. 45 Tafeln bestellt wurden. Bei im Jahre 1994 bzw. 1995 und 1996 neubenannten Straßen und Gassen wurden jeweils 14 bzw. 20 und 32 Tafeln montiert. Bei 11 neubenannten Straßen, Gassen und Plätzen wurde eine Festveranstaltung durchgeführt. Weiters wurden 397 Straßenbenennungs-, 20 Hinweis- und 9 Orientierungsnummerntafeln erhoben, bestellt, geliefert und teilweise montiert. Über die Schadensdatei (Profi) wurden 148 Meldungen übermittelt, erhoben und deren Behebung veranlaßt. 2.355 Reparaturen (wobei die Reinigung der Tafeln automatisch erfolgt) wurden durchgeführt und 129 Stück Straßenbenennungstafeln

gereinigt. Über Auftrag der MA 53 wurden in den Bezirken 2, 3, 9, 10, 11, 13, 14, 16, 19, 21, 22, 23 bei Straßen, Gassen und Plätzen 30 Erläuterungstafeln angebracht. Über Auftrag der Bezirksvorstehungen für den 1. und 4. Bezirk wurden 9 Straßenbenennungs- und 1 Orientierungsnummerntafel, in Einvernahme mit der MA 19, in historisch nachgebildeter Art angebracht.

Im Jahr 1997 konnten am Misttelefon 61.531 Anrufe verzeichnet werden. Das bedeutet eine Steigerung gegenüber 1996 von 12 Prozent (55.010 Anrufe). Die stärkste Frequenz war Anfang Jänner mit bis zu 400 Anrufen pro Tag zur Christbaumsammlung und im Herbst im Zuge der Erscheinung des Wiener Reparaturführers zu verzeichnen.

1997 wurde die Mobile Abfallberatung von April bis Juni und September bis Oktober durchgeführt. Gratiskompost wurde abgegeben und an manchen Standorten das 48er-Trennspiel durchgeführt. Bei 162 Einsätzen an 81 Tagen konnten 21.334 Beratungen (+62 % gegenüber 1996) verzeichnet werden.

Bei 80 verschiedenen Veranstaltungen und Festen war das Info-Referat mit Informationen, Spiel und Spaß vertreten und konnte dabei über 18.500 Besucher verzeichnen. Ein Baukastensystem ermöglicht die beliebige Kombination der Segmente Beratung, Gratiskompost, Müllvermeidungsausstellung in beliebiger Größe, Müllkasperl, Müllmodeschau, Bastelecke, Mülltrennspiel, Brettspiel „So ein Mist“, Müllhindernislauf je nach Platzmöglichkeiten, Festcharakter und verfügbarem Personal rund um die vier Beratungs- und den einen Transportbus. Ausstellungen und Informationsstände in Einkaufszentren (Donauzentrum, Shopping Center Nord, SCS und Meiselmarkt) wurden vier Wochen lang mit fast 20.000 Kontakten durchgeführt. Im Sommer nahm das Info-Referat an der „Kinderstadt“ im Stadtpark im Rahmen des Ferienspieles teil (fast 10.000 BesucherInnen) und führte anschließend Beratungsaktionen in den städtischen Sommerbädern, aufgebaut rund um den Müllkasperl (rund 7.000 Kontakte), durch. Eine neue Aktion waren die Bezirksmisttage. Hier wurde wöchentlich in einem Bezirk zwei Tage an vier Standorten ein Beratungsschwerpunkt gesetzt. 1997 konnten 2.501 Beratungen verzeichnet werden. Eine weitere Neuerung war das Infofahrrad. Hiermit können Beratungen an Stellen durchgeführt werden, für die Citybusse zu groß sind. Im Berichtsjahr konnten 3.599 Beratungen verzeichnet werden.

Als neuer Aspekt der Abfallberatung wird unter dem obigen Namen ein Modell von Hausbesuchen in Schwerpunktsgebieten durchgeführt. Im Jahr 1997 wurden Gebiete in Aspern, der Brigittenau und Inzersdorf besucht. Dabei wurden 6.217 Beratungen verzeichnet.

Die kostenlosen Rundfahrten für Schulen (ab 4. Schulstufe) durch Abfallbehandlungseinrichtungen der Abteilung (Zelt, Deponie, Kompostwerk) wurde fortgesetzt. Von März bis Juni und Oktober bis November wurden bis zu drei Rundfahrten mit 4.728 Schülerinnen und Schülern durchgeführt. Parallel dazu wurden als Vor- oder Nachbereitung eine oder mehrere Schulstunden angeboten. Für Volksschulen (1. - 4. Schulstufe und Vorschule) wurden eigene Weihnachtsschulstunden konzipiert und im Dezember vor 3.975 Kindern abgehalten. Für die Kleinsten in den Kindergärten wurde ein spezielles Programm rund um das Müllkasperltheater mit Basteln, Bewegungsspielen und anderem entwickelt. Im Herbst wurden der Müllvermeidungsgedanke beim Einkauf durch das Selbstgestalten von Stoff-einkaufstaschen mit den Kindern, auch in den Volksschulen, vermittelt.

Das Interesse am Wiener Abfallwirtschaftsmodell läßt sich durch die wachsende Zahl von Delegationen aus dem In- und Ausland ermessen. 2.238 Personen nahmen an Führungen durch verschiedene Anlagen teil.

In der Stadtzeitung „Unser Wien“ wurden wieder Beilagen zu den Themen „Frühjahrsputz“ und „Winterdienst“ produziert. Zusätzlich wurden Inseratenkampagnen zu den Themen „Altglassammlung“, „Hundekot“ und „Weihnachtsverpackung“ durchgeführt. Im Zuge der Weihnachtsaktion wurden über 11.000 Flugblätter zum müllvermeidenden Verpacken auf den Wiener Weihnachtsmärkten verteilt.

Die Broschüre „Der Wiener Reparaturführer“ soll der Bevölkerung Anregungen bieten, kaputte Gebrauchsgegenstände nicht wegzuworfen, sondern zu reparieren und damit aktive Müllvermeidung zu betreiben. Neben Einkaufstips scheinen die Adressen von fast 800 Reparaturbetrieben auf. Das Erscheinen der Broschüre verursacht ein großes und positives Medienecho. Seit September wurden fast 15.000 dieser Broschüren abgegeben. Die bereits gängigen Broschüren „Abfallwirtschaftskonzept“, „Das kleine Mist-ABC“, „Problemstoffe vermeiden“ und „Kompostieren“, verschiedene Flugblätter und anderes Material wurden nachbestellt. Im Rahmen der Schriftenreihe der Abteilung entstanden die Leistungsberichte von Straßenreinigung, Müllbeseitigung und Fuhrpark.

Zur flächendeckenderen Verteilung von Infomaterial stehen 18 Info-Ständer in Magistratischen Bezirksämtern, Bezirksvorstehungen und Hallenbädern zur Verfügung. Hierbei konnten 46.633 Infobroschüren abgegeben werden. Durch Bestellung über das Misttelefon bzw. bei Veranstaltungen wurden insgesamt 13.642 Versendungen von Infomaterial durchgeführt.

Der Personalstand der für die MA 48 tätigen Abfallberater wurde durch zwei neue Kurse im Sommer wieder aufgestockt, Personalabgänge und die Auswirkungen durch die neue Werkvertragsregelung (Stundenbeschränkungen) kompensiert. Mit 31. Dezember 1997 waren 70 Berater auf Werkvertrag tätig. Deren Aufgaben umfassen die ganze Palette von Abfallinformationen: Misttelefon, Betreuung von Beratungsständen, Mobile Abfallberatung, Schulprojekte, Führungen, Gewerbe- und Kompostberatungen. Dafür wurden 19.222 Stunden aufgewendet.

Der Bundesweite Arbeitskreis für umweltbewußtes Management B.A.U.M. betreute wieder Wiener Gewerbebetriebe bei der Umsetzung umweltbewußter Projekte. „Die Umweltberatung“ führte eine Studie über die Machbarkeit eines Windeldienstes in Wien durch.

Mit 31. Dezember 1997 waren 3.143 Dienstposten inklusive der genehmigten Überstände systemisiert. Die Anzahl der Saisonarbeiter betrug 243.

Die Kraftfahrzeuge der Stadtverwaltung, die in versicherungsrechtlichen und technischen Belangen durch die Abteilung betreut werden, waren im Jahre 1997 an 1.523 Schadensfällen beteiligt, von denen 985 die Abteilung betrafen. Insgesamt konnten im Berichtsjahr 890 Fälle abgeschlossen werden und an Schadenersatzforderungen von den Haltern der gegnerischen Kraftfahrzeuge oder den Haftpflichtversicherungen 4,664.061,64 S hereingebracht werden. Für die Beschädigung von Betriebseinrichtungen (Müllgefäße, Sanddächer, Papierkörbe usw.) durch Fremde wurden in 889 Fällen insgesamt 2,079.741,74 S einbringlich gemacht.

Der Bargeld- und Wertmarkenbruttoumsatz betrug 77,437.000 S.

Dem Wirtschaftsreferat des Fuhrparkes oblagen im Berichtsjahr im wesentlichen die Zuständigkeiten EDV, Budget, Kostenrechnung sowie die Betriebs- und Wirtschaftsgutnummernvergabe. Die Tätigkeiten im EDV-Bereich des Fuhrparks umfaßten die Vertretung der Fuhrparkinteressen, die Koordination von Hard- und Softwareaufteilung, die Bestimmung der Zugriffsberechtigungen, das Evidenthalten des systemisierten EDV-Standes, die Tätigkeit der EDV-Problemanlaufstelle, die Vorbereitung der Einführung von SAP und die Mitplanung beim neuen Funktisch der Abteilung. Die Aufgaben in der Budgetverwaltung im Fuhrpark waren die Vorschlagsplanung, das Führen des Investbudgets, die Aufteilung und die Evidenthaltung der Budgetmittel auf die Kreditführer des Fuhrparks, die Investitionsplanung und die Mitarbeit beim Rechnungsabschluß. Die Kostenrechnung befand sich 1997 in der Aufbauphase und beinhaltete die Erstellung eines Kostenstellenplanes, die Vergabe der Kostenstellennummern und die damit verbundenen Abstimmungen mit der MA 3 und der Buchhaltung.

Dem Sicherheitsreferat oblagen die Ausbildung und Wahrnehmung der notwendig gewordenen Aufgaben Sicherheitsfachkraft, Sicherheitsvertrauensperson, Brandschutzbeauftragte, Brandwarte und Erste Hilfe. Die Planung von Brandschutzeinrichtungen, die Arbeitsplatzevaluierung im Fuhrpark, die arbeitsschutztechnischen Untersuchungen, die Dokumentation von Tätigkeiten und die Führerschein- und Weiterbildungskurse wurden auch von dem Referat wahrgenommen, wie z.B. 40 Bedienstete bzw. Stellungsbewerber, die derzeit die Lenkerberechtigung der Gruppe C oder B besitzen, mußten hinsichtlich ihrer Fahrtüchtigkeit auf LKW bzw. Kleinfahrzeugen überprüft werden. In einer Fahrschule erfolgte die Ausbildung von 20 Bediensteten der Abteilung und 3 Bediensteter der MA 46 sowie die Überprüfung und Ausfertigung der Rechnungen. Für 7 Bedienstete der Abteilung wurde ein Staplerkurs und für 3 Bedienstete ein Lauf-, Brücken- und Portalkrankurs organisiert, durchgeführt und verrechnet. Weiters wurden zweimal jährlich 4 Arbeitnehmer auf Blei, Toluol, Xylol untersucht und 1mal jährlich eine Blutspendeaktion vorgenommen.

Dem Referat Personal und Organisation oblagen im wesentlichen das Dokumentations- und Berichtswesen, der Umweltschutz, die Personalführung und die Systemisierung der Fahrzeuge im Fuhrpark. Das Berichtswesen im Fuhrpark bedeutete die Erstellung bzw. Korrektur des Leistungsberichtes, des Verwaltungsberichtes, der Tätigkeitsberichte, der Umweltberichte und der Wirtschaftsberichte sowie die Aufgaben für das Österreichische Statistische Zentralamt. Die Mitarbeit im KLIP-Team, die Erprobung von alternativen Antrieben und alternativen Treibstoffen sowie die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften waren Elemente des Umweltschutzes. Das Personalwesen im Fuhrpark beinhaltete die Ausschreibung höherwertiger Dienstposten, das Führen des Dienstpostenplanes, die Organisation von Verkehrssicherheitstests, die Kontrolle der Überstunden und sämtliche Dienstnehmer-Haftpflichtangelegenheiten. Auch war dieses Referat erster Ansprechpartner für die Personalabteilung und die Personalvertretung. Bei der Anschaffung von systemisierungspflichtigen Fahrzeugen wurde die notwendige Systemisierung, auch für Fremdabteilungen, veranlaßt bzw. eventuell notwendige Skartierungen eingeleitet.

Im Bereich Technik wurde wie in den vergangenen Jahren viele von begonnenen Umweltschutzversuchen in die Praxis übernommen und sind Standard geworden. Beispiele dafür sind die Versuche mit mobilen Schweißplatzabsaugungen und die Umrüstung von Motoren und Tankstellen auf RME-Tauglichkeit zum Zwecke der Untersuchung von Einsatzzuverlässigkeit, Schadstoffverhalten und Verbrauch.

Der Bereich Technik schaffte für die Abteilung 148 Fahrzeuge und Geräte an. Beim Ankauf von Neufahrzeugen und Geräten wurde wie immer auf umweltfreundliche Komponenten wie Lack, Lärm, Abgase, Treibstoffverbrauch usw. besonders geachtet. Die Ölwechselintervalle wurden verlängert, um den Altölanfall zu verringern. Gleichzeitig wurden biologisch abbaubare Öle und Fette bei Hydraulik- und Zentralschmieranlagen eingesetzt. Asbestfreie Brems- und Kupplungsbeläge kommen ebenso zum Einsatz wie schadstoffarmer Dieseltreibstoff. Das Referat schaffte im Berichtszeitraum für 27 andere Magistratsabteilungen nach vorhergehender Beratung 308 Fahrzeuge und Geräte an. Für den Ankauf dieser Fahrzeuge und Geräte wurden rund 50 Millionen Schilling an Budgetmitteln aufgewendet. Jedes einzelne Fahrzeug bzw. Gerät wurde bei dessen Lieferung auf seine Funktion und Vollständigkeit überprüft und zugleich datenmäßig für die Fahrzeugtafel der Abteilung erfaßt. Analog der Anzahl von Neuanschaffungen an Fahrzeugen und Geräten wurden die der Skartierung zugeführten Altgeräte jeweils vorher einer entsprechenden Besichtigung unterzogen und zur Ausscheidung freigegeben. Weiters wurden die Begutachtung von insgesamt rund 100 Schäden an verunfallten Fahrzeugen der zu be-

treuenden 27 Magistratsdienststellen einschließlich der mobilen Krankenschwestern und die Reparaturüberwachung dieser Fahrzeuge sowie die Rechnungsprüfung und die Weiterleitung an die Versicherung durchgeführt.

Das Referat Typisierung, Telefon und Funk (TTF) schaffte für die Abteilung 133 Anlagen und Geräte, wie Kopiergeräte, Funktelefone, Personenrufempfänger usw. an. Der Fuhrpark verwaltet 3.142 Versicherungspolizzen für haftpflichtversicherte Fahrzeuge der Gemeinde Wien. Durch das Referat erfolgten 363 An- und Abmeldungen von Kfz, Motorrädern und Anhängern des gesamten Magistrats, ausgenommen die MA 68, bei der Bundespolizeidirektion (Verkehrsamt). Bei der zuständigen Behörde wurden zur Genehmigung 40 Kraftfahrzeuge vorgeführt, die einer Neugenehmigung bedurften bzw. an denen kraftfahrrechtliche Veränderungen vorgenommen wurden. Weiters wurden Wiegekarten, Fotos, die technischen Beschreibungen und Gutachten von den jeweiligen Fahrzeugen bestellt. Bei der MA 46 wurden Ansuchen um Routengenehmigung gemäß § 40 (3) KFG für 126 Fahrzeuge des Winterdienstes gestellt. Insgesamt wurden bei 27 Skartierungsverhandlungen 1.405 Fahrzeuge und Geräte skartiert. Für die zum Verkauf angebotenen Fahrzeuge und Geräte wurde ein Erlös von 3.394.220,20 S erzielt. 281 Fahrzeuge der Abschleppgruppe wurden bei 2 Skartierungsverhandlungen ausgeschieden.

In der Abteilung waren insgesamt 788 Mobilfunkgeräte sowie die stationären Anlagen der Zentrale am Matzleinsdorfer Hochhaus, der Deponien Schafflerhof, Gerasdorf und Rautenweg, die Notfunkanlage in der Zentrale und eine stationäre Personenrufanlage der Abfallbehandlungsanlage mit 40 Personenrufempfängern vorhanden. Ferner standen 297 Personenrufempfänger in Verwendung. Es wurden rund 120 Personenrufempfänger jährlich an die privaten Winterdienstkontrahenten ausgeteilt und wieder eingesammelt. Das Referat TTF war für den Betrieb von 11 Stück Telephonanlagen in den verschiedensten Abteilungen mit derzeit insgesamt 390 Nebenstellen und 157 Einzelschlüssen in den Unterkünften der Abfallwirtschaft und der Straßenreinigung verantwortlich. Die Abteilung hatte 101 Funktelefone, 36 Telekopiergeräte und 51 Schnurlostelephone in Verwendung. Für 791 Fahrzeuge der verschiedensten Magistratsdienststellen wurden für die 1998 notwendigen Autobahnvignetten (Neuanmeldungen bzw. Ersatz) administriert und erworben.

Das Referat Materialwirtschaft war zuständig für die Beschaffung und Lagerhaltung von Betriebsmitteln und Reparaturersatzteilen für Geräte und Fahrzeuge sowie für Gebrauchsartikeln der Abteilung. Neben der Abwicklung der laufenden Geschäfte war 1997 die Hauptaufgabe, sämtliche Vorbereitungs- und Entwicklungsarbeiten für die Einführung eines EDV-Programmes zu leisten. Die Zahl der Bestellungen hatte sich gegenüber 1996 von 7.400 auf 10.236 erhöht. Der gesamte Verwaltungsaufwand, wie Lieferungsübernahme, Lagerverwaltung, Rechnungsbearbeitung, Kreditführung usw. erhöhte sich dadurch im selben Ausmaß. Durch die Erhöhung der Anzahl der Einzelbestellungen erreichte das Referat einen schnelleren Zugriff zu den benötigten Materialien. Zahlreiche Lieferanten lieferten bereits täglich zweimal kostenlos.

Das Referat Arbeitsvorbereitung erstellte 1997 1.710 Reparaturlisten für die Fahrzeugreparatur der Hauptwerkstätte. Die Verwaltung der 4.390 Arbeitsaufträge für die Hauptwerkstätte, die Bearbeitung von 107 „Unfallfahrzeugen“, die Vergabe von 1.937 Überprüfungsterminen (alle Magistratsabteilungen) und die EDV-mäßige Erfassung von 285 Fremdreparaturrechnungen gehörten ebenfalls zu den Aufgaben der Arbeitsvorbereitung.

In der Hauptwerkstätte wurden 1.710 Reparaturen an abteilungseigenen Fahrzeugen, 13 Reparaturen an abteilungsfremden Fahrzeugen, 1.077 Stückreparaturen, in 868 Fällen der An- und Abbau von Schneepflügen, Streuanhängern, Auf- bzw. Anbaustreuern und Schneefräsen, 803 Reparaturen an Schneepflügen, Streuanhängern, Auf- bzw. Anbaustreuern und Schneefräsen, weiters 1.937 Fahrzeugüberprüfungen gemäß § 55(1)/57/1/1-KFG, 396 Nachprüfungen, 591 Durchsichten, 321 Tachographenüberprüfungen und 11 Fahrzeugneuübernahmen durchgeführt. Weiters wurden verschiedenste Arbeiten für die Straßenreinigung, die Abfallwirtschaft, den Fuhrpark, die Abschleppgruppe, das Informationsreferat und die Zentrale, angefangen bei Handkarrenreparaturen über Wandverbauten und Stellagen bis zur Nachrüstung der Abfallberatungsbusse, erledigt.

Der Fahrzeugstand des Dienstkraftwagenbetriebes betrug im Dezember 1997 103 Personenkraftwagen, 21 Busse, 1 Lastkraftwagen sowie 3 Büroanhänger, eingesetzt beim Mobilien Bürgerdienst, womit sich ein Gesamtstand von 128 Dienstwagen ergab. Diese Fahrzeuge benötigten an Betriebsmitteln 36.534 l Dieselkraftstoff, 131.882 l Vergasertreibstoff, 1.460,5 l Motoröl, 21,5 l Getriebeöl, 117 l Kühlerfrostschutzmittel und 71,5 l Bremsflüssigkeit.

Mit 1. Jänner 1997 wurden die Garagen dem Bereich Betrieb unterstellt. Der Bereich Betrieb war verantwortlich für den gesamten Fahrbetrieb und somit für den optimalen Einsatz der zur Verfügung stehenden Fahrzeuge und Lenker. Dazu zählten insbesondere die Mitarbeit bei Weiterbildungsmaßnahmen, die Durchführung von Lenkertesten, die Mitarbeit beim Erstellen von Leistungsprofilen für anzuschaffende Fahrzeuge, die Ermittlung des optimalen Fahrzeugstandes in Abhängigkeit der Fahrzeugart, die Leistungsvergaben an Privatfirmen, die Organisation von Spezialtransporten und die Bearbeitung von Beschwerden.

Für Fremdabteilungen bestellte die Fahrzeugleitstelle 2.680 private Fahrzeuge für Fuhrleistungen und überprüfte deren Rechnungen auf Preisangemessenheit. 2.930 Fahreinsätze der Abteilung wurden für Fremdabtei-

lungen durchgeführt. Die Abteilung beauftragte im Laufe des Jahres über die Fahrzeugleitstelle für die Abfallwirtschaft und Straßenreinigung 760 Kranwagen, 50 Kipper und 2.240 Waschmaschinen. Eigene Einsätze (Straßenreinigung und Abfallwirtschaft) wurden mit 692 Kranwagen, 1.816 Kipper, 9.823 Kehrmaschinen, 3.265 Waschmaschinen und 1.834 Schlammsauger durchgeführt. Für den Schlackenbetontransport und Komposttransport wurden 3.172 Sattelzugfahrzeugeinsätze organisiert. 3 Spezialbusse der Abteilung beförderten täglich etwa 50 körperbehinderte Schüler von und zur Schule bzw. bei Sonderfahrten. Die Fahrzeugleitstelle organisierte für das Donauinselfest alle dafür notwendigen gemeindeeigenen Fahrzeuge sowie die Fahrzeuge von privaten Firmen. Weiters wurden für den gesamten Magistrat die monatlichen Verkehrssteuerabrechnungen sowie die Jahresabrechnung, Lenkererhebungen, Anonymverfügungen und Sondereinsätze organisiert bzw. durchgeführt.

In den drei Großgaragen der Abteilung waren mit Dezember 1997 575 Fahrzeuge der Abfallwirtschaft stationiert bzw. in Wartung. Diese Fahrzeuge und Geräte benötigten an Betriebsmitteln 4.144.991 l Dieselkraftstoff, 11.880 l Vergasertreibstoff, 46.607,2 l Motoröl, 4.454,8 l Getriebeöl, 18.270 l Hydrauliköl, 4.057 l Kühlerfostschutzmittel, 1.014 l Bremsfrostschutzmittel, 326 l Bremsflüssigkeit, 7.898 l Abschmierfett und 1.825 l Petroleum. Ferner waren 1.062 Fahrzeuge, Geräte und Winterdienstgeräte der Straßenreinigung stationiert bzw. in Wartung. Diese Fahrzeuge und Geräte benötigten an Betriebsmitteln 1.082.580 l Dieselkraftstoff, 14.631 l Vergasertreibstoff, 12.874,5 l Motoröl, 1.787,5 l Getriebeöl, 4.523,5 l Hydrauliköl, 1.620 l Kühlerfostschutzmittel, 240,5 l Bremsflüssigkeit und 99 l Abschmierfett.

Von den Garagen wurden im Berichtsjahr 1.398 Sondereinsätze, Hilfeleistungen für Feuerwehreinätze, Beseitigung von Straßenverunreinigungen usw. geleistet.

Im Berichtsjahr wurden durch die Abschleppgruppe 27.422 (-2,70 %) verkehrsbeeinträchtigend abgestellte Fahrzeuge mit Kennzeichen gemäß § 89 a StVO 1960 kostenpflichtig entfernt und 13 Ortsveränderungen durchgeführt. In Summe sind dies 27.435 Entfernungen (1996: 28.212). Die Abschleppgruppe wurde 61.473mal (-6,01 %) zur Entfernung von falsch geparkten Fahrzeugen angefordert. Ferner wurden 5.214 Fahrzeuge ohne Kennzeichen von öffentlichen Verkehrsflächen entfernt. Davon wurden 4.711 (-26,28 %) Fahrzeuge in Verwahrung genommen (1996: 6.390).

1997 wurden 503 Fahrzeuge unter Kostenersatz der Abteilung zur Entsorgung übergeben, davon 283 Fahrzeuge (Kostenersatz S 2.500) von der Straße abgeholt und 220 Fahrzeuge (Kostenersatz S 1.500) in die Verwahrstelle Simmering angeliefert.

Durch die Veräußerung (Verkauf über Dorotheum oder Verschrottung) der ohne Kennzeichen entfernten Fahrzeuge konnten Einnahmen in der Höhe von rund 8,3 Millionen Schilling erzielt werden. Es wurden 8.987 (1996: 12.040) Meldungen und Anzeigen über Fahrzeuge ohne Kennzeichen (einschließlich Verzichte) entgegengenommen. Darunter wurden 4.363 durch die Abschleppgruppe, 790 durch die Straßenreinigung, 1.550 durch die Polizei und 1.176 durch den Bürgerdienst und Stadtinformation der Abschleppgruppe bekannt gemacht.

Die Sammelleistung der Abteilung betrug 1997 830.471 Tonnen gegenüber 817.436 Tonnen im Jahr 1996 und lag damit um 1,59 Prozent über dem Vorjahr (Tabelle 1). Die Steigerung lag einerseits im Bereich der getrennt gesammelten Altstoffe (310.088 Tonnen, + 4,02 %), andererseits nahm die gesammelte Müllmenge mit 520.383 Tonnen (1996: 519.320 Tonnen, + 0,20 %) auch zu. Berücksichtigt man auch die direkten Anlieferungen zu den kommunalen Abfallbehandlungsanlagen, zeigt sich, daß das Müllaufkommen mit 533.640 Tonnen um 0,02 Prozent sank (1996: 533.740 Tonnen), während die Menge an getrennt gesammelten Stoffen im Jahr 1997 auf 328.069 Tonnen (1996: 318.690 Tonnen) um 2,94 Prozent zunahm. Das Abfallaufkommen (Müll, Altstoffe und Problemstoffe) stieg unter Einbeziehung dieser Mengen um 1,09 Prozent auf 861.709 Tonnen (1996: 852.429 Tonnen). Davon konnten 339.900 Tonnen (331.759 Tonnen im Jahr 1996) durch getrennte Erfassung (11.831 Tonnen durch nachträgliche Aussortierung), das sind rund 39,44 Prozent, verwertet bzw. behandelt werden.

In der Tabelle 2 sind die angelieferten Mengen ohne Berücksichtigung von Reststoffen (Verbrennungsrückstände, Reststoffe von ABA, Lobau und 48er-Basar, aussortierte Alt- und Problemstoffe und umgeleitete Müllmengen von der Deponie Rautenweg) angeführt.

Das Gesamtaufkommen an Müll und Altstoffen von 861.709 Tonnen wurde zu 50,86 Prozent im Müllheizwerk Flötzersteig und im Müllheizkraftwerk Spittelau einer thermischen Verwertung zugeführt. Der geringere Teil von 10,85 Prozent (Müll) wurde zur Deponie Rautenweg verbracht. Im Jahr zuvor betrug der zur Deponie gelieferte Anteil noch 11,47 Prozent. Ein kleiner Teil von 0,22 Prozent gelangte in die Abfallbehandlungsanlage ABA, 5,17 Prozent Bauschutt von Mistplätzen wurde für Deponiebauzwecke verwendet und 32,90 Prozent wurden als Altstoffe verwertet, kompostiert oder der Problemstoffentsorgung zugeführt. Die Mengen der Aussortierung von Alt- und Problemstoffen in der ABA und der Deponie Rautenweg, des rückgewonnenen Metallschrotts in den Müllheizwerken und der ABA-Schlackenbehandlungsanlage sowie der Verbringung von Müll, der auf der Deponie Rautenweg zwischengelagert wurde, zu den Müllheizwerken sind in dieser Berechnung nicht berücksichtigt.

Mit der Systemmüllabfuhr in 120-l- bis 4.400-l-Behältern wurden 469.238 Tonnen gesammelt (1996: 467.256 Tonnen). Daraus ergibt sich eine spezifische Systemmüllmenge für Wien von 287,42 kg/Einwohner und Jahr oder eine Steigerung des Pro-Kopf-Aufkommens um 0,66 Prozent im Vergleich zu 1996 (1996: 285,54 kg/Einwohner und Jahr).

Tabelle 1: Abfallmengen in Wien 1997 ohne Sammlung durch AGR (in Tonnen)

1997 Massen in Tonnen	Müll	getrennt gesammelt 1	nachträglich aussortiert 2	getrennt erfaßt Summe 1 und 2
Systemmüllsammlung (120-l- bis 4.400-l-Behälter)	469.238	-	¹⁾ 11.349	11.349
Muldenabfuhr (9 m ³ - 24 m ³ Container)				
Gewerbemüll, Marktabfälle usw.	11.585			
Sperrmüll von Mistplätzen	23.950			
Bauschutt von Mistplätzen		44.539		44.539
Sperrmüllsammlung (LKW-Abfuhr)	3.638	488		488
Spitalmüll-Abfuhr	11.971			
Getrennte Altstoffsammlung		150.695		150.695
Altstoffsammlung auf Mistplätzen		28.876		28.876
Altstoffe - sonstige		1.450	²⁾ 437	1.887
Kompostmaterial - getrennte Sammlung	73.932		73.932	
Kompostmaterial von Mistplätzen		6.502		6.502
Kompostmaterial - sonstiges		830		830
Problemstoffsammlung		1.702		1.702
Kühlaggregate		1.775	³⁾ 4	1.079
Zwischensumme Sammlung	520.383	310.088	11.791	321.879
Sammelleistung der MA 48		830.471 davon 321.879 getrennt erfaßt		
Fremdanlieferungen zur ABA - Müll	1.531		⁴⁾ 32	32
Fremdanlieferungen zur ABA - Altstoffe		8.417		8.417
Fremdanlieferungen zur ABA - Kompost		6.127		6.127
Fremdanlieferungen zur ABA - Problemstoffe		28		28
Fremdanlieferungen zur ABA - Kühlaggregate		244		244
Fremdanlieferungen zum Müllheizwerk Flötzersteig	3.779			
Fremdanlieferungen zum Müllheizkraftwerk Spittelau	1.341			
Fremdanlieferungen zur Deponie	6.606		⁴⁾ 8	8
MA 48 KFZ-Wracks		3.164		3.164
Zwischensumme Sammlung + Anlieferung	533.640	328.069	11.831	339.900
Summe MÜLL und ALTSTOFFE		861.709 davon 339.900 getrennt erfaßt		
Müll von Deponie Rautenweg -> - Müllheizkraftwerk			2.654	2.654
Reststoffe privater Verbrennungsanlagen	22			
Asche und Schlacken	151.870			
Zuschlagstoffe für Schlackenbetone	50.044			
MA 48 Straßenreinigung	35.046			
Sandfangmaterial	10.857			
Bauschutt und Aushub	15.444			
Deponiebaumaterial (Humus + Kompost)	3.264			

Anmerkungen:

¹⁾ Metallschrott aus der Magnetabscheidung in Müllheizwerken und ABA

²⁾ Auf der Deponie Rautenweg aussortierte Altstoffe

³⁾ Auf der Deponie Rautenweg aussortierte Kühlgeräte

⁴⁾ Aussortierung von Problemstoffen aus Fremdanlieferungen

Tabelle 2: Behandelte Abfallmengen (ohne AGR), Wien 1996 und 1997 (in Tonnen bzw. Masse %)

Behandlung der gesammelten Abfälle	1996		1997	
	in Tonnen	Masse in Prozent	in Tonnen	Masse in Prozent
Müll				
Müllheizwerk Flötzersteig	184.820	21,68	179.697	20,85
Müllheizkraftwerk Spittelau	241.870	28,39	258.557	30,01
ABA	9.163	1,07	1.886	0,22
Deponie Rautenweg	97.788	11,47	93.501	10,85
SUMME - Müllbehandlung	533.740	62,61	533.640	61,93
getrennt gesammelte Stoffe:				
Altstoffe (direkt)	131.752	15,46	138.693	16,10
KFZ-Wracks zur Entsorgung	4.751	0,56	3.164	0,37
Altstoffverwertung (über ABA)	52.542	6,16	51.232	5,95
Kompostaufbereitung über ABA	86.423	10,14	87.391	10,14
Problemstoffverwertung ohne Aussortierung	706	0,08	742	0,09
Problemstoffbehandlung ohne Aussortierung	952	0,11	988	0,11
Kühlaggregate	1.075	0,13	1.319	0,15
Bauschutt von Mistplätzen	40.490	4,75	44.539	5,17
SUMME - getrennt gesammelt	318.690	37,39	328.069	38,07
SUMME - Behandlung	852.429	100,00	861.709	100,00

Anmerkungen:

Nachträglich aussortierte Alt- und Problemstoffe sowie Müllmengen der Deponie Rautenweg, die zu den Müllheizwerken umgeleitet wurden, sind hier nicht berücksichtigt.

Insgesamt wurden durch die getrennte Altstoffsammlung der Abteilung im Jahr 1997 147.305 Tonnen Altstoffe (Altpapier, Altglas, Altmetalle usw.), das sind um 2,26 Prozent mehr als im Vorjahr, getrennt gesammelt. Die getrennte Sammlung von Kompostmaterial (Biotonne, Baum- und Strauchschnittabholung, Christbaumsammlung) stieg um 2,54 Prozent von 72.099 Tonnen auf 73.932 Tonnen an. Unter Einbeziehung der getrennt erfaßten Problemstoffe (1.771 Tonnen) und Kühlschränke (1.323 Tonnen), der Altstoffsammlung auf Märkten, der Altstoff- und Kompostmaterialanlieferungen über Mistplätze und ABA und der durch Metallabscheidung nach der thermischen Verwertung abgetrennten Eisenteile konnten insgesamt 339.900 Tonnen Alt- und Problemstoffe erfaßt werden.

Tabelle 3: Sammelmenge der getrennten Altstoffsammlung mit dem Behältersystem der MA 48, Wien 1996 und 1997 (in Tonnen und Prozent)

Art der Stoffe	1996		1997		Änderung in Prozent
	in Tonnen	in Prozent	in Tonnen	in Prozent	
Altpapier	105.863	49,35	110.569	50,15	4,45
Altglas	26.841	12,51	25.349	11,50	-5,56
Metalle und Dosen	5.439	2,54	5.292	2,40	-2,71
Gemischte Kunststoffe	5.905	2,75	6.096	2,77	3,23
Zwischensumme	144.048	67,14	147.305	66,82	2,26
Biotonne	72.099	33,61	73.932	33,54	2,54
SUMME - getrennte Sammlung	216.146	100,75	221.237	100,35	2,36

Als Ergebnis der flächendeckenden Sammlung von Problemstoffen aus Haushalten an 56 Sammelstellen (Problemstoffsammelstellen und Mistplätze), in Schulen, aus dem Handel und bei diversen lokalen Sammelaktionen konnten insgesamt 1.729,8 Tonnen Problemstoffe oder 4,36 Prozent mehr als 1996 getrennt erfaßt werden. Weitere 40,4 Tonnen wurden in der Abfallbehandlungsanlage ABA und auf der Deponie Rautenweg aus den angelieferten Abfällen aussortiert.

Tabelle 4: Durch die MA 48 entsorgte Problemstoffe, Wien 1996 und 1997 (in Tonnen bzw. Masseprozent)

Problemstoffsammlung Gesamt	1996 Masse		1997 Masse	
	in Tonnen	in Prozent	in Tonnen	in Prozent
Problemstoffsammelstellen	385,4	13,92	382,1	12,35
Mistplätze	1.222,9	44,17	1.304,2	42,16
Sonderaktionen				
– Altmedikamente direkt > EBS	12,7	0,46	12,7	0,41
– sonstige direkt > EBS	2,4	0,09	2,7	0,09
gewerbliche Anlieferungen				
– Altbatterien	27,7	1,00	23,6	0,76
– Medikamente	0,4	0,01	0,6	0,02
– Gasentladungslampen	5,0	0,18	4,0	0,13
MA 48 intern	1,1	0,04	0,1	0,00
Zwischensumme Sammlung	1.657,5	59,88	1.730,1	55,93
Aussortierung				
– Aussortierung ABA	29,9	1,08	32,0	1,04
– Aussortierung Deponie	2,4	0,09	8,4	0,27
Zwischensumme Aussortierung	32,3	1,17	40,4	1,31
Kühlgeräte	1.078,4	38,96	1.322,7	42,76
davon aus Aussortierung	3,5	0,13	3,8	0,12
SUMME - Problemstoffe	2.768,2	100,00	3.093,2	100,00

Als Annahmestellen für Sperrmüll, Alt- und Problemstoffe aus Haushalten sowie Gegenstände, die zu schade für den Müll sind, stehen der Wiener Bevölkerung seit 1988 als weitere Serviceleistung der Abteilung die Mistplätze kostenlos zur Verfügung (19 Mistplätze seit 1996). Im Berichtsjahr wurden die 19 Mistplätze von 1,310.278 Personen frequentiert (1996: 1,259.536).

Im Rahmen des Wiener Abfallwirtschaftskonzeptes kommt der Abfallbehandlungsanlage (48er-Zelt) die Funktion einer Annahme- und Behandlungsstelle für private und gewerbliche Abfälle und Altstoffe, des Umschlagplatzes für getrennt gesammelte Alt- und Problemstoffe, einer Behandlungsanlage für Elektro-, Elektronikaltgeräte und Kühlgeräte sowie der regionalen Übernahmestelle für Verpackungen aus dem ARA-System zu.

Im Jahr 1997 passierten 146.189 Tonnen (1996: 155.939 Tonnen) Altstoffanlieferungen sowie Privat- und Gewerbemüllanlieferungen die Eingangskontrolle der Abfallbehandlungsanlage. Davon wurden 2.904 Tonnen altstoffarme Gewerbeabfälle nach der Eingangskontrolle und Verwiegung zur Deponie Rautenweg verbracht. 143.285 Tonnen altstoffreiche Abfallanlieferungen und Altstoffe wurden im 48er-Zelt einer Behandlung unterzogen. An Altstoffen und Kompostausgangsmaterial wurden 136.053 Tonnen, an Sonderabfällen und Kühlgeräten 2.097 Tonnen - zusammen 96,42 Prozent des Inputs - einer Verwertung bzw. umweltkonformen Endbehandlung zugeführt. An Reststoffen wurden 481 Tonnen auf der Deponie Rautenweg geordnet abgelagert, 67 Tonnen zu den EBS geliefert sowie 5.698 Tonnen Reststoffe in den Müllheizwerken thermisch verwertet.

An nativ-organischen Abfällen wurden insgesamt 87.391 Tonnen (1996: 86.423 Tonnen), und zwar 6.502 Tonnen von Mistplätzen, 73.212 Tonnen aus dem System Biotonne, 446 Tonnen über die Baum- und Strauchschnittabholung, 274 Tonnen über die Christbaumsammlung, 830 Tonnen aus sonstigen im Auftrag der Abteilung erfolgten Anlieferungen und 6.127 Tonnen durch Gewerbeanlieferungen ins 48er-Zelt gebracht. In der Kompostaufbereitungsanlage des 48er-Zeltes wird das Material für den nachfolgenden Kompostierungsprozeß im Kompostwerk Lobau vorbereitet. Dazu wird das Biomaterial mittels Zerkleinerungsgerät, Windsichter und Eisenmetallabscheidung aufbereitet, in einer Mischtrommel mit zerkleinertem Strukturmaterial vermengt und homogenisiert und anschließend zum Abtransport in das Kompostwerk Lobau automatisch auf LKW verladen.

Zur Erreichung des optimalen Mischungsverhältnisses wurden 5.823 Tonnen Siebüberlauf und 236 Tonnen unbehandeltes Holz den organischen Anlieferungen beigemischt sowie 3.262 Kubikmeter Wasser zugesetzt. Nach der Aufbereitung und Entfernung von 1.519 Tonnen Störstoffen gelangten 95.193 Tonnen zur Kompostierung.

Das aufbereitete organische Material wird in Form von Zeilenmieten aufgesetzt und im Verlauf der intensiven Rottephase (Vor- und Hauptrotte) mit zwei eigens dafür konstruierten Umsetzgeräten weiterversetzt, dabei gewendet und nach Bedarf bewässert. Diesem Verfahrensabschnitt folgt eine Ruhephase (die sog. Nachrotte). Zu diesem Zweck wird das Material mittels Radladern zu Tafelmieten aufgesetzt. Nach Erreichen des für die Pflanzenverträglichkeit erforderlichen Reifestadiums wird der Kompost abgesiebt und der entsprechenden Anwendung zugeführt.

Während des Kompostierungsprozesses wird das Rottegut mehrmaligen Qualitätskontrollen unterzogen. Das Kompostwerk Schafflerhof dient als Absieb- und Umschlagplatz. Der reife Kompost wird auf die vom Kompostwerk Lobau ins 48er-Zelt zurückkehrenden Transportfahrzeuge verladen und in die Anlage Schafflerhof gebracht. Dort erfolgen Absiebung und Vermarktung.

1997 wurden 33.873 Tonnen abgesiebter Reifekompost vermarktet bzw. gratis weitergegeben. 24.209 Tonnen Reifekompost wurden auf stadteigene Felder und Anlagen aufgebracht. 595 Tonnen wurden an diverse Betriebe und Kleinabnehmer, 7.097 Tonnen über die Mistplätze und weitere 1.966 Tonnen im Rahmen der Aktion "Gratis Kompost" an die Wiener Kleingärten abgegeben. 5 Tonnen wurden für die Erzeugung von Biofiltern verwendet. Der Rest befindet sich noch auf Lager bzw. im Rotte- oder Reifestadium.

Im Berichtsjahr 1997 wurden 443.484 kg Starterbatterien, 47.091 kg Konsumbatterien, 216.027 kg Speiseöl, 605 kg Medikamente, 4.736 kg Leergebinde, 3.051 kg Röntgenbilder und Schwarz-weiß-Negative, 7.228 kg Gasflaschen und Feuerlöscher und 11.786 kg Leuchtstoffröhren sowie 40.395 kg gefährliche Abfälle, die aus gewerblichen Anlieferungen im 48er-Zelt bzw. auf der Deponie Rautenweg aussortiert wurden, (Summe: 774.403 kg) angeliefert, nachsortiert, zwischengelagert und einer Entsorgung bzw. Verwertung zugeführt.

Im Berichtsjahr wurden 28.525 Altkühlgeräte angeliefert, davon wurden 27.982 Geräte einer Behandlung unterzogen und die vorbehandelten Geräte einer Entsorgung zugeführt. Die restlichen Kühlgeräte lagen Ende 1997 auf Zwischenlager für die Behandlung. Weiters wurden im Berichtsjahr 25.923 Bildschirmgeräte in der Behandlungsanlage für Elektro- und Elektronikaltgeräte bearbeitet und die dadurch gewonnenen Fraktionen vermarktet bzw. einer umweltgerechten Entsorgung zugeführt. Mit Jahresende 1997 wurde eine Bildröhrenauftrennanlage in Betrieb genommen.

53.444 Tonnen Schlacke und Asche wurde aus dem Müllheizwerk Flötzersteig, 65.763 Tonnen aus dem Müllheizkraftwerk Spittelau, 32.663 Tonnen aus den Entsorgungsbetrieben Simmering, 22 Tonnen sonstige angelieferte Schlacke (Summe: 151.892 Tonnen) und 21.760 Tonnen eingekehrter Streusplitt mit 20.634 Tonnen Zement und 7.650 Tonnen Wasser versetzt, durchmischt und als Schlackenbeton auf der Deponie Rautenweg eingebaut. Zusätzlich wurden 2.702 Tonnen Schlacke im Rahmen eines Versuches für bergbautechnische Versatzmaßnahmen per Bahn nach Deutschland verbracht.

Der 48er-Basar bietet gebrauchte verwertbare Altwaren, die auf den Mistplätzen abgegeben wurden und zu schade für den Müll sind, zum Verkauf an. Täglich ist ein LKW eingesetzt, der brauchbare Gegenstände zum Mistflohmarkt bringt. 1997 wurde der Flohmarkt von 28.099 Besuchern frequentiert. Das stellt eine Steigerung von 5,14 Prozent gegenüber dem Jahr 1996 mit 26.725 Besuchern dar.

Im Jahr 1997 wurden im Zuge der Eingangskontrolle auf der Deponie Rautenweg an 113 Proben aus Anlieferungen 1.969 Analysen, aus 368 Asche- und Schlackeproben 5.378 Analysen, an 377 Proben aus der Kompostierung 3.528 Analysen sowie für andere Bereiche der Abteilung und für diverse Projekte aus 92 Proben 912 Analysen durchgeführt. Von 7.259 in Einzelbinden angelieferten Problemstoffen (4,8 t) mußten 875 Substanzen im Labor identifiziert werden.

Im Berichtsjahr stand für Hausmüll, Bauschutt sowie Schlacke und Asche aus den Verbrennungsanlagen die Deponie Rautenweg (14 km vom Stadtzentrum) zur Verfügung. Im Jahr 1996 stand für Aushub noch die Deponie Schafflerhof zur Verfügung (18 km vom Stadtzentrum). Die Inputmenge des deponierten Mülls auf der Deponie Rautenweg sank von 98.484 Tonnen (1996) um 4,57 Prozent auf 93.981 Tonnen, die Nettomenge der gesamten deponierten Abfälle (Müll und Inertstoffe) sank von 429.178 Tonnen (1996) um 7,57 Prozent auf 396.693 Tonnen.

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 19,4 Millionen m³ Gas (1996: rund 20 Millionen m³) aus dem Deponiekörper abgesaugt. Die vorhandenen Hochtemperaturfackeln wurden nur zum Starten der Verstromungsanlage benötigt. Die mit den Motoren erzeugte elektrische Leistung wird in das Netz der Wiener Stadtwerke E-Werke eingespeist.

Im Berichtsjahr wurde eine semimobile Recyclinganlage für eingekehrten Streusplitt auf dem Gelände der Deponie Rautenweg errichtet. In dieser Anlage wird mittels Wasch- und Siebeinrichtungen das Altmaterial zu wieder für die winterliche Bestreuung von Straßen verwendbarem Splitt aufbereitet. Im Rahmen eines Versuchsbetriebes wurden 4.369 Tonnen Recyclingmaterial erzeugt.

Zur Verfügung standen der Straßenreinigung und dem Winterdienst außer dem ständigem Personal 36.587 Tagelöhner und Schneearbeiter, die eine Leistung von insgesamt 292.696 Stunden erbracht haben.

Die Straßenreinigung entleerte die 11.460 Papierkörbe und 2.994 Tauschkörbe an exponierten Stellen bis zu dreimal täglich. Bei 10.061 Einsätzen wurden von eigenen Kehrmaschinen 457.400 km gefahren. Bei 3.284 Einsätzen wurden von eigenen Waschmaschinen 154.785 km, bei 1.806 Einsätzen von privaten Waschmaschinen im Auftrag der Abteilung 100.548 km gefahren. Weiters wurden von Kommunaltraks und Kramer-Tremo der Straßenreinigung 16.126 Betriebsstunden geleistet, wobei 6.950 Stunden als Kehreinsatz gerechnet wurden. 12 Waschaufbauten für die Klein-LKW wurden ebenfalls zum Reinigen der Fahrbahn und der Papierkörbe eingesetzt.

Die Mitarbeiter der Straßenreinigung kehrten 1997 händisch und maschinell insgesamt 35.045 Tonnen Straßenkehrricht sowie 24.739,34 Tonnen Streusplitt nach dem Winterdienst ein.

Wochentags ist von 15.30 bis 6.00 Uhr, an Samstagen, Sonn- und Feiertagen von 6.00 bis 6.00 Uhr der Funkraum über das ganze Jahr hindurch mit einem Bediensteten der Abteilung besetzt. Dieser übernimmt die Einsatzlei-

tung des Bereitschaftsdienstes, die Fahrzeugbestellungen der jeweiligen Einsatzgaragen über Anforderung der Polizei, Feuerwehr, des Permanenzingenieurs und der Straßenreinigung selbst (wie z.B. Kehr- und Waschmaschinen). Im Katastrophenfall laufen ebenfalls alle Anforderungen über diesen Journaldienst (z.B. Hochwassereinsatz). An Wochentagen von 6.00 bis 15.30 Uhr werden alle Agenden für die Straßenreinigung und den Winterdienst von den Mitarbeitern der Straßenreinigung übernommen.

Im Winterdienst waren 264 abteilungseigene Fahrzeuge und 187 LKW von privaten Firmen mit Winterdienstgeräten der Abteilung zum Pflügen und Streuen eingesetzt. Auf Grund der Erfahrungen aus dem Winter 1996/97 wurden im Laufe des Sommers organisatorische Änderungen getroffen, die bereits für den Winterdienst 1997/98 Gültigkeit haben; es wurden die Routenpläne überarbeitet, die Streupläne ergänzt, die Pläne für die Klein-LKW der Straßenreinigung überarbeitet, skartierte Klein-LKW durch winterdiensttaugliche Fahrzeuge ersetzt, Auftaumittelversuche (Einsatz von Kaliumkarbonat, Erprobung von Steinsalz) durchgeführt, 250.591 lfm. Gehsteige, Gehwege und Stiegenanlagen mittels Vertrag an Privatfirmen zur Betreuung übergeben, Einsatz von Feuchtsalz durchgeführt und 1.108 Auftritte im 5. Bezirk zur winterlichen Betreuung als Versuch an private Firmen übergeben. Derzeit gibt es 14 Winterdienstlagerplätze der Abteilung, wobei jeder Platz mit mindestens zwei Silos für Auftaumittel ausgestattet ist. Vier Lagerplätze sind mit einer Solemischanlage für den Feuchtsalzeinsatz ausgestattet.

Auf nunmehr 18 Lagerplätzen der Straßenreinigung sind Mistplätze eingerichtet, die gemeinsam mit der Müllbeseitigung betreut werden. Die Öffnungszeiten wurden dem Bedarf angepaßt, so daß die Mistplätze nunmehr Montag, Dienstag, Donnerstag bis Samstag von 7.00 bis 18.00 Uhr und Mittwoch von 7.00 bis 20.00 Uhr zur Verfügung stehen. Mit dem von der Müllbeseitigung allein betreuten Mistplatz Kagran bei der Abfallbehandlungsanlage gibt es nunmehr 19 Plätze, die im Berichtszeitraum von insgesamt 1,310.278 Personen frequentiert wurden, wobei alle Arten von Sperrmüll, Altstoffen und Problemstoffen aus Privathaushalten angenommen wurden. Auch die 8.385 Kühlschränke, die auf öffentlichem Gut von der Straßenreinigung vorgefunden wurden, mußten über die Mistplätze entsorgt werden.

Neben den notstandspolizeilichen Maßnahmen koordiniert seit 1988 der Bereitschaftsdienst alle Agenden, die außerhalb der Routinetätigkeit der Abteilung anfallen. Der Funkraum ist rund um die Uhr besetzt und steuert alle Einsätze zentral. Es erfolgten 7.116 Ausfahrten für notstandspolizeiliche Maßnahmen (Abschränkungen, Beleuchtungen und dgl.), weiters wurden 378 Sonderveranstaltungen (Reinigung während und nach Veranstaltungen, Aufstellung von WC-Anhängern, Aufstellung und Entleerung von Müllgefäßen) koordiniert bzw. veranlaßt.

Von den Außenstellen und den Mitarbeitern der Zentrale wurden 967 Schadensmeldungen für die Straßenschadensdatei erhoben und in das Programm eingegeben. Weiters wurden 790 Autowracks als Erstmeldung der Abschleppgruppe gemeldet.

1997 mußten die Vorarbeiten für die erweiterte Dezentralisierung geleistet werden. Nunmehr fallen auch Aufgaben der Straßenreinigung in Eigenverantwortung der Bezirke (private Waschmaschinen, Tagelöhner, Schneearbeiter, private Schneeabfuhr, Kleinlader mit Kehreinrichtung).

Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien

Das Forstamt und der Landwirtschaftsbetrieb ist einerseits mit der Verwaltung und Bewirtschaftung der stadtnahen Erholungswälder und der Quellenschutzforste in Niederösterreich und in der Steiermark, sowie der zugeordneten Aufforstungsflächen und Nebenbetriebe, andererseits mit der Bewirtschaftung der landwirtschaftlich genutzten städtischen Ökonomien betraut. Hiezu kommen noch die Planung, Errichtung und Erhaltung diverser Erholungseinrichtungen und die Anlage und Erweiterung von Windschutzgürteln.

Eingegliedert in die Abteilung ist auch das Ludwig-Boltzmann-Institut für biologischen Landbau und angewandte Ökologie, dessen Aufgabe in der Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen für den biologischen Landbau, in der Untersuchung dessen volkswirtschaftlichen Stellenwertes und in der Einleitung entsprechender Förderungsmaßnahmen besteht.

Das Ausmaß der Grundflächen, die von der Abteilung bewirtschaftet werden, betrug am Ende des Jahres 1997 im Bereich des Landes Wien 8.551,0798 ha und im Bereich der Quellenschutzforste 32.470,8441 ha. Das Gesamtausmaß der forstlich genutzten Flächen machte 41.021,9239 ha, das der landwirtschaftlich genutzten Flächen 2.552,0000 ha aus.

Bei der Bewirtschaftung der Forstflächen stellt ihre spezifische Widmung die Grundlage der Vorgangsweise dar. Im stadtnahen Bereich, in dem die Erholungswirkung im Vordergrund steht, wird unter weitestgehendem Verzicht auf Kahlhiebsflächen in Form von Einzelstammnutzung in überalterte Bestände eingegriffen. Auch zur Förderung der natürlichen Verjüngung werden die Altbestände aufgelichtet und erst nach Vorhandensein eines entsprechenden Jungwuchses behutsam abgeholzt.

In den Quellenschutzforsten wurde weiterhin die Methode des natürlichen Waldbaues verfolgt, welche auf die Erzielung vielschichtiger, verschiedenaltiger, möglichst geschlossener Bestände abzielt und erwiesenermaßen die bestmögliche kontinuierliche Quellenschüttung gewährleistet.

Die Nutzungen erfolgten daher weiterhin in Form von Einzelstammentnahmen bzw. kleinstflächigen Kahlhieben, die die natürliche Verjüngung der vielfach überalterten Bestände ermöglichen sollen. Besonderer Wert wird hierbei auf die Förderung des Laubholzanteiles an den Verjüngungen gelegt.

Der Holzeinschlag (in fm) betrug im Jahre 1997:

	Blochholz	Schleifholz	Brennholz	Gesamt
Wienerwaldforste	7.332,26	9.998,87	7.842,08	25.173,21
Quellenschutzforste	27.015,99	10.231,42	7.260,93	44.508,34
Gesamt	34.348,25	20.230,29	15.103,01	69.681,55
in Prozent	49,3	29,0	21,7	100,0

Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr, in dem insgesamt 69.974,94 fm geschlägert wurden, eine geringfügige Verminderung um 293,39 fm (0,42 %).

Während in den Wienerwaldforsten der Gesamteinschlag gegenüber 1996 einen Zuwachs von 1.900,80 fm verzeichnete, wurde in den Quellenschutzforsten ein Mindereinschlag von 2.194,19 fm getätigt.

Bei Schleifholz war in den Wienerwaldforsten ein Mindereinschlag von 1.374,79 fm zu verzeichnen und in den Quellenschutzforsten ein Mindereinschlag von 1.845,79 fm.

Der Brennholzeinschlag stieg sowohl in den Wienerwaldforsten (um 2.454,65 fm), als auch in den Quellenschutzforsten (um 476,41 fm) an.

Der Blochholzeinschlag in den Wienerwaldforsten verzeichnete im Berichtsjahr einen Anstieg von 820,94 fm, in den Quellenschutzforsten jedoch einen Rückgang von 824,81 fm.

Insgesamt blieb der Prozentanteil des wertvollen Blochholzes am Gesamteinschlag mit 49,3 Prozent im wesentlichen unverändert gegenüber dem Vorjahr (49,1 %).

Die Holzabgabe, welche in den Quellenschutzforsten vorrangig der Versorgung des städtischen Sägewerkes Hirschwang dient und in den übrigen Verwaltungen dem Markt zugeführt wurde, betrug im Jahr 1997:

Holzabgabe	Nutzholz	Brennholz	Gesamt
Wienerwaldforste			
an Fremde	17.327,08	7.644,68	24.971,76
an Sägewerk	4,05	–	4,05
Quellenschutzforste			
an Fremde	24.408,17	7.259,73	31.667,90
an Sägewerk	12.839,24	–	12.839,24
Gesamt:	54.578,54	14.904,41	69.482,95

Holzmarktlage im Jahre 1997

Das Blochholz der Holzart Fichte erreichte zu Ende des Vorjahres in den Güteklassen A und B wieder den Preis von rund 1.000 S/fm, wozu die Protestaktionen der Umweltschutzorganisationen gegen die Rundholzimporte aus den exploitativen Nutzungen der borealen Nadelwaldgebiete (Kanada, Skandinavien, Rußland) maßgeblich beigetragen haben.

Besonders rege Nachfrage verzeichnete das Lärchenblochholz, welches einschließlich der untersten Dimensionen (20 cm Mittendurchmesser aufwärts) in allen Güteklassen den seit Jahrzehnten höchsten Durchschnittspreis erreichte (rund 1.450 S/fm).

Die von den Waldbesitzerverbänden und der Umweltorganisationen unternommenen Bestrebungen zur Zertifizierung von Rundholzlieferungen aus Waldbeständen, welche nach ökologischen Richtlinien und unter Berücksichtigung der Aspekte einer nachhaltigen Holzproduktion genutzt werden, konnten bisher wegen der Kostenfrage und vor allem wegen divergierenden Ansichten hinsichtlich der Kompetenzverteilung nicht realisiert werden.

Der Absatz der aus der Pflege der Laubholzbestände in den Wienerwaldrevieren sowie jener in den Revieren des Nationalparks Lobau, in denen in erster Linie die nach den Nationalparkrichtlinien nicht standortgemäßen Hybridpappeln geschlägert wurden, erzeugten Blochsortimente konnte auf dem Preisniveau des Vorjahres bei leicht steigendem Käuferinteresse abgewickelt werden.

Um die Leistungskapazität des städtischen Sägewerkes Hirschwang zu optimieren und um Lieferaufträge höherwertiger Schnittware nachkommen zu können, wurden zusätzlich zum forsteigenen Rundholzaufkommen aus dem einschlägigen Markt 1.600 fm Blochholz zugekauft.

Die Verwertung der Industrielholzsortimente (Schleif- und Faserholz) konnte nur schleppend und zu ungenügen-

den Konditionen getätigt werden, obwohl die Position des städtischen Forstbetriebes als einer der größten Anbieter wesentliche Vorteile in den Verhandlungen mit dem Verarbeiterkartell bietet.

Das Brennholzgeschäft entwickelte sich im Berichtsjahr äußerst zähe und beschränkte sich im wesentlichen auf Abnahmen durch die langjährige Stammkundschaft. Die Ursachen hierfür liegen in der relativ kurzen Heizperiode, in Billigimporten sowie in der Umstellung auf den Energiebezug aus Fernheizwerken und aus Erdgas. Unverkäufliche Partien an Industrie- und Brennholz werden zunehmend in Hackguthheizungen zur Versorgung der Betriebsgebäude und Personalwohnungen des Forstamtes verwendet bzw. im langen Zustand oder gehäckselt als Totholz dem ökologischen Kreislauf des Waldes zugeführt.

Der Landwirtschaftsbetrieb ist mit der Verwaltung und Bewirtschaftung der in Wien und Niederösterreich gelegenen städtischen Ökonomien und der vom Bund angepachteten Domäne Eßling - Schafflerhof befaßt.

Neben der landwirtschaftlichen Nutzung treten hierbei die Aspekte der Grünraumgestaltung, der Erhaltung der Kulturlandschaft und der Reservehaltung von Grundstücken für die Stadterweiterung zunehmend in den Vordergrund. In den letzten Jahren wurden mehr als 90 Prozent aller Windschutzpflanzungen, Heckenanlagen und Wohlfahrtsaufforstungen auf Grundflächen des Landwirtschaftsbetriebes realisiert. Viele Projekte der Stadterweiterung durch den Wiener Wirtschaftsförderungsfonds und des Wiener Bodenbereitstellungsfonds (Wohnbau Brünner Straße, Leberberg, Langobardenstraße, Inzersdorf, Umfahrung Münchendorf usw.) wurden in Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsbetrieb reibungslos abgewickelt.

Die landwirtschaftliche Produktionsmethode wird zunehmend auf Basis des „integrierten Pflanzenschutzes“ abgestimmt, welcher auf die Erhaltung und Verbesserung der Bodengüte und auf die Sicherung der Grundwasserqualität abzielt. Die wichtigsten Merkmale des „integrierten Pflanzenschutzes“ sind: ausgewogene Fruchtfolge, richtige Sorten- und Standortwahl, harmonische Pflanzenernährung, Einsatz bodenschonender Agrartechnik und gezielter Pflanzenschutz.

Im Zusammenhang mit dem neuen EU-Agrarsystem wurden Ackerflächen anteilmäßig an der landwirtschaftlichen Nutzfläche aus der Produktion genommen, d.h. stillgelegt. Diese Brachflächen werden begrünt, Dünger oder Pflanzenschutzmittel werden nicht mehr eingesetzt. Im Wirtschaftsjahr 1997 ist die Anbauplanung sowohl nach den vorgegebenen Richtlinien seitens der EU, als auch auf Grund der Marktsituation erfolgt. Bei Ölsaaten (Raps und Sonnenblumen) war eine Reduktion der Anbaufläche erforderlich, da der Weltmarkt-Produktpreis stark abgesunken ist und ohne nationale Förderung eine Kostendeckung nicht gegeben ist.

Bei den wichtigsten Agrarerzeugnissen gab es zum Teil erhebliche Preissenkungen, die durch Ausgleichszahlungen gemindert wurden. Der Landwirtschaftsbetrieb erhält aus Mittel der Europäischen Union die Preisausgleichszahlungen für Erzeuger landwirtschaftlicher Kulturpflanzen, die Prämie für Flächenstilllegung und die Förderungsbeiträge für Ölsaaten sowie Eiweißpflanzen.

Der wirtschaftliche Zwang zur Senkung der Produktionskosten und die aus ökologischen und ökonomischen Gründen erforderliche Einschränkung von Verschlemmung und Verdichtung der Ackerböden führt im Landwirtschaftsbetrieb zu einer stetigen Zunahme von Verfahren der pfluglosen, also nicht wendenden Bodenbearbeitung. Außerdem gewinnt die Gründüngung laufend an Bedeutung und garantiert die Versorgung der Mikroorganismen im Boden mit Energie und ist somit eine unverzichtbare Voraussetzung für die nachhaltige Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit.

Da im Förderungsbereich ausschließlich Ackerflächen (Produktionsflächen) heranzuziehen sind, wurde in den Verwaltungen Eßling und Laxenburg eine Satellitengesteuerte Flächenermittlung in Auftrag gegeben und abgeschlossen. Für die Verwaltungen Wallhof und Magdalenenhof wurde die Satellitengesteuerte D-GPS-Flächenvermessung in Auftrag gegeben. Diese Technologie der Flächenerhebung stellt derzeit hinsichtlich der Kosten und Genauigkeit die praktikabelste Lösung dar. Die Kosten belaufen sich nur auf einen geringen Prozentsatz der Förderungsbeträge und sind durch die präzise Flächenangabe gerechtfertigt, insbesondere auch durch weitere Verwendungsmöglichkeiten der Daten.

Nachdem das Stadtgut Lobau nach einer Umstellungsphase seitens der Austria BIO-GARANTIE (Gesellschaft zur Kontrolle der Echtheit von biologischen Produkten) als Bio-Betrieb anerkannt wurde, konnten sämtliche Produkte als Bio-Ware veräußert werden. Neu hinzugekommen sind Anbau- und Lieferverträge mit der Unifrost-GesmbH. in Groß-Enzersdorf für BIO-Erbsen, BIO-Bohnen und BIO-Rote Rüben.

Die Erträge bei Getreide waren sehr gut, sie lagen rund 10 Prozent über den Vergleichszahlen des Vorjahres. Dem verstärkten Bedarf an inländischer Gerste mit hoher Qualität wurde seitens des Landwirtschaftsbetriebes durch Erhöhung der Produktionsfläche Rechnung getragen. Allerdings ergaben sich infolge der hohen Niederschläge im Juli erhebliche Probleme bei der Kornqualität.

Die landwirtschaftliche Anbaufläche betrug 1997 1.639 ha und gliedert sich in Getreide mit 1.328 ha (81,00 %), Ölfrüchte mit 10 ha (0,60 %), Eiweißfrüchte mit 45 ha (2,70 %), Hackfrüchte mit 239 ha (14,60 %) und in Gemüse sowie Gewürze mit 17 ha (1,10 %).

Die Fläche an Weingärten betrug 32 ha, Bracheflächen ohne Nutzung betragen 167 ha.

Im Jahre 1997 wurden 3.665 t Weizen, darunter 342 t Hartweizen, 549 t Roggen, 2.242 t Gerste, 34 t Hafer, 33 t Dinkel, 30 t Triticale, 10.837 t Zuckerrüben, 323 t Kartoffel und 693 hl Wein produziert.

Bei den Aufforstungsarbeiten war in den Quellenschutzforsten bei den Nachbesserungen weiterhin ein wesentlicher Rückgang feststellbar. Betrag der Bedarf an Forstpflanzen, die als Ersatz für abgestorbene bzw. nicht angewachsene Pflanzen nachgesetzt werden mußten, im Jahr 1996 noch 26.340 Stück, sank er im Jahr 1997 auf 14.600 Stück. Auch bei den Wiederaufforstungen war mit einem Pflanzenbedarf von 26.600 Stück in den Quellenschutzforsten ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr feststellbar (1996: 31.210 Stk.), welcher den Erfolg der Umstellung auf natürlichen Waldbau mit Naturverjüngung deutlich sichtbar macht.

In den Wienerwaldforsten mußten weniger Kulturen nachgebessert werden als im Vorjahr (1996: 21.140 Pflanzen, 1997: 14.400 Pflanzen), aber auch bei den Wiederaufforstungen im Wiener Bereich war eine geringe Abnahme an Pflanzenbedarf feststellbar (1996: 29.250 Stk., 1997: 26.600 Stk.).

Insgesamt wurden 1997 folgende Pflanzenmengen versetzt: (in Stück)

	Nadelhölzer	Laubhölzer	Gesamt
Wiederaufforstungen	27.770	42.490	70.260
Nachbesserungen	15.930	14.690	30.620
Neuaufforstungen (ohne Wohlfahrtsaufforstungen)	4.080	1.250	5.330
Zusammen	47.780	58.430	106.210

Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Abnahme von 6.200 Pflanzen.

Die Waldschadenssituation stellte sich ungefähr gleich dar wie im Vorjahr. Durch Windwurfereignisse fielen rund 9.500 fm Holz an, außerdem mußten durch Eisbruch verursachte Schadhölzer im Ausmaß von 230 fm geschlägert werden und 1.530 fm vom Borkenkäfer befallenes Holz genutzt werden. Im Wiener Raum war weiterhin flächendeckend der Befall der Roßkastanie durch die Kastanienminiermotte festzustellen. Aus optischen Gründen wurden im Lainzer Tiergarten 182 Bäume chemisch mit sehr gutem Erfolg behandelt, da jedoch eine flächendeckende Behandlung unmöglich ist, kommt es zwangsläufig zu einem Wiederbefall nach Abschluß der chemischen Behandlung. Da der Miniermottenbefall zwar optisch eine Beeinträchtigung des Gesundheitszustandes der Roßkastanie darstellt, jedoch bislang keine letalen Folgen durch den Miniermottenbefall bekannt sind, wird in Zukunft von chemischen Behandlungen abgesehen.

Die durch das Wild verursachten Schäden hielten sich im gesamten Verwaltungsbereich im ertragbaren Rahmen. Speziell die Verbißschäden zeigten infolge des geringeren Wildbestandes rückläufige Tendenzen. Vereinzelt traten nach Spätwintereinbruch im April lokale Schältschäden auf.

Die Abschuszahlen bei Rotwild lagen ungefähr im vorjährigen Bereich, beim Schwarzwild war eine rückläufige Tendenz feststellbar, die in der kürzeren Bejagungszeit infolge der neuen Öffnungszeiten des Lainzer Tiergartens begründet ist. Auch bei Rehwild waren rückläufige Abschuszahlen gegenüber dem Vorjahr gegeben, die ihre Ursache in einer geringeren Populationsdichte hatte.

Der Gesamtabgang an Wild (Abschüsse und Fallwild) betrug im Jahr 1997:

	Wienerwaldforste	Quellenschutzforste	Gesamt
Rotwild	79	321	400
Rehwild	276	378	654
Gamswild	-	556	556
Muffelwild	56	2	58
Damwild	25	-	25
Schwarzwild	877	37	914
Steinwild	-	7	7

Der Forststraßenbau beschränkte sich im Berichtsjahr auf einige wenige Projekte zur Feinerschließung und auf die Anlage von Rückewegen mit minimalen Eingriffen in das Bodenprofil. Insgesamt wurden 1997 5.957 lfm Straßen errichtet.

Die Bringung des Holzes zu den LKW-befahrbaren Straßen erfolgt zunehmend mittels mobiler Seilkräne, da diese Methode wesentlich pfleglicher für den verbleibenden Bestand und für den Waldboden ist als die herkömmliche Bodenrückung. Im Jahr 1997 wurden 13.275 fm auf diese bestandesschonende Weise geliefert (7.425 fm mit eigenen Seilkränen, 5.850 fm durch Fremdfirmen).



Erntedankfest im Reservegarten Hirschstetten mit Umweltstadtrat Svihalek und Stadtgartendirektor Schiller.

Foto: Votava / PID

Wiens Altbürgermeister Dr. Helmut Zilk schaltete im Oktober 1997 den ersten Maschinensatz des Donaukraftwerks Freudenau ein, welches umweltfreundlichen Strom aus Wasserkraft ins Versorgungsnetz liefert.

Foto: Votava / PID





Pressekonferenz mit Verkehrsstadtrat Fritz Svihalek und Stadtschulratspräsident Dr. Kurt Scholz zur Kinderverkehrssicherheitsaktion "Sicherer Schulweg".

Foto: Votava / PID

Festveranstaltung "90 Jahre Gänsehäufel".

Foto: Votava / PID



Die Arbeitszeit der Forstarbeiter entfiel, auszugsweise und prozentuell, auf folgende Arbeiten:

	Wienerwaldforste in Prozent	Quellenschutzforste in Prozent
Holzgewinnung und -bringung	4,5	17,3
Kulturarbeiten	8,4	5,9
Bau und Erhaltung von Bringungsanlagen	2,6	5,2
Erholungswaldmaßnahmen	25,0	-
Gebäudeerhaltung	17,1	16,3

Auffällig ist hierbei der relativ niedrige Anteil an Holzgewinnung und an den Kulturarbeiten, was darin begründet ist, daß für zeitaufwendige Arbeiten, wie z.B. Durchforstungen, Dickungspflege und Aufforstungsarbeiten, Fremdfirmen herangezogen werden. Dadurch ist es möglich, den kurzfristig anfallenden Arbeitskräftebedarf (z.B. für das Pflanzensetzen) abzudecken, in arbeitsärmeren Zeiten jedoch Leerläufe zu vermeiden.

Von der Forstbetriebseinrichtung wurden im Berichtsjahr 1997 Forstoperat und Fällungspläne nach § 93, FG 1975, für die Reviere Thalhof, Schreier, Schneeberg, Hirschwang-Rax, Rax-Plateau, Rax-Heukuppe begonnen bzw. fertiggestellt. Für das Revier Neuwaldegg wurde eine Zwischenrevision begonnen, die Mitte 1998 abgeschlossen werden soll.

Die Forsteinrichtung realisiert die Umstellung der Betriebsart auf kleinflächige Waldbauverfahren u.a. mittels Einrichtung permanenter Kontrollstichproben. Für die Reviere Sievering, Neuwaldegg, Lainzer Tiergarten, Breitenfurt-Mauer und Purkersdorf wurden die Stichprobenberichte fertiggestellt, präsentiert und übergeben. Zur objektiven Beurteilung der Verjüngungs- und Verbißsituation wurden für die gesamte Forstverwaltung Wildalpen in Zusammenarbeit mit dem Institut für Wildtierkunde und dem zuständigen Forstpersonal Verjüngungsbeobachtungspunkte und Vergleichsflächenpaare eingerichtet, aufgenommen und berichtsmäßig ausgewertet. Im Revier Siebensee wurde im Rahmen einer Diplomarbeit (Institut für Waldbau der Universität für Bodenkultur) ein waldbaulicher Weiserflächenkomplex für Vorzeigzwecke eingerichtet.

Bezüglich der EDV ist für 1997 folgendes zu berichten:

Allgemein

Der zu betreuende Gerätebestand von rund 40 PCs, einer GIS-Station und 12 Sicherungs-PCs (PC 286 in entlegenen Revierkanzleien der Quellenschutzwälder) sowie von 25 Datenerfassungsgeräten (EG 10) einschließlich zugehöriger Geräteperipherie wurde im Vergleich zur Periode 1996 konstant gehalten. Branchenseitig standen die Betreuung der Lohn- und Rundholzverrechnung im Vordergrund. Darüber hinaus waren alle EDV-Routineaufgaben wie Anwenderbetreuung, Betreuung der Inter-/Intranet-Seiten, diverser Systemwechsel, Nutzung grafischer Katasterdaten des Magistrates usw. abzudecken.

Als Sonderaufgabe wurden für eine Kontrollamtsprüfung umfassende Unterlagen und Kalkulationen zur EDV der Abteilung aufbereitet und dem Kontrollamt übergeben. Im Rahmen der Erstellung eines erweiterten Kostenrechnungsentwurfes für die Abteilung wurden der IST-Zustand erhoben sowie SOLL-Entwürfe für den Kostenartenplan, den Kostenstellenplan und eine Auftrags- und Zeitwirtschaft erstellt. Die Weiterentwicklung der Kostenrechnung ist Teil eines von der MD VO unterstützten Controlling-Pilotprojektes der Abteilung. Für die bevorstehende Betriebsprüfung der Fa. Mummert + Partner mußte der Aufgaben- und Leistungskatalog der Abteilung vorbereitet werden.

Grafische Datenverarbeitung GIS, Forstkartografie

In Ergänzung zum Kostenrechnungsprojekt wurde eine umfangreiche Funktions- und Kostenstudie zum betriebswirtschaftlichen Software-System R/3 der Fa. SAP durchgeführt und mit möglichen Alternativen verglichen. Im GIS-Bereich war neben der Forstkartografie (Forsteinrichtung, Stichprobeninventuren) das Standortkartierungsprojekt (Reviere Weichselboden, Brunn, Gschöder, Schneeberg, Gahns) zu betreuen.

Zum Schwerpunkt Forstliche Raumplanung wurden im Hinblick auf die Revision des Waldentwicklungsplanes 123 Waldflächen in den Bezirken 2, 3, 11, 12, 13, 14, 16, 18, 19, 20, 21, 22 und 23 überprüft bzw. neu aufgenommen und in das bestehende GIS der Abteilung integriert.

Im Rahmen der Stadtplanung und Landschaftsplanung wurden übergeordnete Planungen für das 1.000-ha-Programm gemeinsam mit der MA 18 erstellt, die aktuellen Flächenwidmungsgebiete, im Hinblick auf das allgemeine Interesse an der Walderhaltung, und zur Sicherung der generellen Grünraumausstattung (40 Grün- und 5 Rotdrucke und 105 Beschlüsse) bearbeitet.

Detailplanungen für die Ausgestaltung erfolgten in den Bereichen Leberberg, Neugebäude, Kirschenallee, Europan, An den alten Schanzen, Ödenburgerstraße, Wulzendorfstraße-Süd und Heuberggstätten.

Außerdem wurden für folgende Landschaftspläne Detailplanungen ausgearbeitet:

LSP Lobau-Vorland (mit Nationalpark-Komitee)

LSP Goldberg (mit MA 18)

LSP Heubergstätten.

Aufforstungen wurden 1997 vorbereitet (insgesamt 4,6 ha; 40.100 Pflanzen) für das Gebiet Westlich General Motors, Kirschenallee, Inzersdorf, Langes Feld, Ödenburger Straße und Himmelteich.

Vorbereitet und organisiert wurden mit rund 20.000 Pflanzen die Aktionen Kinder- und Jugendwald der Naturfreunde Wien, Greenpeacegedenkwald, Jungbürgerwald 1997 (10. Bezirk Heubergstätten) und Schulwald 1997.

Die Ersatzaufforstung für DOKW Freudenau - Donauinsel (4,0 ha) wurde koordiniert und überwacht, ebenso die Ersatzpflanzungen der MA 29 im 22. Bezirk (500 Pflanzen).

Das Maßnahmenprogramm zum 1.000 ha - Programm (Landschaftsgestaltungen) wurde umgesetzt auf folgenden Flächen: Ödenburger Straße (1,5 ha), Gerasdorfer Straße (0,5 ha), Orasteig (0,5 ha), Himmelteich (0,5 ha), Langes Feld (2,0 ha), Kirschenallee (4,0 ha).

Zum Themenbereich Naturschutz und Landschaftspflege wurde das Wiesenpflegeprogramm für die Sanierung der Lainzer Tiergartenwiesen nach dem Bewirtschaftungskonzept Prof. Holzner (BOKU, MA 22) durchgeführt.

Das Alleesanierungsprogramm zur Erhaltung der historischen Alleen wurde fortgeführt, und zwar durch Wurzelstockrodung und Nachbepflanzung im Lainzer Tiergarten und durch Nachpflanzung im Schwarzenbergpark.

Das Artenschutzprogramm zur Erhaltung seltener Gehölze im Verwaltungsbereich der Abteilung wurde mit den Schwerpunkten Speierlingbeerntung Lainzer Tiergarten, Bergulmen- und Stechpalmenschutz im Naturwaldreservat Schneeberg, Anzuchtversuche Österreichische Mehlbeere, Deutsche Tamariske und Wildrosen fortgeführt.

Die Betreuung und Dokumentation der Naturwaldreservate der Abteilung wurde mit den Schwerpunkten Moosgraben, Himmelwiese, Leopoldsberg, Schneeberg; (820,0 ha) fortgeführt, das Naturwaldreservat Johannserkogel wurde von 21,0 auf ca. 65,0 ha erweitert.

Mit dem „Verein Niederösterreich - Wien - gemeinsame Erholungsräume“ erfolgte die Durchführung bzw. Vorbereitung der Projekte „Pflegekonzept Schwarzenbergpark und Elisabethhöhe“, „Auswertung der Zählung und Befragung der Wienerwaldbesucher“, „Naturlehrpfad Lainzer Tiergarten“, „Aussichtsturm Laaer Wald“, „Radwege im Wienerwald und Inzersdorf“, „Radiästhetischer Führer Wienerwald“, „Beschilderung Stadtwanderwege“, „Neugestaltung der Wege im Lainzer Tiergarten“, „Sanierung des Brunnens der albertinischen Wasserleitung“, „Revitalisierung Ruinenvilla“, „Sanierung Hanslteich“ und „Radweg Auhof“.

Zum Projekt „Standortkartierung Quellenschutzforste“ erfolgten die Präsentation des Berichtes zu den Revieren Schreier (FV Wildalpen) und Hirschwang-Schneeberg sowie die Kartierung im Gelände Revier Höllental-Rax, FV Naßwald (2.500 ha).

Weiters wurden verschiedene Forschungsprojekte wie z.B. Hochlagenkartierung, Monitoringprojekt Auftaunmittel Kaliumkarbonat, Monitoringprojekt Deponierekultivierung und Kompostanwendung für Nutzungen außerhalb des biologischen Landbaues koordiniert und betreut.

Die 40 Waldkinderspielplätze wurden laufend überprüft, die Spielplätze Neilreichgasse, Rohrerbad und Steinhofgründe erneuert sowie in den Erholungsgebieten Leberberg, Wienerberg Ost, Gasthaus Lindwurm und Krapfenwaldwiese neue Spielplätze angelegt.

Die 10 Stadtwanderwege und 8 Waldklassenzimmer wurden kontrolliert, das Waldklassenzimmer Simmering sowie die 47 Übersichtstafeln sämtlicher Stadtwanderwege wurden neu gestaltet.

Im Bereich Waldpädagogik wurde mit der Errichtung der „Wiener Waldschule“ (Jubiläumswarte) begonnen, die „Woche des Waldes“ koordiniert (Teilnahme von rund 1.000 Schüler). Weiters erfolgten die Organisation und Betreuung von 94 Exkursionen und Führungen für Schulen sowie die Betreuung und Information über Wald und Grünraum in Wien auf mehreren Veranstaltungen, wie Ausstellung Stadtschulrat, Ferienspiel u.a.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Abteilung bestand im Jahre 1997 aus folgenden Aktivitäten:

- Führung von 25 forstlichen Fachexkursionen einschließlich Betreuung ausländischer Delegationen
- Medienarbeit
- Presseaussendungen
- Betreuung von Medienvertretern (Interviews, Fototermine, Filmaufnahmen, Pressemappen)
- Pressefahrten: FV Lobau (2x), FV Hirschwang, FV Naßwald, FV Wildalpen
- Entwurf bzw. Mitarbeit bei der Erstellung von Broschüren
- Die Quellenschutzwälder der Stadt Wien
- Stadtwanderwege - Neuauflage
- Organisation und Redaktion der Beiträge der Abteilung in der Österreichischen Forstzeitung 7/97
- Wiener Stadtrundfahrten
- Lebendiger Stadtwald

- Der Wald junger WienerInnen
- Telefonische und schriftliche Behandlung von Anfragen und Beschwerden
- Betreuung von Naturschutzgruppen, Zusammenarbeit bei Projekten:
- Kuratorium „Rettet den Wald“: Lebensbaumkreis
- World Wildlife Fund: „Tour-Natur“
- Dekoration eines Schaufensters der BAWAG-Rochusgasse
- Teilnahme an Schulwaldaufforstungen
- Junge Wälder-Aufforstung
- Waldjugendspiel
- Seminar und Schulungsfahrten für Stadtrundfahrtenbegleiter
- MA 49-Ausstellung in der Stadtinformation
- Betreuung der Internetseiten der MA 49
- Fortführung der Chronik des Forstamtes

Vom Ludwig-Boltzmann-Institut für biologischen Landbau und angewandte Ökologie wurden im Jahre 1997 folgende Forschungsvorhaben weitergeführt, neu begonnen bzw. vorbereitet:

- Betreuung von 6 Dissertationen und 3 Diplomarbeiten
- Approbation von 6 Diplomarbeiten
- Untersuchungen zur Austestung der Qualität von Komposten aus der Biotonne bei der Anwendung in Landwirtschaft und Gartenbau
- Forschung zu Auswirkungen des Einsatzes von Komposten aus der Biotonne auf die Nitratdynamik in Boden und Pflanze sowie die Regenwurmfauna
- bodenbiologische Untersuchungen
- Mitarbeit am EU-Projekt DOCEA zur Weiterentwicklung von auf biologischen Landbau spezialisierten Literaturdatenbanken
- Ökologisch orientierte Methoden zur Minimierung des Befalles mit Getreidehähnchen (*Oulema melanopus*)
- Untersuchungen zur Verbesserung der Qualität von Ölkürbissaatgut
- Mitarbeit am EU-PHARE-Projekt zur Errichtung von Demonstrationsfarmen für biologische Wirtschaftsweise
- Fütterungsversuche und Futterwahlversuche mit Laborratten als integrative Testmethoden zur Ermittlung der ernährungsphysiologischen Qualität landwirtschaftlicher Produkte
- Mikrobiologische Untersuchungen zur Erfassung des Nachernteverhaltens und der Lagerqualität von landwirtschaftlichen Produkten
- Marktorientierte Angebotsuntersuchung von biologisch und konventionell angebauten Produkten bezüglich Nachernteverhaltens
- Untersuchung zur pfluglosen Mulchstreifenmischkultur
- Untersuchung der Stickoxydausgasung aus landwirtschaftlich genutzten Böden bei unterschiedlicher Düngung
- Erfassung der Auswirkung eines alternativen Streusalzes (Kaliumkarbonat) auf Pflanzen und Boden
- Eigenschaften herkömmlicher und speziell für den Bio-Landbau gezüchteter Winterweizensorten unter den praktischen Bedingungen des Biologischen Landbaues
- Wechselwirkungen zwischen agrarlandschaftlichen Strukturelementen und Ackerflächen
- Innovationsprojekt zur Verbesserung der Saatgutvermehrung im biologischen Landbau gemeinsam mit dem Institut für Saatgut des Bundesamtes und Forschungszentrums für Landwirtschaft/Wien, dem Institut für Ökologische Landwirtschaft an der Universität für Bodenkultur und der Abteilung Biologische Landwirtschaft am Bundesamt für Agrarbiologie/Linz
- Monitoring von Rapsschädlingen und ihrer natürlichen Gegenspieler im Wiener Raum
- Ausbringungsversuch von Eiparasiten zur Bekämpfung des Erbsenwicklers (*Cydia nigricana*) im biologischen Landbau
- Einsatz von Blütenstreifen in Broccoli zur natürlichen Schädlingsregulation
- Öffentlichkeitsarbeit zu den oben genannten Themen
- Weitere Arbeitsschwerpunkte waren:
- Ökologische Bewirtschaftung von Kleingärten
- Gestaltung von Ökokingergärten
- Mitarbeit im Rahmen des Wiener Abfallwirtschafts-Konzeptes
- Ökologische und rechtliche Grundlagen des biologischen Landbaues
- Umstellung von viehlos wirtschaftenden Ackerbaubetrieben auf biologischen Landbau

Die wissenschaftlichen Tätigkeiten dokumentierten sich im Berichtsjahr in vierzig Publikationen, zwei weitere waren in Druck.

Rechtliche Angelegenheiten der Landeskultur und des Wasser- und Schiffahrtswesens

Im Berichtszeitraum fielen insgesamt 7.043 Geschäftsstücke an. Davon betrafen 6.988 allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, 17 Agenden die Agrarbehörde und 33 administrative Berufungen; 5 Geschäftsstücke bezogen sich auf Unfälle land- und forstwirtschaftlicher Dienstnehmer.

Über einzelne Aufgabengebiete der Abteilung wird ausgeführt:

1. Wasser- und Schiffahrtswesen:

Dem breiten Spektrum der Wasserrechtsangelegenheiten waren 2.707 Geschäftsstücke zuzuordnen. Darunter befanden sich 214 Ansuchen um Bewilligung von Grundwasserentnahmen, aber auch 68 Schadstoffunfälle. Die übrigen Geschäftsstücke verteilten sich unter anderem auf Ansuchen um Erteilung von - teilweise auch im Zusammenhang mit der Errichtung des Kraftwerkes Freudenu stehenden - Bewilligungen zur Errichtung und Abänderung von Anlagen innerhalb der Grenzen des Hochwasserabflußbereiches fließender Gewässer, zur Vornahme von Einwirkungen auf Gewässer u.a.m., auf Stellungnahmen grundsätzlicher Art, Beanstandungen, Baggerungen, Deponien und Hochwasserschutzmaßnahmen.

Im Wasserbuch wurden 325 Erledigungen hinsichtlich bestehender, neu verliehener oder erloschener Wasserrechte ersichtlich gemacht und im Lagerbuch 158 Erledigungen verzeichnet. Mit Stand 31. Dezember 1997 waren im Wasserbuch 2.558 aufrechte Wasserrechte ersichtlich. Im Lagerbuch waren zu diesem Zeitpunkt 1.275 Bewilligungen verzeichnet.

Im Zusammenhang mit der Führung des Wasserbuches sind die verstärkt zunehmenden Arbeiten zur Erstellung und Umsetzung eines Programmes für dessen EDV-unterstützten Führung zu nennen.

Im Verzeichnis der Anlagen zur Lagerung oder Leitung wassergefährdender Stoffe bzw. zur Gewinnung von Sand und Kies (§ 31a bzw. 31c Wasserrechtsgesetz 1959) wurden im Berichtszeitraum 183 Bewilligungen eingetragen; der Stand dieses Verzeichnisses betrug am 31. Dezember 1997 19.327 Eintragungen.

Die Abteilung hat neben ihrer Behördentätigkeit in einer Reihe von Fällen die Stadt Wien in Wasserrechtsangelegenheiten vor anderen Behörden vertreten sowie die MA 30, 31, 45, 48 und 49 beraten.

Im Jahr 1997 waren die sich aus den beiden Wasserrechtsgesetz-Novellen (WRG-Novelle 1997 und WRG-Novelle Deponien) ergebenden Konsequenzen in manchen Bereichen (Indirekteinleiter, Anlagen zur Lagerung und Leitung wassergefährdender Stoffe, Ersatz bestimmter Bewilligungsverfahren durch bloße Anzeigeverfahren, Änderung von Zuständigkeiten, Überwachung von Anpassungspflichten an den Stand der Deponietechnik, einschließlich der Durchführung allfällig behördlich erforderlicher Anordnungen, Bestellung von Deponieaufsichtsorganen usw.) organisatorisch vorzubereiten und teilweise schon umzusetzen. Daneben wurden aber auch bereits laufende Aufgaben (z.B. laufende Überprüfung bestehender Deponien, Fortführung des behördlichen Bewilligungsverfahrens betreffend Instandhaltung, Umbau und Sanierung des Wiener Kanalsystems unter Einbeziehung der Hauptkläranlage und der Kläranlage Blumental in ein umfassendes Wiener Abwasserbeseitigungskonzept, Altlastensanierung usw.) weiterbetrieben.

Neben diesen Aufgaben wurden auch Arbeiten zur Konkretisierung von Maßnahmen im Sinne des § 33f WRG 1959 (Erklärung von Bereichen zu Grundwassersanierungsgebieten, Überprüfung von Anlagen, Verfügung besonderer Reinhaltemaßnahmen) weitergeführt und wegen verschiedener grenzüberschreitender Probleme sowohl Koordinierungs- und Vereinbarungsgespräche mit dem Bund als auch mit den übrigen Bundesländern zum Zweck des Abschlusses entsprechender Vereinbarungen zur Umsetzung von Richtlinien der EU geführt bzw. an solchen Expertengesprächen teilgenommen.

Im Bereich des Schiffahrtswesens wurden 2.127 Geschäftsstücke behandelt. Davon bezogen sich unter anderem 61 Geschäftsstücke auf Schiffahrtsanlagen und Wassersportveranstaltungen, 907 auf Ausstellung oder Änderung von Zulassungsurkunden für Sportfahrzeuge, 294 auf Zurücklegung von Schiffspapieren und Kennzeichen sowie Zulassungsurkunden für Sportfahrzeuge, 7 auf Ausstellung und Zurücklegung von Internationalen Zertifikaten für Sportfahrzeuge sowie 6 auf Zuweisung von Probekennzeichen. Weiters hatte die Abteilung 314 Anträge auf Zulassung oder Änderung von Zulassungen zur Seeschiffahrt, einschließlich der Ausstellung von Seebriefen sowie 4 Zurücklegungen von Seebriefen zu bearbeiten und 63 Verfahren auf Feststellung oder Widerruf des Rechtes zur Führung der österreichischen Seeflagge durchzuführen.

1997 wurden die anstehenden (Teil)Kollaudierungen von Teilanlagen des in seiner Realisierungsendphase befindlichen Kraftwerkes Freudenu vorgenommen und die hierfür erforderlichen Benützungsbewilligungen erteilt.

458 Geschäftsstücke betrafen Schiffsführerprüfungen, die Ausstellung bzw. Änderung von Schiffsführerpatenten sowie die Ausstellung von Internationalen Zertifikaten für Führer von Sportfahrzeugen. Zur Schiffsführerprüfung wurden 184 Bewerber zugelassen. Bei 11 abgehaltenen Prüfungen wurden 184 Kandidaten geprüft, davon bestanden 172 die Prüfung.

Außerdem prüfte die bei der Abteilung eingerichtete Eignungsprüfungskommission 13 Bewerber um eine Konzession zur gewerbsmäßigen Ausübung der Schiffahrt mit Wohnsitz in Wien, Niederösterreich oder dem Burgenland.

In wasser- und schiffahrtsrechtlichen Angelegenheiten wurden insgesamt 389 mündliche Verhandlungen und Amtsbesprechungen abgehalten.

2. EU-Angelegenheiten:

Im Berichtsjahr wurden weiters zahlreiche Stellungnahmen im Rahmen interner und externer Begutachtungsverfahren - auch bezüglich EU-Richtlinien - abgegeben und zu zahlreichen Expertengesprächen Vertreter entsandt.

Schließlich wurden nach Maßgabe der EU-Richtlinie über ein Informationsaustauschverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften - sprunghaft ansteigend - federführend Koordinierungsaufgaben betreffend die Prüfung und Beurteilung technischer Vorschriften anderer Mitgliedstaaten, ob Handelshemmnisse, die den freien Warenverkehr innerhalb des Binnenmarktes verhindern könnten, vorliegen und EU-Konformität gegeben ist, bewältigt.

3. Land- und Forstwirtschaftsinspektion:

Die Wiener Land- und Forstwirtschaftsinspektion hat im Berichtsjahr 161 Kontrollen in 145 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben durchgeführt. Diese Kontrollen verteilten sich auf 88 Gartenbaubetriebe, 46 Weinbaubetriebe, 23 bäuerliche Betriebe, einen genossenschaftlichen Betrieb und drei sonstige landwirtschaftliche Betriebe. Dabei wurden insgesamt 242 Beanstandungen vorgenommen und zur Abstellung festgestellter Mängel und sicherheitstechnischer Gefahren 111 Aufträge erteilt.

Weiters hat die Land- und Forstwirtschaftsinspektion in Wahrnehmung des Dienstnehmerschutzes an 28 behördlichen Verfahren teilgenommen und dabei 15 einschlägige Anträge gestellt. Auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes wurden zu einschlägigen Gesetzes- und Verordnungsentwürfen bzw. zu internationalen Übereinkommen 10 Stellungnahmen abgegeben.

In Angelegenheiten der Berufs- und Lehrlingsausbildung wurden 8 Lehrbetriebe kontrolliert. In vier Verfahren zur Anerkennung von Lehrbetrieben wurden von der Land- und Forstwirtschaftsinspektion gutachterliche Stellungnahmen abgegeben.

4. Landarbeitsrecht:

Die der Umsetzung der in der zweiten Diplomanerkennungsrichtlinie (92/51/EWG) enthaltenen Regelungen hinsichtlich der Anerkennung von Ausbildungen zum Meister in der Land- und Forstwirtschaft dienende Novelle zur Wiener land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsordnung 1992, LGBL. für Wien Nr. 35, in der Fassung des Gesetzes LGBL. für Wien Nr. 18/1994, wurde nach dem Beschluß durch den Landtag im LGBL. für Wien Nr. 21/1997 kundgemacht.

Das Verfahren zur Neubestellung der Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder der Prüfungskommissionen für die Abhaltung der Gärtnermeisterprüfung und der Gärtnerfacharbeiterprüfung wurde Anfang 1997 abgeschlossen und ist mit Beschluß der Wiener Landesregierung vom 18. März 1997, Pr.Z. 0447/97, die Neubestellung der Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder dieser Prüfungskommissionen erfolgt.

Da mit Beschluß der Wiener Landesregierung vom 16. Dezember 1996, Pr.Z. 2305/96, eine Neubestellung der Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder der Gleichbehandlungskommission nach dem Wiener land- und forstwirtschaftlichen Gleichbehandlungsgesetz, LGBL. für Wien Nr. 25/1980, in der Fassung des Gesetzes LGBL. für Wien Nr. 7/1994, erfolgt ist, wurde am 23. Mai 1997 zwecks Angelobung der neubestellten Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder der Gleichbehandlungskommission eine Sitzung dieser Kommission abgehalten.

Im August 1997 wurde vom Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales der Entwurf einer der Anpassung an die zahlreichen EU-Richtlinien betreffend die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer dienenden Novelle zum Landarbeitsgesetz 1984 zur externen Begutachtung ausgesendet. Mit dieser Novelle werden die für die Regelung des Arbeitsrechtes in der Land- und Forstwirtschaft aufgestellten Grundsätze geändert bzw. werden neue Grundsätze aufgestellt werden und wird mit der Erlassung der gegenständlichen Novelle eine Anpassung der Wiener Landarbeitsordnung 1990, LGBL. für Wien Nr. 33, in der Fassung des Gesetzes LGBL. für Wien Nr. 39/1995, als Landesausführungsgesetz erforderlich werden.

Im Hinblick auf den großen Umfang der mit Erlassung der Novelle notwendig werdenden legislativen Arbeiten wurde schon im Oktober 1997 mit Vorarbeiten begonnen.

5. Land- und Forstwirtschaft:

Im Rahmen der von der Abteilung zu besorgenden landwirtschaftlichen Fachbegutachtung wurden im Berichtsjahr 335 Gutachten, Stellungnahmen und Überprüfungen für Bundesministerien und Magistratsdienststellen abgegeben bzw. durchgeführt. Davon entfielen 216 auf agrarische Förderungsmaßnahmen des Bundes und der Stadt Wien, 31 auf allgemeine Fachangelegenheiten, 23 auf die Zulässigkeit von Bauführungen im Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel bzw. Grünland - Ländliches Gebiet, 10 auf Grundabteilungen und Abschreibungen in diesen Gebieten, 18 auf Angelegenheiten der Stadtplanung, 12 auf die Angemessenheit von Pachtzinsen und 25 auf Stellungnahmen zu Gesetzes- oder Verordnungsentwürfen.

Für die Befundaufnahmen zu diesen Fachbegutachtungen waren 242 Ortserhebungen bzw. Lokalaugenscheine und 25 Besprechungen erforderlich.

Breiten Raum nahmen weiterhin die mit der europäischen Agrarpolitik im Zusammenhang stehenden Aufgaben ein, wobei im Berichtsjahr diesem Aufgabenschwerpunkt 108 Geschäftsfälle zuzuordnen sind. Im Vordergrund stand vor allem der Bereich der Agrarförderungen. Zu diesem Thema fanden zahlreiche Besprechungen mit Vertretern des Bundes, der Länder und vor allem der Wiener Landwirtschaftskammer zur Umsetzung der Förderungsrichtlinien für eine möglichst optimale Ausschöpfung der von der EU, Bund und Land kofinanzierten Förderungsmittel für die österreichische Landwirtschaft statt.

Der auf Grund zahlreicher, von der Landwirtschaftskammer für Wien vorgebrachter Änderungswünsche ausgearbeitete Entwurf einer Novelle zum Wiener Buschenschankgesetz, LGBl. für Wien Nr. 4/1976, in der Fassung des Gesetzes LGBl. für Wien Nr. 76/1995, wurde im Laufe des Jahres 1997 auf Grund der Ergebnisse des externen Begutachtungsverfahrens überarbeitet und sodann am 28. November 1997 durch den Landtag beschlossen.

Der von der Landwirtschaftskammer für Wien zwecks Übertragung der dem Landeshauptmann von Wien nach dem Rebenverkehrsgesetz 1996, BGBl. Nr. 418, in der Fassung des Gesetzes BGBl. Nr. 793/1996, obliegenden Aufgaben gewünschte Entwurf einer Verordnung des Landeshauptmannes von Wien betreffend die Übertragung von Aufgaben nach dem Rebenverkehrsgesetz 1996 an die Wiener Landwirtschaftskammer wurde im Frühjahr 1997 einer externen Begutachtung unterzogen. Die diesbezügliche Verordnung des Landeshauptmannes von Wien wurde nach Beschlußfassung durch die Landesregierung im LGBl. für Wien Nr. 27/1997 kundgemacht.

Im Zuge einer Überprüfung der Weinbaufluren hat sich gezeigt, daß es notwendig ist, eine Anpassung gegenüber der Verordnung des Magistrates der Stadt Wien, mit der die Weinbaufluren abgegrenzt werden, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 37/1995, vorzunehmen. Im Hinblick darauf, daß fast in allen Katastralgemeinden Löschungen und (oder) Neuzugänge von Grundstücken erfolgen, wird aus Gründen der Übersichtlichkeit die Verordnung des Magistrates der Stadt Wien, mit der die Weinbaufluren abgegrenzt werden, nicht geändert, sondern neu erlassen. Somit wurde im September 1997 mit den legislativen Arbeiten zur Erstellung eines diesbezüglichen Verordnungsentwurfes begonnen und dieser im Oktober 1997 einem internen Begutachtungsverfahren unterzogen. Die Aussendung des Entwurfes im externen Begutachtungsverfahren wurde im Dezember 1997 vorgenommen.

6. Bodenreform:

Bei der bei der Abteilung eingerichteten Agrarbehörde I. Instanz fielen im Berichtsjahr 17 Geschäftsfälle, die im wesentlichen die Feststellung von Grunderwerbsvorgängen als landwirtschaftliche Siedlungsmaßnahme sowie die Zustimmung zur Belastung und Veräußerung von Liegenschaften nach den Bestimmungen des Wiener Landwirtschaftlichen Siedlungsgesetzes betrafen, an. Im Zuge dieser Verfahren wurden vom agrartechnischen Referat die für die Erledigung erforderlichen Erhebungen durchgeführt.

7. Wiener Landwirtschaftskammer:

In Vollziehung des Wiener Landwirtschaftskammergesetzes hat die Abteilung die Agenden der Aufsichtsbehörde wahrgenommen und Vertreter zu den Sitzungen von Organen der Wiener Landwirtschaftskammer entsendet.

Weiters wurden Vorarbeiten für die am 8. März 1998 stattfindende Wahl der Mitglieder der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer für Wien wie auch für die Befragung der Kammerzugehörigen über den Weiterbestand der Wiener Landwirtschaftskammer geleistet.

8. Veterinärwesen:

So wie in den vergangenen Jahren hat die Abteilung in Vollziehung des Tierseuchengesetzes die monatlichen Werttarife für Schlachtschweine, die vierteljährlichen Tarife für Nutzschweine und die halbjährlichen Tarife für Geflügel ausgearbeitet.

In Umsetzung der Richtlinie 90/667/EWG des Rates vom 27. November 1990 zum Erlaß veterinärrechtlicher Vorschriften für die Beseitigung, Verarbeitung und Vermarktung tierischer Abfälle und zum Schutz von Futtermitteln tierischen Ursprungs, auch aus Fisch, gegen Krankheitserreger sowie zur Änderung der Richtlinie 90/425/EWG (Amtsblatt Nr. L 363 vom 27. Dezember 1990, Seite 51) - abgeändert durch die Richtlinie 92/118/EWG des Rates vom 17. Dezember 1992, Amtsblatt Nr. L 62 vom 15. März 1993, Seite 49, erging die Verordnung über die Beseitigung von tierischen Abfällen, LGBl. für Wien Nr. 11/1997.

Mit Verordnungen des Landeshauptmannes, LGBl. für Wien Nr. 17/1997, Nr. 18/1997 und Nr. 19/1997, wurden periodische Untersuchungen von Rinderbeständen auf Rinderleukose, auf Brucellose (Abortus Bang) und auf infektiöse Bovine Rhinotracheitis und infektiöse Pustulöse Vulvovaginitis (IBR/IPV) angeordnet.

Im Zuge von Tarifregulierungen im Bereich des Markt- und Schlachtbetriebes St. Marx wurde ein neuer Entgelttarif für die Benützung der städtischen Viehmarkt- und Schlachthofeinrichtungen sowie die Inanspruchnahme des städtischen Markthelferpersonals in St. Marx erstellt (Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 31/1997).

Weiters wurde - bedingt durch die Schließung des Markt- und Schlachtbetriebes St. Marx per 1. Jänner 1998 - das

legistische Verfahren betreffend Aufhebung der in Wien bestehenden Schlachthauszwänge für Großhornvieh (Rinder), Schweine, Stechvieh (Kälber, Schafe, Ziegen, Lämmer und Kitze) und Einhufer (Pferde) eingeleitet.

9. Tierzucht:

Im April 1997 wurden die legistischen Arbeiten am Entwurf einer Verordnung der Wiener Landesregierung über die Leistungsprüfungen und Zuchtwertfeststellungen aufgenommen und wurde dieser Entwurf im Herbst 1997 einem externen Begutachtungsverfahren unterzogen.

Weitere Durchführungsverordnungen zum Wiener Tierzuchtgesetz, LGBL. für Wien Nr. 12/1996, werden nach Maßgabe der Prioritäten noch auszuarbeiten sein.

10. Jagdwesen:

Die Arbeiten am Entwurf einer weiteren Novelle zum Wiener Jagdgesetz, LGBL. für Wien Nr. 6/1948, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL. für Wien Nr. 9/1993, wurden weitergeführt.

Dieser Entwurf nimmt eine Überarbeitung des seit über vier Jahrzehnten nahezu unveränderten Kataloges der jagdbaren Tiere vor und fügt dem bisherigen Begriffsapparat die zoologische Bezeichnung der einzelnen Wildtiere hinzu.

Außerdem entspräche die im Entwurf vorgesehene Textierung den Regelungen des mit der Richtlinie 94/24/EG geänderten Anhangs II Teil 2 der Richtlinie 79/409/EWG über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten.

Die Ergebnisse des externen Begutachtungsverfahrens werden derzeit einer weiteren Erörterung mit allen betroffenen Institutionen und Magistratsdienststellen unterzogen.

In Wien bestanden per 31. Dezember 1996 35 Eigenjagd- und Gemeindejagdgebiete mit einer Gesamtfläche von 18.107 ha, wobei auf einer Fläche von 3.601 ha die Jagd ruht.

11. Fischereiwesen:

In Wien bestehen derzeit 35 Fischereireviere mit einer Gesamtfläche von 2.178,6 ha.

Jeder Fischereiausübungsberechtigte eines über 2.500 m² großen Fischwassers hat alljährlich einen vom Wiener Fischereiausschuß vorzuschreibenden Wirtschaftsbeitrag zu entrichten.

Der für dessen Bemessung heranzuziehende Hundertsatz wurde für die Jahre 1993 bis einschließlich 1997 mit einer im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 1/1993 verlautbarten Verordnung des Magistrates der Stadt Wien festgesetzt.

Im heurigen Jahr wurde eine für die Jahre 1998 bis einschließlich 2000 geltende Verordnung ausgearbeitet und im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 52/1997 kundgemacht.

12. Tierschutz:

Die Novelle zur 1. Wiener Tierschutz- und Tierhalteverordnung wurde fertiggestellt und im LGBL. für Wien Nr. 22/1997 kundgemacht.

Die in Umsetzung der Richtlinie 93/119/EG ausgearbeitete Verordnung über den Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Schlachtung oder Tötung wurde fertiggestellt und im LGBL. für Wien Nr. 32/1997 kundgemacht.

Zwecks Umsetzung der Richtlinie 97/2/EG wie auch der Entscheidung der Kommission 97/182/EG wurde eine Änderung der Verordnung der Wiener Landesregierung über die Haltung von Rindern, Schweinen und Geflügel, LGBL. für Wien Nr. 40/1996, vorbereitet und sind die diesbezüglichen Begutachtungsverfahren bereits abgeschlossen, so daß nach Zustimmung der Magistratsdirektion - Verfassungs- und Rechtsmittelbüro die Vorlage des Entwurfes an die Wiener Landesregierung erfolgen wird.

Weiters wurde ein erster Entwurf einer Verordnung über die Haltung von Pferden ausgearbeitet. Durch diese Verordnung sollen Mindestanforderungen für die Haltung von Pferden - insbesondere die Stallhaltung betreffend - festgelegt und darüber hinaus auch noch andere Bereiche (z.B. Haltung im Freien, Haltung von Fiakerpferden, verbotene Eingriffe) einer Regelung unterzogen werden.

In Entsprechung des Beschlusses der Landeshauptmännerkonferenz vom 5. Juni 1997 hinsichtlich Abschluß einer Art. 15a B-VG - Vereinbarung betreffend den außerlandwirtschaftlichen Tierschutz hat die Abteilung an der Erstellung eines entsprechenden Entwurfes mitgewirkt und an drei Länderexpertenkonferenzen in Salzburg teilgenommen. Unter Zugrundelegung der von der Wiener Umweltschutzbehörde erstellten Richtlinien für die Haltung von Wildtieren in Zirkusunternehmen hat das Land Wien dabei einen Vorschlag für diesen Bereich ausgearbeitet und auch bei der Konkretisierung der anderen Teilbereiche mitgewirkt. Der derzeit im Stadium der Endredaktion befindliche Entwurf legt Mindestanforderungen für die Haltung von Wildtieren in Zirkussen und Varietes, weiters für die Haltung von Hunden, Vögeln, Kleinnagern, Reptilien, Zierfischen sowie für Tierheime fest und enthält darüber hinaus auch noch ein allgemeines Verbot der Tierquälerei bzw. eine demonstrative Aufzählung der häufigsten Formen von Tierquälerei.

13. Pflanzenschutz:

Aus der Aufnahme Österreichs in die Europäische Union resultiert die Verpflichtung, die Richtlinie 69/464/EWG vom 8. Dezember 1969 zur Bekämpfung des Kartoffelkrebses, die Richtlinie 69/465/EWG vom 8. Dezember 1969

zur Bekämpfung des Kartoffelnematoden, die Richtlinie 74/647/EWG vom 9. Dezember 1974 zur Bekämpfung von Nelkenwicklern und die Richtlinie 93/85/EWG vom 4. Oktober 1993 zur Bekämpfung der bakteriellen Ringfäule der Kartoffel in innerstaatliches Recht umzusetzen.

Auf Grund der Kompetenzbestimmungen des Bundes-Verfassungsgesetzes sind die erforderlichen nationalen Regelungen in Österreich von den Ländern zu erlassen.

Die Verordnung der Wiener Landesregierung betreffend die Bekämpfung des Kartoffelkrebses wurde im LGBL für Wien Nr. 24/1997, die Verordnung der Wiener Landesregierung betreffend den Schutz von Kulturpflanzen gegen Kartoffelnematoden im LGBL für Wien Nr. 25/1997 und die Verordnung der Wiener Landesregierung betreffend die Bekämpfung von Nelkenwicklern im LGBL für Wien Nr. 26/1997 kundgemacht.

Zur Bekämpfung der bakteriellen Rindfäule der Kartoffel ist zu bemerken, daß ein die gebotenen Maßnahmen regelnder Verordnungsentwurf bereits ausgearbeitet wurde und im ersten Quartal 1998 der Wiener Landesregierung zur Beschlußfassung vorgelegt werden wird.

Rechtliche Verkehrsangelegenheiten

Im Jahr 1997 war es nach wie vor eine wichtige Aufgabe der Abteilung, die Agenden als Berufungsbehörde wahrzunehmen. Die zu bearbeitenden Berufungsfälle betrafen hauptsächlich Administrativsachen, wie etwa die Ausstellung von Ausweisen für dauernd stark gehbehinderte Personen (§ 29b StVO 1960), weiters die Erledigung von Berufungsverfahren in Angelegenheiten der Entziehung von Lenkerberechtigungen (nach der neuen Rechtslage „Lenkerberechtigungen“), die Aufhebung der Zulassung von Kraftfahrzeugen sowie die Entfernung von Verkehrshindernissen, insbesondere betreffend Kostenvorschreibungen für die Abschleppung von Fahrzeugen (§ 89a StVO 1960) und Kostenvorschreibungen für die Beseitigung gröblicher Verunreinigungen der Straße (§ 92 StVO 1960).

Darüber hinaus waren noch zahlreiche Berufungsverfahren betreffend die Abweisung von Anträgen auf Parkausnahmegenehmigung für ein zeitlich uneingeschränktes Parken in den flächendeckenden Kurzparkzonen der von der Parkraumbewirtschaftung betroffenen Bezirke 1 und 4 bis 9 (sog. „Parkpickerl“) zu erledigen.

In einigen Fällen hatte die Abteilung die verkehrsrechtlichen Aufgaben als sachlich in Betracht kommende Oberbehörde - dies auch in Verwaltungsstrafsachen - wahrzunehmen.

In legistischer Hinsicht waren 1997 mehrere straßenpolizeiliche und kraftfahrrechtliche Vorschriften fachlich zu begutachten. Hervorzuheben sind insbesondere die Entwürfe für Novellen zum Führerscheingesetz und zum Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgesetz, der Entwurf eines neuen Gefahrgutbeförderungsgesetzes und Entwürfe einer Zulassungsstellenverordnung, einer Prüf- und Begutachtungsstellenverordnung, einer Heereslenkerberechtigungsverordnung sowie einer 43. Novelle zum Kraftfahrgesetz-Durchführungsverordnung 1967.

Zur Wahrung der Interessen des Landes Wien wurde auch 1997 wieder an verschiedenen Fachtagungen und Länderkonferenzen, die jährlich abgehalten werden, teilgenommen. Dazu sind insbesondere die Expertenkonferenz der beamteten Verkehrsreferenten, die Kraftfahrreferententagung, die Tagung der Gefahrgutsachverständigen, die Fahrschulreferententagung und zwei internationale Kraftfahrlinienkonferenzen (mit den Nachbarländern Österreichs) anzuführen.

Im Fahrschulbereich war es wie bisher eine wichtige Aufgabe des in der Abteilung eingerichteten Fahrschulinспекtorates, die ordentliche und gesetzmäßige Ausbildung der Führerscheinwerber in den Fahrschulen zu überwachen. Zusätzlich stellten auch die in der Abteilung regelmäßig abgehaltenen Lehrbefähigungsprüfungen für Fahrlehrer und Fahrschullehrer ein wichtiges Regulativ für das Niveau der Ausbildung in den Fahrschulen dar.

Auch die Verfügbarkeit und Eignung der gesetzlich vorgeschriebenen Übungsplätze der Wiener Fahrschulen wurden regelmäßig überprüft. Weiters wurden die vorgeschriebenen Aufzeichnungen über den Ausbildungsgang der Fahrschüler im Hinblick auf die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlehreinheiten, die vorschriftsmäßige Ausbildung der fremdsprachigen Fahrschüler sowie die Einhaltung der Meldepflichten der Fahrschulinhaber (hinsichtlich der verwendeten Schulfahrzeuge und des eingesetzten Lehrpersonals) kontrolliert.

Der Einhaltung der Mindestkursdauer für die Ausbildung der Führerscheinwerber (14-Tage-Kurse) und dem Aushang betreffend die vollständige und übersichtliche Darstellung der Preise für die von den Fahrschulen angebotenen Leistungen wurde besonderes Augenmerk gewidmet.

Im Fahrschulreferat wurden im Jahre 1997 insgesamt rund 910 Geschäftsfälle bearbeitet, nämlich Erteilung von Fahrschulbewilligungen, Genehmigung von Fahrschulleitern, Genehmigung von Schulfahrzeugen, Ausstellung der Fahr(schul)lehrausweise, Erteilung, Erweiterung und Entziehung von Fahr(schul)lehrerberechtigungen. Auf Grund von Anträgen auf Erteilung oder Erweiterung von Fahr(schul)lehrerberechtigungen wurden im Berichtsjahr laufend Lehrbefähigungsprüfungen abgenommen. 79 neue oder erweiterte Berechtigungen sind nach bestandener Prüfung erteilt worden; Kandidaten, die die Lehrbefähigungsprüfung dreimal nicht bestanden hatten, mußten vom Beruf des Fahr(schul)lehrers bescheidmäßig auf die Dauer von fünf Jahren ausgeschlossen werden.

Im Kraftfahrlinienreferat wurden im Berichtsjahr zum Zwecke der bescheidmäßigen Festsetzung von Haltestellen zahlreiche Ortsverhandlungen durchgeführt (Überprüfung, Verlegung oder Neufestsetzung von Haltestellen).

Die Zuständigkeit zur Haltestellenfestsetzung erstreckt sich auf sämtliche in Wien verkehrende öffentliche und private Kraftfahrlinien (Einlandlinien, Mehrlandlinien und internationale Kraftfahrlinien).

Als Konzessionsbehörde für die privaten Einlandlinien waren Konzessionsänderungen bzw. -verlängerungen zu behandeln, sowie die Fahrpläne und -preise konzessionsbehördlich zu genehmigen.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr erfolgten zahlreiche Stellungnahmen (nach durchgeführtem Ermittlungsverfahren) bezüglich Straßeneignung und Bestehen der sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen für Kraftfahrlinien, die in den Zuständigkeitsbereich des genannten Bundesministeriums als Konzessionsbehörde fallen (Wiener Stadtwerke, Wiener Linien, öffentliche und private Mehrlandlinien, sowie internationale Kraftfahrlinien).

Im Zusammenhang mit sonstigen - insbesondere baulichen - Angelegenheiten, die den Kraftfahrlinienverkehr betrafen, wurde an von anderen Dienststellen angesetzten Ortsverhandlungen teilgenommen, bzw. wurden diesbezügliche Stellungnahmen und Auskünfte erstattet.

Schließlich stand das Kraftfahrlinienreferat im Sinne der Manuduktionspflicht für Auskünfte von Parteien (insbesondere Konzessionswerber) zur Verfügung.

Statistisch ergibt sich für die Dienststelle im Berichtsjahr zusammenfassend folgendes Bild: Im Jahre 1997 langten insgesamt 4.912 Geschäftsstücke zur Bearbeitung ein, wovon 53 Gegenschriften an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts (Verwaltungsgerichtshof und Verfassungsgerichtshof) auszuarbeiten waren. Demgegenüber sind 1997 insgesamt 4.678 Geschäftsstücke erledigt worden.

Parkraumüberwachung

1. Überblick:

Die Hauptaufgaben der Abteilung im Berichtsjahr 1997 können in kurzer Form wie folgt dargestellt werden:

1. Es kam zur Umstrukturierung der Abteilung wegen der durch Änderung der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien per 29. November 1996 erfolgten Übernahme der Agenden der Kurzparkzonenüberwachung und der Strafverfahren wegen Übertretungen des Parkometersgesetzes.
2. Die Verwaltungsstrafverfahren wurden wegen Nichterteilung der Lenkerankünfte bei Übertretungen der Straßenverkehrsordnung in das Strafenprogramm des Referates Verkehrsstrafen eingebaut.
3. Es erfolgten die Optimierung des Systems der Kurzparkzonenüberwachung und Personalaufnahmen in den Bereichen Kurzparkzonenüberwachung und Überwachung des ruhenden Verkehrs (Außendienst).

Zum Stichtag 31. Dezember 1997 waren in der Abteilung insgesamt 335 MitarbeiterInnen beschäftigt, davon 183 in den Innendienstbereichen (Verwaltungsstrafverfahren erster Instanz) und 142 AußendienstmitarbeiterInnen, davon 77 zur Bundespolizeidirektion Wien abgeordnete Parkraumüberwachungsorgane und 65 MitarbeiterInnen im Bereich der Kurzparkzonenüberwachung.

2. Neustrukturierung der Abteilung

Die nunmehrige Größe der Abteilung sowie die räumlich getrennten Standorte und unterschiedlichen Aufgabenbereiche machten eine Neuorganisation unumgänglich.

Es wurde daher eine Referatsgliederung vorgenommen und vier Referate, nämlich Organisation/Personal/EDV, Ruhender Verkehr, Parkometerstrafen und Kurzparkzonenüberwachung eingerichtet.

Die Parkraumüberwachungsgruppe ist funktionell Teil der Verkehrsabteilung der Bundespolizeidirektion Wien und daher kein eigenes Referat der Abteilung.

3. Überwachung des ruhenden Verkehrs

Die Überwachung des ruhenden Verkehrs durch Organe der Parkraumüberwachung hat sich im Berichtsjahr gegenüber den Vorjahren lediglich räumlich ausgeweitet, die schwerpunktmäßige Überwachung von Straßenzügen mit öffentlichem Verkehr und erhöhtem Verkehrsaufkommen wurde auf das gesamte Stadtgebiet erstreckt.

Anfang März 1997 wurden 24 Überwachungsorgane neu aufgenommen, um den durch Abgänge und Fluktuation verringerten Personalstand wieder auf Sollstand zu bringen.

Die Zahl der Beanstandungen wegen Übertretungen des ruhenden Verkehrs wiesen im Berichtsjahr insbesondere im ersten Halbjahr einen Rückgang gegenüber den Vergleichszahlen der Vorjahre auf.

4. Verwaltungsstrafverfahren erster Instanz wegen Übertretungen des ruhenden Verkehrs

Durch die 19. Novelle zum Kraftfahrgesetz 1976 (KFG) wurde die Kompetenz zur Führung von Verwaltungsstrafverfahren wegen Übertretungen des § 103 Abs. 2 KFG (Nichterteilung oder verspätete Erteilung von Lenkerankünften) der Behörde übertragen, die das Verfahren wegen des Grunddeliktes zu führen hat.

Dies hatte für die Abteilung zur Folge, daß seit Inkrafttreten der Novelle mit 20. August 1997 hinsichtlich aller Übertretungen des ruhenden Verkehrs die zuvor an die Bundespolizeidirektion Wien zuständigkeitshalber abgetretenen Verfahren wegen solcher Verwaltungsübertretungen direkt durch die Abteilung selbst zu führen sind.

Die Implementierung der Strafverfahren wegen Nichterteilung der Lenkerankunft gemäß § 103 Abs. 2 KFG 1967 bedingte im Referat „Ruhender Verkehr“ der Abteilung weitreichende Änderungen in den Bereichen der

EDV-Programme, Personal, räumliche Situation und organisatorische Abläufe, insbesondere war dafür Sorge zu tragen, die zusätzlichen Aufgaben ohne wesentliche Personalaufstockungen bewältigen zu können.

5. Kurzparkzonenüberwachung

Die Kurzparkzonenüberwachung wurde im Berichtsjahr mit einem im Vergleich zu den Vorjahren erheblich reduzierten Personalstand begonnen, da ein Teil des Personals nicht in die Abteilung versetzt wurde. Dies hatte zur Folge, daß in den ersten Monaten des Jahres 1997 der Überwachungsbetrieb nicht in der gewünschten Intensität geführt werden konnte.

Im März 1997 konnte der neue Stützpunkt der Kurzparkzonenüberwachung in 1, Gonzagagasse 11, bezogen werden, infolge der nunmehr günstigeren räumlichen Verhältnisse konnten im Sommer 1997 12 neue Überwachungsorgane aufgenommen werden, wodurch sich auch die Überwachungssituation entsprechend verbessert hat.

Parallel dazu wurden flexiblere und effizientere Einsatzmodelle erarbeitet, um trotz des geringeren Personalstandes eine Intensivierung der Überwachungsfrequenz zu gewährleisten.

Diese Maßnahmen waren insbesondere deshalb unabdingbar, weil ab Juni 1997 im 4. und 5. Wiener Gemeindebezirk flächendeckende Kurzparkzonen eingerichtet wurden und dadurch die Anzahl der zu überwachenden Stellplätze schlagartig von rund 47.000 auf rund 67.000 gestiegen ist.

Die Zahl der im Berichtsjahr geahndeten Übertretungen des Parkometergesetzes liegt trotz des erwähnten geringeren Personalstandes an Überwachungsorganen insbesondere im zweiten Halbjahr teilweise über den Vergleichszeiträumen der Vorjahre.

6. Verwaltungsstrafverfahren erster Instanz nach dem Wiener Parkometergesetz

Das nunmehrige Referat Parkometerstrafen wurde von der Abteilung in einer Phase der Umstellung übernommen.

Kurz vor Ende 1996 wurde ein komplett neues EDV-Strafenprogramm eingeführt, so daß neben der Etablierung von geeigneten Leitungsstrukturen innerhalb des Referates auch die MitarbeiterInnen hinsichtlich der geänderten Programm- und Organisationsabläufe zu schulen waren.

Es war dabei von Vorteil, daß dieses neue Parkometerstrafenprogramm aus dem bestehenden Verkehrsstrafenprogramm der Abteilung entwickelt wurde und daher mit diesem in weiten Bereichen ident ist, so daß auf die vorliegenden Erfahrungswerte zurückgegriffen werden konnte.

Die Zahl der ordentlichen Verfahren wegen Übertretungen des Parkometergesetzes ist durch Einführung der Anonymverfügung für diese Übertretungen per Ende 1996 im Vergleich zu den Vorjahren stark zurückgegangen, da ein Großteil der Bestraften von der nunmehr angebotenen Möglichkeit der Zahlung einer Anonymverfügung ohne die Folgen einer verwaltungs- strafrechtlichen Vormerkung Gebrauch macht.

Feuerwehr und Katastrophenschutz

Die Magistratsabteilung 68, Feuerwehr der Stadt Wien, hatte im Verwaltungsjahr 1997 30.042 Einsätze zu verzeichnen. Vorgeschrieben wurden Gebühren und Kostenersätze in Höhe von rund 36,589.000 S; das ergab im Vergleich zum Verwaltungsjahr 1996 eine Steigerung der Einnahmen von 1,573.000 S.

Auch im Verwaltungsjahr 1997 stand ausgabenseitig der Neubau der Hauptfeuerwache „Floridsdorf“ im Vordergrund. Die 9. Baurate, ursprünglich in Höhe von 134,500.000 S veranschlagt gewesen, wurde um rund 50.000 S überschritten. Die geringfügige Erhöhung war notwendig, weil im Zusammenhang mit der Einrichtung des Brandhauses der neuen Hauptfeuerwache eine Bestellung getätigt werden mußte, so daß eine Preisbindung für die Verwaltungsjahre 1998/99 fixiert werden konnte. Für die Weiterführung der laufenden Arbeiten in den Hauptfeuerwachen „Donaustadt“ und „Mariahilf“ wurden zusätzliche Budgetmittel in Höhe von 7,700.000 S durch Beschluß des Gemeinderatsausschusses für „Umwelt und Verkehrskoordination“ genehmigt.

Ein Hinauszögern der Arbeiten hätte den Wachebetrieb erheblich beeinträchtigt und Preiserhöhungen wären nicht auszuschließen gewesen. Auch zur Sanierung der dem Sicherheitskontrollamt bereits vor zwölf Jahren angezeigten Baumängel in der Hauptfeuerwache „Hernals“ konnten Verstärkungsmittel zur Erneuerung der Sanitäreinrichtungen, der Instandsetzung sämtlicher Aufenthaltsräume, Ruheräume, Schulräume sowie zur Fassadeninstandsetzung herangezogen werden. Insgesamt wurden für die Ausgabepost 010, Gebäude, 10 Millionen Schilling an zusätzlichen Budgetmitteln zur Verfügung gestellt.

Die Abteilung war auch im Verwaltungsjahr 1997 bemüht, den Fahrpark zu erneuern und auf den letzten Stand der Technik zu bringen. Aus Mitteln des Katastrophenfonds wurde der Bau einer Drehleiter, Rettungshöhe 30 m, mit Rettungskorb in Auftrag gegeben. Dieses Hubrettungsgerät soll eine im Lieferjahr bereits 21 Jahre alte und sehr störungsanfällige Drehleiter ersetzen. Der Rettungskorb ist bei dieser Drehleiter so konstruiert, daß er im Fahrbetrieb an der Leiterspitze verbleiben kann. Möglich ist dies durch einen mittlerweile zum Standard zählenden, über den Leitersatz klapp- bzw. stülpbaren Rettungskorb. Der Korb ist an der Einsatzstelle sofort einsatzbereit. Ein zeit- und personalaufwendiges Einhängen zu Einsatzbeginn ist nicht mehr erforderlich. Ein am Rettungskorb montierbarer und diesem auszu bedienender Wasserwerfer sowie eine Krankentragehalterung gehören ebenfalls zur Ausrüstung und erweitern die Einsatzmöglichkeiten dieser neuen Drehleiter.

Hervorzuheben wäre auch die Auftragsvergabe für vier Großtanklöschfahrzeuge.

Die neuen Großtanklöschfahrzeuge verfügen über eine leistungsstarke Löschpumpe, einen 9.500 Liter fassenden Löschwassertank, zwei Schaummitteltanks mit je 600 Liter Inhalt, eine Netzmitteleinspeisanlage, einen von der Fahrerkabine aus fernsteuerbaren Schaum-Wasser-Werfer und eine feuerwehrtechnische Ausrüstung.

Wie auch aus Medienberichten ersichtlich, ist die Berufsfeuerwehr der Stadt Wien mit einer steigenden Zahl von Schadstoffeinsätzen konfrontiert. Im Verwaltungsjahr 1997 wurde daher ein Wechselaufbau für Dekontaminationseinsätze in Auftrag gegeben. Dieser Wechselaufbau soll in erster Linie die zeitgemäße Dekontamination von Personen, Schutzanzügen, Geräten und Fahrzeugen im Zuge von Schadstoffeinsätzen ermöglichen.

Auszüge aus der unmittelbaren Feuerwehrrarbeit

Aus ungeklärter Ursache war am 21. Mai 1997 ein mit etwa 12 m³ in zwei Kammern mit Heizöl befüllter Tankwagenanhänger in Höhe des Fußgängersteges (Kaisermühlen) umgekippt. Der Tank wurde dabei nicht beschädigt, es traten lediglich geringe Mengen Heizöl aus den Domdeckeln aus. Es wurde vorbeugender Brandschutz durch das Universallöschfahrzeug/Leopoldstadt und in weiterer Folge zusätzlich durch das Universallöschfahrzeug/Donaustadt, den Wechsellader-Pulver/Landstraße sowie die Großtankfahrzeuge Floridsdorf und Döbling sichergestellt. Durch die beiden Universallöschfahrzeuge wurde je ein Schaumrohr, durch das Universallöschfahrzeug/Leopoldstadt zusätzlich ein Pulverrohr in Vorbereitung genommen. Infolge Ausbringens von vier Säcken Ölbindemittel (Absodan) und den Einsatz von mehreren Kanalabdeckbehältern wurde ein Eindringen des Schadstoffes in die Kanalisation verhindert. Der Tankwagenanhänger wurde vom Zugfahrzeug abgekoppelt und vor bzw. hinter dem Anhänger ein Kranfahrzeug in Stellung gebracht. Der Tankwagenanhänger wurde an jedem Ende mittels aus Rundschlingen und Stahlseilen zusammengefügten Endlosschlaufen umfassen, welche durch eine Rolle, die am Haken eines Kranfahrzeuges befestigt war, geführt. Der Tankwagenanhänger wurde mit beiden Kranfahrzeugen gleichzeitig angehoben. Da sich der Tankwagenanhänger dabei nicht wie beabsichtigt aufrichtete, wurde mittels Seilwinde (Berglöschfahrzeug/Leopoldstadt) ein Schrägzug von der gegenüberliegenden Fahrbahn zusätzlich angeschlagen. Die Räder der vorderen Achse wurden dabei mit aus der Lärmschutzwand genommenen bereits vorhandenen Brettern gegen den Randstein der Mittelleitplanke abgestützt. Unter gleichzeitigem Heben, mit beiden Kranfahrzeugen und Spannen des Schrägzuges, wurde der Tankwagenanhänger aufgerichtet. Der aufgerichtete Tankwagenanhänger wurde wieder an das Zugfahrzeug angehängt und das geladene Heizöl in das Zugfahrzeug umgepumpt. Nach dem Umpumpen konnte der Tankwagenzug seine Fahrt aus eigener Kraft soweit fortsetzen, daß die Autobahn zunächst auf zwei Fahrspuren freigegeben werden konnte. Über die Zeit des Aufrichtens des Tankwagenanhängers war die A 22, Fahrtrichtung-Nord, sowie die äußerste linke Fahrspur, Fahrtrichtung-Süd, gesperrt.

Bei Wartungsarbeiten im Kältemaschinenraum der Firma TKL Tiefkühllogistik AG trat am 3. Juni 1997 in 22, Hermann-Gebauer-Straße 3, nach Ausbau eines Schiebers flüssiges Ammoniak aus, wodurch es zu einer massiven Geruchsbelästigung im Firmengelände kam. Versuche den beim 10.000 Liter Ammoniaktank befindlichen Absperrschieber zu schließen schlugen fehl. Alle Beschäftigten konnten den Gefahrenbereich unbeschadet verlassen, die Luftwäschanlage konnte in Betrieb genommen werden. Ein Versuch der Feuerwehr, gemeinsam mit einem Techniker der Firma den betreffenden Absperrschieber unter Atemschutz zu schließen, mußte abgebrochen werden, da die drei Feuerwehrbeamten des Atemschutztrupps Verätzungen erlitten hatten. Die Verletzten wurden mittels Sprühstrahl dekontaminiert, vom anwesenden Rettungsdienst versorgt und zur Untersuchung ins AKH gebracht, von wo sie in häusliche Pflege entlassen wurden. Von einem weiteren Trupp in Gasschutzanzügen konnte ein weiterer Ammoniakaustritt durch Schließen des betreffenden Schiebers unterbunden werden. Bei den beiden Zugängen wurden Hydro Schilder und zwei Rohre mit Sprühstrahl in Stellung gebracht, so daß die ausgetretenen Ammoniakdämpfe gebunden bzw. niedergeschlagen werden konnten. Die Luftwäschanlage sammelte die entstehende Ammoniaklösung in einem 30 m³ großen Zwischenbehälter. Nachdem die Anlage wegen Überfüllung des Behälters abgeschaltet werden mußte, kam es kurzfristig zu einer weiteren massiven Geruchsbelästigung. Der Zwischenbehälter wurde durch Umpumpen in zwei Saugtankwagen teilweise entleert, anschließend konnte die Anlage wieder in Betrieb genommen werden. Unter Aufsicht der Kanalinspektion, Abteilung Chemie, wurde der verbleibende Inhalt des Zwischenbehälters in Abständen in das Kanalsystem abgelassen. Laufende Messungen ergaben einen pH-Wert bis maximal 10,5. Durch die Wassernebel konnte das flüssige Ammoniak in der Auffangwanne auf etwa das Vierfache verdünnt werden. Die Salmiaklösung mit einem pH-Wert von 11 bis 12 wurde unter Gas- bzw. Chemieschutz teilweise mit Fremdversorgung in ein Tankfahrzeug umgepumpt.

Die Tankfahrzeuge transportierten die Lösung nach Avisierung zur Entsorgung in die Entsorgungsbetriebe Simmering. Bei Arbeiten mit Sprühstrahl zog sich ein weiterer Feuerwehrmann eine offene Wunde an der Schulter zu, die Verätzung wurde vom Rettungsdienst erstversorgt und der Beamte in häusliche Pflege entlassen. Während des Einsatzes unter Gasschutz wurde ständig ein Rettungstrupp ebenfalls mit Gasschutzanzügen in Bereitstellung gehalten. In der Erstphase des Einsatzes wurde der gesamte Betrieb evakuiert, in weiterer Folge konnte der Verladebetrieb wieder freigegeben werden. In weiterer Folge wurde die Ammoniaklösung mit den Tankfahrzeugen aus der Auffangwanne gepumpt und nach weiterer Verdünnung die Säurekonzentration kontrolliert und in das Kanalsystem eingeleitet. Der Kältemaschinenraum wurde mit Vollschutzanzugtrupps mit Sprühstrahl von Ammoniakresten gereinigt.

Die Luftversorgung der Vollschutzanzügen erfolgte sowohl intern als auch extern von den Wechselaufbauten Atemschutz und Körperschutz aus. Laufend wurden Messungen auf pH-Wert (Säuregrad), Temperatur der Ammoniaklösung und Ammoniakkonzentration durchgeführt. Nach der Reinigung und anschließender Durchlüftung konnte eine Absenkung der Ammoniakkonzentration gemessen werden. Damit konnte der Kältemaschinenraum wieder von den Arbeitern der Fachfirmen zur weiteren Instandsetzung der Kühlanlagen freigegeben werden. Noch während des Feuerwehreinsatzes konnten die Kühlmaschinen wieder angefahren und damit Millionenwerte an Kühlgut gerettet werden. Die Temperatur in den Kühlräumen war nur innerhalb der Toleranzbereiche angestiegen. Die eingesetzten Ausrüstungsgegenstände (Armaturen, Schläuche usw.) wurden von einem Wirtschaftsfahrzeug (Aufbau mit Folienplanen ausgelegt) in die Hauptfeuerwache/Leopoldstadt zur Dekontamination und Überprüfung geschickt. Die Dekontamination der Körperschutzausrüstung erfolgt in der Atemschutzwerkstätte.

Aus nicht feststellbarer Ursache waren am 8. Oktober 1997 auf der A 23 in Richtungsfahrbahn Norden, in Höhe der gesperrten Abfahrt Simmering, ein Sattelzug (Ladegut rund acht Tonnen Lüftungsanlagenbestandteile) mit einem Kleinbus kollidiert. Dabei waren der Lenker des Kleinbusses und die Beifahrerin verletzt und eingeklemmt worden. Der Sattelzug hatte sich um 180 Grad gedreht, wobei er im Bereich des Königsbolzens rechtwinklig abgewinkelt worden war. Die Hinterachse des Zugfahrzeuges hatte die Leitschiene und das Brückengeländer der A 23 durchbrochen und war über die Brückenkante gerutscht, so daß etwa die halbe Länge des Aufliegers über die Kante geschoben wurde. Vom Sattelaufleger waren zusätzlich noch einige Maschinenteile, Gesamtmasse etwa 5 Tonnen, gestürzt, die sich zum Teil in den Leitschienen und zum Teil an der Ladefläche verkeilt hatten. Des Weiteren waren das linke Vorderrad der Zugmaschine sowie der Rahmen von Zugmaschine und Auflieger beschädigt worden. Leitschienelemente hatten sich durch die Bordwände und die Ladefläche gebohrt, ein 250-l-Dieseltank war vollkommen zertrümmert und an dem Unfallfahrzeug eingeklemmt worden, und ein Lichtmast der A 23 war durch den Anprall geknickt worden. Da durch den Unfall die Richtungsfahrbahn in ihrer gesamten Breite blockiert war, hatte sich blitzartig ein Stau ausgebildet. Über den nur rudimentär vorhandenen Pannestreifen brauchte das Kommandofahrzeug/Favoriten bis etwa 12.00 Uhr (alarmiert wurde um 11.38 Uhr), um die Unfallstelle zu erreichen. Die mitalarmierten Gruppenfahrzeuge konnten die Unfallstelle vorerst überhaupt nicht anfahren, die zugehörige Mannschaft erreichte die Einsatzstelle nach etwa 1 km Fußmarsch mit händisch mitgeführtem Hydraulik- und Pionierwerkzeug. Hierzu ist erwähnenswert, daß der Pannestreifen wegen des dichten Auffahrens in der Staukolonne von den Autofahrern kaum passierbar gemacht werden konnte. Einige PKW blockierten ihn durch ihre Vorbeifahrversuche zusätzlich. Dementsprechend wurden zusätzlich zwei Löschruppenfahrzeuge/Leopoldstadt aus gegen die Unfallfahrtrichtung ausrückend gemacht. Die eingeklemmte Person konnte nach Vorarbeiten des Kommandofahrzeuges mit Forcegerät und dem Eintreffen der nachalarmierten Kräfte befreit werden, sie wurde nach Stabilisierung durch den Rettungsdienst mittels Rettungshubschraubers in ein Krankenhaus gebracht. Nach Unfallaufnahme durch das Verkehrsunfallkommando wurde der Kleinbus zur gesperrten Abfahrt Simmering gebracht und dort gesichert abgestellt, die Batterie abgeklemmt. Anschließend wurden das behindernde herabgestürzte Ladegut und die Leitschienenreste beseitigt. Der Sattelzug wurde auf die Fahrbahn zurückgezogen, indem im Bereich des Königsbolzens mit Kranfahrzeug/Landstraße angehoben und mit den Seilwinden von zwei Bergelöschfahrzeugen am Zugfahrzeug von der Vorderkante des Aufliegers von der Straße zurückgezogen. Anschließend wurde das Ladegut wieder auf den Sattelzug verladen und dieser nach Lösen der Bremsen mittels Kranfahrzeug mit Hilfsaufleger in der Abfahrt der Richtungsfahrbahn Nord der A 23 zur gesperrten Abfahrt Simmering im Einvernehmen mit der Polizei gesichert abgestellt, die Batterie abgeklemmt. Die Fahrbahn wurde von der Autobahnmeisterei (MA 28) gewaschen, der beschädigte Lichtmast von der MA 33 abgeschlossen. Das auf insgesamt rund 100 Laufmeter beschädigte Geländer wurde von der MA 28 provisorisch gerichtet. Der Verkehr über die A 23 Richtung Norden wurde einspurig ab etwa 13.00 Uhr über die gesperrte Abfahrt Simmering um die Unfallstelle herumgeleitet. Die eigentliche Richtungsfahrbahn der A 23 blieb wegen der umfangreichen Kran- und Reinigungsarbeiten bis etwa 16.00 Uhr gesperrt.

Auf dem Gelände des Müllsammelzentrums der Gemeinde Wien in 21, Wagramer Straße 317, befindet sich eine Windkraftanlage der „Draukraft“. Diese besteht aus einem rund 50 Meter hohen Stahlurm, der im Inneren durch eine Stahlleiter begehbar ist. Die Leiter wird in der Höhe von etwa 30 und 40 Metern von zwei Rastplateaus unterbrochen, welche mit zwei engen Durchstiegsöffnungen versehen sind. Auf Erdgeschoßniveau sind im Inneren des Turmes einige E-Schaltkästen untergebracht.

Aus nicht feststellbarer Ursache war am 17. Dezember 1997 der im Erdgeschoßniveau befindliche Meßkasten in Brand geraten, wodurch der Turminnenraum stark verraucht wurde. Zu diesem Zeitpunkt waren zwei Arbeiter an der Turmspitze mit Wartungsarbeiten beschäftigt. Einer konnte sich aus eigener Kraft in Sicherheit bringen, der andere wurde vom Rauch eingeschlossen.

Bei unserer Ankunft befanden sich die Windräder im Stillstand. Während die unmittelbare Brandbekämpfung unter Atemschutz (PA 80) mit Pulverlöschern und Kohlensäurelöschern durchgeführt wurde, stieg ein mit Langzeitaatemschutzgeräten ausgerüsteter Trupp über die Stahlleiter nach oben, um den eingeschlossenen Arbeiter zu retten. Gleichzeitig wurden das gesamte Areal und die Windanlage durch Abschalten der zweistelligen Betonmaststation (Langes Feld II) stromlos gemacht.

Bedingt durch die Größe der Atemschutzgeräte war ein Durchsteigen des zweiten Plateaus nicht möglich, so daß

der Atemschutztrupp die Turmspitze nicht erreichen konnte. Daher wurde in weiterer Folge ein Feuerwehrmann mit einem Druckschlauchgerät ausgerüstet und begann in Begleitung zweier mit Langzeitatemschutzgeräten versehenen Beamten den Aufstieg. In der Höhe des ersten Plateaus wurde der Arbeiter angetroffen, in Sicherheit gebracht und an den Rettungsdienst übergeben.